



Internationalisierung der Gesellschaft und die Auswirkungen auf die Raumentwicklung

Beispiele aus Hessen, Rheinland-Pfalz und
dem Saarland

Birte Nienaber, Ursula Roos (Hrsg.)

Internationalisierung der Gesellschaft und die Auswirkungen auf die Raumentwicklung

Beispiele aus Hessen, Rheinland-Pfalz und
dem Saarland

Birte Nienaber, Ursula Roos (Hrsg.)

Es wurden überwiegend grammatische Formen gewählt, die weibliche und männliche Personen gleichermaßen einschließen. War dies nicht möglich, wurde zwecks besserer Lesbarkeit und aus Gründen der Vereinfachung nur eine geschlechtsspezifische Form verwendet.

Die Beitragsentwürfe der Autorinnen und Autoren wurden in der Arbeitsgruppe „Internationalisierung der Gesellschaft und die Auswirkungen auf die Raumentwicklung“ der Landesarbeitsgemeinschaft Hessen / Rheinland-Pfalz / Saarland mehrfach diskutiert (interne Qualitätskontrolle). Das Manuskript wurde darüber hinaus einer wissenschaftlichen Begutachtung unterzogen (externe Qualitätskontrolle) und nach Berücksichtigung der Gutachterempfehlungen der Geschäftsstelle der ARL zur weiteren Bearbeitung und zur Veröffentlichung übergeben. Die wissenschaftliche Verantwortung für die Beiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Geschäftsstelle der ARL:
WR II „Wirtschaft, Technik, Infrastruktur“
Leitung: Dr. Martina Hülz (huelz@arl-net.de) / Dr. Nora Vogt

Arbeitsberichte der ARL 13
ISBN 978-3-88838-395-3 (PDF-Version)
ISSN 2193-1283 (PDF-Version)
Die PDF-Version ist unter shop.arl-net.de frei verfügbar (Open Access).
CC-Lizenz BY-ND 3.0 Deutschland

ISBN 978-3-88838-396-0 (Print-Version)
ISSN 2193-1542 (Print-Version)
Druck: Books on Demand GmbH, 22848 Norderstedt

Verlag der ARL – Hannover 2015
Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Satz und Layout: K. Bornschein, G. Rojahn, O. Rose, S. Wedepohl

Zitierempfehlung für die Netzpublikation:
Nienaber, Birte; Roos, Ursula (Hrsg.) (2015):
Internationalisierung der Gesellschaft und die Auswirkungen auf die Raumentwicklung.
Beispiele aus Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland.
Hannover. = Arbeitsberichte der ARL 13.
URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-39532>

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL®)
Leibniz-Forum für Raumwissenschaften
Hohenzollernstraße 11, 30161 Hannover
Tel. +49 511 34842-0, Fax +49 511 34842-41
arl@arl-net.de, www.arl-net.de

INHALT

<i>Birte Nienaber, Ursula Roos</i>	Internationalisierung der Gesellschaft und die Auswirkungen auf die Raumentwicklung – eine Einführung	1
<i>Diedrich Bruns, Olaf Kühne</i>	Zur kulturell differenzierten Konstruktion von Räumen und Landschaften als Herausforderungen für die räumliche Planung im Kontext von Globalisierung	18
<i>Julia Anslinger</i>	US-Militärangehörige in Rheinland-Pfalz und ihre Bedeutung für Kommunen und die (lokale) Raumentwicklung – dargestellt am Beispiel der Gemeinde Nanzdietschweiler	30
<i>Birte Nienaber, Alexandra Reich</i>	Moscheebauten und Minarettstreit in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland am Beispiel der Selimiye-Moschee in Völklingen	43
<i>Diedrich Bruns, Florian Paech</i>	„Interkulturell_real“ in der räumlichen Entwicklung. Beispiele studentischer Arbeiten zur Wertschätzung städtischer Freiräume in Kassel	54
<i>Jan Hilligardt</i>	Daten und Analysen zu den Wohnstandorten der ausländischen Bevölkerung in der Wissenschaftsstadt Darmstadt und deren engerem Umland	72
<i>Ursula Roos, Chantal Hermes, Birte Nienaber</i>	Wohnsituation der atypischen Grenzgängerinnen und Grenzgänger an der luxemburgisch-deutschen Grenze	83
<i>Olaf Kühne, Antje Schönwald</i>	Identität, Heimat sowie In- und Exklusion: Aspekte der sozialen Konstruktion von Eigenem und Fremdem als Herausforderung des Migrationszeitalters	100
<i>Bernhard Köppen</i>	Identität und Selbstzuschreibung von (Spät-)Aussiedlern in Rheinland-Pfalz	111
<i>Martina Hülz, Olaf Kühne</i>	Handlungsbedarfe und -empfehlungen an die räumliche Planung vor dem Hintergrund einer zunehmenden Internationalisierung der Gesellschaft	131
Kurzfassung/Abstract		136

Birte Nienaber, Ursula Roos

Internationalisierung der Gesellschaft und die Auswirkungen auf die Raumentwicklung – eine Einführung

Gliederung

- 1 Einleitung
- 2 Raumplanung und Migration – bisherige Forschungen
- 3 Räumliche Verteilung von Migrantinnen und Migranten in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland
- 4 Ausblick auf den Sammelband

Literatur

Kurzfassung

Im Zuge des demographischen Wandels wird die Gesellschaft in den drei Bundesländern Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland zunehmend international. So spielen Personen mit Migrationshintergrund sowohl in den Städten als auch in ländlichen Regionen eine wichtige Rolle. Vor allem in den Großstädten und in deren direktem Umfeld sowie in der Nähe der US-amerikanischen Militärbasen und den deutsch-luxemburgischen Grenzräumen gibt es erhöhte Ausländeranteile. Je nach Region und den prägenden Strukturen können die Migrantinnen und Migranten hinsichtlich ihrer Staatsangehörigkeit in unterschiedliche Gruppen differenziert werden. Entsprechend ergeben sich neben den „klassischen“ Gastarbeiternationen Italien, Türkei, ehemaliges Jugoslawien und Griechenland auch noch Schwerpunkte der US-amerikanischen sowie der luxemburgischen Staatsangehörigen. Trotz der verstärkten Internationalisierung der Gesellschaft wurde aber das Phänomen unterschiedlicher Raumwahrnehmungen, -ansprüche und -aneignungen von Personen mit Migrationshintergrund hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Raumentwicklung bisher kaum untersucht. Der vorliegende Sammelband möchte für dieses Thema sensibilisieren und anhand der Themenbereiche „Migration und Raum“ sowie „Migration und spezifische Räume“ Handlungsempfehlungen für die Raumplanung und -entwicklung ableiten.

Schlüsselwörter

Migration – Raumentwicklung – Hessen – Rheinland-Pfalz – Saarland

Internationalisation of the society and the impacts on spatial development – an introduction

Abstract

Due to the demographic change, the society becomes increasingly international in the federal states of Hesse, Rhineland-Palatinate and Saarland. Hence, persons with migration background play an important role in urban as well as rural regions. Especially in larger cities and their surrounding areas as well as close to the US-American military bases or in the German-Luxembourgish border region increased percentage shares of foreigners indicate a concentration of persons with foreign nationalities. Depending on the region and the formative structures migrants can be differentiated into sub-groups according to their nationality. Correspondingly, besides the “classic” guest worker nationalities of Italy, Turkey, former Yugoslavia and Greece additional focal points of US-American and Luxembourgish citizens exist. Despite an increasing internationalisation of the society, the phenomenon of different spatial perceptions, spatial demands and spatial adoption of persons with migration background has hardly been studied with regard to its spatial development impact. This collective volume raises awareness for the topics of “migration and space” and “migration and specific spaces” and provides recommendations for spatial planning and development.

Keywords

Migration – spatial development – Hesse – Rhineland-Palatinate – Saarland

1 Einleitung

„Weniger, älter, bunter“ – so lässt sich die derzeitige Entwicklung des demographischen Wandels hin zu einer schrumpfenden, alternden Gesellschaft beschreiben, in der Migranten eine zunehmende Rolle spielen. Seit einigen Jahren stehen die Themen „Migration“ und „Integration“ im Mittelpunkt vieler Diskussionen. Durch Aussagen wie „Weil Migranten mehr Kinder bekommen, sinkt in Deutschland die durchschnittliche Intelligenz“¹ wird das Thema in die öffentliche Debatte gebracht (Ulrich/Topcu 2010). Auch Studien, die herausfinden, dass „jeder dritte Deutsche das Land für überfremdet hält“², fördern diesen Diskurs. Daneben gibt es noch deutlich „leisere“ Diskurse über positive Assoziationen und Potenziale von Migrantinnen und Migranten, vor allem in Hinblick auf Fachkräftezuwanderung. Doch wie sieht es tatsächlich mit der Integration von Migranten aus? Welche Auswirkungen hat die Migration vor allem auch auf die Raumentwicklung?

Bei den Definitionen für Migration, Migrantinnen und Migranten sowie Migrationshintergrund nehmen wir Bezug auf den Arbeitskreis „Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Migration ist demnach eine längerfristige beziehungsweise dauerhafte Wohnsitzverlagerung (Gans/Glorius 2014: 12). Auf der Grundlage der Definition der Vereinten Nationen (United Nations 1998: 18) wird als zeitliches Kriterium für die Einordnung als längerfristige oder dauerhafte Migration die Zeitspanne von einem Jahr gewählt. Eine weitere entscheidende Rolle bei der Begriffsbestimmung spielt die Verlagerung des Lebensmittelpunktes. Dieser wird im Zuge einer internationalen Migration oder Außenwanderung

¹ Thilo Sarrazin in: Zeit Online, 26.8.2010.

² Friedrich-Ebert-Stiftung in: Saarbrücker Zeitung, 14.10.2010.

immer über eine administrative Grenze hinweg verlegt. Demnach sind Langzeitmigranten Personen, die ihren üblichen Aufenthaltsort für einen Zeitraum von mindestens zwölf Monaten in das Hoheitsgebiet eines Staates verlegen, nachdem sie zuvor ihren üblichen Aufenthaltsort in einem anderen Staat hatten (Gans/Glorius 2014: 2-3). Aus der zunehmenden Kritik am „Staatsangehörigkeitskonzept“ (zunehmende Zahl der Einbürgerungen, Einführung des Optionsmodells³) zur Erfassung der Migrantinnen und Migranten in den amtlichen Statistiken hat sich das Konzept des „Migrationshintergrundes“ entwickelt. Dieses versucht, Personen mit persönlicher oder vererbter Migrationserfahrung zu identifizieren (Schmitz-Veltin 2014: 4, 7). Nach der Definition des Statistischen Bundesamtes sind Personen mit Migrationshintergrund „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ (Statistisches Bundesamt 2011).

In den Bundesländern Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland zeigt sich ein sehr heterogenes Erscheinungsbild bezüglich der Anteile von Personen mit Migrationshintergrund, aber auch weiterer Indikatoren, wie etwa Herkunft, Bildungsstand oder Aufenthaltsdauer der Migranten.⁴ So zählt beispielsweise im Jahr 2011 Rheinland-Pfalz mit 7,9 Prozent den niedrigsten Ausländeranteil, gefolgt vom Saarland mit 8,7 und von Hessen mit 11,5 Prozent (Bertelsmann Stiftung o.J.). Noch deutlich heterogener ist das Erscheinungsbild bezüglich des Ausländeranteils auf Gemeindeebene. Darüber hinaus existieren nicht „die Migranten“, sondern hinter dem Begriff verbirgt sich eine Vielfalt an kulturellen Hintergründen und Lebensstilen (siehe Sinus-Studie über Migrantenmilieus), denen „planerisch“ mit einer ebenso großen Flexibilität begegnet werden müsste. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Auswirkungen die weitere Internationalisierung der Gesellschaft auf die Raumentwicklung im LAG-Gebiet hat. Die zentrale Frage ist hierbei, wie Raum nach unterschiedlicher Herkunft sozial konstruiert wird, welche Bedeutung ihm beigemessen wird und welche Anforderungen an ihn gestellt werden.

Die Arbeitsgruppe „Internationalisierung der Gesellschaft und Auswirkungen auf die Raumentwicklung“ der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Hessen/Rheinland-Pfalz/ Saarland der Akademie für Raumforschung und Landesplanung befasste sich von Ende 2011 bis Ende 2013 mit Erklärungsansätzen zur Wahrnehmung des Raumes durch Migranten, zu Bedürfnissen und Anforderungen von Migranten an den Raum, zu Potenzialen der Internationalisierung der Gesellschaft für die Raumentwicklung und zu Handlungsstrategien der Einbeziehung von Migranten in die Planung (insbesondere für das LAG-Gebiet). Räumlich konzentriert sich die Arbeitsgruppe dabei auf regionale und lokale Fallstudien städtischer und ländlicher Landschaften in den drei Bundesländern. Ziel der gemeinsamen Veröffentlichung stellt in erster Linie die Bewusstseinsbildung sowie die Sensibilisierung für das Thema der Internationalisierung in der räumlichen Planung dar. Auf diese Weise soll auf die Relevanz des Themas hingewiesen werden, damit es zukünftig stärker in die Planungspraxis implementiert wird.

³ Kinder, die die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsprinzip oder durch Einbürgerung nach der Übergangsregelung erhalten haben, müssen mit Beginn der Volljährigkeit, spätestens jedoch bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres erklären, ob sie die deutsche oder eine andere Staatsangehörigkeit behalten möchten (Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration 2013).

⁴ Siehe auch die Beiträge von Hilligardt sowie Roos/Hermes/Nienaber in diesem Band.

2 Raumplanung und Migration – bisherige Forschungen

Die räumliche Planung sowie die Forschungen dazu haben bisher das Phänomen der Internationalisierung der Gesellschaft und die dadurch entstehenden Implikationen für die Planung nur sehr randlich behandelt. Mit Schwerpunkt auf globale und historische Kontexte zeichnen Young und Stevenson (2013) bestehende Beziehungen zwischen Planungen, Kultur und Diversität auf. Die umfassende Übersicht und Analyse ist interdisziplinär sowie international ausgerichtet und legt den Fokus auf Schlüsseldimensionen planerischer und kultureller Theorien, Praktiken und Dynamiken. Fischer-Krapohl und Waltz (2007: 7) beschreiben die bisherige Sichtweise der Planung auf Migrations- und Integrationserscheinungen als „Bürde“. Jedoch hoffen sie auf einen Mentalitätswechsel, der dazu führt, dass Vielfalt zukünftig als Ressource wertgeschätzt wird. Ihr Sammelband aus dem Jahr 2007 „Migration und Raum“ stellt einen der wenigen Forschungsbeiträge zu raumplanerischen Implikationen in Deutschland und hier vor allem fokussiert auf Nordrhein-Westfalen dar (u. a. Waltz 2001). Im gleichen Sammelband legen Krummacker und Waltz (2007a: 21) dar, dass ein Bewusstsein bei Planerinnen und Planern für interkulturelle Aspekte und internationale Migration nur sehr langsam entstehe, obwohl vor allem in der Stadtplanung das Thema vielerorts präsent sein müsste, da vor allem hier hohe Anteile an Personen mit Migrationshintergrund zu verzeichnen sind. Doch fehle eine Sensibilisierung für diese Themenkomplexe bereits in der Ausbildung von Planerinnen und Planern, wo insbesondere auch interkulturelle Kompetenzen nicht im Fokus stünden (Krummacker/Waltz 2007a: 30).

In diesem Kontext lassen sich verschiedene städtische Charakteristika beobachten:

1. „Von Ghetto-Bedingungen der Armutsquartiere (z. B. in amerikanischen Großstädten mit ihrem hohen Gewaltpotenzial) ist die Situation in den deutschen multiethnischen Quartieren weit entfernt.“
2. Im Alltagsleben überwiegt eindeutig ein friedlich-distanziertes Mit- und Nebeneinander der verschiedenen Bewohnergruppen. Die Alltagskonflikte sind meist die gleichen, wie anderswo auch. Allerdings: Wenn sich Deutsche und Ausländer als Konfliktparteien gegenüberstehen, werden ‚normale‘ Alltagskonflikte allzu leicht ethnisch definiert und damit zu interkulturellen Konflikten ‚gemacht‘“ (Krummacker/Waltz 2007a: 29).

Gerade diese Konflikthaftigkeit zeigt sich auch in vielen Forschungsergebnissen. Ferner lässt sich die Publikationslage durch eine sehr starke Fokussierung auf einige wenige Städte und Stadtteile charakterisieren (u. a. für Duisburg Hanhörster 2007a; Waltz 2007; für Essen Krummacker/Waltz 2007b; für Dortmund Grunwald 2007; für Berlin Hanhörster/Barwick 2013; für Mannheim Baumgärtner 2013; für Hannover Ibert 2004; Janßen/Polat 2004 oder für Leipzig Glorius 2007). Dabei werden aber vor allem Integrationsproblematiken (u. a. BMVBS 2010; Boos-Krüger 2005; Friedrich/Blasius 2001; Gestring/Janßen/Polat 2006; Krämer-Badoni 2001), Migration aus verschiedenen sozialwissenschaftlichen Blickwinkeln (u. a. Scheibelhofer 2011), Probleme des Quartiermanagements und der Segregation (u. a. Häußermann/Siebel 2001; Henkel 2004; Janßen/Polat 2004; Pott 2001; Schnur/Zakrzewski/Drilling 2013), zu baurechtlichen Problemen von Minarettbauten⁵ sowie zu Eigentumsbildung von Migrantinnen und Migranten (Fischer-Krapohl/Waltz 2007; Hanhörster 2007a; Waltz 2010) genannt. In diesem Rahmen ebenfalls von Bedeutung ist der migrantinnen- und migrantenorientierte Woh-

⁵ Siehe auch den Beitrag von Nienaber/Reich in diesem Band.

nungsbau, der jedoch primär außerhalb Deutschlands diskutiert und erforscht wird (u.a. Münch 2010). So wird vor allem das Programm „Soziale Stadt“, das raumplanerische Perspektiven bietet, auf seine Wechselwirkung zu den Migrantinnen und Migranten der benachteiligten Stadtteile und -quartiere hin untersucht (z.B. Krummacher/Waltz 2007a). Eine weitere Rolle spielen die Wohnsituation der Zuwanderinnen und Zuwanderer sowie nachbarschaftliche interkulturelle Kontakte, die eng mit dem Thema des Wohnungsbaus verbunden sind (u.a. Petermann 2011; Nienaber/Roos 2012a; Worbs/Sinn/Roesler et al. 2005). Neben den häufig problematisierenden Auseinandersetzungen mit dem Thema „Migration“ gibt es aber auch immer häufiger Forschungen, die das Potenzial von Migrantinnen und Migranten für die Stadtteil-, Stadt- und Regionalentwicklung in den Fokus rücken (u.a. Ibert 2004; Nienaber/Kriszan 2013; Nuissl/Schmiz 2013).

Hanhörster (2007b: 223) folgert, dass „[es sich zeige], dass die Möglichkeiten und Voraussetzungen der Partizipation von Migranten die in den jeweiligen Beteiligungsstrukturen der integrierten Quartiersentwicklung gegeben sind, bislang kaum systematisch analysiert wurden“. Fischer-Krapohl (2007: 249) sieht einen wichtigen Forschungsauftrag an die Raumplanungscommunity in Bezug auf das spezifische Raumverständnis von Migrantinnen und Migranten. Dabei sei eine Hinwendung zu neuen Perspektiven wichtig. „Systematisch ausgeblendet bleibt aber, die andere Seite, eben jene, welche den deutschen Normalbetrachter nicht irritiert, nicht stört, nicht aufmerken lässt. [...] Unsichtbar bleibt, mit anderen Worten, was die Migranten an Anpassungsleistungen tagtäglich erbringen und wie viele sich bemühen, die Anforderungen der neuen Umwelt mit ihren Gewohnheiten und Erwartungen zusammenzubringen“ (Beck-Gernsheim 2004: 41).

Obwohl bis heute dem Thema „Raumentwicklung und -planung“ in Verbindung mit Migration kein großer Stellenwert in Forschung und Praxis eingeräumt wird, gab es bereits Anfang der 1980er Jahre in der Stadt Oberhausen einen ersten Ansatz, migrantinnen- und migrantenorientierte Stadtplanung zu betreiben. Grabeland und erlaubte Landnahme („Geçe Kondu“) wurden dort als städtisches Schlüsselsystem für Integration eingefordert. Grabeland gilt einerseits als benötigter Akkulturationsraum, in dem geschützte Räume für Frauen, Selbstversorgergärten und gemischte Nachbarschaft gleichermaßen eine Chance haben. Andererseits ist dies aber auch nützlich für die eigene Versorgung sowie für den erfolgreichen Transit zwischen ländlicher Herkunft und neuem urbanen Lebensstil. Darüber hinaus dient Grabeland der Erholung von der harten Arbeit und ist vor allem auch der Annäherung der Kulturen und des Zusammenlebens dienlich (Planergruppe Oberhausen 1982, nach: Waltz 2007: 78).

Neuere Untersuchungen zeigen, „dass die Bevölkerung türkischer Herkunft oftmals ein anderes Verhältnis zum urbanen Raum hat. Es gibt zumeist deutlich weniger Vorbehalte gegen Hochhaussiedlungen und ein größeres Bedürfnis nach geschütztem, gemeinsam genutztem Raum. Zudem werden öffentliche Freiflächen intensiver genutzt – das Grillen im Park und die Stühle auf dem Bürgersteig sind nicht umsonst Dauerbrenner in der Diskussion um die Folgen der Einwanderungsgesellschaft“ (Terkessidis 2012: 35) (s. auch Janßen/Polat 2004: 91). Trotz der zunehmenden Bedeutung der „Diversity“-Forschung in der Wissenschaft bleiben die komplexen, „post-migrantischen“ Identitäten der in den Städten lebenden Menschen bisher in der Raumplanung unberücksichtigt (Terkessidis 2012: 36). „Zudem kann im Rahmen städtischer Governance durch veränderte Partizipationsangebote oder durch zeitpolitische Ansätze die zunehmende Vielfalt der Stadtgesellschaft aufgegriffen werden“ (Dittrich-Wesbuer/Plöger 2013). Hanhörster und Barwick (2013: 218) zeigen auf, dass trotz sozialer – zum Teil selbst angestrebter – Segregation „die

Wahlfreiheit ressourcenstarker Migranten – sei es ihr Verbleib oder Fortzug – zu ermöglichen“ sei. In soziologischen Untersuchungen spielen Raum-, Macht- und Migrationskonstellationen eine wichtige Rolle. Scheibelhofer (2011: 165) unterscheidet zwischen essentialistischen, relationalen und konstruktivistischen Raumannahmen und legt die Migrationsforscherinnen und Migrationsforscher, die untersuchten Personen und die „in den Migrationsprozess involvierten sozialen Institutionen“ als zu analysierende Subjekte dar.

Es zeigt sich bei einer Durchsicht der bisherigen Forschungen, dass sich diese in Bezug auf das Thema der Internationalisierung der Gesellschaft und die raumwirksamen sowie raumplanerischen Implikationen vor allem auf türkischstämmige Migrantinnen und Migranten beziehen, sofern denn eine spezifische Migrantengruppe im Fokus der Untersuchungen stand. Auch lässt sich ein ganz klar städtischer Schwerpunkt bei den Forschungen feststellen. Ländliche Räume wurden weitestgehend außer Acht gelassen. In dem hier vorliegenden Band wird versucht, diese Forschungslücke ein wenig zu schließen, indem auch Fallbeispiele mit starkem Fokus auf den ländlichen Raum oder auf Stadt-Land-Beziehungen bewusst hineingenommen wurden.

3 Räumliche Verteilung von Migrantinnen und Migranten in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland

Da sich die Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Landesarbeitsgemeinschaft Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland der ARL sowie weiteren Experten aus den drei Bundesländern zusammensetzt, soll im Folgenden auf die besondere Migrationssituation und die raumplanerischen Grundlagen in diesen Bundesländern eingegangen werden. Zur besseren Einordnung dieser drei Bundesländer im Hinblick auf den Internationalisierungsgrad der Bevölkerung wird auf der folgenden Seite zunächst ein tabellarischer Vergleich der Ausländeranteile aller sechzehn Bundesländer angeführt.

Während Hessen im Jahr 2012 auf Bundesebene hinsichtlich des Ausländeranteils mit 11,8 Prozent den 4. Platz einnahm, befanden sich Rheinland-Pfalz und das Saarland mit einem Anteil von 7,3 beziehungsweise 7,1 Prozent auf den Plätzen 8 und 9. Damit lagen Rheinland-Pfalz und das Saarland im bundesdeutschen Mittelfeld, wobei sie aber bereits unterdurchschnittliche Ausländeranteile aufwiesen. Die regionale Verteilung von internationalen Migrantinnen und Migranten sowie ihre Herkunft sind in den Bundesländern Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland sehr heterogen. Um einen ersten Überblick zu erhalten, wurden die Einwohnermeldeämter der Kommunen der Bundesländer Hessen und Saarland sowie das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz in den Jahren 2012 und 2013 um Daten zum Ausländeranteil sowie zur Zusammensetzung der Nationalitäten für den Stichtag 31. Dezember 2008 gebeten. So wurden telefonisch insgesamt 483 Kommunen angefragt, wobei abschließend von 458 Gemeinden Daten generiert werden konnten.⁶ Durch die Zusammenstellung und Auswertung der Daten lässt sich ein Über-

⁶ Berücksichtigt werden muss jedoch, dass einige Kommunen keine Daten zum entsprechenden Stichtag liefern konnten und daher andere Stichtage wählten. Ebenso unterschieden einige Kommunen nicht zwischen Haupt- und Nebenwohnsitz, sodass sich die Ausländeranteile teilweise nur auf die Hauptwohnsitze und teilweise auf Haupt- sowie Nebenwohnsitze beziehen. Unterschiede bestanden auch im Hinblick auf die Nationalitäten, da einige Kommunen alle auf ihrem Gemeindegebiet vertretenen Nationalitäten lieferten, andere hingegen nur die fünf häufigsten. Bei der Kumulation der Daten auf Kreisebene muss ebenfalls bedacht werden, dass Kommunen, deren Einwohnermeldeämter keine Daten liefern konnten, nicht in die Berechnung einfließen konnten. Somit ist eine Vergleichbarkeit der Daten nur bedingt möglich. Auch können über die Einwohnermeldedaten nur Personen Berücksichtigung finden, die am Stichtag eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit besaßen. Personen mit einem Migrationshintergrund (mit oder ohne eigene Migrationserfahrung) und deutscher Staatsangehörigkeit werden über dieses System nicht ermittelt. Des Weiteren sind nicht alle ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Angehörigen im Melderegister erfasst, da diese Personengruppen grundsätzlich von der Meldepflicht befreit sind.

blick über die regionale Verteilung von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in den drei Bundesländern erzeugen, was die lokale und regionale Vielfalt der Internationalisierung der Gesellschaft widerspiegelt.

Tab. 1: Ausländeranteil in den sechzehn Bundesländern (Stand 31.12.2012)

Bundesland	Bevölkerung dt. Staatsangehörigkeit	Bevölkerung ausländischer Staatsangehörigkeit	Prozentualer Ausländeranteil
Baden-Württemberg	10.569.111	1.206.687	11,4
Bayern	12.519.571	1.128.974	9,0
Berlin	3.375.222	426.263	12,6
Brandenburg	2.449.511	48.899	2,0
Bremen	654.774	77.683	11,9
Hamburg	1.734.272	226.360	13,1
Hessen	6.016.481	709.188	11,8
Mecklenburg-Vorpommern	1.600.327	30.577	1,9
Niedersachsen	7.778.995	449.093	5,8
Nordrhein-Westfalen	17.554.329	1.675.397	9,5
Rheinland-Pfalz	3.990.278	289.722	7,3
Saarland	994.287	70.539	7,1
Sachsen	4.050.204	90.028	2,2
Sachsen-Anhalt	2.259.393	45.462	2,0
Schleswig-Holstein	2.806.531	126.436	4,5
Thüringen	2.170.460	38.982	1,8
Deutschland	80.523.746	6.640.290	8,2

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2014

Während zunächst im Zuge der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte die stärksten Wanderungswellen aufgrund der verfügbaren Arbeitsplätze sowie des Wohnangebots in die urbanisierten Bereiche erfolgten, war der ländliche Raum von untergeordnetem Interesse. Dennoch haben sich auch dort die Ausländeranteile in den vergangenen Jahren erhöht, was unter anderem auf geänderte Raumansprüche zurückzuführen ist. Unterschiede existieren aber nicht nur zwischen urbanen und ländlichen Räumen, sondern auch zwischen den drei Bundesländern (s. Abb. 2). Besonders hervorgehoben hinsichtlich des Ausländeranteils sind zum einen die städtischen Gebiete Offenbach (30,4 Prozent), Frankfurt am Main (25,2 Prozent), Hanau (21,0 Prozent) sowie in deren Einflussbe-

reich liegend Kelsterbach (27,9 Prozent), Rüsselsheim (21,5 Prozent) und Raunheim (27,0 Prozent) in Hessen. Zum anderen sind aber auch Ludwigshafen (21,6 Prozent), Germersheim (20,1 Prozent), Selters (21,2 Prozent), Lötzbüren (22,0 Prozent) sowie die östlich an Luxemburg grenzenden saarländischen und rheinland-pfälzischen Gemeinden durch hohe Ausländeranteile gekennzeichnet. Die erhöhten Ausländeranteile entlang der luxemburgisch-deutschen Grenze (u.a. Perl 20,7 Prozent, Echternacherbrück 40,8 Prozent, Gemünd 31,3 Prozent und Bollendorf 20,5 Prozent) sind auf das Phänomen der atypischen Grenzgänger⁷ zurückzuführen. So ziehen Luxemburger aufgrund der deutlich niedrigeren Wohnpreise in den nahegelegenen deutschen Grenzraum. Innerhalb von Rheinland-Pfalz weisen die kreisfreien Städte Ludwigshafen und Speyer vergleichsweise hohe Ausländeranteile auf, gefolgt von Kaiserslautern und Umgebung, was unter anderem indirekt durch die dortigen US-Militärstützpunkte erklärt werden kann.

Während in Rheinland-Pfalz 57 der insgesamt 2.263 Ortsgemeinden und verbandsangehörigen Städte, darunter unter anderem Acht, Käsdorf, Merlscheid und Wagenhausen, einen Ausländeranteil von 0,0 Prozent aufweisen, liegen die niedrigsten Werte in Hessen und im Saarland bei 0,03 (Wohratal) beziehungsweise 1,5 (Namborn) Prozent. Es handelt sich hierbei vor allem um Gemeinden mit sehr geringer Einwohnerzahl, die sich meist in den ländlichen Räumen der drei Bundesländer befinden.

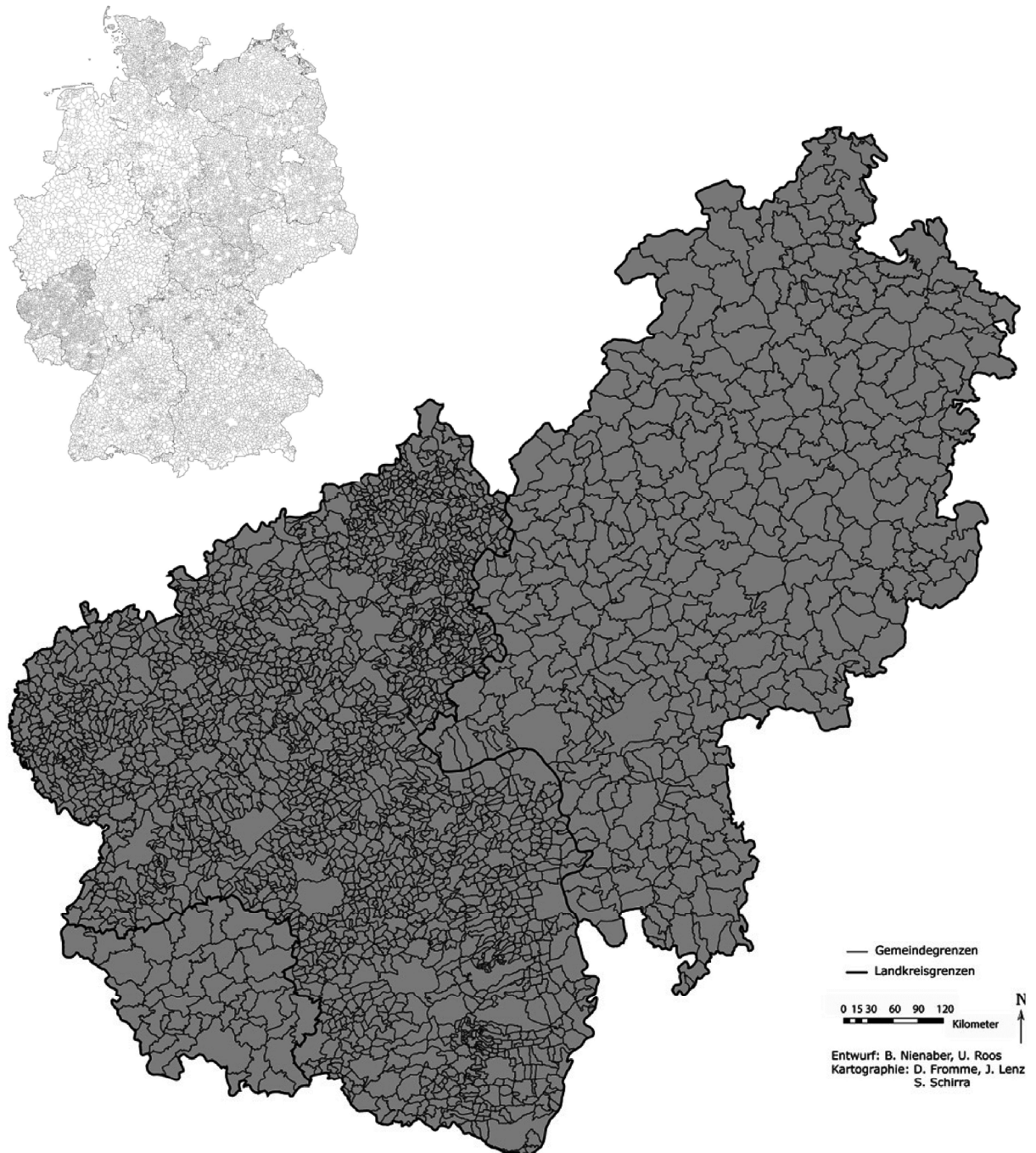
Auf Kreisebene fallen besonders der Landkreis Fulda (21,8 Prozent), die kreisfreien Städte Offenbach (30,4 Prozent) und Frankfurt am Main (25,2 Prozent) in Hessen sowie die rheinland-pfälzische kreisfreie Stadt Ludwigshafen (21,6 Prozent) auf. Eine bedeutende Rolle im Hinblick auf die Internationalisierung der Bewohner nimmt aufgrund ihrer globalen Vernetzung die kreisfreie Stadt Frankfurt am Main ein (u.a. internationales Finanz-, Messe- und Dienstleistungszentrum sowie europäischer Verkehrsknotenpunkt). Da der Fokus dieser Arbeitsgruppe der Landesarbeitsgemeinschaft Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland jedoch auf der Betrachtung der ländlicheren Räume liegt, wird im Folgenden nicht näher auf Frankfurt am Main eingegangen (siehe dazu u.a. Ayebek/Straßburger 2009; Halisch 2008; Karpf 2013; Lüken-Klaßen 2007; Magistrat der Stadt Frankfurt am Main 2012). Die ländlichen Gemeinden mit besonders hohem Ausländeranteil fallen hier aufgrund der Kreisebene nicht mehr ins Gewicht.

Um den durch das „Wirtschaftswunder“ gestiegenen Bedarf an un- oder angelernten Arbeitskräften zu decken, wurden in den 1950er und 1960er Jahren Anwerbevereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und vor allem Mittelmeeranrainern geschlossen (BMI 2011: 14; Nienaber/Reos 2012b). Die Anwerbeabkommen spiegeln sich noch heute in den Hauptnationalitäten der drei Bundesländer wider (s. Abb. 3). So stellen beispielsweise im Saarland Italien, die Türkei sowie das ehemalige Jugoslawien drei wichtige Gastarbeiternationen dar. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in Rheinland-Pfalz sowie Hessen, jedoch teilweise ergänzt durch Personen griechischer Nationalität. Allein in Rheinland-Pfalz besaßen im Jahr 2013 61.239 Personen die türkische Staatsangehörigkeit, was rund einem Fünftel aller Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in diesem Bundesland entsprach. Weitere stark vertretene Nationalitäten waren mit jeweils 33.770 beziehungsweise 27.617 Personen Polen sowie Italien. Darüber hinaus lebten 2013 8.074 gemeldete Personen mit französischer Staatsangehörigkeit und 7.501 Personen mit US-amerikanischer Staatsangehörigkeit in dem Bundes-

⁷ Als atypische Grenzgängerinnen und Grenzgänger werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Selbstständigen bezeichnet, die im benachbarten Ausland leben, aber noch regelmäßig in das Heimatland pendeln, um dort einer beruflichen Beschäftigung nachzugehen (Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle 2012: 120; Wille o.J.).

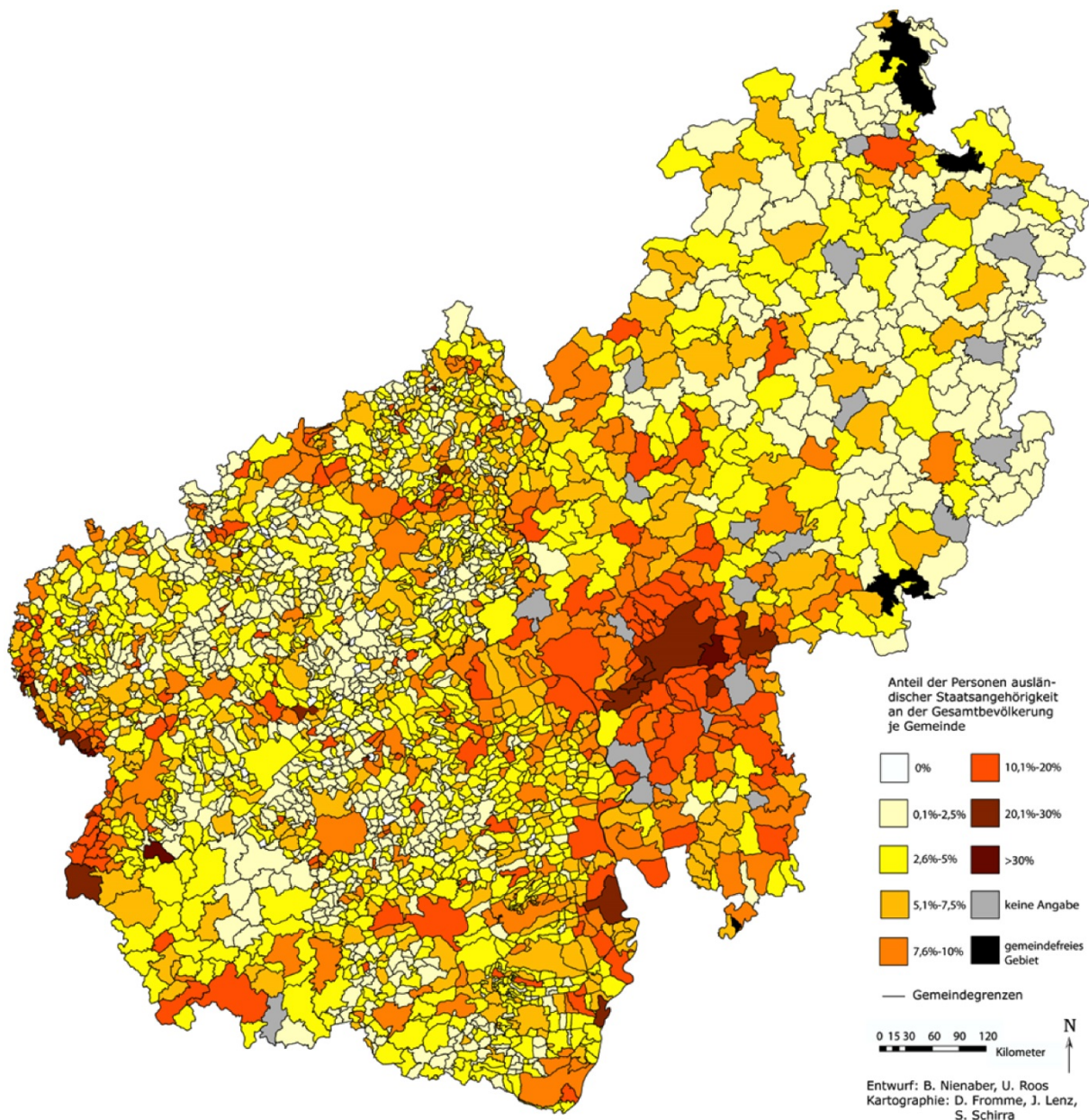
land (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz o.J.). Neben der räumlichen Nähe zu Frankreich und den damit verbundenen Migrationsbewegungen ist dies auf die Stationierung US-amerikanischer und bis zum Jahr 2010 auch französischer Truppen in der Region zurückzuführen.

Abb. 1: Übersichtskarte über das LAG-Gebiet



Quelle: Eigene Darstellung

Abb. 2: Ausländeranteile auf Gemeindeebene in den Bundesländern Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (Stichtag 31.12.2008)

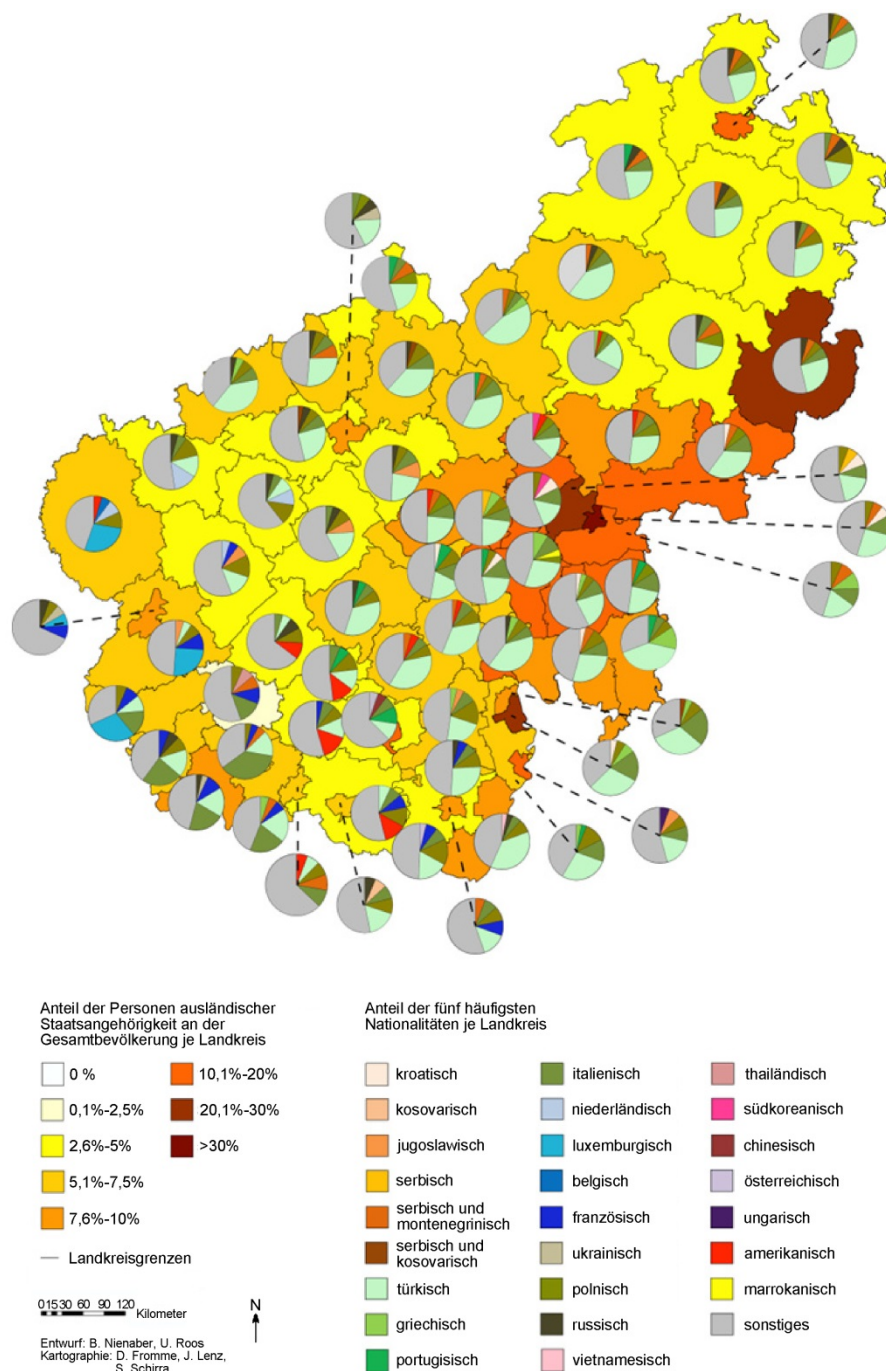


Quelle: Eigene Erhebung auf Grundlage der Angaben der Einwohnermeldeämter

Bei den stationierten Streitkräften handelt es sich rechtlich nicht um „Ausländer“, sie haben und hatten jedoch vor allem wirtschaftliche Bedeutung für verschiedene Regionen des Bundeslandes Rheinland-Pfalz (Kröhnert/van Olst/Klingholz 2005: 68; Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 2007: 57). Mit 126.800 Soldaten im Jahr 1986/1987 war Rheinland-Pfalz das Land mit der höchsten Truppenkonzentration in der alten Bundesrepublik (Staatskanzlei Rheinland-Pfalz 2012a: 73). Nach den politischen Umbrüchen und dem Fall der Mauer Ende 1980er Jahre wurden 81.000 militärische und 24.000 zivile Stellen abgebaut. Während des Kalten Krieges waren beispielsweise noch 3.500 US-amerikanische Soldaten in Pirmasens stationiert, die Anfang der 1990er Jahre abgezogen wurden, sodass die Stadt Pirmasens inklusive der Angehörigen etwa 10.000 Einwohner einbüßte (Kröhnert/van Olst/Klingholz 2005: 68,

70). Noch zu Beginn von 2012 waren 22.600 US-Streitkräfte in Rheinland-Pfalz stationiert, die sich auf elf Standorte verteilten. Die meisten US-amerikanischen Soldaten konzentrieren sich auf die Standorte Ramstein, Spangdahlem und Baumholder. Werden die Familienangehörigen mitberücksichtigt, erhöht sich die Zahl der US-Amerikanerinnen und -Amerikaner auf insgesamt 82.000 Personen (2012) (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 2007: 57; Staatskanzlei Rheinland-Pfalz 2012b; Nienaber/Roos 2012b).

Abb. 3: Ausländeranteile sowie die fünf häufigsten ausländischen Nationalitäten auf Kreisebene in den Bundesländern Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (Stichtag 31.12.2008)



Quelle: Eigene Erhebung auf Grundlage der Angaben der Einwohnermeldeämter

Haben bestimmte Städte wie Pirmasens und Zweibrücken durch den Truppenabzug einerseits wirtschaftliche und erhebliche demographische Verluste hinnehmen müssen, so verzeichnen andererseits vor allem Städte und Gemeinden an der Grenze zu Luxemburg sowohl in Rheinland-Pfalz als auch im Saarland durch das Phänomen der atypischen Grenzgänger seit Mitte der 2000er Jahre starke Bevölkerungszuwächse. So lebten im Landkreis Trier-Saarburg im Jahr 2008 1.815 Personen mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit, in Bitburg-Prüm 1.460 Personen und in der kreisfreien Stadt Trier 659 Personen (eigene Datenzusammenstellung auf Grundlage der Gemeindestatistiken). Auch im Saarland profitiert vor allem der Landkreis Merzig-Wadern vom atypischen Grenzgängergewesen, was sich darin widerspiegelt, dass im Jahr 2008 1.639 Personen mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit in dem Kreis wohnten (eigene Datenzusammenstellung auf Grundlage der Gemeindestatistiken; Nienaber/Roos 2012b). Auch Grenzgänger aus Frankreich bevorzugen grenznahe deutsche Gemeinden entlang der deutsch-französischen Grenze.

4 Ausblick auf den Sammelband

Die Internationalisierung der Gesellschaft gewinnt im Zuge der Globalisierung sowie des demographischen Wandels zunehmend an Bedeutung. Diese Entwicklung bringt auch Auswirkungen auf die Raumentwicklung mit sich, die jedoch lange Zeit unberücksichtigt blieben. Aus diesem Grund versucht sich der vorliegende Sammelband dem Thema der Internationalisierung der Gesellschaft und den Auswirkungen auf die Raumentwicklung zu nähern. So wird in einem ersten Teil der Themenbereich „Raumkonstruktionen durch Migrantinnen und Migranten“ behandelt, der sich auf theoretischer Ebene mit der kulturell differenzierten Konstruktion von Räumen und Landschaften auseinandersetzt. An die theoretische Betrachtung schließt sich der zweite Themenbereich „Migration und spezifische Räume“ an, der anhand von unterschiedlichen Fallstudien den Raumananspruch von Migrantinnen und Migranten sowie die Potenziale der Internationalisierung aufzeigt.⁸

Im Rahmen des ersten Themenbereichs wird der Fokus auf die kulturell differenzierte Konstruktion von Räumen und Landschaften gelegt. Mit den Teilaspekten des demographischen Wandels kommt es im gesellschaftlichen Bereich zu spürbaren Bedarfs- und Werteverstärkungen. Besonders stark sind diese Verstärkungen dort, wo es zu Überlagerungen durch vielfältige kulturelle Modulation kommt. Aus gesellschaftlicher Sicht sind vor allem Verstärkungen solcher Bedarfe/Anforderungen und Werte von Interesse, die Menschen an verschiedene Teile ihrer räumlichen Umgebung knüpfen. So unterliegen Identitätskonstrukte beispielsweise vor dem Hintergrund der Globalisierung einem zunehmenden Erosionsprozess, der auch die Verständnisse von Raum und Landschaft, aber auch deren Aneignung betrifft. Auf diese Weise werden die unterschiedlichen Ebenen der räumlichen Planung mit weiter differenzierten Ansprüchen an Raum und Landschaft konfrontiert, was sie vor große Herausforderungen stellt (vgl. Bruns/Kühne Kap. 2).

Der anschließende Themenbereich „Migration und spezifische Räume“ kann wiederum in drei Teile untergliedert werden: Unterschiedlicher Umgang des Anspruchs von Migrantinnen und Migranten an Raum, Wohnsituation von Migrantinnen und Migranten sowie Potenziale der Internationalisierung.

⁸ Die Raumbegriffe, die im Folgenden verwendet werden, sind aufgrund der unterschiedlichen Fachgebiete und Themen der jeweiligen Autoren teilweise unterschiedlich.

Zunächst wird anhand konkreter Fallbeispiele aus Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Hessen der unterschiedliche Anspruch von Migrantinnen und Migranten an den Raum betrachtet. Beispielhaft soll hierbei der Raumanpruch und die Raumaneignung US-amerikanischer, muslimischer und türkischer Migrantinnen und Migranten diskutiert werden. So stellen in Rheinland-Pfalz die US-amerikanischen Stationierungskräfte sowie deren Angehörige eine zahlenmäßig bedeutende Gruppe dar, die auf viele Regionen in Rheinland-Pfalz einen großen Einfluss hat oder hatte. Daher wird anhand der Gemeinde Nanzdietschweiler der Frage nachgegangen, wie die off-base lebenden US-Amerikanerinnen und -Amerikaner in ihren Wohnort integriert sind, welche Raumbedeutung sie entfalten können und welche Chancen sich daraus für die Kommunalentwicklung ergeben (vgl. Anslinger Kap. 3). Ergänzend wird der Raumanpruch von muslimischen Einwandererinnen und Einwanderern dargestellt, die ihre teilweise unscheinbaren Gebets- und Begegnungsräume durch repräsentative Um-, An- oder Neubauten umgestalten möchten. Durch die stetig steigende Zahl muslimischer Gemeinden erlangt das Thema eine raumplanerische und raumprägende Dimension, die vielerorts die Stadtgesellschaft und das Stadtbild verändern. Dementsprechend widmet sich das Fallbeispiel dem Diskurs um den Minarettbau der Selimiye-Moschee im saarländischen Völklingen-Wehrden (vgl. Nienaber/Reich Kap. 4). Im Zuge der regional und global zunehmenden Migration spielt auch die Betrachtung kultureller Hintergründe in Bezug auf die Wertschätzung öffentlicher Freiräume eine wichtige Rolle. Am Beispiel der Stadt Kassel werden Ergebnisse studentischer Arbeiten hinsichtlich der Möglichkeiten für eine künftig fachübergreifend koordinierte Forschung kulturspezifischer Raumwahrnehmung diskutiert (vgl. Bruns/Paech Kap. 5). Neben dem unterschiedlichen Anspruch der Migrantinnen und Migranten an Raum ist auch ihre Wohnsituation raumprägend und daher für die Raumentwicklung von Relevanz.

Daher steht in einem zweiten Teil die Wohnsituation der Migrantinnen und Migranten im Zentrum. In diesem Zusammenhang werden einerseits Ergebnisse einer Untersuchung zu Wohnstandorten der ausländischen Bevölkerung in der hessischen Wissenschaftsstadt Darmstadt und ihrem engeren Umland dargestellt. Neben einem Überblick über die aktuellen Daten und Analysen zur Wohnsituation im Untersuchungsgebiet werden Ursachen ermittelt sowie daraus ableitbare Chancen und Probleme erörtert (vgl. Hilligardt Kap. 6). Andererseits wird die Wohnsituation atypischer luxemburgischer Grenzgängerinnen und Grenzgänger in Rheinland-Pfalz und im Saarland behandelt, die sich vor allem entlang von günstigen Verkehrsachsen längs der luxemburgisch-deutschen Grenze ansiedeln. Das durch den Zuzug ausgelöste Bevölkerungswachstum sowie das hohe Grenzgängeraufkommen stellen die meist ländlichen Gemeinden vor neue Herausforderungen, die diverse Konsequenzen für die Raumplanung mit sich bringen (vgl. Roos/Hermes/Nienaber Kap. 7).

Der dritte Teil widmet sich den Potenzialen, die mit der zunehmenden Internationalisierung der Gesellschaft einhergehen können, am Beispiel von Identität, Heimat sowie In- und Exklusion. So wächst gerade im Zuge der Globalisierung die Sehnsucht nach dem Lokalen und damit verbunden dem Gefühl der Heimat und der regionalen Identität. Jedoch implizieren beide Konzepte die Exklusion des Fremden und sind daher vor dem Kontext globaler Migration und kultureller Hybridisierung nicht unreflektiert positiv zu bewerten (vgl. Kühne/Schönwald Kap. 8). Zum anderen werden Identitäten und Selbstzuschreibungen von (Spät-)Aussiedlern in Rheinland-Pfalz thematisiert. Anhand der Untersuchungsergebnisse zeigt sich, dass sich im Laufe der Zeit eine hybride, „russland-

deutsche“ Identität etabliert hat. Jedoch ist unklar, ob sich diese auch zukünftig als ein stabiles Muster der Selbstidentifikation darstellen oder ob es sich auflösen wird (vgl. Köppen Kap. 9).

Abschließend werden aus den einzelnen Beiträgen Handlungsempfehlungen abgeleitet und diskutiert, die sich im Zuge der Internationalisierung der Gesellschaft für die Raumentwicklung ergeben (vgl. Hülz/Kühne Kap. 10).

Literatur

- Ayebek, C.; Straßburger, G. (2009): ‚Politik des friedlichen Zusammenlebens‘. Ein Integrationsansatz mit Modellcharakter in Frankfurt am Main. In: Gesemann, F.; Roth, R. (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft, Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden, 351-366.
- Baumgärtner, E. (2013): Scapegoating, stakeholding und gatekeeping: Techniken der Inklusion und Exklusion in heterogenen Stadtquartieren. In: Schnur, O.; Zakrzewski, P.; Drilling, M. (Hrsg.): Migrationsort Quartier. Zwischen Segregation, Integration und Interkultur. Wiesbaden, 121-133.
- Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2013): Optionsmodell. <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/IB/Einbuergerung/gp-optionsmodell.html> (12.11.2013).
- Beck-Gernsheim, E. (2004): Wir und die Anderen. Frankfurt am Main.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (o.J.): Wegweiser-Kommune. Gütersloh.
- BMI – Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2011): Migration und Integration. Aufenthaltsrecht, Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland. Berlin.
- BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2010): Migration/Integration und Stadtteilpolitik – Städtebauliche Strategien und Handlungsansätze zur Förderung der Integration. = BMVBS-Online-Publikation 08/10. http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Online/2010/DL_ON082010.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (05.08.2014).
- Boos-Krüger, A. (2005): Sozialräumliche Integration von Zuwanderern in Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raumes. Annäherung an ein neues Forschungsgebiet. In: Schader Stiftung (Hrsg.) (2005): Zuwanderer in der Stadt. Expertisen zum Projekt. Darmstadt, 407-445.
- Dittrich-Wesbuer, A.; Plöger, J. (2013): Multilokalität und Transnationalität – Neue Herausforderungen für Stadtentwicklung und Stadtpolitik. In: Raumforschung und Raumordnung 71 (3), 195-205.
- Fischer-Krapohl, I. (2007): Zuwanderung als Gegenstand forschender Raumplanung – Überlegungen zur Bedeutung des Raums für die Migrationsforschung und Anregungen für eine Raumanalyse zur Wahrnehmung interkultureller Realitäten in der Stadt. In: Fischer-Krapohl, I.; Waltz, V. (Hrsg.): Raum und Migration. Differenz anerkennen – Vielfalt planen – Potenziale nutzen. Dortmund, 235-252. = Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 128.
- Fischer-Krapohl, I.; Waltz, V. (2007): Raum und Migration – Einführung der Herausgeberinnen. In: Fischer-Krapohl, I.; Waltz, V. (Hrsg.): Raum und Migration. Differenz anerkennen – Vielfalt planen – Potenziale nutzen. Dortmund, 7-19. = Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 128.
- Friedrich, J.; Blasius, J. (2001): Sozial-räumliche Integration von Türken in zwei Kölner Wohngebieten. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 40 (1), 48-67.
- Gans, P.; Glorius, B. (2014): Internationale Migration – Forschungsansätze und -perspektiven. In: Gans, P. (Hrsg.): Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration. Hannover, 2014. = Forschungsberichte der ARL 3.
- Gestring, N.; Janßen, A.; Polat, A. (Hrsg.) (2006): Prozesse der Integration und Ausgrenzung. Türkische Migranten der zweiten Generation. Wiesbaden.

- Glorius, B. (2007): Polnische Migranten in Leipzig. Eine transnationale Perspektive auf Migration und Integration. Empirischer Forschungsbericht. Halle. = Hallesche Diskussionsbeiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeographie 10.
- Grunwald, N. (2007): Konfliktmanagement und Migrantinnen am Beispiel der Dortmunder Nordstadt. In: Fischer-Krapohl, I.; Waltz, V. (Hrsg.): Raum und Migration. Differenz anerkennen – Vielfalt planen – Potenziale nutzen. Dortmund, 183-197. = Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 128.
- Halisch, J. (2008): Frankfurter Integrationsstudie 2008. Frankfurt am Main.
- Hanhörster, H. (2007a): Potenziale der Wohneigentumsbildung von Migrantinnen und Migranten in Benachteiligten Stadtteilen. In: Fischer-Krapohl, I.; Waltz, V. (Hrsg.): Raum und Migration. Differenz anerkennen – Vielfalt planen – Potenziale nutzen. Dortmund, 133-148. = Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 128.
- Hanhörster, H. (2007b): Strukturen und Leitbilder der Integration und Migrantenbeteiligung im Quartiersmanagement in NRW: Über die Notwendigkeit neuer Fragestellungen und Forschungsansätze. In: Fischer-Krapohl, I.; Waltz, V. (Hrsg.): Raum und Migration. Differenz anerkennen – Vielfalt planen – Potenziale nutzen. Dortmund, 223-234. = Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 128.
- Hanhörster, H.; Barwick, C. (2013): Soziale Brücken und Grenzziehungen in der Stadt: Türkistämmiger Mittelstand in Migrantenvierteln. In: Raumforschung und Raumordnung 71 (3), 207-219.
- Häußermann, H.; Siebel, W. (2001): Multikulturelle Stadtpolitik: Segregation und Integration. In: Gestring, N.; Glasauer, H.; Hannemann, C.; Petrowsky, W.; Pohlan, J. (Hrsg.) (2001): Jahrbuch StadtRegion 2001. Schwerpunkt: Einwanderungsstadt. Oldenburg, 133-136.
- Henkel, K. (2004): Zuwanderung als Aufgabe räumlicher Planung? In: Wiechmann, T.; Fuchs, O. (Hrsg.): Planung und Migration. Determinanten, Folgen und raumplanerische Implikationen von sozialräumlicher Mobilität. Hannover, 85-87.
- Ibert, O. (2004): Soziale Innovationen als ‚böartige Probleme‘. Lehren aus einem Modellprojekt zur Integration von Migrantinnen und Migranten. In: Wiechmann, T.; Fuchs, O. (Hrsg.): Planung und Migration. Determinanten, Folgen und raumplanerische Implikationen von sozialräumlicher Mobilität. Hannover, 100-109.
- Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (Hrsg.) (2012): Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion. 8. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle an den 11. Gipfel der Exekutive der Großregion. Saarbrücken.
- Janßen, A.; Polat, A. (2004): Über Ressourcen und Restriktionen: Die Rolle des Stadtteils für die Integration von Migranten. In: Wiechmann, T.; Fuchs, O. (Hrsg.): Planung und Migration. Determinanten, Folgen und raumplanerische Implikationen von sozialräumlicher Mobilität, Hannover, 88-99.
- Karpf, E. (2013): Eine Stadt und ihre Einwanderer: 700 Jahre Migrationsgeschichte in Frankfurt am Main. Frankfurt am Main.
- Krämer-Badoni, T. (2001): Urbanität und gesellschaftliche Integration. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 40 (1), 12-26.
- Kröhnert, S.; van Olst, N.; Klingholz, R. (2005): Deutschland 2020. Die demografische Zukunft der Nation. Berlin.
- Krummacher, M.; Waltz, V. (2007a): 20 Jahre Bewusstseinsarbeit „Stadt und Migration“ – Erfolge und Versäumnisse. In: Fischer-Krapohl, I.; Waltz, V. (Hrsg.): Raum und Migration. Differenz anerkennen – Vielfalt planen – Potenziale nutzen. Dortmund, 21-34. = Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 128.
- Krummacher, M.; Waltz, V. (2007b): Interkulturelle Konzepte: ‚Best Practice‘ in Essen und Solingen. In: Fischer-Krapohl, I.; Waltz, V. (Hrsg.): Raum und Migration. Differenz anerkennen – Vielfalt planen – Potenziale nutzen. Dortmund, 67-74. = Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 128.

- Lüken-Klaßen, D. (2007): Kommunale Wohnpolitik zur Integration von Migranten in Frankfurt am Main. Bamberg.
- Magistrat der Stadt Frankfurt am Main (Hrsg.) (2012): Frankfurter Integrations- und Diversitätsmonitoring. Frankfurt am Main.
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2007): Zuwanderungs- und Integrationsbericht der Landesregierung Rheinland-Pfalz 2005–2006. Mainz.
- Münch, S. (2010): Integration durch Wohnungspolitik? Zum Umgang mit ethnischer Segregation im europäischen Vergleich. Wiesbaden.
- Nienaber, B.; Kriszan, A. (2013): Entgrenzte Lebenswelten: Wohn- und Arbeitsmigration als Ausdruck transnationaler Lebensentwürfe im deutsch-luxemburgischen und deutsch-polnischen Grenzraum. In: Raumforschung und Raumordnung 71 (3), 221-232.
- Nienaber, B.; Roos, U. (2012a): Der demographische Wandel und die Integration von Migranten in den saarländischen Kleinstädten Perl und Schmelz. In: Köppen, B.; Gans, P.; Milewski, N.; Swiaczny, F. (Hrsg.): Internationalisierung: Die unterschätzte Komponente des demographischen Wandels in Deutschland? Norderstedt, 87-116. = Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Demographie 5.
- Nienaber, B.; Roos, U. (2012b): Internationale Migranten und Migration. In: GR-Atlas (Atlas der Großregion). <http://gr-atlas.uni.lu/index.php/de/articles/ge62/mil184> (11.09.2014).
- Nuissl, H.; Schmitz, A. (2013): Migration als Potenzial der kommunalen Entwicklung – Lokale Ansätze zur Unterstützung von ökonomischen Akteuren mit Migrationshintergrund. In: Raumforschung und Raumordnung 71 (3), 181-193.
- Petermann, S. (2011): Räumlicher Kontext, migrationsbezogene Vielfalt und Kontakte zu Ausländern in der Nachbarschaft. http://www.mmg.mpg.de/fileadmin/user_upload/documents/wp/WP_11-06_Petermann_Kontext-Kontakt.pdf (05.08.2014).
- Planergruppe Oberhausen (1982): Türkische Gärten im Ruhrgebiet. Zu den Freiraumansprüchen der türkischen Bevölkerung. Oberhausen.
- Pott, A. (2001): Der räumliche Blick. Zum Zusammenhang von Raum und städtischer Segregation von Migranten. In: Gestring, N.; Glasauer, H.; Hannemann, C.; Petrowsky, W.; Pohlan, J. (Hrsg.) (2001): Jahrbuch StadtRegion 2001. Schwerpunkt: Einwanderungsstadt. Oldenburg, 57-74.
- Saarbrücker Zeitung (Hrsg.) (2010): Jeder dritte Deutsche hält das Land für "überfremdet". Studie: Angst vor Armut treibt Menschen nach rechts – Große Ablehnung des Islams. Saarbrücken.
- Scheibelhofer, E. (2011): Raumsensible Migrationsforschung. Wiesbaden.
- Schmitz-Veltin, A. (2014): Wer oder was sind Migrant(inn)en? Versuch einer statistischen Begriffsbestimmung. In: Gans, P. (Hrsg.): Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration. Hannover, 2014. = Forschungsberichte der ARL 3.
- Schnur, O.; Zakrzewski, P.; Drilling, M. (2013): Migrationsort Quartier – zwischen Segregation. Integration und Interkultur. In: Schnur, O.; Zakrzewski, P.; Drilling, M. (Hrsg.): Migrationsort Quartier. Zwischen Segregation, Integration und Interkultur. Wiesbaden, 9-26.
- Staatskanzlei Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2012a): Bericht der Landesregierung über die Umsetzung des Konversionsprogramms des Landes zur Bewältigung der Folgen des Truppenabzugs in den Jahren 2010 und 2011. Mainz.
- Staatskanzlei Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2012b): Rheinland-Pfalz bleibt Standort der US-Armee. http://www.rlp.de/no_cache/einzelansicht/article/us-standorte-gesichert/ (12.12.2013).
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2014): Gebiet und Bevölkerung – Ausländische Bevölkerung. http://www.statistik-portal.de/statistik-portal/de_jb01_jahrtab2.asp (22.04.2014).

- Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2010.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund2010220107004.pdf?__blob=publicationFile (06.08.2014).
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (o.J.): Ausländer am 31.12.2013 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Altersgruppen.
<http://www.statistik.rlp.de/staat-und-gesellschaft/bevoelkerung-und-gebiet/basisdaten-land/auslaender/> (25.09.2014).
- Terkessidis, M. (2012): Wer plant da eigentlich für wen? Köln, Berlin, 34-39. In: Stadtbauwelt 193.
- Ulrich, B.; Topcu, Ö. (2010): Sind Muslime dümmmer? <http://www.zeit.de/2010/35/Sarrazin> (07.12.2010).
- United Nations (eds.) (1998): Recommendations on Statistics of International Migration. Revision 1.
http://unstats.un.org/unsd/publication/SeriesM/SeriesM_58rev1E.pdf (17.10.13).
- Waltz, V. (2010): Ältere Migranten und Migrantinnen – Wo wohnen sie, wie leben sie, wie wünschen sie ihr Leben im Alter. In: Reuschke, D. (Hrsg.): Wohnen und Gender. Theoretische, politische, soziale und räumliche Aspekte. Wiesbaden, 215-236.
- Waltz, V. (2007): Identität und Lebensqualität in der Ruhr City – über die mögliche Rolle der türkischen Zuwanderer. In: Fischer-Krapohl, I.; Waltz, V. (Hrsg.): Raum und Migration. Differenz anerkennen – Vielfalt planen – Potenziale nutzen. Dortmund, 75-85. = Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 128.
- Waltz, V. (2001): Migration und Stadt: best practice-Beispiele in Nordrhein-Westfalen. In: Gestring, N.; Glasauer, H.; Hannemann, C.; Petrowsky, W.; Pohlen, J. (Hrsg.) (2001): Jahrbuch StadtRegion 2001. Schwerpunkt: Einwanderungsstadt. Oldenburg, 115-131.
- Wille, C. (o.J.): Atypische Grenzgänger nach Luxemburg. In: GR-Atlas (Atlas der Großregion).
<http://gr-atlas.uni.lu/index.php/de/articles/ar65/at659> (25.09.2014).
- Worbs, S.; Sinn, A.; Roesler, K.; Schmidt, H.-J. (2005): Räumliche Verteilung und Wohnsituation von Zuwanderern in Deutschland. In: Schader Stiftung (Hrsg.) (2005): Zuwanderer in der Stadt. Expertisen zum Projekt. Darmstadt, 13-73.
- Young, G.; Stevenson, D. (eds.) (2013): The Ashgate research companion to planning and culture. Farnham.

Autorinnen

Birte Nienaber (*1978), Prof. Dr. phil., Dipl.-Geogr., geogr. Migrationsforschung, Raumentwicklung, Grenzüräume, politische Geographie, Universität Luxemburg, Walferdange/Luxemburg, Mitglied der ARL-LAG Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland.

Ursula Roos (*1985), 1. Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen mit den Fächern Geographie/Chemie, geogr. Migrations- und Integrationsforschung, Geographie ländlicher Räume, Universität Luxemburg, Walferdange/Luxemburg, Mitglied der AG „Internationalisierung der Gesellschaft und die Auswirkungen auf die Raumentwicklung“ der ARL.

Diedrich Bruns, Olaf Kühne

Zur kulturell differenzierten Konstruktion von Räumen und Landschaften als Herausforderungen für die räumliche Planung im Kontext von Globalisierung

Gliederung

- 1 Gegenstand und Begründung
- 2 Herausforderungen und Stand der Forschung
- 3 Anforderungen an eine kultursensible Landschafts- und Raumforschung

Literatur

Kurzfassung

Im Zuge der Globalisierung unterliegen territorial-politisch-kulturell eindeutige Identitätskonstrukte einem zunehmenden Erosionsprozess. Dieser Erosionsprozess des Eindeutigen betrifft auch die Verständnisse von Raum und Landschaft, aber auch deren Aneignung. Dies stellt unterschiedliche Ebenen der räumlichen Planung vor große Herausforderungen: Sie sieht sich mit immer stärker differenzierten Ansprüchen an Raum und Landschaft konfrontiert, denen nicht mit Verweis auf ein Anpassungsgebot an die sogenannte „Mehrheitskultur“ gekontert werden kann. Dies bedeutet letztlich für Planungsverfahren, dass Beteiligungsverfahren, die Diversität stärker berücksichtigen, (weiter)entwickelt werden müssen.

Schlüsselwörter

Kultur – Landschaft – Raum – Globalisierung – demographischer Wandel – Migration

To the culturally differentiated construction of spaces and landscapes as challenges for spatial planning in the context of globalization processes

Abstract

With continuing globalization distinct territorial-political-cultural identity constructs are subject to increasing erosion processes. Such erosion of distinctness affects the concepts and understanding of space and landscape, and also their appropriation. Thus spatial planning must, at all levels of decision making, meet major challenges: Planners are confronted with increasingly diverse demands on space and landscape. Such challenges cannot be met by simply referring to making adjustments in the way planning responds to the so-called “majority culture”. Hence, planning procedures need to be developed further with regard to inclusiveness of diversity.

Keywords

Culture – landscape – space – globalization – demographic change – migration

1 Gegenstand und Begründung

Der demographische Wandel mit seinen Teilaspekten Alterung, Schrumpfung, Migration und zunehmende Bevölkerungsvielfalt gehört zu den großen gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart, ähnlich wie Klimawandel und Ernährung, Globalisierung und Finanzkrise, Krieg und Terror usw. Er gehört damit zu den heutigen Triebkräften der Raum- und Landschaftsveränderung, wie auch Subventionen (insbesondere GAP/Landwirtschaft; Energie und Transport), Katastrophenschutz einschließlich Hochwassermanagement, Siedlungsentwicklung einschließlich Wachstums- und Schrumpungsstrategien usw. Mit den Teilaspekten des demographischen Wandels gehen gesellschaftlich spürbare Bedarfs- und Werteverchiebungen einher, und zwar nicht zuletzt überall dort, wo diese sich durch vielfältige kulturelle Modulation überlagern und verstärken. Noch als überwiegend „weiß“ bezeichnete Gesellschaften nehmen zunehmend multiple Farben an, sodass in einigen wie etwa den nordamerikanischen Gesellschaften bereits heute ein Begriff wie „Minorität“ („minorities“) kaum mehr gerechtfertigt erscheint (siehe hierzu auch die demographischen Analysen der jüngsten Bundeswahlen in den USA von 2012).

Im Kontext von Migration wird häufig Kultur als zentrales Deutungsmuster angeführt. Unter Kultur wird im Folgenden – im Anschluss an Hall (2002) – die Summe der verschiedenen Klassifikationssysteme und der diskursiven Formationen verstanden. In sozialen Praxen werden diese Klassifikationssysteme und diskursiven Formationen abgeleitet, wodurch sie wiederum aktualisiert werden (Hall 2002). Kultur wird also nicht als etwas essentiell Vorhandenes, sondern als etwas sozial Hergestelltes verstanden, sie entsteht im Kontext von Selbst- und Fremdzuschreibungen.¹ Gesellschaftlich von Interesse sind besonders Verschiebungen solcher Bedarfe/Anforderungen und Werte, die Menschen an verschiedene Teile ihrer räumlichen Umgebung knüpfen (Wertunterschiede sind z. B. hinsichtlich der Wahrnehmung natürlich anmutender Umgebungen nachvollziehbar; vgl. Soyez 2003; Johnson/Bowker/Bergstrom et al. 2004; Stodolska/Livengood 2006; Kühne 2008; Buijs 2009; Buijs/Elands/Langers 2009; Jay/Schraml 2009). Hieraus erwachsen neue Herausforderungen nicht nur für die Raumwissenschaften, sondern ganz praktisch auch für die an Raumentwicklung beteiligten Planungen (vgl. West 1989; Dines/Catell/Gesler et al. 2006).

Die Dringlichkeit vertiefter Befassung mit kulturell unterschiedlichen Raumkonstruktionen und Raumansprüchen zeigt sich allenthalben, vordergründig zunächst im Zusammenhang mit praktischen Aufgaben, wie etwa dem Management öffentlich verfügbarer Räume (vgl. Gobster 2002), der Gestaltung öffentlicher Freiflächen (vgl. Rishbeth 2001; Özgüner 2011), weiterhin dem Naturschutz und der Kultur-/Denkmalpflege – auch mit Bezug auf die Unterstützung durch entsprechende Verbände und Vereine (Buijs 2009), oder in Bezug auf Freizeitverhalten/Tourismus und Regionalentwicklung (vgl. Goossen/Elands/van Marwijk 2010), um nur einige zu nennen.

Über solche Einzelthemen hinaus stellt sich umfassender die Frage, welche Folgen eine laufende „Innere Internationalisierung“ vor dem Hintergrund kultureller, sozialer, aber auch ökologischer und ökonomischer Globalisierungsprozesse (vgl. z. B. Beck 1997) der Gesellschaft in Stadt und Land hinsichtlich der Anforderungen an Raum- und Umweltleistungen/-funktionen insgesamt hat; hiervon nicht trennbar und jedenfalls beachtlich ist, wie oder wie weit Phänomene kultureller Vielfalt und Hybridisierung mit sonstigen Trends korrelieren (wie etwa Lebensstil-Trends, Milieuverschiebungen, Kommunika-

¹ Siehe den Beitrag von Kühne/Schönwald in diesem Band.

tion und Soziale Netzwerke u. a. m.). Zum Beispiel stehen sich verschiedene derzeit gesellschaftspolitisch aktuelle Ziele der Sozialpolitik, etwa die Angleichung der Lebenschancen einerseits und die Stabilisierung der Gesellschaftsordnung andererseits, im städtischen Raum nicht ausschließlich harmonisch gegenüber. Inter- und transkulturelle Interaktionen zu fördern gehört beispielsweise zu den politisch auf allen Ebenen als wichtig erachteten Integrationsbemühungen. Öffentliche Räume wie Plätze und Grünanlagen bieten hierfür – je nach gruppenspezifischer Aneignung und der Kommunikation über Besitzergreifungen – unterschiedlich geeignete Ausgangsbedingungen (Rishbeth 2004; Peters/Elands/Buijs 2010).

Bei der Suche nach Antworten auf die oben gestellten Fragen rückt die sich mit der Gesellschaft (und parallel auch der physischen Umwelt) spürbar wandelnde Raum- und Umweltwahrnehmung/-konstruktion/-wertschätzung in den Mittelpunkt, und hier besonders Landschaft als Ausdruck dessen, was in Raum und menschlicher Umwelt nach unterschiedlicher Herkunft jeweils sozial konstruiert und welche Bedeutungen ihren Bestandteilen beigemessen wird (siehe bereits Daniels/Cosgrove 1988 mit engen Bezügen zur Teilhabe an der Zivilgesellschaft und der Übernahme von Verantwortung und Entscheidung im Sinne der Europäischen Landschaftskonvention; vgl. auch Elands/Buijs 2010). Die Untersuchung des Themas „Landschaft“ (als ein Spezialfall von Raum) im Kontext gesellschaftlicher Internationalisierung erscheint aus mehreren Gründen wichtig (Gailing/Leibenath 2012; Jones/Daugstad 1997; Schenk 2013; Kühne 2013):

- Der Begriff der „Landschaft“ weist nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in der Praxis eine hohe diskursive Anschlussfähigkeit auf.
- Er ist vergleichsweise bedeutungsoffen und wird nicht als ein streng definierter Fachterminus wahrgenommen.
- Er ist damit lebensweltlich anschlussfähig.
- Er wird im Allgemeinen positiv konnotiert und bietet deswegen vielfältige Identifikationsmöglichkeiten.
- Er vermag als verbindende Klammer unterschiedlicher raumbezogener Forschungsansätze zu dienen.

Er ist Ausgangspunkt gegensätzlicher, widersprüchlicher Interpretationen und regt dadurch „zum Nachdenken und Streiten [...] – über verschiedene Landschaftsbegriffe, über Forschungsdesigns, aber vor allem auch über die Gestaltung der Räume, in denen wir leben“ (Gailing/Leibenath 2012: 96) an.

Thema und Begriff „Landschaft“ schließen in diesem Sinne – und in angelsächsischer wissenschaftlicher Tradition – Stadt und Stadtrand konsequent ein, sind also nicht auf „Land außerhalb der Stadt“ beschränkt. Das soziale Konstrukt „Landschaft“ lässt sich damit in drei Dimensionen gliedern als:

1. Ausdruck kultur-spezifischer räumlicher Konstruktionsleistung und
2. Konzept für Prozesse (sozialer Praktiken) der Formation räumlicher Bedeutungen und
3. Ausdruck von Ansprüchen an Raum/Umwelt (kontextuell, situiert, transitorisch).

Einiger Untersuchungen unterschiedlicher Landschaftskonzepte ungeachtet (Olwig 2002; Gehring/Kohsaka 2007; Drexler 2009 und 2010)² gibt es kaum vergleichende und wenige empirisch begründete Studien (in erster Linie aus in der Kolonialzeit besonders aktiven Ländern) lebenswirklicher Raumwahrnehmung und Landschaftspräferenzen; Lebenswelt ist dabei „Inbegriff einer Wirklichkeit, die erlebt, erfahren und erlitten wird“ (Schütz/Luckmann 2003 [1975]: 447). Diese lebensweltliche Perspektive bedeutet, unterschiedliche Raumkonstruktionen und Raumansprüche auf eine differenziert hergestellte kulturelle Herkunft nachzuvollziehen (Zube/Pitt 1981; Wypijewski 1999; Makhzumi 2002; Rishbeth 2004; Dömek/Güleş/Piniek et al. 2006; Özgüner 2011). Derzeit lassen sich über geschichtliche Referenzen hinaus (z. B. Tuan 1974) nur wenige gesicherte Aussagen über kulturell differenzierte Landschaftsauffassungen und -wertschätzungen – die jeweils zudem über einen großen „semantischen Hof“ (Hard 1969; vgl. auch Henderson 2003) verfügen – und über die Rolle gegenseitiger Beeinflussungen machen. Dieser Befund überrascht für den mitteleuropäischen und besonders auch den deutschsprachigen Raum, in dem Migration nicht erst seit Eintreffen von „Gastarbeitern“ ein sozialprägendes Phänomen ist (Bade 2000; Bade/Eijl/Schrover 2007). Eine besondere Herausforderung der Untersuchung kulturell differenzierter Landschaftskonstruktionsprozesse stellt die Hybridisierung von Kulturen im Allgemeinen und Landschaftsbegriffen im Besonderen dar: Kulturen entwickeln sich heute – zugespitzt formuliert – nicht mehr, von sporadischen Kontakten mit anderen Kulturen abgesehen, weitgehend unbeeinflusst im Kontext eines Naturraumes, sondern in ständigem Austausch miteinander. Wobei dieser Austausch bei Migranten in besonders intensiver Form erfolgt: Durch ständigen Kontakt mit der (in sich auch nicht homogenen) aufnehmenden Kultur konturiert und kontrastiert sich das, was in der anderen Kultur als nicht-vertraut angesehen wird am Vertrauten der (in sich ebenfalls nicht homogenen) Herkunftskultur (vgl. z. B. Tschernokoshewa 2005; Marjolein/Kloek/Buijs et al. 2013). Auch der Landschaftsbegriff ist in weiten Teilen der Welt durch Hybridisierungen und Bedeutungsübernahmen geprägt (Küchler/Wang 2009; Bruns 2013; Bruns/Zhang/Zhao 2013; Kühne 2012 und 2013; Ueda 2013): Insbesondere der aus der deutschsprachigen Wissenschaft stammende Begriff von Landschaft als ein positiv gegebenes, also empirisch fassbares, subjektunabhängiges physisches Objekt erweiterte traditionelle Konstruktionsprozesse von Landschaft bzw. verdrängte diese (insbesondere in den landschaftsbezogenen Wissenschaften) zumindest teilweise.

Es gilt diese Lücke der kulturell differenzierten Raum- und Landschaftskonstruktionen angesichts sowohl des breiten politischen Interesses als auch des zu erwartenden planungspraktischen Gewinns möglichst rasch und gezielt zu schließen. Hierbei kann auf bisher nur wenige einschlägige und zugleich hinreichend entwickelte Theorien zurückgegriffen werden. Auf den Gebieten raumbezogener ethnischer Studien und Migrationsstudien steht zum Beispiel das Konzept der „selective acculturation“ (Keefe/Padilla 1987) nach wie vor auf dem Prüfstand (Stodolska 2000; Stodolska/Livengood 2006; Arends-Tóth/van de Vijver 2007). Des Weiteren könnte es gewinnbringend sein, Untersuchungen kulturell bedingter Raumwahrnehmungen und Raumansprüche einige der verfügbaren Konzepte zu Mensch-Umwelt-Beziehungen wie etwa „place attachment“, „sense of place“ und „place identity“ zugrunde zu legen (Jorgensen/Stedman 2006). Auch theoretisch ist somit einiges an Entwicklungsarbeit zu leisten (Kloek et al. 2013).

² Einen aktuellen Forschungsüberblick gibt Kühne 2013.

2 Herausforderungen und Stand der Forschung

Migration/Herkunft stellen vor besondere forschungsstrategische und -ethische Herausforderungen:

Zunächst besteht ein (auch ethisch) nicht ohne weiteres lösbares Problem darin, dass auf der einen Seite jede Gleichsetzung zwischen Kultur (kultureller Gemeinschaft) und Identität/Wertesystem meistens Vereinfachungen hinsichtlich der (zu untersuchenden) Zielgruppen mit sich bringt, die empirische Zugänge zwar erleichtern oder überhaupt erst ermöglichen; auf der anderen Seite perpetuieren solche Klassifizierungen aber einen Lebensweltlichkeiten nicht unbedingt widerspiegelnden (und auf einmal Gefundenem verharrendem) Expertendiskurs. Solcher Diskurs geht wohl davon aus, dass, wie McDowell es, Paul Gilroy (1987: 55) zitierend, ausdrückt, „Kulturen angeblich für immer durch ethnische Grenzen voneinander getrennt sind“ (McDowell 2005 [1999]: 261). Dabei werden „ethnische“ Gesellschaftsteile oft als „Minderheiten“ bezeichnet (selbst wenn dies auf absehbare Zeit demographisch unzutreffend ist) und nicht selten als „soziales Problem konstruiert“ (ebenda). Von Interesse sollte aber die methodisch unvoreingenommen zu fassende wissenschaftliche Rekonstruktion von Lebenswelten sein. Auch in (oben zum Teil zitierten) thematisch auf eng begrenzte Fragenstellungen hin durchgeführten empirischen Untersuchungen konnten bisher nur wenige Nachweise über kulturell basierte Raumansprüche/Wertzuweisungen überzeugend geführt werden, ohne vorab ethnisch gebildeten Gruppen auszuweisen und Ergebnisse mit ihnen zu korrelieren. Auch wenn dabei auftretende Ungereimtheiten angesprochen werden, bestätigen wiederholt mit denselben Zielgruppen-Kategorien durchgeführte Studien bereits Gefundenes (so schon in Zube/Pitt 1981; Kaplan/Talbot 1988). So führen mehrere, ähnlich konzipierte Untersuchungen zur Festigung von „Erkenntnissen“, etwa jener, dass „Minderheiten“ afrikanischer oder asiatischer Herkunft weniger als (weiße) Europäer städtische Parkanlagen als „Rückzugsräume“ und als „Räume für sportliche Betätigung“ ansehen, Naturnähe dagegen mehrheitlich als „Verwilderung“ wahrnehmen und ablehnen (vgl. Rishbeth 2004, bestätigend auf frühere Arbeiten von Hutchinson 1987 und Loukaitou-Sideris 1995 verweisend und gleichzeitig feststellend, dass weibliche Befragte *unabhängig von ethnischer Zuschreibung* „typische britische Parks“ als „too wild“ bezeichnen, diesem Widerspruch aber nicht nachgehend).

Hinzu kommt, dass bei einer Konzentration auf bestimmte kulturelle Gesellschaftsteile sowohl die Gesamtheit vielfältig-kultureller Gesellschaft als auch die intra-ethnische Vielfalt vernachlässigt werden (Stodolska/Livengood 2006; Carr/Williams 1993). Es finden sich Studienaufbauten mit Fokus auf eindimensionale kulturelle Variablen (etwa: „Minderheiten“), wohingegen Migration als multi-dimensional komplexes ethnisch-religiös-kulturelles und soziales Gefüge zu begreifen ist (Carr/Williams 1993) und entsprechend mehrdimensionalen Zielgruppenspezifika zu verstehen sein kann, unter Berücksichtigung etwa von sozio-ökonomischen Verhältnissen und Status. In Nordamerika gaben Beobachtungen unterschiedlicher Rauman eignung durch Mitglieder verschiedener kultureller Gruppen bereits seit etwa den 80er Jahren Anlass für einschlägige Untersuchungen – meist mit Schwerpunkten wie Freizeitvorlieben, Nachfragen von Ausstattungselementen öffentlicher Freiräume, Naturbezug usw. (vgl. Washburne 1978; Zube/Pitt 1981 Kaplan/Talbot 1988; Nasar 1984). Zwischenzeitlich auch in Europa durchgeführte Studien sind (wie oben schon erwähnt) meist fachspezifisch motiviert und beziehen sich auf Themen wie Siedlungsentwicklung (Malheiros 2002) oder die Nutzung und Wahrnehmung urbaner Räume und öffentlicher Anlagen (zum Beispiel Carr/Williams 1993; Loukaitou-Sideris 1995; Dömek/Güleş/Piniek et al. 2006; Peters/Elands/Buijs 2010).

Besondere Aufmerksamkeit scheint auch hier dem Freizeitverhalten kulturell unterschiedlicher Gruppen zu gelten (zum Beispiel Klobus-Edwards 1981; Stamps/Stamps 1985; Floyd 1998; Walker/Deng/Dieser 2001; Sasidharan/Willits/Godbey 2005; Barnett 2006; Lichtenberger 2011). Dazu vorliegende Informationen führen bereits zu Überlegungen über Theoriebildung in diesem speziellen Wissensgebiet (Stodolska 2000).

Über Anforderungen hinsichtlich einer möglichst neutralen Ergebnisfindung hinaus besteht auf diesem Forschungsfeld weiterer Klärungsbedarf. Grundsätzlich stellt sich (nicht nur, aber besonders hinsichtlich der Untersuchung kulturell differenzierter Raumansprüche) die Frage, mit welcher Systematik der „time lag“ einbezogen wird, der sich zwischen dem relativ langsamen Wandel gebauter Umwelt (Landschaft als Urkunde und Ausdruck gesellschaftlichen Wandels; „geronnene Sozialgeschichte“) einerseits und den sehr viel schnelleren Prozessen sich rasch bildender und wieder verflüchtigender kultureller Codes und Normen andererseits auftut (Medien, Moden, kulturelle und politische Diskurse usw.). Sodann ist abzuwägen, wie der bisherige Stand einschlägiger Forschung weiteren Überlegungen zugrunde gelegt werden kann, wenn man bisher in erster Linie von thematischen engen Fragestellungen ausgegangen war (Gemeinschaftsgärten, städtische Anlagen und Parks, Naturgebiete, usw.), hier aber vielfältig-kulturelle Landschaften insgesamt zur Debatte stehen.

Der aktuelle Forschungsstand stellt vor besondere forschungsstrategische Herausforderungen:

- Viele frühe Studien nehmen Studenten als Probanden; diese entsprechen aber nicht dem Bevölkerungsquerschnitt und bilden Gesellschaft somit nur begrenzt ab (Rishbeth 2001: 353).
- Zu beobachten ist die untersuchungsstrategisch begründete Tendenz, Individuen als Probanden zu nehmen; hiermit bilden sich kollektivistische Formen der Raumnutzung/-aneignung nicht ab, die bei zahlreichen Kulturen besonders bei Freiraumnutzungen dominieren.
- Viele bisherige Untersuchungen verfolgen nicht den Hauptzweck, ethnische oder kulturelle Erklärungen für Umwelt-/Raumpräferenzen zu finden oder zu erhärten (Kritik dazu schon bei Kaplan/Talbot 1988: 108). Es stehen vielmehr folgende Fragestellungen im Zentrum des Interesses: Landschaftsbild (vergleichende Präferenzstudien), Freizeitbedarfe und -präferenzen (insgesamt umfangreiches Material), Vergleiche von Stadt und Land sowie von Vertrautem und Exotischem, oder auch emotionale Bindungen an bestimmte Umgebungen (Altman/Low 1992).
- Ein besonderer Umstand ist, dass sich – in Bezug auf spezifische gesellschaftspolitisch dominante Diskurse durchaus nachvollziehbare – regionale oder sogar nationale Spezifika herausgebildet haben, mit denen nicht nur praktisch, sondern auch wissenschaftlich auf Phänomene kulturellen Wandels geblickt wird (Kloek et al. 2013). Diese Unterschiede etwa verschiedener Definitionen von „Migranten“, „Minderheiten“ usw. erschweren vergleichende Auswertungen ebenso wie die (erstrebenswerte) transnationale Forschungskooperation.

3 Anforderungen an eine kultursensible Landschafts- und Raumforschung

Erst die **Disziplinen übergreifende Sicht** ermöglicht aber eine angemessene Rekonstruktion der Lebenswelten kultureller Vielfalt, da hier die Möglichkeit besteht, die spezifischen, den einzelnen Wissenschaften inhärenten, Eigenlogiken und Deutungsmuster („déformation professionnelle“) zu eruieren, zu hinterfragen und miteinander in Beziehung zu setzen (vgl. Löw 2010; Kühne 2013). So können z. B. durch Herkunft begründete Traditionen und Vorstellungen über menschliches Wohlbefinden und Gesundheit Auswirkungen etwa auf die Beteiligung Einzelner am öffentlichen Leben einschließlich Freizeitverhalten und Naturgenuss haben (Gentin 2010). Schon der Unterschied stärker ländlich oder städtisch geprägter Biografien kann dabei den Ausschlag geben.

Aus bisher bekannt gewordenen Einzelerkenntnissen einen Gesamteindruck vermutlich vorhandener Gemeinsamkeiten aktueller Entwicklungen zu gewinnen, ist nahezu unmöglich und angesichts der heterogenen Daten- und Kenntnislage zudem nur begrenzt zulässig. Andererseits bieten gerade das Thema und Konzept „Landschaft“ und mit Landschaft befasste Zugänge gute Möglichkeiten zum Verstehen großer räumlicher Zusammenhänge und räumlich-lebensweltlicher Bedeutungen. Solchen Zusammenhängen und Bedeutungen nachzuspüren gehört forschungsstrategisch derzeit zu den besonders vorrangigen Aufgaben. Angesichts zunehmender internationaler Migration und Durchmischung erscheint eine Intensivierung der Untersuchung kulturell differenzierter Ansprüche an Raum und Landschaft unerlässlich.

Ein besonderes Augenmerk gilt der Teilhabe von Vertretern verschiedener kulturelle Selbstbeschreibung an der Zivilgesellschaft und damit an Planungs- und Entscheidungsprozessen mit Auswirkung auf Raum- und Landschaftsentwicklung. Vor dem Hintergrund demokratischer Prinzipien und internationaler Übereinkommen zur Öffentlichkeitsbeteiligung (Arhus-Konvention, speziell auf Landschaft bezogen die Europäische Landschaftskonvention) gelten die Regeln der Inklusivität: Grundsätzlich sollen alle Teile der Bevölkerung teilhaben und Zugang zu Entscheidungsgrundlagen haben. Beachtlich sind dann Feststellungen, dass „Immigranten“ – also ein großer Anteil der Gesamtöffentlichkeit – sich etwa in bestimmten Verbänden nicht engagieren oder sich an Befragungen nicht beteiligen, die sich auf Landschaft beziehen (vgl. Ipsen/Reichhardt/Schuster et al. 2003; Sevenant/Antrop 2010b). Dies gilt selbst für „Immigranten“ der zweiten Generation (Sevenant/Antrop 2010b), die in dieser Hinsicht keine Anzeichen von „Akkulturation“ zu zeigen scheinen. Solche, durch andere Studien bestätigte (vgl. Arends-Tóth/van de Vijver 2003 und 2007; Buchecker/Hunziker/Kienast 2003) Befunde legen Forschung nahe, in der gezielt auf verschiedene Traditionen und kulturelle Eigenarten aller Gesellschaftsgruppen der jeweiligen Untersuchungsgebiete eingegangen wird (vgl. Sevenant/Antrop 2010a). Unterstützt wird diese Strategie durch Erkenntnisse aus Meta-Studien über Umweltästhetik, wo neben Variablen wie Alter und spezielles Gebietsinteresse vor allem auch ethnische Zugehörigkeit als besonders komplexe und künftig genauer zu untersuchende Determinante identifiziert wurde (Stamps 1999). Auszugehen ist davon, dass sich im Zuge von Migration innerhalb bestimmter Räume einzelne Personen und Personengruppen ausmachen lassen, die sich durch den Grad der Raumvertrautheit unterscheiden, welcher nicht nur durch „Akkulturation“ (Arends-Tóth/van der Vijver 2007) und die Zeit seit der Zuwanderung zu erklären ist, sondern auch durch die kulturell bedingten spezifischen Landschaftskonstruktionen. In Untersuchungen wird es daher darauf ankommen, nicht einfach von „den Immigranten“ zu sprechen, sondern vielmehr sorgfältig darauf bedacht zu sein, kulturell oder aus sonstigen Faktoren heraus verschie-

dene Teil-Populationen auszumachen, um deren Teilhabe an Studien sowie an alltagsweltlichen Entscheidungsprozessen zu gewährleisten (vgl. Sevenant/Anthrop 2010a).

Wie mehrfach festgestellt, unterliegen gesellschaftliche Raum- und Landschaftskonstruktionen einem kulturellen Interaktionsprozess, der zu Wettbewerb, Verdrängung, aber auch Hybridisierung von Landschaftsbegriffen führt bzw. führen kann. Dabei stellt sich die Frage, ob qualitative Forschungsstrategien der Differenziertheit der gesellschaftlichen Landschafts- und Raumkonstruktionsmustern nicht eher gerecht werden als quantitative. Letztere können mit ihren strikten Kategorisierungen der Differenziertheit des sozialen Forschungsgegenstandes nur in geringem Umfang Rechnung tragen. Zudem sind sie der steten Gefahr ausgesetzt, Stereotypen zu (re)produzieren (ein Beispiel einer qualitativen Forschungsstrategie liefert Lichtenberger 2011, die die soziale Raumkonstruktion von Migranten anhand qualitativer Interviews erforscht hat).

Literatur

- Altman, I.; Low, S.M. (1992): *Place Attachment*. Plenum, New York.
- Arends-Tóth, J.; van de Vijver, F.J.R. (2007): Acculturation attitudes: a comparison of measurement methods. In: *Journal of Applied Social Psychology* 37 (7), 1462-1488.
- Arends-Tóth, J.; van de Vijver, F.J.R. (2003): Multiculturalism and acculturation: views of Dutch and Turkish-Dutch. In: *European Journal of Social Psychology* 33 (2), 249-266.
- Bade, K.J. (2000): *Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. München.
- Bade, K.J.; Eijl, C.; Schrover, M.; Schubert, M. (2007): *Enzyklopädie Migration in Europa: Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Ferdinand Schöningh. Paderborn.
- Barnett, L.A. (2006): Accounting for Leisure Preferences from Within: The Relative Contributions of Gender, Race or Ethnicity, Personality, Affective Style, and Motivational Orientation. In: *Journal of Leisure Research* 38 (4), 445-474.
- Beck, U. (1997): *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf die Globalisierung*. Frankfurt am Main.
- Bruns, D. (2013): Landschaft, ein internationaler Begriff? In: Bruns, D.; Kühne, O. (Hrsg.): *Landschaften: Theorie, Praxis und internationale Bezüge*. Schwerin, 153-170.
- Bruns, D.; Zhang, K.; Zhao, J. (2013): Begriff der Landschaft in China. In: Bruns, D.; Kühne, O. (Hrsg.): *Landschaften: Theorie, Praxis und internationale Bezüge*. Schwerin, 133-152.
- Buchecker, M.; Hunziker, M.; Kienast, F. (2003): Participatory landscape development: overcoming social barriers to public involvement. In: *Landscape and Urban Planning* 64 (4), 29-46.
- Buijs, A.E. (2009): *Public Natures: Social Representations of Nature and Local Practices*. Wageningen.
- Buijs, A.E.; Elands, B.H.M.; Langers, F. (2009): No Wilderness for Immigrants: Cultural Differences in Images of Nature and Landscape Preferences. In: *Landscape and Urban Planning* 91 (3), 113-123.
- Carr, D.S.; Williams, D.R. (1993): Understanding the Role of Ethnicity in Outdoor Recreation Experiences. In: *Journal of Leisure Research* 25 (1), 22-38.
- Daniels, S.; Cosgrove, D. (1988): Introduction: iconography and landscape. In: Cosgrove, D.; Daniels, S. (eds.): *The iconography of landscape: Essays on the symbolic representation, design and use of environments*. Cambridge, 1-10.
- Dines, N.; Catell, V.; Gesler, W.; Curtis, C. (2006): *Public spaces and social relations an well-being in East London*. London.

- Dömek, C.; Güleş, O.; Piniek, S.; Prey, G. (2006): Urban nature – Perception, Evaluation and Adoption by Turkish migrants in the northern Ruhr Area under special Consideration of Urban-Industrial Woodlands. In: Hohn, U.; Keil, A. (Hrsg.): Kurzbericht zum Projekt Stadtnatur – Wahrnehmung, Bewertung und Aneignung durch türkische MigrantInnen im nördlichen Ruhrgebiet unter besonderer Berücksichtigung von Industriegeländflächen. Ruhr-Universität Bochum, Universität Dortmund, Land Nordrhein-Westfalen.
- Drexler, D. (2009): Kulturelle Differenzen der Landschaftswahrnehmung in England, Frankreich, Deutschland und Ungarn. In: Kirchhoff, T.; Trepel, L. (Hrsg.): Vieldeutige Natur. Landschaft, Wildnis, Ökosystem als kulturgeschichtliche Phänomene. Bielefeld, 119-136.
- Drexler, D. (2010): Landschaft und Landschaftswahrnehmung: Untersuchung des kulturhistorischen Bedeutungswandels von Landschaft anhand eines Vergleichs von England, Frankreich, Deutschland und Ungarn. Saarbrücken.
- Elands, B.; Buijs, A. (2010): Public support for the protection of nature and landscape explained by ethnicity and images of nature. In: Goossen, M.; Elands, B.; van Marwijk, R. (eds.): Recreation, tourism and nature in a changing world. The Fifth International Conference on Monitoring and Management of Visitor Flows in Recreational and Protected Areas. Wageningen, 39-40.
- Floyd, M. F. (1998): Getting beyond marginality and ethnicity: The challenge for race and ethnic studies in leisure research. In: Journal of Leisure Research 30 (1), 3-22.
- Gailing, L.; Leibenath, M. (2012): Von der Schwierigkeit, „Landschaft“ oder „Kulturlandschaft“ all-gemeingültig zu definieren. In: Raumforschung und Raumordnung 70 (2), 95-106.
- Gehring, K.; Kohsaka, R. (2007): 'Landscape' in the Japanese Language: Conceptual Differences and Implications for Landscape Research. In: Landscape Research 32 (2), 273-283.
- Gentin, S. (2010): Adolescents' outdoor recreation – a comparative study. In: Goossen, M.; Elands, B.; van Marwijk, R. (eds.): Recreation, tourism and nature in a changing world. The Fifth International Conference on Monitoring and Management of Visitor Flows in Recreational and Protected Areas. Wageningen, 41-42.
- Gilroy, P. (1987): There Ain't No Black in the Union Jack. London.
- Gobster, H. (2002): Managing Urban Parks for a Racially and Ethnically Diverse Clientele. In: Leisure Sciences 24 (2), 143-159.
- Goossen, M.; Elands, B.; van Marwijk, R. (eds.) (2010): Recreation, tourism and nature in a changing world. The Fifth International Conference on Monitoring and Management of Visitor Flows in Recreational and Protected Areas. Wageningen.
<http://mmv.boku.ac.at/downloads/mmv5-proceedings.pdf> (22.04.2013).
- Hall, S. (2002): Die Zentralität von Kultur. Anmerkungen über die kulturelle Revolution unserer Zeit. In: Hepp, A.; Löffelholz, M. (Hrsg.): Grundlagentexte zur transkulturellen Kommunikation. Konstanz, 95-107.
- Hard, G. (1969): Das Wort Landschaft und sein semantischer Hof. Zur Methode und Ergebnis eines linguistischen Tests. In: Wirkendes Wort 19, 3-14.
- Henderson, G. L. (2003): What (Else) We Talk about When We Talk about Landscape: For a Return to a Social Imagination. In: Wilson, C.; Groth, P. (eds.): Everyday America. Cultural Landscape Studies after J. B. Jackson. Berkeley, Los Angeles, London, 178-198.
- Hutchinson, R. (1987): Ethnicity and urban recreation: whites, blacks and Hispanics in Chicago's public parks. In: Journal of Leisure Research 19, 205-222.
- Ipsen, D.; Reichhardt, U.; Schuster, S.; Wehrle, A.; Weichler, H. (2003): Zukunft Landschaft. Bürger-szenarien zur Landschaftsentwicklung. Kassel.
- Jay, M.; Schraml, U. (2009): Understanding the role of urban forests for migrants – uses, perception and integrative potential. In: Urban Forestry and Urban Greening 8 (4), 283-294.
- Johnson, C. Y.; Bowker, J. M.; Bergstrom, J. C.; Cordell, H. K. (2004): Wilderness values in America: does immigrant status or ethnicity matter? In: Society and Natural Resources 17 (7), 611-628.
- Jones, J.; Daugstad, K. (1997): Usages of the 'cultural landscape' concept in Norwegian and Nordic landscape administration. In: Landscape Research 22 (3), 267-281.

- Jorgensen, B.S.; Stedman, R.C. (2006): A comparative analysis of predictors of sense of place dimensions: attachment to, dependency on, and identification with lakeshore properties. In: *Journal of Environmental Management* 79 (3), 316-327.
- Kaplan, R.; Talbot, J.F. (1988): Ethnicity and Preference for Natural Settings: A Review and Recent Findings. In: *Landscape and Urban Planning* 15 (1-2), 107-117.
- Keefe, S.F.; Padilla, A.M. (1987): Chicano Ethnicity. Albuquerque.
- Klobus-Edwards, P. (1981): Race, residence, and leisure style: Some policy implications. In: *Leisure Science* 4 (2), 95-112.
- Kloek, M.E.; Buijs, A.E.; Boersema, J.J.; Schouten, M.G.C. (2015): Crossing borders : review of concepts and approaches in research on greenspace, immigration and society in northwest European countries. In: *Landscape Research* 38 (1), 117-140.
- Küchler, J.; Wang, X. (2009): Vielfältig und vieldeutig. Natur und Landschaft im Chinesischen. In: Kirchhoff, T.; Trepl, L. (Hrsg.): *Vieldeutige Natur. Landschaft, Wildnis, Ökosystem als kulturgeschichtliche Phänomene*. Bielefeld, 201-220.
- Kühne, O. (2013): *Landschaftstheorie und Landschaftspraxis. Eine Einführung aus sozialkonstruktivistischer Perspektive*. Wiesbaden.
- Kühne, O. (2012): *Stadt – Landschaft – Hybridität. Ästhetische Bezüge im postmodernen Los Angeles mit seinen modernen Persistenzen*. Wiesbaden.
- Kühne, O. (2008): *Distinktion – Macht – Landschaft. Zur sozialen Definition von Landschaft*. Wiesbaden.
- Lichtenberger, E. (2011): *Soziale Konstruktion von Landschaft bei MigrantInnen. Deutungsmuster von Landschaft im Kontext internationaler Migration anhand einer empirischen Untersuchung von MigrantInnen im Raum Neunkirchen (Saar)*. Saarbrücken (unveröffentlichte Diplomarbeit).
- Loukaitou-Sideris, A. (1995): Urban Form and Social Context: Cultural Differentiation in the Uses of Urban Parks. In: *Journal of Planning Education and Research* 14 (2), 89-102.
- Löw, M. (2010): *Soziologie der Städte*. Frankfurt am Main.
- Makhzoumi, J. (2002): Landscape in the Middle East: An inquiry. In: *Landscape Research* 27 (3), 213-228.
- Malheiros, J. (2002): Ethni-cities: Residential Patterns in the Northern European and Mediterranean Metropolises – Implications for Policy Design. In: *International Journal of Population Geography* 8 (2), 107-134.
- Marjolein, E.; Kloek, A.; Buijs, E.; Boersema, J.J.; Matthijs, G.; Schouten, C. (2013): Crossing Borders: Review of Concepts and Approaches in Research on Greenspace, Immigration and Society in Northwest European Countries. In: *Landscape Research* 38 (1), 117-140.
- McDowell, L. (2005 [1999]): Displacements – Transnationale Identitäten. In: Franzen, B.; Krebs, S. (Hrsg.): *Landschaftstheorie. Texte der Cultural Landscapes Studies*. Köln, 253-282.
- Nasar, J.L. (1984): Visual preferences in urban scenes: A cross-cultural comparison between Japan and the U.S. In: *Journal of Cross-Cultural Psychology* 15, 79-93.
- Olwig, K.R. (2002): *Landscape, Nature, and the Body Politic. From Britain's Renaissance to America's New World*. London.
- Özgüner, H. (2011): Cultural Differences in Attitudes towards Urban Parks and Green Spaces. In: *Landscape Research* 36 (5), 599-620.
- Peters, K.; Elands, B.; Buijs, A. (2010): Social interactions in urban parks: Stimulating social cohesion? In: *Urban Forestry and Urban Greening* 9 (2), 93-100.
- Rishbeth, C. (2004): Ethno-cultural Representation in the Urban Landscape. In: *Journal of Urban Design* 9 (3), 311-333.
- Rishbeth, C. (2001): Ethnic Minority Groups and the Design of Public Open Space: an inclusive landscape? In: *Landscape Research* 26 (4), 351-366.
- Sasidharan, V.; Willits, F.; Godbey, G. (2005): Cultural differences in urban recreation patterns: An examination of park usage and activity participation across six population subgroups. In: *Managing Leisure* 10 (1), 19-38.

- Schenk, W. (2013): Landschaft als zweifache sekundäre Bildung – historische Aspekte im aktuellen Gebrauch von Landschaft im deutschsprachigen Raum, namentlich in der Geographie. In: Bruns, D.; Kühne, O. (Hrsg.): *Landschaften: Theorie, Praxis und internationale Bezüge*. Schwerin, 23-36.
- Schütz, A.; Luckmann, T. (2003 [1975]): *Strukturen der Lebenswelt*. Konstanz.
- Sevenant, M.; Antrop, M. (2010a): The use of latent classes to identify individual differences in the importance of landscape dimensions for aesthetic preference. In: *Land Use Policy* 27 (3), 827-842.
- Sevenant, M.; Antrop, M. (2010b): Transdisciplinary landscape planning: Does the public have aspirations? Experiences from a case study in Ghent (Flanders, Belgium). In: *Land Use Policy* 27 (2), 373-386.
- Soyez, D. (2003): Kulturlandschaftspflege: Wessen Kultur? Welche Landschaft? Was für eine Pflege? In: *Petermanns Geographische Mitteilungen* 147 (2), 30-39.
- Stamps, A.E. (1999): Demographic effects in environmental aesthetics: a metaanalysis. In: *Journal of Planning Literature* 14 (2), 155-175.
- Stamps, S.M.; Stamps, M.B. (1985): Race, class and leisure activities of urban residents. In: *Journal of Leisure Research* 17 (1), 40-56.
- Stodolska, M. (2000): Looking beyond the invisible: Can research on leisure of ethnic and racial minorities contribute to leisure theory? In: *Journal of Leisure Research* 32 (1), 156-160.
- Stodolska, M.; Livengood, J.S. (2006): The influence of religion on the leisure behavior of immigrant Muslims in the United States. In: *Journal of Leisure Research* 38 (3), 293-320.
- Tschernokoshewa, E. (2005): Geschichten vom hybriden Leben: Begriffe und Erfahrungswege. In: Tschernokoshewa, E.; Jurić Pahor, M. (Hrsg.): *Auf der Suche nach hybriden Lebensgeschichten. Theorie – Feldforschung – Praxis*. Münster, 9-42.
- Tuan, Y.-F. (1974): *Topophilia: a study of environmental perception, attitudes and values*. Englewood Cliffs.
- Ueda, H. (2013): The Concept of Landscape in Japan. In: Bruns, D.; Kühne, O. (Hrsg.): *Landschaften: Theorie, Praxis und internationale Bezüge*. Schwerin, 115-132.
- Walker, G.J.; Deng, J.Y.; Dieser, R.B. (2001): Ethnicity acculturation, self-construal, and motivations for outdoor recreation. In: *Leisure Science* 23 (4), 263-283.
- Washburne, R. (1978): Black under-participation in wildland recreation: Alternative explanations. In: *Leisure Science* 1 (2), 175-189.
- West, P.C. (1989): Urban region parks and Black minorities: Subculture, marginality, and interracial relations in park use in the Detroit metropolitan area. In: *Leisure Sciences* 11 (1), 11-28.
- Wypijewski, J. (1999): *Painting by numbers. Komar and Melamid's scientific guide to art*. Berkeley.
- Zube, E.H.; Pitt, D.G. (1981): Cross-cultural perceptions of scenic and heritage landscapes. In: *Landscape Planning* 8 (1), 69-87.

Autoren

Prof. Dr. **Diedrich Bruns** (*1952) absolvierte unterschiedliche Stationen der Lehr- und Forschungstätigkeit (u.a. Universitäten von Addis Abeba, UC Berkeley, Minnesota, Stuttgart, Peking), gründete zwei Planungsbüros und leitet seit 1998 das Fachgebiet Landschaftsplanung/Landnutzung an der Universität Kassel. Derzeit sind verschiedene Projekte methodischer Weiterentwicklung öffentlicher Mitwirkung bei räumlicher Planung sowie Publikationen über Planungs- und Forschungsmethoden in Bearbeitung.

Dr. phil. habil. Dr. rer. soc. **Olaf Kühne** ist Professor für Ländliche Räume/Regionalmanagement an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf und apl. Professor für Geographie an der Universität des Saarlandes.

Julia Anslinger

US-Militärangehörige in Rheinland-Pfalz und ihre Bedeutung für Kommunen und die (lokale) Raumentwicklung – dargestellt am Beispiel der Gemeinde Nanzdietschweiler

Gliederung

- 1 US-amerikanische Präsenz in Rheinland-Pfalz und die Rolle der Kommunen
- 2 Methodik der Untersuchung und Untersuchungsort
 - 2.1 Forschungsleitende Fragestellungen und methodisches Vorgehen
 - 2.2 Der rheinland-pfälzische Untersuchungsort Nanzdietschweiler
 - 2.2.1 Lage und Erreichbarkeit, raumstrukturelle Einordnung
 - 2.2.2 Bevölkerungsstruktur
 - 2.2.3 Nahversorgung, soziale Infrastruktur und Vereinswesen
- 3 Ergebnisse der Befragung US-amerikanischer Haushalte in Nanzdietschweiler
 - 3.1 Soziodemografische Merkmale der befragten US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner
 - 3.2 Wunsch nach mehr Information und Hilfestellungen
 - 3.3 Wunsch nach stärkerer Integration und Teilnahme am Dorfleben
 - 3.4 Wertschätzung des Wohnorts und regionaler Produkte
- 4 Bedeutung für die Raumentwicklung – Vielfältige Chancen für Kommunen sowie deutsche und US-amerikanische Bürgerinnen und Bürger
 - 4.1 Soziostrukturelle Wirkungen: Stabilisierung der Bevölkerungsstruktur
 - 4.2 Soziokulturelle Wirkungen: Vielfalt, Integration und gute Nachbarschaft
 - 4.3 Infrastrukturelle Wirkungen: Sicherung der Daseinsvorsorge
 - 4.4 Siedlungsstrukturelle Wirkungen: Leerstandsvermeidung und Stabilisierung des Wohnungsmarktes
 - 4.5 Wirtschaftliche Wirkungen: Langfristig gesicherte Mieteinnahmen sowie Sicherung und Entstehung neuer Betriebe und Dienstleistungen
- 5 Ausblick

Literatur

Kurzfassung

In Rheinland-Pfalz lebt derzeit die größte US-amerikanische Militärgemeinde außerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Soldatinnen und Soldaten wohnen mit ihren Familien sowohl innerhalb US-amerikanischer Militärliegenschaften als auch außerhalb in rheinland-pfälzischen Städten und Dörfern. Am Beispiel der Gemeinde Nanzdietschweiler wird im Folgenden der Frage nachgegangen, wie die off-base lebenden US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner in ihren Wohnort integriert sind, welche Raumbedeutung sie entfalten können und welche Chancen sich daraus für die Kommunalentwicklung ergeben. Die Untersuchung zeigt, dass sich vielfältige Raumwirkungen ergeben und die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Effekte, die mit dem Zuzug von US-Amerikanerinnen und US-Amerikanern in eine Gemeinde verbunden sind, langfristig als kommunales Entwicklungspotenzial genutzt werden können. Insbesondere in ländlichen Gebieten mit einer rückläufigen Bevölkerungszahl können so die Auswirkungen des demographischen Wandels abgefedert und die Daseinsvorsorge gesichert werden. So können z. B. Einrichtungen in der Gemeinde, wie Kindergärten und Schulen, und Angebote zur Nahversorgung langfristig aufrechterhalten bzw. initiiert werden. Auch (potenzielle) Leerstände können reduziert werden. Mietverhältnisse sowie Geschäftsbeziehungen können durch die Gewinnung US-amerikanischer Kundinnen und Kunden langfristig etabliert werden. Diese Chancen sollten durch die betroffenen Kommunen und die dort lebenden Bürgerinnen und Bürger genutzt werden.

Schlüsselwörter

US-Amerikaner – Rheinland-Pfalz – Raumwirkung – Kommunalentwicklung

US Military in Rhineland-Palatinate and their importance for (local) spatial development – portrayed by the example of the community of Nanzdietschweiler

Abstract

The largest American military community outside the United States of America currently lives in Rhineland-Palatinate. The soldiers live with their families within American military properties as well as outside in towns and villages in Rhineland-Palatinate. Taking the example of Nanzdietschweiler, the author examines how off-base living Americans integrate in their places of residence, the spatial significance they develop, and the opportunities that arise for communal development. The results show that diverse spatial impacts arise. Moreover, the economic and social effects associated with the influx of Americans in a community can be utilised on a long-term basis as communal development potential. In particular in rural areas with a declining population, demographic change can be mitigated and public services maintained. For instance, facilities in the community such as kindergartens and schools can be secured on a long-term basis, and local amenities can be maintained or initiated. Consequently, (potential) vacant housing space can also be reduced. Rental as well as businesses and services relationships could be established on a long-term basis. These opportunities should be exploited by the affected communities and the citizens living there.

Keywords

US Americans – Rhineland-Palatinate – spatial impact – communal development

1 US-amerikanische Präsenz in Rheinland-Pfalz und die Rolle der Kommunen

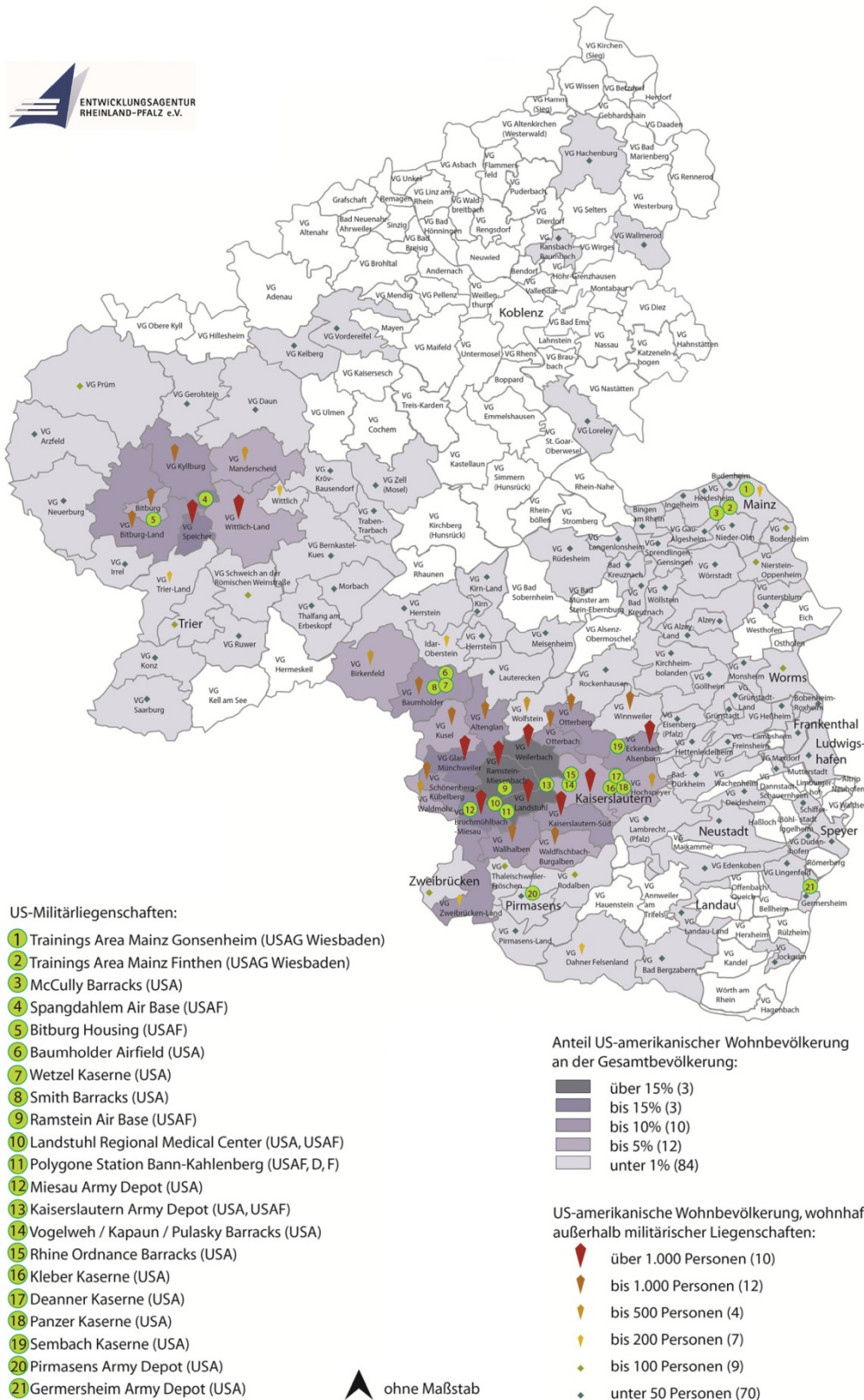
In Rheinland-Pfalz sind derzeit rund 30.000 US-Soldatinnen und US-Soldaten stationiert (STK RLP 2012). Hinzu kommen mehrere Tausend zivile Beschäftigte und Angehörige, sodass insgesamt von rund 60.000 in Rheinland-Pfalz lebenden US-Amerikanerinnen und US-Amerikanern ausgegangen wird. Trotz eines starken Truppenabbaus in den letzten Jahren – über die Hälfte der stationierten US-Soldatinnen und Soldaten wurden innerhalb der letzten 25 Jahre abgezogen – stellen sie insbesondere in der Westpfalz und der südwestlichen Eifel eine nicht zu vernachlässigende Bevölkerungsgruppe dar (STK RLP 2012). Die räumliche Verteilung der Militärstandorte sowie der US-amerikanischen Wohnbevölkerung, die außerhalb militärischer Liegenschaften wohnt, ist in Abbildung 1 dargestellt. Besonders die Städte und Gemeinden in der Nähe von amerikanischen Militärlagerstätten weisen hohe Anteile dort lebender US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner auf.

„Militärische Einrichtungen entfalten beginnend mit ihrer Gründung, während des Betriebs, bis zur Aufgabe der Nutzung grundlegende Raumbedeutung“ (Weber 2008: 86), und so wirkt sich auch die US-amerikanische Präsenz in Rheinland-Pfalz auf Regionen und Kommunen sowie auf Bürgerinnen und Bürger aus. Eine Internationalisierung der Gemeinden ist im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben deutlich spürbar. Kommunen können für off-base lebende US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner Wohnort sein, sie können als direkter Ansprechpartner vor Ort agieren, Integrationsarbeit leisten und somit die guten deutsch-amerikanischen Beziehungen weiter verbessern.

Es stellt sich dabei die Frage, welche konkrete Raumwirkung und -bedeutung der hohe Anteil der US-amerikanischen Wohnbevölkerung entfalten kann und welchen Einfluss er auf die Kommunalentwicklung und -planung nehmen kann. Darüber hinaus ist zu hinterfragen, ob und auf welche Weise die US-amerikanischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in die Dorfgemeinschaft integriert sind.

Ziel dieser Untersuchung ist daher die Ermittlung der Integration von US-amerikanischen Soldatinnen und Soldaten und ihren Angehörigen, die außerhalb der amerikanischen Liegenschaften wohnen, sowie die sich daraus ergebenden Raumwirkungen und Chancen der Raumentwicklungen am Beispiel der Ortsgemeinde Nanzdietschweiler. Knapp jeder zehnte Einwohner ist hier US-Amerikaner. Es soll untersucht werden, ob die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Effekte, die mit dem Zuzug von US-Amerikanern verbunden sind, langfristig als kommunales Entwicklungspotenzial genutzt werden können und somit insbesondere in ländlichen Gebieten mit einer rückläufigen Bevölkerungszahl dazu beitragen können, die Auswirkungen des demographischen Wandels abzufedern und die Daseinsvorsorge zu sichern. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass sich die Anzahl der in Rheinland-Pfalz stationierten US-amerikanischen Streitkräfte jederzeit ändern kann und im Falle einer möglichen Truppenreduzierung Folgewirkungen für die betroffenen Gemeinden entstehen können. Deshalb sollte dieser Aspekt nur ein Baustein einer zukunftsfähigen gemeindlichen Entwicklung sein.

Abb. 1: US-amerikanische Wohnbevölkerung in Rheinland-Pfalz, wohnhaft außerhalb militärischer Liegenschaften



Quelle: Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. 2013a, basierend auf Angaben der United States Forces 2012

Die Ergebnisse basieren auf der Arbeit der Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V., Gemeinden bei der Erarbeitung zukunftsfähiger Strategien zu begleiten und dafür ihre individuellen Potenziale für innovative Projekte zu nutzen. Die verschiedenen modellhaft erprobten Ansätze sind jeweils mit einem landesweiten Interesse verbunden. Die Ortsgemeinde Nanzdietschweiler steht wie viele ländliche Gemeinden vor der Herausforderung, auch künftig die Nahversorgung im Ortskern aufrechtzuerhalten. Daher entstand im Jahr 2012 das Vorhaben der Volker Bulitta Unternehmensberatung im Rahmen des Beratungsprojektes „M-Punkt Rheinland-Pfalz“, einen Dorfladen zu eröffnen. Der „M-Punkt Rheinland-Pfalz“ ist eine vom Land (Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur, Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung) und vom Europäischen Sozialfonds ESF geförderte zentrale Anlaufstelle für Gemeinden zu den Themen Dorfläden, Gemeindezentren und Nahversorgung (Volker Bulitta Unternehmensberatung o.J.). Die vorbereitenden Untersuchungen zeigten, dass bei der Entwicklung des Konzeptes auch die Bedürfnisse der dort wohnenden US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner einbezogen werden sollten. Im Modellprojekt ermittelte daraufhin die Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. zusammen mit der Volker Bulitta Unternehmensberatung mithilfe der nachfolgend erläuterten Befragung die Interessen und Meinungen der im Ort wohnhaften US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner, um so Erkenntnisse für die Etablierung des geplanten Dorfladens in Nanzdietschweiler und auch zu den Integrationschancen sowie den Bedürfnissen der US-amerikanischen Bewohner zu gewinnen und Potenziale für die Kommunalentwicklung zu eruieren.

2 Methodik der Untersuchung und Untersuchungsort

2.1 Forschungsleitende Fragestellungen und methodisches Vorgehen

Die forschungsleitenden Fragen prägten den Verlauf der Untersuchung. Die Ergebnisse bildeten die Grundlage für die weitere Vorgehensweise im Projekt.

Folgende Leitfragen standen im Vordergrund:

- Wie sind die in Nanzdietschweiler wohnhaften US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner in das Gemeindeleben integriert?
- Wie ist die lokale Verbundenheit der US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner mit Nanzdietschweiler und welches Interesse haben sie am Ort und an der Dorfgemeinschaft?
- Welche Wirkungen auf den Raum sind damit verbunden und wie wirkt sich dies auf die Raumentwicklung aus?
- Welche Chancen ergeben sich diesbezüglich für die kommunale Entwicklung, gerade im Hinblick auf den demographischen Wandel und die Sicherung der Daseinsvorsorge?

Die Operationalisierung dieser Fragen schlug sich im schriftlichen Fragebogen nieder, indem nach folgenden Inhalten gefragt wurde:

- Länge des Aufenthaltes, Auswahl des Wohnortes, Wohnsituation
- Interesse an Deutschland, Sprachkenntnisse

- Einkaufen in deutschen Supermärkten, Nutzung von Kindergarten und Grundschule in Nanzdietschweiler, Nutzung sonstiger Angebote (z. B. Teilnahme an „Kirchweih“ in Nanzdietschweiler), Kontakte in Nanzdietschweiler, Interesse an der Beteiligung am Dorfleben
- Bereitstellung von Informationen seitens der Gemeinde und sonstiger Institutionen, Wünsche an die Ortsgemeinde Nanzdietschweiler, hilfreiche Informationen/Einrichtungen für Amerikaner (vor allem auch zu Beginn des Aufenthaltes)

Um umfassende Erkenntnisse zu gewinnen, wurde eine standardisierte schriftliche Befragung durchgeführt. Im September 2012 wurden zunächst alle 60 US-amerikanischen Haushalte in Nanzdietschweiler angeschrieben und über die Befragung informiert. Eine Woche später erfolgte der Versand der schriftlichen Befragung. Der Befragungszeitraum fand vom 29.09.2012 bis zum 12.10.2012 statt. Die Rücklaufquote betrug 45 Prozent. Anschließend an die quantitative Erhebung erfolgte eine qualitative Befragung in Form von persönlichen Interviews mit sechs Familien, um die Erkenntnisse zu überprüfen und zu vertiefen. Die Befragung ist nicht repräsentativ (Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V./Volker Bulitta Unternehmensberatung 2012/2013).

2.2 Der rheinland-pfälzische Untersuchungsort Nanzdietschweiler

2.2.1 Lage und Erreichbarkeit, raumstrukturelle Einordnung

Die rheinland-pfälzische Ortsgemeinde Nanzdietschweiler gehört zur Verbandsgemeinde Glan-Münchweiler und liegt im Landkreis Kusel (Institut für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz e.V. 2013). Die Raumstrukturgliederung des Landesentwicklungsprogrammes Rheinland-Pfalz weist den Landkreis Kusel als „Ländlichen Bereich mit disperser Siedlungsstruktur“ aus (ISIM RLP 2008). Die Ortsgemeinde Glan-Münchweiler als Grundzentrum liegt fünf Kilometer entfernt, zu den Mittelzentren Kusel und Landstuhl sind es jeweils circa 15 Kilometer und zum Oberzentrum Kaiserslautern 25 Kilometer (ISIM RLP 2008; PGW 2005).

Abb. 2: Lage der Ortsgemeinde Nanzdietschweiler in Rheinland-Pfalz



Quelle: Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. 2013b

Über die nur vier Kilometer entfernte Autobahn 62 sind die Oberzentren Kaiserslautern, Saarbrücken, Trier und Ludwigshafen/Mannheim gut zu erreichen. Auch einige US-Militärliegenschaften in Rheinland-Pfalz liegen in unmittelbarer Nähe der Ortsgemeinde und sind mit dem PKW schnell erreichbar. So liegt beispielsweise das Miesau Army De-

pot nur fünf Kilometer entfernt. Auch die Ramstein Air Base, das Landstuhl Regional Medical Center, die Polygone Station Bann-Kahlenberg und die US-Liegenschaften in Kaiserslautern liegen in einer Entfernung von 12 bis 26 Kilometern und sind mit einer Fahrtzeit von circa 15–20 PKW-Minuten zu erreichen.

Der öffentliche Personennahverkehr spielt nur eine untergeordnete Rolle in Nanzdietschweiler. Der nächste Bahnhof liegt fünf Kilometer entfernt, die Buslinien bedienen überwiegend den Schülerverkehr. Die Abhängigkeit vom PKW ist groß – fast jeder Einwohner über 20 Jahre hat einen eigenen PKW (Statistik RLP 2011).

2.2.2 Bevölkerungsstruktur

In Nanzdietschweiler sind rund 1.200 Personen, jeweils zur Hälfte Frauen und Männer, beim Einwohnermeldeamt registriert. Davon sind circa 18 Prozent unter 20 Jahre, knapp 62 Prozent zwischen 20 und 65 Jahre und rund 20 Prozent über 65 Jahre alt (Stand: 31.12.2012). Seit dem Jahr 2002 ist die Bevölkerungsentwicklung in Nanzdietschweiler leicht rückläufig. Auch der Anteil der unter 20-Jährigen nimmt seitdem kontinuierlich ab, während der Anteil der 20- bis 65-Jährigen im Laufe der Jahre leicht zunahm und der Anteil der Personen über 65 Jahre relativ konstant geblieben ist (Statistik RLP 2011).

Ausgehend vom Basisjahr 2010 wird für die Verbandsgemeinde Glan-Münchweiler bis zum Jahr 2030 von einem Rückgang der Bevölkerung um neun Prozent ausgegangen (von rund 9.500 Einwohner im Jahr 2010 auf rund 8.700 im Jahr 2030). Die Altersstruktur wird sich weiter verändern: Der Anteil der unter 20-Jährigen wird weiter abnehmen und auch der Anteil der 20- bis 65-Jährigen wird abnehmen, während der Anteil der über 65-Jährigen zunehmen wird (Statistik RLP 2012). Somit werden auch in Nanzdietschweiler die Auswirkungen des demographischen Wandels deutlich.

Bevölkerungstatistisch nicht erfasst sind die rund 150 in Nanzdietschweiler lebenden US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner (60 Haushalte). Sie stellen damit immerhin einen Anteil von über 10 Prozent an der Gesamtbevölkerung von 1.350 Personen (United States Forces 2012).

2.2.3 Nahversorgung, soziale Infrastruktur und Vereinswesen

In Nanzdietschweiler dominierte lange Zeit die Landwirtschaft. Von 30 landwirtschaftlichen Betrieben im Jahr 1980 sind allerdings mittlerweile nur noch zwei aktiv. Des Weiteren gibt es mehrere Gastronomiebetriebe, Friseure, zwei Schreinereien, eine Bügelstube, ein Ingenieurbüro sowie eine Volksbank. Ein mobiler Bäcker ergänzt das Angebot (Dorv-Zentrum GmbH 2010). Die Gemeinde besitzt darüber hinaus eine Mehrzweckhalle für sportliche und gesellschaftliche Anlässe, die angemietet werden kann.

Nanzdietschweiler hat eine katholische Kindertagesstätte und eine Grundschule. Im Ort gibt es ein sehr reges Vereinsleben, 1.FCK-Fanclub, Musik-, Schützen-, Sport- und Tischtennisverein sind nur einige Beispiele (Ortsgemeinde Nanzdietschweiler 2013).

3 Ergebnisse der Befragung US-amerikanischer Haushalte in Nanzdietschweiler

Die dargestellten Ergebnisse basieren auf der von der Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. zusammen mit der Volker Bulitta Unternehmensberatung durchgeführten Befragung US-amerikanischer Haushalte in Nanzdietschweiler (Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V./Volker Bulitta Unternehmensberatung 2012/2013).

3.1 Soziodemografische Merkmale der befragten US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner

Insgesamt beantworteten 27 der 60 US-amerikanischen Haushalte den Fragebogen. Darunter waren 24 Mehrpersonenhaushalte – mit durchschnittlich 1,7 Kindern – und drei Einpersonenhaushalte. In den 27 US-amerikanischen Haushalten leben 97 Menschen – 56 Erwachsene und 41 Kinder. Von den Kindern sind 51 Prozent im Kindergartenalter oder jünger. Die in Nanzdietschweiler lebenden US-Amerikanerinnen und -Amerikaner sind im Durchschnitt (deutlich) jünger als ihre deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Dies liegt daran, dass die stationierten US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner mit ihren Familien nicht dauerhaft in Deutschland leben, sondern nach ihrer Stationierungszeit abgezogen werden. Somit verbringen sie ihren Lebensabend in der Regel nicht in Deutschland. Jüngere Menschen kommen an ihrer Stelle nach. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der US-Soldatinnen und US-Soldaten in Deutschland beträgt drei bis fünf Jahre (GACO 2008). Neun Haushalte leben weniger als sechs Monate in Deutschland, elf bis zu einem Jahr und nur sieben bereits länger als ein Jahr. Insofern werden voraussichtlich mehr als 70 Prozent der Haushalte noch mindestens zwei Jahre in Deutschland bleiben. Die Deutschkenntnisse der Befragten sind noch nicht sehr ausgeprägt. Nur 20 Prozent geben an, ein einfaches Alltagsgespräch führen zu können, bei den Kindern sind es noch weniger. Fast 60 Prozent würden aber gerne besser Deutsch sprechen können. 22 Haushalte wohnen in einem Einfamilienhaus, nur einer davon im Eigentum, alle anderen zur Miete. Das Verhältnis zwischen Alt- und Neubau ist ausgeglichen.

3.2 Wunsch nach mehr Information und Hilfestellungen

Insgesamt zeigt sich ein großer Wunsch der US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner nach mehr Informationen. 90 Prozent der Haushalte wünschen sich, besser informiert zu werden. Gerade zu Beginn ihres Aufenthaltes würden es die Befragten als Erleichterung empfinden, allgemeine Informationen zu Telefon, Müll, Behörden, Handwerkern usw. zu erhalten. Auch lokalspezifische Informationen durch die Ortsgemeinde (z.B. Aktivitäten, Angebote, Programme für Kinder) werden gewünscht. Insbesondere ein zentraler Ansprechpartner hätte den Start in der Ortsgemeinde aus Sicht der Befragten erleichtert. Fehlende Treffpunkte werden als größter Mangel in der Gemeinde angegeben. Die im Ort bestehenden Service- und Handwerkerleistungen sind nicht bekannt. Viele US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner versuchen im Ort Informationen über Nachbarn und Bekannte zu erfragen, fühlen sich dadurch aber als ständige Bittsteller und in Abhängigkeit. Als Folge wurden in einem Fall Handwerkerleistungen über Bekannte in Wiesbaden angefragt, weil ortsnahe Angebote nicht bekannt sind beziehungsweise unklar ist, wo diese erfragt werden können.

3.3 Wunsch nach stärkerer Integration und Teilnahme am Dorfleben

19 Haushalte wünschen sich, stärker in die Ortsgemeinde integriert zu werden. Um am Dorfleben teilzuhaben, werden neben verschiedensten Kursen, wie Koch- und Backkurse, auch Sprach- und Kulturveranstaltungen sowie die Initiierung von Kinder-, Sport- und Gemeinschaftsangeboten als Wunsch angegeben. Insgesamt würden die Befragten gerne stärker am Dorfleben teilnehmen. So interessieren sich 16 Haushalte dafür, die deutsche Sprache zu lernen und die deutsche Küche kennenzulernen. 15 Haushalte interessieren sich für Kultur und Traditionen, 12 Haushalte geben an, mit Deutschen in Kontakt kommen zu wollen. Eine Aufnahme von Kindern im Kindergarten wurde in einigen Fällen aufgrund fehlender Kapazitäten abgelehnt. Gerne würden mehr Befragte die Angebote nutzen, wenn Zugangsmöglichkeiten bestünden. Interesse seitens der Amerikaner besteht durch die Ortsnähe und den Wunsch, ihren Kindern Land und Kultur näherbringen zu können. Nur ein Teilnehmer der Befragung gibt an, Mitglied in einem Verein im Ort zu sein. Mehr als 80 Prozent kennen hingegen die vorhandenen Vereinsaktivitäten gar nicht. Rund 75 Prozent haben die kurz vor der Befragung stattgefundene Kirchweih nicht besucht. Mehr als die Hälfte wusste gar nicht, dass ein Fest im Ort stattgefunden hat. Andere geben Schüchternheit als Grund für ein Fernbleiben an.

3.4 Wertschätzung des Wohnorts und regionaler Produkte

Insgesamt schätzen die Befragten ihren Wohnort und haben sich bewusst für ein Leben in Nanzdietsweiler entschieden. Das Wohnangebot, die „schönen Häuser“ und der Ort an sich haben sie überzeugt. Als positives Merkmal des Ortes wird vor allem der Faktor „Ruhe“ (12 Nennungen) genannt. Auch die zahlreichen Möglichkeiten für Spaziergänge und Wanderungen werden hier besonders herausgestellt (7 Nennungen).

Die US-amerikanischen Haushalte kaufen ihre Lebensmittel nicht nur in Geschäften innerhalb der Militärliegenschaften ein. Insbesondere Frischeprodukte wie Back- und Fleischwaren sowie Molkereiprodukte werden in deutschen Geschäften, in der sogenannten „local economy“, erworben, gerne auch regionale Produkte. Das Angebot eines mobilen Bäckers in Nanzdietsweiler wird ebenfalls genutzt. Dennoch werden von den Befragten fehlende Einkaufsmöglichkeiten (11 Nennungen) sowie das Fehlen eines Bäckers im Ort bemängelt.

4 Bedeutung für die Raumentwicklung – Vielfältige Chancen für Kommunen sowie deutsche und US-amerikanische Bürgerinnen und Bürger¹

4.1 Soziostrukturelle Wirkungen: Stabilisierung der Bevölkerungsstruktur

Da die US-amerikanischen Soldatinnen und Soldaten nur für eine bestimmte Zeitspanne in Rheinland-Pfalz stationiert sind, unterliegt die US-Community nicht dem demographischen Wandel. Die in Deutschland stationierten US-amerikanischen Streitkräfte sind meistens zwischen 20 und 40 Jahre alt und leben mit ihren Partnern und Kindern hier. Ihren Lebensabend verbringen sie in ihrer Heimat, wodurch keine älteren Soldatinnen und Soldaten in Deutschland leben. Die Folgen der Alterung der deutschen Bevölkerung werden hierdurch tendenziell abgemildert. Durch einen verstärkten Zuzug neuer US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner könnte darüber hinaus der erwartete Bevölke-

¹ Vgl. im Folgenden Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V./Volker Bulitta Unternehmensberatung 2012/2013.

rungsrückgang ausgeglichen werden. Voraussetzung hierfür ist allerdings eine entsprechende Positionierung und Vermarktung der Gemeinde als Wohnstandort für US-amerikanische Militärangehörige.

4.2 Soziokulturelle Wirkungen: Vielfalt, Integration und gute Nachbarschaft

Durch eine Integration der US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner in die Dorfgemeinschaft könnte die Gemeinschaft insgesamt gestärkt und die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger gesteigert werden. Der kulturelle Austausch würde intensiviert und das gemeinschaftliche Miteinander gefördert. Integration kann durch die bestehende Vereinsarbeit erfolgen – wodurch diese und das Ehrenamt wiederum gestärkt würden – aber auch durch speziell auf die amerikanischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ausgerichtete Angebote. Eine damit verbundene Stärkung der Sprachkompetenz der „Einheimischen“ trüge zur Internationalisierung der Ortsgemeinde maßgeblich bei. Daraus könnten sich neue Möglichkeiten der Raumentwicklung, beispielsweise durch internationale Kooperationen und neu erworbene Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger, ergeben (Beirat für Raumentwicklung 2012).

Den US-Amerikanerinnen und US-Amerikanern würde das Einleben in ihr neues Wohn- und Lebensumfeld erleichtert, was zu ihrem Wohlbefinden und zur Vereinfachung ihres Alltags beitragen würde. Dadurch könnte auch das gute Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Land Rheinland-Pfalz weiter gestärkt werden.

4.3 Infrastrukturelle Wirkungen: Sicherung der Daseinsvorsorge

Durch eine Stabilisierung der Bevölkerungsstruktur ergeben sich positive Effekte für die Daseinsvorsorge, denn eine Sicherung von Strukturen und Einrichtungen wird ermöglicht. So können beispielsweise Kindergärten und Grundschulen in den Gemeinden langfristig gesichert werden. Darüber hinaus verschafft eine stabile Nachfrage die Grundlage für den Erhalt oder die Schaffung (innovativer) Nahversorgungsangebote.

4.4 Siedlungsstrukturelle Wirkungen: Leerstandsvermeidung und Stabilisierung des Wohnungsmarktes

Die US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner wirken sich stabilisierend auf den Wohnungsmarkt aus und sorgen für hohe Mieteinnahmen bei den deutschen Hauseigentümern. Das vom Militär zur Verfügung gestellte Budget zur Zahlung der Mieten liegt deutlich über dem Mietspiegel in der Region. Dies wirkt sich auf die Flächenausweisungen der Ortsgemeinde, vor allem beim Wohnen, aus. Dennoch ist das Leitbild „Innen- vor Außenentwicklung“ zu berücksichtigen. Dem Problem von (potenziellen) Leerständen, das gerade in ländlich geprägten Ortsgemeinden besteht, kann aktiv entgegengewirkt werden, wenn die US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner als mögliche Bewohnerinnen und Bewohner verstanden werden. Auch innerörtliche Brachflächen können durch die zusätzliche Wohnraumnachfrage einer Nutzung zugeführt werden.

4.5 Wirtschaftliche Wirkungen: Langfristig gesicherte Mieteinnahmen sowie Sicherung und Entstehung neuer Betriebe und Dienstleistungen

Die langfristig gesicherten Mieteinnahmen deutscher Hauseigentümer entfalten positive ökonomische Wirkungen in der Region. Aber auch Geschäfte und Dienstleistungsangebote vor Ort profitieren von den US-amerikanischen Kundinnen und Kunden. Neue Angebote wie der geplante Dorfladen können hierauf aufbauen. Handwerksbetriebe könnten durch eine bessere Ansprache der US-Bevölkerung im Ort ihren Kundenstamm erweitern. Des Weiteren könnten auch neue, auf die speziellen Bedürfnisse der US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner ausgerichtete Angebote entstehen.

5 Ausblick

Am Beispiel Nanzdietschweilers wurde modellhaft untersucht, wie die off-base wohnenden US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner in Rheinland-Pfalz in ihren Wohnort integriert sind, welche Raumbedeutung sie entfalten können und welche Chancen sich daraus für die kommunale Entwicklung ergeben können (vgl. im Folgenden Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V./Volker Bulitta Unternehmensberatung 2012/2013).

Es zeigt sich, dass sich die US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner eine stärkere Integration in ihren Wohnort wünschen und ihr Interesse am Dorf und dem Dorfleben sowie den damit verbundenen Informationen hoch ist. Die beschriebenen Potenziale, die sich ergeben können, sollten von den betroffenen Gemeinden genutzt werden. Die Auswirkungen des demographischen Wandels, rückläufige Bevölkerungszahlen und altersstrukturelle Verschiebungen hin zu einer alternden Bevölkerung, können abgeschwächt werden. Dies würde für die Kommunen die momentan viel diskutierte Sicherung der Daseinsvorsorge erleichtern. Auch Ortsbildprägende (potenzielle) Leerstände können vermieden und beseitigt werden. Vor allem aber sind wirtschaftliche Effekte durch Mieteinnahmen und Dienstleistungsangebote möglich. Die zukunftsfähige gemeindliche Entwicklung kann somit gesichert und ein wichtiger Beitrag zur Integration geleistet werden.

Hierfür ist es wichtig, dass die bestehenden Potenziale erkannt und in einem langfristig angelegten und sich verstetigenden Prozess genutzt werden. Dieser Prozess beinhaltet zunächst die Durchführung einer Bestandsaufnahme der jeweiligen Gemeinde (Angebote der Gemeinde, Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sowie Wünsche der im Ort wohnhaften US-amerikanischen Mitbürgerinnen und Mitbürger z. B. mittels einer Befragung) und darauf aufbauend die Analyse der Stärken und Schwächen. Auf diesen Ergebnissen basierend sollte eine langfristige, an die lokalen Gegebenheiten angepasste Strategie entwickelt werden, wie sich die Ortsgemeinde zukunftsfähig aufstellen kann. Diese Zukunftsstrategie könnte zum Beispiel ein ganzheitlicher Ansatz zur Integration der US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner und die Profilierung als Wohngemeinde sein. Dazu sollten die passenden Projekte und Maßnahmen erarbeitet werden. Mögliche Maßnahmen könnten zum Beispiel die Bereitstellung bestimmter Informationen, die gezielte Vermarktung des Standortes für US-Amerikanerinnen und US-Amerikaner, die Gestaltung von Treffpunkten und Orten der Begegnung sowie die Schaffung von speziellen Angeboten wie Sprach- und Kochkursen sein. Angesichts begrenzter kommunaler Mittel sollten hierfür die vorhandenen Vereinsstrukturen und das bürgerschaftliche Engagement der „einheimischen“ Bewohnerinnen und Bewohner einbezogen werden. Zudem sind für viele Maßnahmen keine hohen Investitionen notwendig.

Allerdings ist ein zu beachtendes Risiko, dass im Falle einer möglichen Truppenreduzierung der US-Streitkräfte erhebliche Folgewirkungen für die betroffenen Gemeinden entstehen können. Durch eine einseitige Ausrichtung könnte dies noch verstärkt werden. Deshalb ist für eine zukunftsfähige Entwicklungsstrategie eine integrative Betrachtung der gesamten Gemeinde und ihrer Struktur wichtig.

Literatur

- Beirat für Raumentwicklung (Hrsg.) (2012): Demographischer Wandel: Migration, Internationalität und Integration. Kaiserslautern.
- Dorv-Zentrum GmbH (Hrsg.) (2010): Basisuntersuchung Nahversorgung Nanzdietschweiler. Jülich-Barmen.
- Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V./Volker Bulitta Unternehmensberatung (2012/2013): Projektdokumentation Modellprojekt Nanzdietschweiler, unveröffentlicht.
- Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. (2013a): US-amerikanische Wohnbevölkerung in Rheinland-Pfalz, wohnhaft außerhalb militärischer Liegenschaften, basierend auf Angaben der United States Forces 2012, unveröffentlicht.
- Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. (2013b): Lage der Ortsgemeinde Nanzdietschweiler in Rheinland-Pfalz, unveröffentlicht.
- GACO – German-American Community Office/Deutsch-Amerikanisches Bürgerbüro (Hrsg.) (2008): Amerikanisches Wohnungsamt / Housing Office.
<http://www1.kaiserslautern.de/Anwendung/WebGate/GACO/GACO.nsf/rahmen?OpenFrameSet&Frame=main&Src=%2FAnwendung%2FWebGate%2FGACO%2FGACO.nsf%2F8d3c6a59b4adb6e6c1256c410037e29a%2F55e3b84f0e05f5f6c1256f3400504ca5%3FOpenDocument%26AutoFramed> (06.08.2014).
- Institut für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz e.V. (Hrsg.) (2013): Nanzdietschweiler.
<http://www.regionalgeschichte.net/pfalz/staedte-doerfer/orten/nanzdietschweiler/geschichte.html> (06.08.2014).
- ISIM RLP – Ministerium des Innern und für Sport, Oberste Landesplanungsbehörde (Hrsg.) (2008): Landesentwicklungsprogramm (LEP IV). Mainz.
- ISIM RLP – Ministerium des Innern für Sport und Infrastruktur (Hrsg.) (2013): Unsere Nachbarn aus Amerika. Mainz.
- Ortsgemeinde Nanzdietschweiler (Hrsg.) (2013): Homepage der Ortsgemeinde Nanzdietschweiler.
www.nanzdietschweiler.de (05.06.2013).
- PGW – Planungsgemeinschaft Westpfalz (Hrsg.) (2005): Regionaler Raumordnungsplan Westpfalz 2004. Kaiserslautern.
- Statistik RLP – Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2012): Rheinland-Pfalz 2030. Dritte kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden (Basisjahr 2010). Ergebnisse für den Landkreis Kusel.
http://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/nach_themen/stat_analysen/RP_2060/kreis/VC336.pdf (05.06.2013).
- Statistik RLP – Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2011): Regionaldaten Nanzdietschweiler.
<http://www.infothek.statistik.rlp.de//neu/MeineHeimat/detailInfo.aspx?topic=5887&key=0733602064&l=3&id=3537> (05.06.2013).
- STK RLP – Staatskanzlei Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2012): Bericht der Landesregierung über die Umsetzung des Konversionsprogramms des Landes zur Bewältigung der Folgen des Truppenabzugs in den Jahren 2010 und 2011. Mainz.
- United States Forces (Hrsg.) (2012): Angaben zur US-amerikanischen Wohnbevölkerung in Rheinland-Pfalz, wohnhaft außerhalb militärischer Liegenschaften. Unveröffentlicht.

Volker Bulitta Unternehmensberatung (Hrsg.) (o.J.): M-Punkt Rheinland-Pfalz: Das Projekt.
http://www.m-punkt-rlp.de/das_projekt.html (05.06.2013).

Weber, K. (2008): Raumbedeutung militärischer Standorte: Air Base Ramstein und Kaiserslautern Military Community. In: Kremp, W.; Tunali, M.; Tönnemann, W. (Hrsg.): Amerikaner in Rheinland-Pfalz. Alltagskulturelle Begegnungen. Trier, 85-101. = Atlantische Texte 29.

Autorin

Julia Anslinger (*1985), Dipl.-Ing. Raum- und Umweltplanung, arbeitete bei der Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. in den Bereichen Regionalentwicklung, Europa und Wissensmanagement und ist nun am Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung der Technischen Universität Kaiserslautern tätig. Sie ist Mitglied im Jungen Forum der ARL.

Birte Nienaber, Alexandra Reich

Moscheebauten und Minarettstreit in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland am Beispiel der Selimiye-Moschee in Völklingen

Gliederung

- 1 Einleitung
- 2 Raumrelevante Implikationen von Moscheebauten
- 3 Moscheebauten in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland
- 4 Fallbeispiel: Selimiye-Moschee in Völklingen
 - 4.1 Historische Entwicklung der Selimiye-Moschee in Völklingen
 - 4.2 Diskursanalyse des Minarettstreites
- 5 Ausblick
- Literatur

Kurzfassung

Durch die hohe Anzahl muslimischer Einwanderinnen und Einwanderer, vor allem aufgrund der ehemaligen türkischstämmigen Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, ist der Islam in Deutschland von immer größerer Bedeutung. Durch Um-, An- oder Neubauten der bisherigen, eher unscheinbaren Gebets- und Begegnungsräume – sogenannte „Hinterhofmoscheen“ – erlangt das Thema eine raumplanerische und raumprägende Dimension. Diese neue Dimension führt vielerorts zu Konflikten: Auf der einen Seite sind die muslimischen Gemeinden, die ihre Moscheen gestalten möchten; auf der anderen Seite Anwohnerinnen und Anwohner, politische Parteien oder Bürgerinitiativen, die dies verhindern möchten, da die repräsentativen Moscheen mit Kuppeln und Minaretten Projektionsflächen für Ängste um eine Vormachtstellung des Islams darstellen. Der Artikel bietet zunächst einen Überblick über Moscheebauten in den drei Bundesländern Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland. Als Fallbeispiel wird dann der Diskurs um den Minarettbau der Selimiye-Moschee im saarländischen Völklingen-Wehrden 2010 anhand einer Medienanalyse untersucht.

Schlüsselwörter

Moscheebauten – Minarett – Völklingen – kulturelle Raumkonflikte – Migration

Mosques and dispute on the minaret in Hesse, Rhineland-Palatinate and Saarland – the example of the Selimiye-Mosque in Völklingen

Abstract

Due to the high number of Muslim immigrants – especially Turkish guestworkers, the Islam has grown in relevance in Germany. As the former rather unimpressive prayer and meeting rooms – so called back-yard mosques, are rebuilt, installed or newly built, the topic entails a spatial planning and spatial formative dimension. This new dimension causes conflicts in many ways: On the one hand the Muslim community wants to design their mosque. On the other hand residents, political parties or citizens' initiatives try to prevent the typically looking mosques with cupola and minaret, which seem to be an object of projection for fears. This paper offers an overview of mosques in the German Länder Hesse, Rhineland-Palatinate and Saarland. A case study on the 2010 debate on the building of a minaret in Völklingen-Wehrden, Saarland, is then surveyed on the basis of a media analysis.

Keywords

Mosque buildings – minaret – Völklingen – cultural spatial conflicts – migration

1 Einleitung

Durch die hohe Anzahl muslimischer Einwanderinnen und Einwanderer, vor allem aufgrund der ehemaligen türkischstämmigen Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, ist der Islam in Deutschland von immer größerer Bedeutung. Der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff sagte 2010, dass der Islam zu Deutschland gehöre. Diese Aussage wurde dann 2012 vom amtierenden Bundespräsidenten Joachim Gauck relativiert (Spiegel Online 2012). Durch die stetig wachsenden muslimischen Gemeinden erlangt das Thema eine raumplanerische und raumprägende Dimension, die vielerorts die Stadtgesellschaft und das Stadtbild verändern. „Für die ‚Mehrheitsgesellschaft‘ tritt damit zutage, was statistisch gesehen längst Realität ist: Der Islam ist nach den christlichen Kirchen die drittgrößte Religionsgemeinschaft im Land, deren Mitglieder [...] ihre Religion in angemessenen Räumlichkeiten ausüben möchten“ (Beinhauer-Köhler/Leggewie 2009: 34).

Durch diese „angemessenen Räumlichkeiten“ kommt es zunehmend zu Konflikten: Auf der einen Seite sind die muslimischen Gemeinden, die ihre bisherigen, eher unscheinbaren Gebets- und Begegnungsräume – sogenannte „Hinterhofmoscheen“ – durch repräsentative Um-, An- oder Neubauten gestalten möchten; auf der anderen Seite Anwohnerinnen und Anwohner, politische Parteien oder Bürgerinitiativen, die dies verhindern möchten. Dabei werden teilweise stellvertretende Konflikte wie Parkplatzprobleme oder Lärmbelästigung durch die Muezzin-Rufe (Beinhauer-Köhler/Leggewie 2009: 122) in den Vordergrund gestellt, da die bisherigen Behelfsmoscheen kaum wahrgenommen oder ignoriert wurden (Şen/Aydın 2002: 102). Mit Sichtbarwerden der Religion scheint sich die Duldung oder Akzeptanz der islamischen Gebetshäuser durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft jedoch zu wandeln. Repräsentative Moscheen mit Kuppeln und Minaretten scheinen Projektionsflächen für Ängste zu sein; in öffentlichen Debatten wird die Religion der Migrantinnen und Migranten, der Islam, häufig als unvereinbar „mit hiesigen Werten und der demokratischen Lebens- und Gesellschaftsform [...]“ (Leggewie 2002: 7) gesehen. „Die materielle Sichtbarkeit der Gemeinde ist nur der Ausdruck einer inneren, gewandelten Einstellung zur Einwanderungsgesellschaft. Es ist keinesfalls als

Rückzug oder als ein Indiz für einen erstarkenden ‚Fundamentalismus‘ zu interpretieren“ (Ceylan 2008: 191).

Einige solcher Moschee- oder Minarettbaukonflikte erlangten in den letzten Jahren überregionale oder gar internationale Bekanntheit. Der Konflikt um den Moscheeumbau in Köln-Ehrenfeld wurde durch Stellungnahmen bekannter Persönlichkeiten medial berühmt (Sommerfeld 2008). Internationales Aufsehen erregte auch die Volksabstimmung über den Bau von Minaretten in der Schweiz im November 2009, die wissenschaftlich aufgearbeitet wurde (Tanner 2009). Ausführliche Überblicke über die Geschichte der Moscheen in Deutschland sowie den konfliktbeladenen oder den friedlichen Umgang mit einigen dieser Bauten geben Thomas Schmitt (2003a) sowie Bärbel Beinhauer-Köhler und Claus Leggewie (2009). Auf die spezielle Bedeutung des Minaretts in solchen Konflikte gehen mehrere Autoren ein (architektonische Annäherung u. a. Kraft 2002, politische Symbolkraft u. a. Hüttermann 2006, Umgang mit islamischen Symbolen in Westeuropa z. B. Lauterbach/Lottermoser 2009).

Zunächst soll auf die Moscheebauten der drei Bundesländer eingegangen werden, bevor dann als Fallbeispiel der Minarettbau der Selimiye-Moschee im saarländischen Völklingen-Wehrden 2010 – der erste dieser Art im Saarland – und die damit verbundenen Diskurse anhand einer Medienanalyse der in der Saarbrücker Zeitung veröffentlichten Artikel, die zu diesem Thema im Zeitraum Januar 2010 bis Februar 2012 erschienen sind, vorgestellt wird. Der vorliegende Text beruht in weiten Teilen auf der Bachelorarbeit von Alexandra Reich sowie auf zusätzlichen Literatur- und Internetrecherchen zur Situation der Moscheen in den Bundesländern Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

2 Raumrelevante Implikationen von Moscheebauten

Einer aktuellen Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zufolge existieren knapp 2.350 islamische Gemeinden mit eigenen Gebetsräumlichkeiten – zu meist Hinterhofmoscheen – in Deutschland (BAMF 2012: 7). Zunehmend werden bereits bestehende Gebetsstätten „von unscheinbaren und unansehnlichen Behelfsbauten in Hinterhöfen und Industriegebieten zu zentrumsnahen und imposanten Repräsentativbauten mit Kuppel und Minarett“ (Beinhauer-Köhler/Leggewie 2009: 117) umgebaut, was von einem neuen Selbstbewusstsein der in Deutschland lebenden Muslimas und Muslime zeugt. Auch werden repräsentative Neubauten von Moscheen im Stadtbild deutscher Kommunen immer häufiger (Lemmen/Miehl 2001: 25). Die 1995 eröffnete Yavuz-Sultan-Selim-Moschee in Mannheim sowie die 2008 eröffnete Merkez-Moschee in Duisburg-Marxloh sind dabei die größten deutschlandweit. Für die ehemaligen Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter sowie ihre Familien wurde Deutschland zur Heimat, Moscheen zu einem Zeichen von Integrationswillen beider Seiten.

Bei den lokalen Moschee- und Minarett-Konflikten verbindet sich ein städtebaulicher Konflikt mit „ethnisch-kulturelle[n] und religionsbezogene[n] Konfliktdimensionen“ (Schmitt 2003b: 35), wobei die symbolische Bedeutung einer durch weithin sichtbare Architekturelemente wie Kuppel und vor allem Minarett auffallenden Moschee eine wesentliche Rolle im Konflikt spielt (Schmitt 2003b: 35).

Die besondere Bedeutung, die diese architektonischen Elemente sowohl für Projektbefürworterinnen und Projektbefürworter als auch -gegnerinnen und -gegner haben, ergibt sich aus ihrem hohen Symbolgehalt. Für Nicht-Muslimas und Nicht-Muslime repräsentieren vor allem Minarette eine Moschee und damit auch den Islam, eine oft „als fremd empfundene Religion und Kultur“ (Schmitt 2003a: 13). Der symbolische Wert für

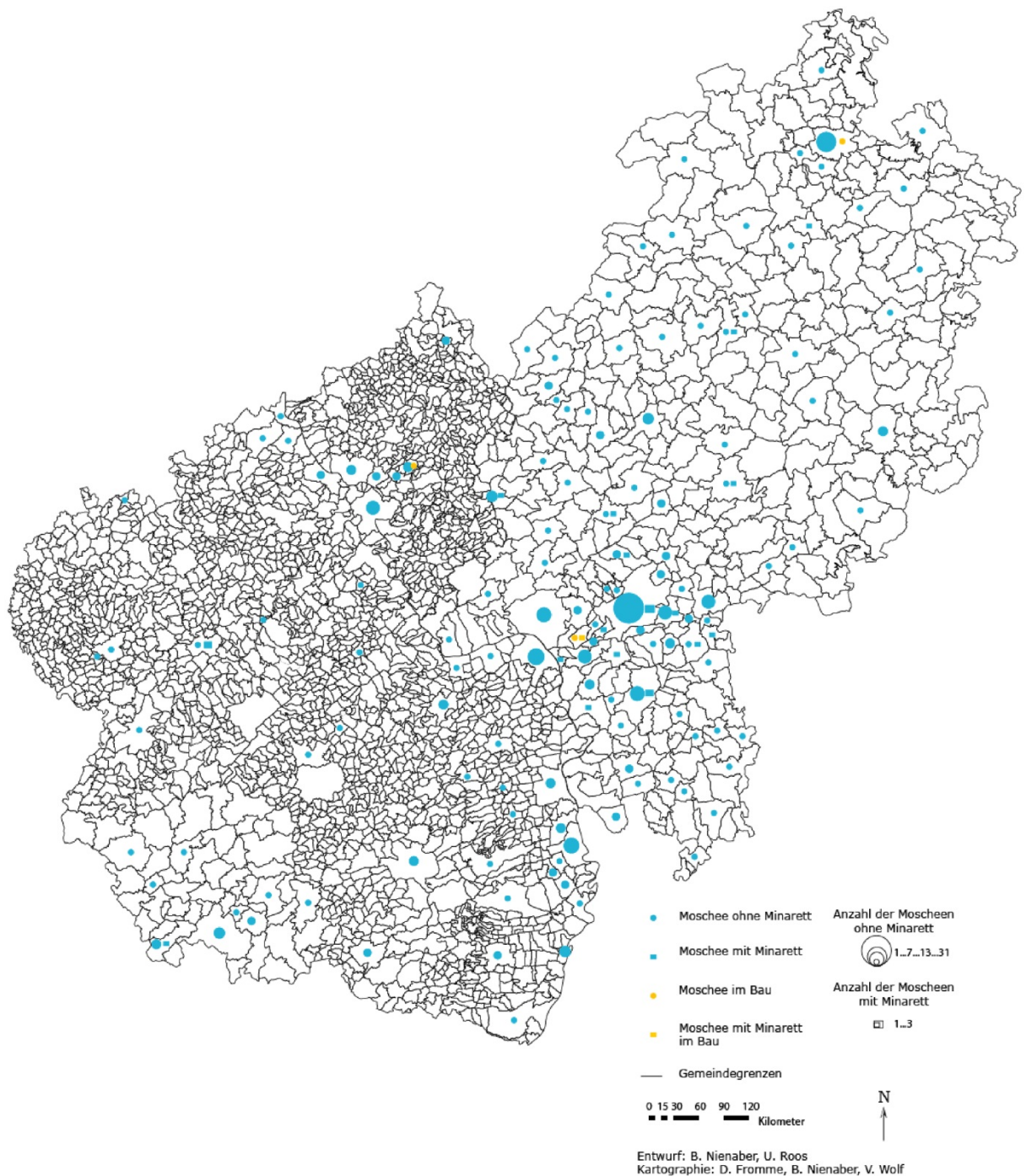
Muslimas und Muslime ergibt sich aus der Funktion des Minaretts: Von den hohen, schmalen und bleistiftförmigen Türmen, die zum Erscheinungsbild einer klassischen Moschee gehören, ruft der Muezzin die Muslime zum Gebet. Damit erfüllen sie eine akustische und liturgische Funktion, dienen aber auch noch weiteren Zwecken. Als Marke im Landschaftsbild bieten Minarette auch eine visuelle Orientierung für den Ort des Gebetes. Hinzu kommt ein dekorativer Aspekt im architektonischen Gesamtkomplex der Moschee (Lauterbach/Lottermoser 2009: 89). Hierzulande ist das Minarett allerdings „[...] mehr als nur der Ort des Ausrufens, Erkennungszeichen einer Moschee oder Wahrzeichen des Islam; es ist ein zentrales Identifikationsmerkmal der Muslime in der westlichen Diaspora“ (Kraft 2002: 242). Es wird ferner „als Fremdkörper innerhalb der gewohnten Kultur empfunden“ (Kraft 2002: 239) oder sogar als Zeichen eines befürchteten „islamischen Machtanspruchs“ (Lauterbach/Lottermoser 2009: 90), der sich in Minaretten und der damit verbundenen Präsenz im öffentlichen Raum manifestiert. Gerade durch die geforderte stärkere öffentliche Sichtbarkeit ihrer Gebetshäuser möchten viele muslimische Gemeinden sich als Teil der Gesellschaft präsentieren. Auf Grundlage von Artikel 4 des Grundgesetzes, in dem die Religionsfreiheit und damit die freie Religionsausübung verankert ist, sind sowohl Minarett als auch Gebetsruf zu akzeptieren, wenn sie die lokalen Bau- und Nachbarschaftsrechte nicht verletzen.

Inwiefern es als Architekturelement verzichtbar oder für die Religionsausübung unentbehrlich ist, wird in vielen Minarett-Konflikten diskutiert (Kraft 2002: 236 f.). So stellt einerseits die Höhe der Bauteile häufig ein Problem dar; meist legen Auflagen fest, dass sie umliegende Gebäude nicht überragen dürfen. Andererseits bildet auch der Gebetsruf an sich beziehungsweise dessen Lautstärke und Häufigkeit einen Hauptkritikpunkt an Moscheen in Deutschland. Da dieser nicht zwingend Teil des Gebetes sein muss und in der Diaspora seinen Sinn weitestgehend eingebüßt hat, verzichten viele Moscheegemeinden hierzulande komplett auf dieses Ritual oder gehen Kompromisse bezüglich der Häufigkeit des Rufes ein (Leggewie 2002: 30).

3 Moscheebauten in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland

Muslimische Gemeinden und Moscheebauten gibt es in allen Bundesländern des ARL-Landesarbeitsgemeinschaftsgebietes Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland. In Hessen wohnen 10,3 Prozent der in Deutschland lebenden Muslimas und Muslime, in Rheinland-Pfalz 4 Prozent und im Saarland 0,8 Prozent. Hessen steht bezüglich der Anzahl der muslimischen Bevölkerung an vierter Stelle der Bundesländer, Rheinland-Pfalz an siebter Stelle und das Saarland an elfter Stelle. Nur die ostdeutschen Bundesländer haben noch geringere Anteile an der in Deutschland lebenden muslimischen Bevölkerung (Haug/Müssig/Stichs 2009: 107). Die Anzahl und die Ausstattung der jeweiligen Moscheebauten sind sehr unterschiedlich, wobei derzeit die meisten zu den sogenannten Hinterhofmoscheen gezählt werden können. Da die folgende Darstellung auf einer Internetrecherche 2012/2013 beruht und nicht alle muslimischen Gemeinden im Internet vertreten sind, kann die Darstellung nur einen Trend aufzeigen, aber keinen vollständigen Überblick über alle muslimischen Gemeinden des LAG-Gebietes bieten.

Abb. 1: Verteilung der Moscheebauten in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Internetrecherchen

So befinden sich im Saarland mindestens 16 Moscheen, wovon nur die Moschee in Völklingen-Wehrden über ein Minarett verfügt. Die meisten der muslimischen Gemeinden gehören dem Dachverband DİTİB (Diyanet İşleri Türk İslam Birliği) an und sind durch türkischstämmige Einwanderinnen und Einwanderer geprägt. Mindestens zwei Gemeinden in Saarbrücken bestehen jedoch vor allem aus bosnischen Einwanderinnen und Einwanderern.

In Rheinland-Pfalz existieren mindestens 88 islamische Gemeinden. Zwei der Moscheen besitzen ein Minarett und eine Moschee wird derzeit neu gebaut. Neben den türkisch geprägten Gemeinden, die auch hier die Mehrheit darstellen, gibt es arabische, bosnische und albanische Gemeinden. Die Dachverbände, denen die Gemeinden angehören, sind hier sehr vielfältig.

Die größte Zahl an Moscheen befindet sich in Hessen. Hier gibt es circa 200 Moscheebauten, von denen laut Internetrecherche 19 Moscheen über Minarettbauten verfügen. Zwei Moscheen waren zum Recherchezeitpunkt in Bau. Eine Besonderheit ist in Hessen ferner, dass neben der hohen Anzahl an türkischen Gemeinden eine Vielzahl anderer Gemeinden existiert (u.a. bosnische, marokkanische, arabische, bangladeschische). Auch in Hessen gehören die Gemeinden vielfältigen Dachverbänden an. In Flörsheim wurde 2012 ein ehemaliger Supermarkt in eine Moschee umgebaut und durch eine Kuppel sowie ein zehn Meter hohes Minarett erweitert, von dem keine Gebetsrufe ertönen können (Klockner 2012). Ein anderes großes Moscheebauprojekt in Hessen stellt der Moscheeneubau der marokkanischen Taqwa-Gemeinde am Frankfurter Hauptbahnhof dar. Hierfür wurde zunächst ein Gebäude abgerissen, bevor dann ein Neubau an gleicher Stelle entsteht. Problematisch war hier vor allem die Sicherstellung der Finanzierung (Topçu 2009).

Für alle Bundesländer gilt, dass die meisten Moscheebauten und islamischen Gemeinden in den Groß- und Mittelstädten zu finden sind. Jedoch gibt es auch in einigen Kleinstädten und Dörfern muslimisches Leben, das sein Umfeld, wenn aus Hinterhofmoscheen repräsentative Moscheebauten werden, noch deutlich stärker prägt als in Großstädten.

Im Folgenden soll das Beispiel des Umbaus der Selimiye-Moschee in Völklingen den Diskurs um raumrelevante Implikationen von Minarett-Erweiterungsbauten exemplarisch verdeutlichen.

4 Fallbeispiel: Selimiye-Moschee in Völklingen

4.1 Historische Entwicklung der Selimiye-Moschee in Völklingen

In der saarländischen Stadt Völklingen leben derzeit laut offiziellen Angaben 39.509 Menschen. Der Ausländeranteil betrug am 31.12.2012 12,8 Prozent (5.038 Personen). Der Stadtteil Wehrden, in dem sich die Selimiye-Moschee befindet, hat bei 5.043 Einwohnerinnen und Einwohnern einen Ausländeranteil von 15,3 Prozent (vgl. Stadt Völklingen 2013). Auf der anderen Saarseite, aber in unmittelbarer Nähe zum UNESCO-Weltkulturerbe Völklinger Hütte gelegen, stellte Wehrden zur Zeit der Anwerbung von Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern die ideale Wohngegend für die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter dar. Die im Bergbau und vor allem in der Verhüttungsindustrie beschäftigten türkischen Arbeitskräfte wurden betriebsnah untergebracht und deshalb dort angesiedelt.

In Völklingen gibt es derzeit drei jeweils unterschiedlichen Dachverbänden angehörende Moscheen. Träger der Selimiye-Moschee im Stadtteil Wehrden ist die Türkisch-Islamische Gemeinde zu Völklingen-Wehrden e.V., die zum Dachverband DiTİB (Diyanet İşleri Türk İslam Birliği) gehört. In den Räumen eines ehemaligen Kinos wurde die Moschee mit Gebetsraum und Teestube bereits in den 1980er Jahren eingerichtet. Die türkisch-islamische Gemeinde in Völklingen-Wehrden hat freiwillig auf die Möglichkeit eines Gebetsrufes verzichtet, ebenso soll keine Lautsprecherbeschallung nach außen

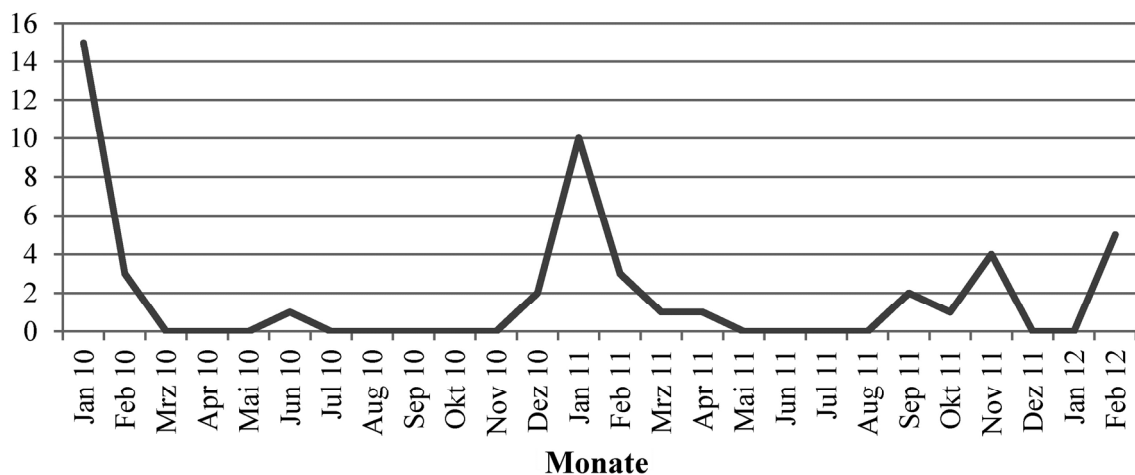
erfolgen. Doch an dem dekorativen Minarett soll festgehalten werden, auch wenn es nach islamischem Recht kein vorgeschriebener Bestandteil einer Moschee ist (Schmitt 2003a: 44).

4.2 Diskursanalyse des Minarettstreites

Das Interesse der Medien an Moscheebau- und Minarett-Konflikten geht oft nicht über das lokale Umfeld des Konfliktortes hinaus. Daher wurde für diese Fallstudie die regionale Saarbrücker Zeitung als einzige und damit meinungsbildende Regionalzeitung des Saarlandes mit ihrem Online-Archiv ausgewählt. 48 online zur Verfügung gestellte Artikel, die die Stichworte „Moschee“ und „Völklingen“ enthalten, sich explizit mit dem Minarett-Konflikt der Selimiye-Moschee in Völklingen-Wehrden befassen und im Zeitraum Januar 2010 bis Februar 2012 veröffentlicht wurden, dienen in dieser Arbeit als Untersuchungsgegenstand. Verzichtet wird auf die Einbeziehung von Leserbriefen zum Thema. Meinungsartikel der Redakteure, die sich für oder gegen das Bauvorhaben der Moscheegemeinde aussprechen sowie an die Artikel angehängte Hintergrundinformationen zum Thema werden jedoch berücksichtigt, um die Bandbreite der Berichterstattung aufzeigen zu können.¹ Für die inhaltsanalytische Untersuchung der Berichterstattung wurde eine induktive Vorgehensweise gewählt (zur Methodik der Inhaltsanalyse siehe Merten 1995; Christmann 2006; Früh 2007; Mayring 2010). So dient das Analysematerial der Rekonstruktion des Konfliktverlaufs sowie einer Differenzierung der unterschiedlichen Konfliktparteien.

Abb. 2: Häufigkeit der Berichterstattung in der Saarbrücker Zeitung im Zeitraum Januar 2010 bis Februar 2012

Anzahl veröffentlichter Artikel



Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage des Textarchivs der Saarbrücker Zeitung

„[S]obald Muslime [...] ihre Präsenz im Einwanderungsland dokumentieren“ (Leggewie 2002: 27) und Moscheen repräsentativer und damit sichtbarer werden, kommt es laut Leggewie zu Konflikten, d.h. zum Aufeinanderprallen unterschiedlicher Interessen. Dies ist auch im vorliegenden Beispiel der Fall. Obwohl sich bereits seit den 1980er Jahren in einem ehemaligen Kino in Völklingen-Wehrden eine Moschee befindet, beginnen der

¹ Die genannte Artikel-Nummerierung entspricht der Veröffentlichungsreihenfolge und der Nummerierung im Rahmen der BA-Arbeit von Alexandra Reich.

Konflikt und die Proteste von Politikerinnen und Politikern und Bevölkerung erst mit dem 2010 erfolgten Bauantrag für die Anbringung von Kuppeln und eines dekorativen Minaretts auf dem Gebäudedach, womit die Moschee aus einer „Hinterhofmoschee“ in einen „Repräsentativbau“ umstrukturiert wird (Beinhauer-Köhler/Leggewie 2009: 117). Anhand einer Untersuchung der zeitlichen Verteilung der Berichterstattung über den Moscheekonflikt lassen sich fünf Phasen im zeitlichen Verlauf unterscheiden (siehe Abb. 2).

Die erste Phase (15 Artikel in der Saarbrücker Zeitung) beginnt mit dem Erscheinen des ersten Artikels (07.01.2010) zu den Plänen der türkisch-islamischen Gemeinde, ihre „äußerlich schmucklose Moschee“ (Artikel Nr. 3 vom 07.01.2010, Nr. 5 vom 09.01.2010) mit Kuppeln und Minarett zu versehen. Diese Phase ist gekennzeichnet durch viele Berichte in einem kurzen Zeitraum, die die Pläne der Moscheegemeinde, die bisherige Situation und vor allem die Bedenken politischer Akteure bezüglich des Bauvorhabens thematisieren. Ferner wird durch einige Ungenauigkeiten (z.B. „mehrere 100 Gläubige“ vgl. Artikel Nr. 3 vom 07.01.2010) oder Zusätze (z.B. „hinter diesem Verband steht das türkische Religionsministerium“ (Artikel Nr. 3 vom 07.01.2010, womit die muslimische Gemeinde fremdbestimmt sei) Meinungsmache betrieben und Ängste verbreitet. Gleichzeitig ist die muslimische Gemeinde freiwillig bereit, statt zwei Minaretten nur eines und dieses nur acht statt 10,5 Meter hoch zu bauen, sowie auf den Muezzin-Einsatz zu verzichten. Ferner werden in dieser Phase Gegenargumente (vor allem seitens der CDU-Politikerinnen und -Politiker) wie fehlende Vereinbarkeit mit dem Bau- und Nachbarschaftsrecht (Artikel Nr. 2 vom 07.01.2010, Nr. 3 vom 07.01.2010), religiöse, angstweckende Symbolik (Artikel Nr. 10 vom 14.01.2010), mangelnde Integration der türkischen Bevölkerung oder fehlende Kirchen in der Türkei (Artikel Nr. 13 vom 21.01.2010) vorgebracht. Um dem zu entgegnen, sucht die muslimische Gemeinde die Kommunikation und den partizipativen Austausch mit der lokalen Bevölkerung, z.B. durch die Einladung zum Tee oder zum Freitagsgebet (Artikel Nr. 13 vom 21.01.2010). Im Gegensatz zu den Bedenkenrägerinnen und Bedenkenträgern bzw. Gegnerinnen und Gegnern des Bauvorhabens wird der geplante Bau des Minaretts unter anderem von der Grünen Jugend Saar und dem evangelischen Kirchenkreis Saar-West als „Zeichen für gelebte Religionsfreiheit“, für „kulturelle Vielfalt und religiöse Toleranz“ (Artikel Nr. 11 vom 14.01.2010) und als „Zeichen gelungener Integration“ (Artikel Nr. 16 vom 06.02.2010) angesehen. An diesem Beispiel verdeutlichen sich die „ethnisch-kulturelle[n] und religionsbezogene[n] Konfliktdimensionen“ (Schmitt 2003b: 35), die der Umbau auch dieser Moschee zu einem repräsentativeren Bau aufzeigt.

In ersten Stadtratssitzungen und im Stadtteilforum Wehrden einigen sich die Beteiligten schließlich auf eine „Denkpause“ (Artikel Nr. 17 vom 11.02.2010), die die zweite Phase der Berichterstattung (fünf Artikel) darstellt. Diese Phase dauert von Mitte Februar bis Ende Dezember 2010, in der an der Bauanfrage festgehalten wurde (Artikel Nr. 18 vom 24.02.2010). In diesen Zeitraum fällt auch die Wahl des Oberbürgermeisters in Völklingen, die im September 2010 stattfand. Es lässt sich erkennen, dass es sich hier um ein potenzielles Wahlkampfthema handelte. Am 11. Juni 2010 berichtet die Saarbrücker Zeitung von einem Hinweis auf die Pufferzone rund um das Weltkulturerbe Völklinger Hütte, in der genau die Moschee liege. In dieser Zone unterliegen bauliche Veränderungen bestimmten Auflagen beziehungsweise können ganz untersagt sein. Daher könne auch der Minarettbau aus denkmalschutzrechtlichen Gründen scheitern, dem allerdings der Landesdenkmalamtschef widerspricht. Eine Ablehnung des Vorhabens durch das Denkmalschutzamt sei nicht möglich (Artikel Nr. 19 vom 11.06.2010).

In der dritten Phase (15 Artikel zwischen Januar und April 2011) liegt schließlich ein konkreter Bauantrag der Moscheegemeinde für ein rein dekoratives Minarett und mehrere Kuppeln bei der Stadtverwaltung vor. Der Stadtrat befasst sich nach der durch die OB-Wahl entstandenen Pause wieder mit dem Antrag, abermals kommt teils heftiger Widerstand verschiedener politischer Gruppierungen und auch vonseiten des Oberbürgermeisters auf. Der Oberbürgermeister sagt, nach der Verringerung der Pläne und einem verbindlichen Verzicht auf Muezzin-Rufe durch den Moscheeverein sowie nach der Bewilligung durch das Denkmalschutzamt „gibt es rechtlich keine Möglichkeit für die Stadt, dieses Minarett nicht zu genehmigen.“ Die Absicht hinter dem Bauvorhaben dürfe aber nicht sein, „ein Symbol für den Islam zu setzen“ (Artikel Nr. 25 vom 10.01.2011). Durch den Verzicht auf den Muezzin-Ruf sei laut Stadtverwaltung auch „der akustische Immissionsschutz gewährleistet“ (Artikel Nr. 30 vom 29.01.2011). In dieser Phase kommt Widerstand vor allem seitens der NPD-Abgeordneten im Stadtrat und der IG Pro Völklingen. Wie unter anderem bereits Kraft (2002) sowie Lauterbach und Lottermoser (2009) aufzeigten, liegt gerade im Muezzin-Ruf und seiner Symbolik Konfliktpotenzial, wie es sich auch an dieser Fallstudie wieder zeigt.

Daran schließt sich von Mitte April bis Ende August 2011 Phase vier ohne Veröffentlichungen an. Der Stadtrat verweigert eine Entscheidung über das Bauvorhaben der muslimischen Gemeinde mit der Begründung, dass lediglich die Stadtverwaltung und damit das Baurecht über den Antrag entscheiden könne.

Die fünfte und letzte untersuchte Phase der Presseberichterstattung (mit 13 Artikeln) beginnt Ende September 2011, als ein erster Hinweis auf einen möglichen Bautermin für das Minarett erfolgt. Weiteres Thema in dieser Zeit ist der Tag der offenen Moschee am 3. Oktober, zu dem die muslimische Gemeinde einlädt. Schließlich finden auch die Errichtung des Minaretts und die erneute Kritik daran Einzug in die Artikel. Am 10. November 2011 berichtet die Saarbrücker Zeitung in einer kurzen Meldung von der Errichtung des Minaretts. Es stehe bereits auf dem Dach, eine Veränderung sei aber „kaum wahrzunehmen“ (Artikel Nr. 40 vom 10.11.2011). Einen Tag später erfolgt ein etwas ausführlicherer Artikel hierzu. Bereits am 9. November wird das fertige Minarett demnach auf dem Dach der Moschee errichtet. Stefan Rabel von der CDU kritisiert dies als „Nacht-und-Nebel-Aktion“ (Artikel Nr. 41 vom 11.11.2011), obwohl nach Erteilung der Baugenehmigung ja mit einem baldigen Baubeginn zu rechnen gewesen sein müsste. Die Ergebnisse einer Umfrage der Saarbrücker Zeitung unter den Anwohnerinnen und Anwohnern zeigen eine eher ablehnende Haltung der Wehrdener Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem neuen Minarettbau (Artikel Nr. 42 vom 11.11.2011). Auch nach dem Minarettbau kommt weiterhin Kritik von Politikerinnen und Politikern, z.B. wegen mangelnder Information über die schnelle Umsetzung der Baupläne (Artikel Nr. 43 vom 11.11.2011). Das offizielle Einweihungsfest nach der abgeschlossenen Umbauaktion findet am 17. Februar 2012 statt.

5 Ausblick

Der Überblick über die Moscheebauten mit und ohne Minarett hat gezeigt, dass vor allem in Hessen eine zunehmende Zahl an Moscheebauten durch Minarette verschönert und somit aus den ehemaligen Hinterhofmoscheen repräsentative Gebetshäuser werden. Diese prägen mittlerweile einige Stadtbilder und gewinnen somit stadt- und raumplanerisch immer mehr an Bedeutung. Auch der Umgang mit der Genehmigung von Minarett- und Kuppelbauten als Moscheeum-, -an- oder -neubauten rückt damit verstärkt in das Interesse der breiten Öffentlichkeit, welches noch durch mediale Inszenie-

rungen gesteigert wird. Wie konfliktbeladen ein solcher Umgang sein kann, wurde hier am Beispiel der Selimiye-Moschee in Völklingen-Wehrden dargelegt. Die ehemals schmucklose, beinahe unbemerkte Moschee erfuhr erst durch die geplante Umgestaltung ablehnende Proteste durch Politikerinnen und Politiker sowie Anwohnerinnen und Anwohner. Die gegnerischen Stimmen kritisieren das Minarett als fremdes Symbol, das sich nicht in das Stadtbild einfüge und für den Machtanspruch des Islams stehe. Tatsächlich soll das Minarett nur einer Verschönerung des Gebäudes dienen und das Selbstverständnis der muslimischen Gemeinde als Teil der Völklinger Gesellschaft ausdrücken, es ist damit auch Integrationssymbol. Moschee-Konflikte haben neben städtebaulichen Aspekten immer auch einen religiösen Aspekt. Die Akzeptanz von Minaretten im Stadtbild zeugt von einer Anerkennung des Islams seitens der Mehrheitsgesellschaft. Gegner fühlen sich von solchen religiösen Symbolen bedroht und verweisen auf hierzulande geltende christliche Werte. „Der geheime Sinn von Moscheekonflikten könnte [...] darin bestehen, dass sie unterm Strich zur gesellschaftlichen Integration beitragen [...]. Jeder friedlich ausgetragene und glücklich ausgestandene Konflikt bringt die Gesellschaft weiter“ (Beinhauer-Köhler/Leggewie 2009: 123).

Um Bedenken und Ängsten bei zukünftigen Moschee-Konflikten in Deutschland begegnen zu können, bedarf es einer ausführlichen Kommunikation der Vorhaben sowie einer breiten Partizipation. Dass sich Moscheeneubauten und die Bestandteile der Religionsausübung, wie etwa der Gebetsruf des Muezzins, nicht nur auf die in Deutschland geltende Religionsfreiheit berufen können, sondern auch raumplanerische bzw. städtebauliche Grundlagen und Belange beachten müssen, ist selbstverständlich. Dies kann aber nur durch Information, Kommunikation und Partizipation der Anwohnerinnen und Anwohner sowie deren Akzeptanz gelingen.

Literatur

- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2012): Islamisches Gemeindeleben in Deutschland. Nürnberg.
- Beinhauer-Köhler, B.; Leggewie, C. (2009): Moscheen in Deutschland. Religiöse Heimat und gesellschaftliche Herausforderung. München.
- Ceylan, R. (2008): Islam und Urbanität. Moscheen als multifunktionale Zentren in der Stadtgesellschaft. In: Häusler, A. (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden, 183-212.
- Christmann, G.B. (2006): Inhaltsanalyse. In: Ayaß, R.; Bergmann, J. (Hrsg.): Qualitative Methoden der Medienforschung. Reinbek bei Hamburg, 274-292.
- Früh, W. (2007): Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. Konstanz.
- Haug, S.; Müssig, S.; Sticks, A. (2009): Muslimisches Leben in Deutschland – im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz.
http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/566008/publicationFile/31710/vollversion_studie_muslim_leben_deutschland_.pdf (05.06.2013).
- Hüttermann, J. (2006): Das Minarett. Zur politischen Kultur des Konflikts um islamische Symbole. Weinheim, München.
- Klockner, H. (2012): Flörsheim bekommt eine Moschee mit Kuppel und Minarett.
<http://www.main-spitze.de/Region/floersheim/12392400.htm> (11.12.2012).
- Kraft, S. (2002): Islamische Sakralarchitektur in Deutschland. Eine Untersuchung ausgewählter Moschee-Neubauten. Münster. = Ästhetik-Theologie-Liturgik 21.

- Lauterbach, B.; Lottermoser, S. (2009): Fremdkörper Moschee? Zum Umgang mit islamischen Kulturimporten in westeuropäischen Großstädten. Würzburg. = Kulturtransfer: alltagskulturelle Beiträge 5.
- Leggewie, C. (2002): Auf dem Weg zum Euro-Islam? Moscheen und Muslime in der Bundesrepublik Deutschland. Bad Homburg v.d. Höhe. = Gedanken zur Zukunft 6.
- Lemmen, T.; Miehl, M. (2001): Islamisches Alltagsleben in Deutschland. Bonn. = Gesprächskreis Migration und Integration.
- Mayring, P. (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim, Basel.
- Merten, K. (1995): Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis. Opladen.
- Saarbrücker Zeitung: Textarchiv. URL: <http://saarland.sz-sb.de/Elias/> (13.09.2012).
- Schmitt, T. (2003a): Moscheen in Deutschland. Konflikte um ihre Errichtung und Nutzung. Flensburg. = Forschungen zur deutschen Landeskunde 252.
- Schmitt, T. (2003b): Türkische Moscheen in Deutschland. Gesellschaftliche Bedeutung und Konfliktpotenzial von Migrantenmoscheen. In: Geographische Rundschau 55 (4), 32-35.
- Şen, F.; Aydın H. (2002): Islam in Deutschland. München. = Beck'sche Reihe 1466.
- Sommerfeld, F. (Hrsg.) (2008): Der Moscheestreit. Eine exemplarische Debatte über Einwanderung und Integration. Köln.
- Spiegel Online (Hrsg.) (2012): Integrationsdebatte: Gauck distanziert sich von Wulffs Islam-Rede. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/integration-gauck-distanziert-sich-von-wulffs-islam-rede-a-836241.html> (12.06.2012).
- Stadt Völklingen (Hrsg.) (2013): Einwohnerstatistik. <http://www.voelklingen.de/index.php?id=244> (05.06.2013).
- Tanner, M. (2009): Minarett-Konflikte. Untersuchung ihrer Hintergründe und der Möglichkeit von Mediation zu ihrer Bearbeitung. In: Tanner, M.; Müller, F.; Mathwig, F.; Lienemann, W. (Hrsg.): Streit um das Minarett. Zusammenleben in der religiös pluralistischen Gesellschaft. Zürich, 225-253. = Beiträge zu einer Theologie der Religionen 8.
- Topçu, C. (2009): Moschee-Neubau. Abriss der Taqwa-Gemeinde beginnt. <http://www.fr-online.de/rhein-main/moschee-neubau-abriss-der-taqwa-gemeinde-beginnt,1472796,3376950.html> (11.12.2012).

Autorinnen

Birte Nienaber (*1978), Prof. Dr. phil., Dipl.-Geogr., geogr. Migrationsforschung, Raumentwicklung, Grenzüräume, politische Geographie, Universität Luxemburg, Walferdange/Luxemburg, Mitglied der ARL-LAG Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland.

Alexandra Reich (*1988), B.A. Historisch orientierte Kulturwissenschaften, Universität des Saarlandes, Saarbrücken, seit Oktober 2012 Studium M.A. Kulturmanagement, Hochschule für Musik FRANZ LISZT Weimar.

Diedrich Bruns, Florian Paech

„Interkulturell_real“ in der räumlichen Entwicklung. Beispiele studentischer Arbeiten zur Wertschätzung städtischer Freiräume in Kassel

Gliederung

- 1 Vorbemerkung
- 2 „Interkulturell_real“ – studentische Arbeiten am FB ASL der Universität Kassel
 - 2.1 Studentische Projektarbeiten in Kassel-Rothenditmold, 2010–2011
 - 2.2 Studienarbeiten mit Befragungen, 2013
- 3 Diskussion der Ergebnisse, Folgerungen für die Forschung

Literatur

Kurzfassung

Regional zunehmend vielfältige Migration bildet den Anlass, Studierenden räumlicher Planung Aufgaben mit dem Zweck zu stellen, Hinweisen auf unterschiedliche Wertschätzungen öffentlicher Freiräume nachzugehen. Neben der Erreichbarkeit und Bekanntheit städtischer Flächen spielen Beteiligungsmöglichkeiten, Ausstattung wie Wasser sowie die empfundene Atmosphäre wie Naturnähe wichtige Rollen dabei, ob und in welchem Maße ein Freiraum gerne aufgesucht wird. Mit Ausnahme der Kinder und Jugendlichen zeichnen sich bei allen Altersgruppen Präferenzen ab, die sich zum Teil kulturspezifisch deuten lassen. Ergebnisse werden hinsichtlich der Möglichkeiten für eine künftige, fachübergreifend koordinierte Lehre und Forschung diskutiert.

Schlüsselwörter

Freiraumpräferenzen – Migration – räumliche Planung – Hochschuldidaktik

“Intercultural_real” in spatial development. Examples of student assignments on the appreciation of urban public spaces in Kassel

Abstract

Increasing regional and global migration provide the starting point for investigating how and to what extent environmental preferences relate to culturally specific values. Results from pertinent student assignments are presented where local interviews were conducted for purposes of planning education. Results suggest that access to urban open space and the shared knowledge about such spaces appear to be relevant. Also important are opportunities to carry out favourite activities, the availability of certain features such as water, and the perceived character such as “natural atmosphere”. Cultural background may play a role in determining preferences for urban open space for all age groups, with

the notable exception of children and young teenagers. Results are discussed with reference to opportunities for systematic trans-disciplinary learning and research.

Keywords

Environmental preferences – migration – spatial planning – learning sciences

1 Vorbemerkung

Wie an anderer Stelle dieser Publikation diskutiert,¹ lassen sich Bedarfe und Anforderungen, die Menschen an ihre räumliche Umgebung knüpfen, unter anderem auch auf kulturell bedingte spezifische Raumwahrnehmungen zurückführen. „Kultur“ wird dabei weniger als territorial definierte „Vereinnahmung“ verstanden als vielmehr als eine (auch im Prozess von Migration) zu beobachtende „Verräumlichung“ verschiedener Formen „kultureller Praxis“ (Müller/Werner 2006). Nach aktuellem Kenntnisstand können etwa bei der Aneignung und Nutzung öffentlicher Freiräume wie zum Beispiel Straßen, Plätze und Grünanlagen neben Faktoren wie Alter und Geschlecht auch „kulturelle Praxen“ eine Rolle spielen (Rishbeth 2004; Peters/Elands/Buijs 2010).

Bei Durchsicht thematisch einschlägiger Publikationen entsteht der Eindruck, dass weniger die mit Grundlagenforschung beschäftigten Raum- und Planungswissenschaften als vielmehr die an Raumentwicklung praktisch Beteiligten interessiert zu sein scheinen. Es geht um die Lösung von Fragestellungen, welche aus Zusammenhängen zwischen kulturbedingten Raumbedarfen bzw. -anforderungen einerseits und den sich tatsächlich bietenden räumlichen Möglichkeiten andererseits herrühren. Die tägliche Arbeit führt Praktikerinnen und Praktikern unmittelbar vor Augen, welche raumrelevanten Veränderungen mit zunehmender kultureller Durchmischung einhergehen. Auffällig ist, dass entsprechende Untersuchungen überwiegend Anwendungsbezüge aufweisen – etwa in Hinblick auf Pflege und Gestaltung öffentlicher Flächen (vgl. Rishbeth 2001; Gobster 2002; Özgüner 2011) oder hinsichtlich einer möglicherweise integrativ-katalytischen Rolle solcher Flächen (vgl. Shinew/Glover/Parry 2004; Müller 2009). Ein vergleichsweise stark entwickelter Untersuchungsschwerpunkt liegt im Bereich Ethnizität und Freizeitverhalten/Tourismus, für den sich – beginnend in Nordamerika – ein eigenes Forschungsgebiet etabliert hat. In fünf Fachzeitschriften² fand Floyd (2007) in den 1970er Jahren zunächst nur fünf einschlägige Artikel, aber dann schon 23 in den 1980er Jahren und 66 in den 1990er Jahren. Anzahl und Umfang von Forschungen zu Beziehungen zwischen Freizeitpräferenzen und kulturellem Hintergrund wuchsen danach weiter. Erste inhaltlich zusammenfassende Überblicke und Modelle diskutierende Publikationen finden sich u.a. bei Stodolska 2000, Stodolska/Livengood 2006, Gómez 2006 und Goossen/Elands/Marwijk 2010.

In Ergänzung zu Grundlagen- und Anwendungsforschungen scheint es wichtig, das Bewusstsein von Planungsfachleuten hinsichtlich der Rolle kulturell bedingter Wahrnehmungs- und Wertspezifika in der Bevölkerung zu wecken und zu schärfen. Hierfür leistet der Fachbereich ASL (Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung) der Universität Kassel eigene Beiträge, indem einschlägige Workshops, Seminare sowie Studien- und Projektarbeiten durchgeführt und angehende Planerinnen und Planer entsprechend

¹ Vgl. Bruns/Kühne in diesem Band.

² Journal of Leisure Research, World Leisure, Leisure Sciences, Leisure Studies, Leisure/Loisir.

sensibilisiert werden (laufend seit 2001 und seit 2005 ein- bis zweimal pro Jahr). Auf solchen Arbeiten baut der vorliegende Beitrag auf. Es geht nachfolgend um die inhaltliche Behandlung der Thematik „Interkulturell_real“ und deren Einbindung in hochschuldidaktische Konzepte. Die Arbeiten sind überwiegend während der ersten Studienstufe (mit Abschluss Bachelor) und zum Teil auch während der zweiten Studienstufe (mit Abschluss Master) entstanden. Sie wurden von Studierenden der Stadt- und Landschaftsplanung durchgeführt, die keine Vorbildung in kulturelthistorischer bzw. empirischer Sozialforschung besitzen. Die Arbeiten erheben keinen Anspruch, sich mit human- und gesellschaftswissenschaftlichen Forschungen messen zu wollen. (Zum Beispiel erlauben hier erhobene Daten keine statistischen Analysen, Signifikanztests usw.)

Der hier verfolgte didaktische Ansatz ist als Entsprechung sowohl konstruktivistischer Landschaftsauffassung (Kühne 2006) wie auch als Zugang zur Lösung unscharf definierter Probleme konzipiert, die sich als Aufgaben räumlicher Planung üblicherweise stellen. Die Kategorien „richtig“ und „falsch“ gelten hier meistens nicht; nützlich sind vielmehr Kategorien wie „realistisch“ und „durchführbar“. „Konstruktivistische Didaktik“ (Reich 2012) und „Konstruktivistisch Lehren und Lernen“ (Siebert 2008) setzen den Schwerpunkt auf selbst-orientiertes Arbeiten, wobei Studierende Wissensgewinne in interaktiv gestalteten Prozessen individuell oder kollaborativ in Gruppen kontinuierlich entwickeln. Das Vorgehen erlaubt es Gruppen, eigene „kulturelle Praxen“ auszubilden und diese mit solchen anderer Gruppen abzugleichen. Dabei wird vorhandenes Wissen durch neue Erkenntnisse ergänzt und so laufend angereichert. Die Projekt- und Studienarbeiten am Fachbereich ASL der Universität Kassel orientieren sich an realen planerischen Aufgabenstellungen. Die hier dargestellten Beispiele zeichnen sich durch folgende Merkmale aus:

- Studierende nehmen Kontakt vor allem mit solchen Teilen der Bevölkerung auf, die für konkret sich stellende Planungs- und Entwurfsaufgaben wichtig erscheinen. Die zielgruppenspezifische Auswahl der Akteure erfolgt in Hinblick auf die Lösung spezifischer planerischer Fragestellungen.
- Studierende arbeiten in Gruppen und haben in den jeweiligen Stadtteilen wiederum mit Gruppen Kontakt; hierdurch bilden sich kollektivistische Formen der Raumnutzung/-aneignung eher ab, als dies zum Beispiel bei Befragungen von Individuen der Fall wäre. Kulturspezifisch sind gemeinschaftliche Formen der Freiraumnutzung vielfach verbreitet; sie sind Teil der Lebenswirklichkeit pluri- und interkulturell geprägter Stadtteile.

Nachfolgend näher dargestellt werden einige Projektarbeiten mit dem Schwerpunkt auf Freiräumen für Jugendliche in Kassel-Rothenditmold sowie zwei Studienarbeiten, in denen nach beliebten und unbeliebten Freiräumen Kassels gefragt wurde. Auf Ergebnisse weiterer studentischer Arbeiten wird dabei zusätzlich Bezug genommen (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Ausgewählte studentische Projekt- und Studienarbeiten am FB ASL der Universität Kassel

Zeitraum	Planungsprojekt	Studienarbeit
Sommer 2010	„Interkulturell_real“ Phase I	
Winter 2010/2011	„Interkulturell_real“ Phase II	
Sommer 2011	„Interkulturell_real“ Phase III	Befragung durch einen türkischen Studierenden (Sönmez)
Winter 2012/2013		Befragung durch drei türkische Studierende
Sommer 2013		Befragung durch drei chinesische Studierende

Quelle: Eigene Darstellung

2 „Interkulturell_real“ – studentische Arbeiten am FB ASL der Universität Kassel

2.1 Studentische Projektarbeiten in Kassel-Rothenditmold, 2010–2011

Einführung: Im Sommersemester 2010 initiierten Lehrende der Landschafts- und Freiraumplanung gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen der Umweltpsychologie an der Universität Kassel und Lehrenden der Valentin-Traudt-Schule in Kassel ein freiraumplanerisches Projekt, das sich über drei Semester, beginnend mit einer Stadtteilanalyse bis hin zu einem realisierbaren Planungsvorschlag für einen Freiraum speziell für Jugendliche, entwickelt hat. Der Titel dieser Projektreihe „Interkulturell_real: Rothenditmold“ weist auf die besonderen sich hier stellenden Planungsanforderungen hin. Rothenditmold gilt in Kassel als Stadtteil mit einem nicht nur hohen, sondern auch besonders vielfältigen Ausländeranteil (vgl. Tab. 2). Diese Merkmale sollten im Planungsprozess spürbar zum Ausdruck kommen. Zu Beginn der ersten Phase stand im Vordergrund zu ermitteln, wie Jugendliche im Alter von 14–16 Jahren ihren Stadtteil und dessen Freiräume wahrnehmen; wo sie sich zum Beispiel häufig und gerne aufhalten und was dagegen erklärte „Hassorte“ sind. Die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern aus verschiedenen Schulklassen erfolgte über alle Planungsphasen hinweg, bis schließlich im Sommersemester 2011 ein unter Mitwirkung der Schülerinnen und Schüler ausgewählter Planungsvorschlag bis zur Ausführungsplanung hin ausgearbeitet wurde.

Vorgehensweisen: Der konstruktivistische Ansatz (siehe Hinweise zur Didaktik oben) beabsichtigt, dass Studierende mit Freiraumnutzern – hier mit Jugendlichen – frühzeitig ins Gespräch kommen und den Kontakt über mehrere Planungsschritte im Sinne „kultureller Praxis“ entwickeln. Anders als bei systematischer Grundlagen- bzw. Anwendungsforschung, wo es um das Einbeziehen einer möglichst großen Probandenzahl (GIS-basierte Methoden siehe etwa Kahila 2006; Kahila/Kyttä 2009; für Kinder und Jugendliche vergleiche auch Nordin/Berglund 2010) oder um Repräsentativität gehen kann (etwa um Vergleiche mit Werten aus der amtlichen Statistik anzustellen), wurde hier in Zusammenarbeit mit umweltpsychologischen Lehrveranstaltungen eine qualitative Heran-

gehensweise entwickelt. Unter Nutzung von Beobachtungs- und Befragungsmethoden sollten Studierende sich in die Lage versetzen können, Informationen für Planungszwecke zu gewinnen. Hinweise auf kulturelle Hintergründe wurden einzelnen Schülerinnen und Schülern im Wesentlichen durch Informationen der Lehrerinnen und Lehrer zugeordnet und – zur Wahrung der Unvoreingenommenheit – bei Beobachtungen und Befragungen nicht speziell thematisiert. Bei vorhandenem Migrationshintergrund handelte es sich hier meist um Jugendliche, die in der dritten Generation nach Zuwanderung in Deutschland ansässig sind. Die Schülerinnen und Schüler von drei hinsichtlich ihrer kulturellen Hintergründe ausgesprochen vielfältigen 8. Hauptschulklassen konnten Fragen zu Aufenthalts- und Lieblingsorten sowie Hassorten beantworten und haben die Studierenden bei Stadtteilspaziergängen zu eben diesen Orten geführt und erläutert, was sie dort üblicherweise tun. In ähnlich partizipativer Weise wurde in nachfolgenden Planungsphasen verfahren, wenn es etwa darum ging, verschiedene von den Studierenden ausgearbeitete Gestaltungsideen durch Jugendliche bewerten zu lassen, um schließlich einen Vorschlag auszuwählen und diesen baureif zu entwickeln. Im Schlussstadium kam als „Werkzeug“ das 1:1-Modell hinzu, bei dem vor Ort im ausgewählten Freiraum einzelne Elemente der geplanten Veränderungen gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern nachgestellt wurden, sodass sich die Jugendlichen ein Bild von der künftigen Freiraumgestaltung machen und nochmals kommentieren konnten. Für die Studierenden brachte der gewählte Methodenmix aus Befragung und gemeinsamer Begehung wichtige Erkenntnisse, um eine möglichst nah an Lebenswirklichkeiten ausgerichtete Planung zu erarbeiten. Für die Jugendlichen war es eine neue Erfahrung, als Experten angesehen zu werden, deren Meinung zur Gestaltung des öffentlichen Raumes gehört wird.

Ergebnisse: Vor Beginn der Planungsprojekte verschiedentlich geäußerte Vermutungen, dass kulturelle Hintergründe der Schülerinnen und Schüler in bestimmten Vorlieben für verschiedene Betätigungen im öffentlichen Raum besonders zum Ausdruck kommen würden, bestätigten sich im Laufe der Befragungen, Gespräche und Beobachtungen nicht. Vielmehr stellten sich die Schülergruppen als Klassenverbände dar, die insgesamt ähnliche Antworten auf die Fragen der Studierenden gaben. Die Verhaltensmuster und Präferenzen präsentierten sich im Wesentlichen als alters- und geschlechtsspezifisch (Informationen zu weiteren möglicherweise wichtigen Faktoren wie Familieneinkommen und -bildung wurden nicht gewonnen). So konzentrieren sich die Aktionsräume der Schülerinnen und Schüler auf Wege zwischen Wohnung, Schule und Jugendzentrum („Anne-Frank-Haus“), und Freundesgruppen treffen sich gemeinsam an wechselnden Lieblingsorten in der Nähe von Schule und Jugendzentrum. Ähnliche Beobachtungen über relativ kleine Aktionsradien mit üblichen Wegstrecken von etwa 5 bis maximal 10 Minuten konnten auch schon in früheren Planungsübungen in kulturell vielfältigen Stadtteilen gemacht werden; Lieblingsorte waren auch hier Grünflächen in der Nähe von Schule und Jugendzentrum sowie entlang der Wege zwischen solchen Einrichtungen und den Wohnungen. Bevorzugt wurden von allen Jugendlichen als sicher eingeschätzte Orte. Hierzu gehören neben Sportanlagen und Flächen vor Kiosken auch viel benutzte Wege; dagegen werden solche Wege gemieden, auf denen regelmäßig mit Begegnungen mit großen Hunden und als unangenehm eingeschätzten Menschen zu rechnen ist. In Rothenditmold zählt zum Beispiel ein Weg zu den unbeliebten Verbindungen, der parallel zu einem jüngst naturnah umgestalteten Bach verläuft; der Weg ist schmal und man muss entgegenkommenden Menschen und Hunden ausweichen. Trotz der schönen und natürlich wirkenden Umgebung ist das Bachtälchen ein unbeliebter Ort bei Jugendlichen.

Tab. 2: Bevölkerung Kasseler Stadtteile, ohne und mit Migrationshintergrund (MHG)

Stadtteil	% MHG (der ges. Bevölkerung)	% mit türkischem MHG (der ges. Bevölkerung)
01 Mitte	34 %	5 %
02 Südstadt	24 %	4 %
03 Vorderer Westen	21 %	2 %
04 Wehlheiden	22 %	2 %
05 Bad Wilhelmshöhe	18 %	1 %
06 Brasselsberg	16 %	1 %
07 Süsterfeld/Helleböhn	44 %	2 %
08 Harleshausen	17 %	1 %
09 Kirchditmold	18 %	3 %
10 Rothenditmold	48 %	12 %
11 Nord (Holland)	56 %	19 %
12 Philippinenhof/Warteberg	34 %	7 %
13 Fasanenhof	34 %	9 %
14 Wesertor	52 %	15 %
15 Wolfsanger/Hasenhecke	28 %	4 %
16 Bettenhausen	33 %	9 %
17 Forstfeld	34 %	8 %
18 Waldau	62 %	9 %
19 Niederzwehren	27 %	7 %
20 Oberzwehren	57 %	11 %
21 Nordshausen	20 %	2 %
22 Jungfernkopf	17 %	3 %
23 Unterneustadt	44 %	8 %

Quelle: Statistikstelle Stadt Kassel (Stand: 12/2011)

Unterschiede waren im Vergleich von Jungen und Mädchen und hier besonders hinsichtlich der Planungsziele auffällig. Die Jungen wünschten sich zum Beispiel einen Skatebereich und ein Feld zum Fußballspielen, während verschiedene, in der Nähe solcher Räume befindliche Sitzgelegenheiten (mit Überdachung) ausschließlich aufgrund

von Anregungen der Mädchen entstanden, ebenso wie etwa Rückzugsbereiche, um sich dort treffen und andere Jugendliche beobachten zu können.

2.2 Studienarbeiten mit Befragungen, 2013

Einführung: Mithilfe sozialwissenschaftlicher Beratung wurden Vorgehensweisen für Nachforschungen entwickelt, die es Studierenden der Planungsfachbereiche ermöglichen, mit Freiraumnutzern ins Gespräch zu kommen und über deren Freiraumpräferenzen mehr in Erfahrung zu bringen, als sich über eine bloße Nutzungs- und Verhaltensbeobachtung erschließt. In Anbetracht der geringen Erfahrung, die Studierende der Planungsfachbereiche hinsichtlich der Anwendung von Methoden empirischer Sozialforschung mitbringen, können die Ergebnisse zwar als allgemein interessante Informationen eingestuft werden, die für fachliche Diskussionen anregend sein können. Empirische Sozialforschung ersetzen können und wollen sie nicht.

Die Studienarbeiten, über die hier berichtet wird, beruhen auf der Idee und Annahme, dass Menschen ähnlicher kultureller Hintergründe und „kultureller Praxen“ besonders aufschlussreich miteinander kommunizieren können. So darf zum Beispiel vermutet werden, dass etwa türkische und chinesische Austausch- und Gaststudierende besonders gut in der Lage sein müssten, im Rahmen informeller Gespräche Informationen zu kulturell begründeten Wahrnehmungen und Werten der in Deutschland lebenden Menschen ursprünglich türkischer bzw. chinesischer Herkunft in Erfahrung zu bringen. Dabei geht es nicht um eine Gleichsetzung zwischen Kultur (kulturelle Gemeinschaft) und territorialer Identität, denn die Lebenswirklichkeit in den jeweiligen Planungsräumen stellt sich im Wesentlichen als pluri- und interkulturell dar.

Vorgehensweisen: Anfang 2013 haben vier türkische Gaststudentinnen insgesamt 85 in Kassel wohnende türkischstämmige³ Frauen nach häufig aufgesuchten städtischen Freiräumen sowie nach ihren Lieblings- und Hassorten in Bezug auf Freizeit (täglich, Wochenende) befragt. Die Befragungen fanden in bzw. im Umfeld von Stadtteilzentren und Sprachschulen im Zentrum von Kassel statt; diese Orte wurden aus pragmatischen Gründen gewählt, was für die Befragung eine einseitige Auswahl bedeuten kann (etwa überwiegend jüngere oder bildungsorientierte Menschen; siehe unten). Zum Einsatz kam ein einfacher Fragebogen. Bei der Auswertung unterschieden wurden vier Altersgruppen, auf die sich die Zahl der Befragten ungleich verteilt (siehe Tab. 4): Die meisten Befragten gehören der Gruppe der 17–25-Jährigen an, gefolgt von den 26–35-Jährigen, den 36–45-Jährigen sowie der Gruppe „46 Jahre und älter“. Die in Tabelle 5 dargestellten Ergebnisse sind als grobe Tendenzen der ermittelten Freiraumpräferenzen zu verstehen (die Zahl der Befragten ist relativ klein und erlaubt keine übertragbaren Aussagen). Die ermittelten Orte wurden mittels GIS (Geografisches Informationssystem) kartographisch dokumentiert und räumlich mit der Lage der Wohnungen der Befragten in Beziehung gesetzt. Anschließend wurden die Ergebnisse (durch Überlagerung der GIS-Datensätze) mit denjenigen verglichen, die sich bei wiederholten Studierendenbefragungen hinsichtlich der Freiraumpräferenzen in Kassel ergeben haben. Ebenso sind Vergleiche mit einschlägigen Ergebnissen möglich, die aus anderen Studienarbeiten stammen, wie etwa der nachfolgend dargestellten, von chinesischen Studierenden durchgeführten Studie (Übersicht in Tab. 1).

³ Hier werden Begriffe wie „türkischstämmig“ oder „chinesischstämmig“ lediglich zum Zweck der Verständigung über Kulturspezifika verwendet. Angesichts fortschreitender Migration verwischen eindeutig sich auf Herkunftsgebiete beziehende Kulturbezeichnungen und müssten durch eine der pluri- bzw. interkulturellen Praxis gerecht werdenden Begrifflichkeit ersetzt werden.

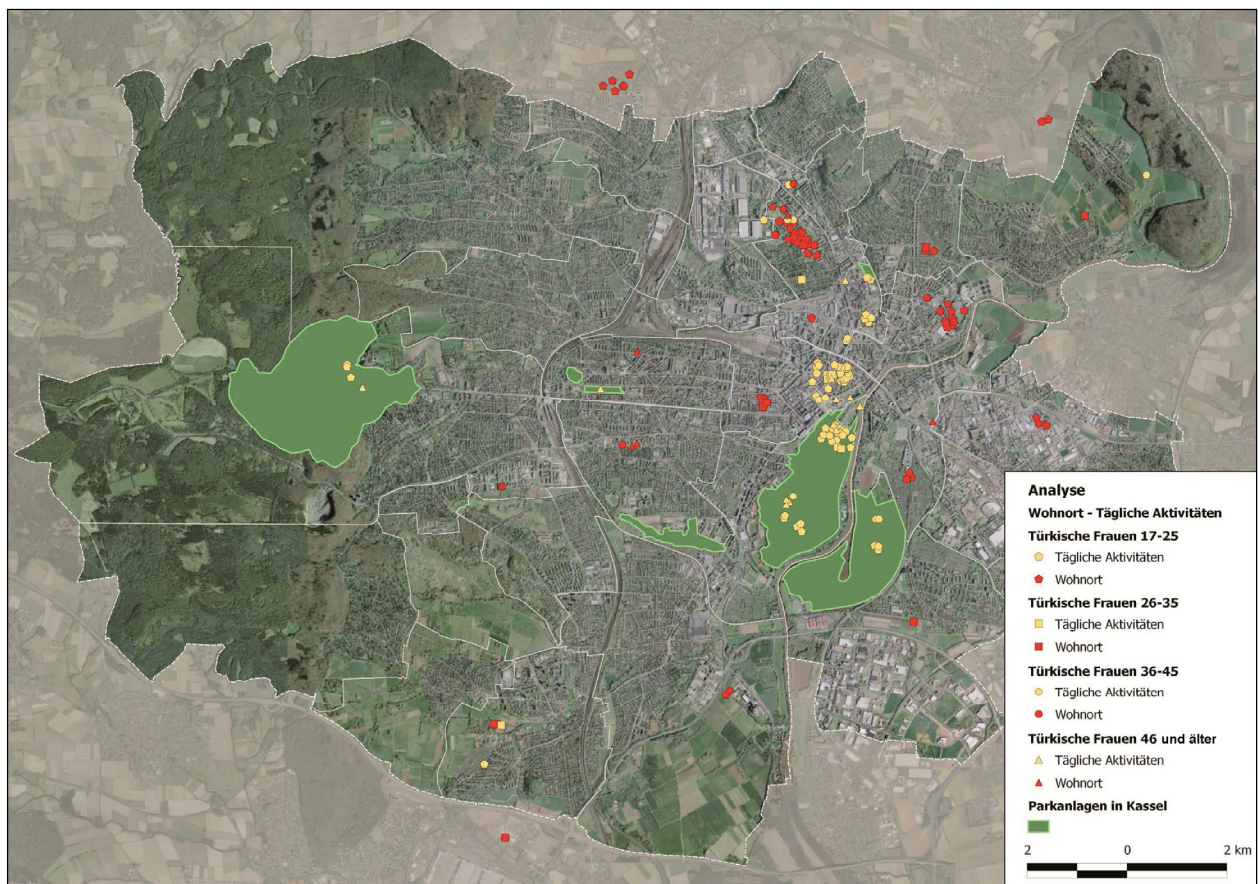
Im Sommer 2013 haben vier chinesische Studentinnen insgesamt 60 chinesischstämmige Einwohner Kassels während eines Zeitraums von sieben Wochen über ein Online-Programm (Google Drive) befragt. Der Kontakt zu diesen Personen entstand im Wesentlichen über Bekannte und deren weiteres Umfeld. Der größte Teil der Befragten kann der Gruppe der Studierenden zugeordnet werden, sodass die 21–30-Jährigen mit 46 Befragten die größte Gruppe bilden, gefolgt von den 31–40-Jährigen mit 13 Befragten; eine Person ist der Altersgruppe der 41–50-Jährigen zuzuordnen. So wurden 35 Frauen und 25 Männer bezüglich ihrer Freiraumpräferenzen befragt, insbesondere hinsichtlich der an Wochentagen und am Wochenende häufig genutzten Freiräume sowie der beliebten und eher gemiedenen Orte. Um Hintergründe für eine Beurteilung zu erlangen, wurde auch nach den Gründen gefragt, die ausschlaggebend für den Besuch oder die Zu- bzw. Abneigung gegenüber den Flächen sind. Wie bei der Umfrage unter den türkischstämmigen Frauen wurden die Ergebnisse abschließend in GIS-Karten übertragen, um sie vergleichbar mit anderen Studien und Umfragen machen zu können.

Ergebnisse der Befragung türkischstämmiger Frauen: Was sich im Rahmen der oben beschriebenen Projektarbeiten bereits andeutete, bestätigte sich 2013 durch die Befragung türkischstämmiger Frauen (sowie auch in vergleichbaren Studienarbeiten), nämlich dass die *Erreichbarkeit* der für Freizeit Zwecke aufgesuchten Örtlichkeiten eine große Rolle spielt. Führen die durch Jugendliche (fußläufig oder mit Zweirad) zurückgelegten Wege nur in wenigen Ausnahmen über die Grenzen des eigenen Stadtquartiers hinaus, so bewegen sich die 17–25-Jährigen – insbesondere um zu „shoppen“ und sich mit Freundinnen zu treffen – schon in einem etwas weiteren Umkreis, der in den Haupteinkaufstraßen der Kasseler Innenstadt (Königsplatz/Friedrichsplatz) und angrenzenden Parkanlagen (Orangerie und angrenzender Park Karlsau) zwei Schwerpunkte hat; diese lassen sich zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln in weniger als einer Viertelstunde von der Wohnung aus erschließen und liegen zudem nahe beieinander. Nur geringfügig weiter entfernt liegende öffentliche Räume spielen bei den Nennungen durch junge Leute eine nachgeordnete Rolle (am ehesten noch Parkanlagen in der Fulda-/Karlsau, die sich an die Orangerie anschließen). Dagegen nehmen die Vertreterinnen der über 26-Jährigen durchaus längere Wegstrecken in Kauf, etwa um die Ruhe in der Fuldaau bzw. in den dort im Rahmen einer früheren Bundesgartenschau (BUGA) geschaffenen Parkanlagen oder im (noch weiter entfernt gelegenen) Bergpark Wilhelmshöhe zu genießen. Zum anderen zieht es viele – und hier offenbar besonders die 26–35-Jährigen – zu einer Anhöhe wie etwa dem Herkules auf einer Kuppe des Habichtswaldes: Von hier aus bietet sich ein grandioses (schon von den Landgrafen Kassels überaus geschätztes) Panorama über die gesamte Stadt. Die Längen der hierfür – auch am Wochenende – zurückgelegten Distanzen liegen (jeweils von der Wohnung ausgehend) unter Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel bei etwa einer halben bis zu einer Dreiviertelstunde.

Neben der Erreichbarkeit spielen zum einen *Betätigungsmöglichkeiten* sowie zum anderen auch die *Ausstattung* und die empfundene *Atmosphäre* wichtige Rollen dabei, ob und in welchem Maße ein Freiraum gerne aufgesucht wird. Als Betätigung werden neben dem oben genannten „Shoppen“ und „Sich mit Freundinnen treffen“ vor allem „Spaziergehen“, „Beisammensein“ (Familie, Freunde), gemeinsam „Picknicken“ bzw. „Grillen“ und „Sich entspannen“ (meist gesellig) häufig genannt. Die über 26-Jährigen schätzen Grünflächen, wo sie sich mit Familie und Kindern gemeinsam aufhalten und dort auch länger als eine Stunde verweilen können (dann allerdings nicht täglich, sondern 1- bis 2-mal pro Woche). Gut, so eine häufige Aussage, sei es dort, wo sich Betätigungsmöglichkeiten für alle Altersgruppen finden. Allerdings geben nur die Jüngeren die Möglichkeit, Sport zu treiben, als wichtig an (z. B. Radfahren, Laufen/Joggen). Einige erwähnen, dass

sie gerne eines der Museen aufsuchen und es schätzen, dabei nahegelegene Freiräume nutzen zu können. Bemerkenswert ist, dass selbst in unmittelbarer Wohnumgebung liegende öffentliche Grünflächen dann nicht gerne aufgesucht werden, wenn diese eine aus Sicht der Befragten unzureichende Ausstattung aufweisen. So wird der sogenannte Nordstadtpark als nicht ausreichend mit Grün und mit Spiel- und Sitzmöglichkeiten ausgestattet eingeschätzt (der Park weist hauptsächlich offene Rasenflächen, wenige Bäume und kaum Bänke auf). Laut einer anderen Studienarbeit (Sönmez) wird dieser Park dann genutzt, wenn größere Gruppen Betätigungsfelder zum gemeinsamen Spielen und Picknicken bzw. Grillen suchen.

Abb. 1: Darstellung von täglichen Aktivitäten türkischer Frauen im Verhältnis zu ihrem Wohnort



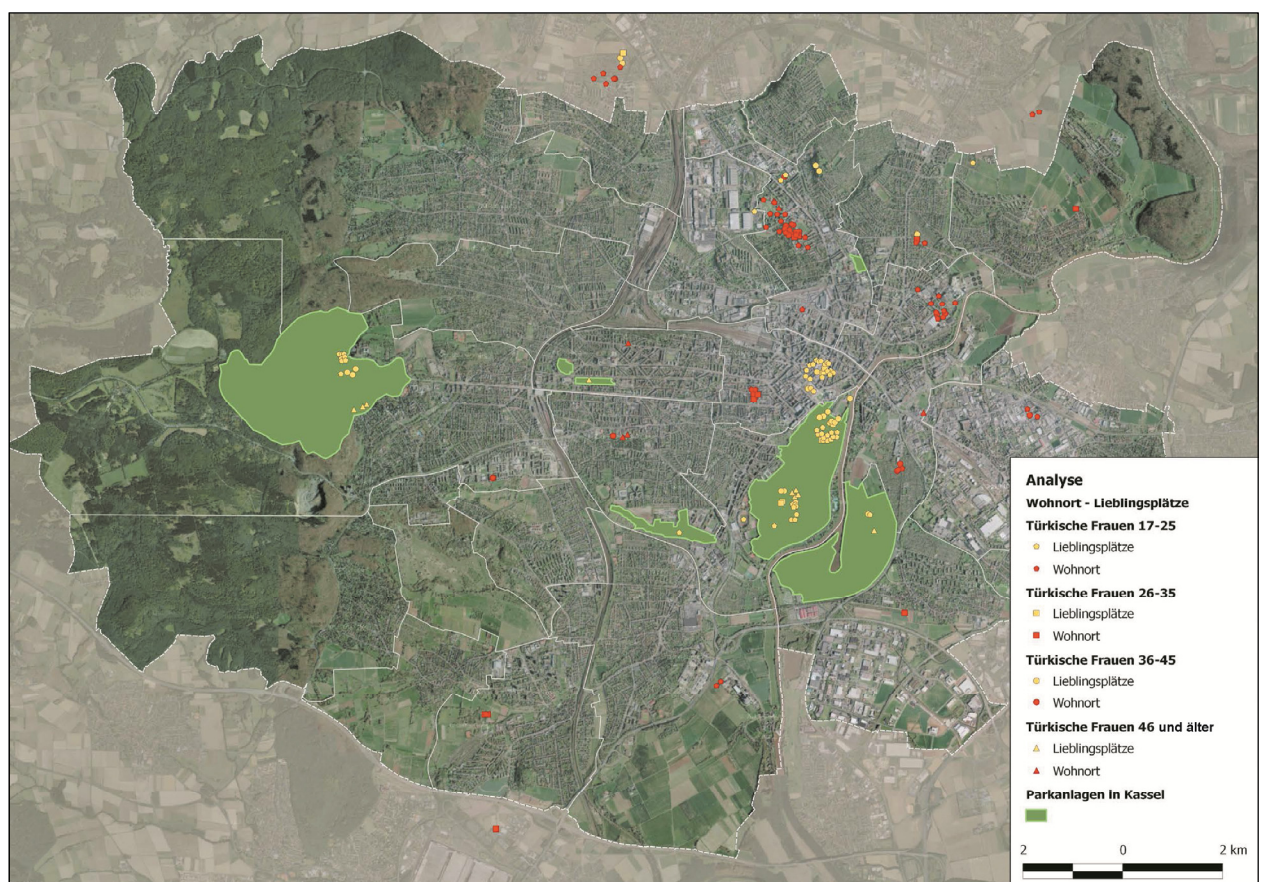
Quelle: Eigene Darstellung

Öffentliche Grünflächen werden offenbar gerne aufgesucht, wenn sie sich als „schöne Umgebung“ (und gefahrlos) darstellen. Neben der frischen Luft, guten Gerüchen und Ruhe bevorzugen viele Befragte (einschließlich der jüngsten) dabei das Gefühl, „in der Natur“ zu sein – ein Gefühl, das die eindrucksvollen Gehölzbestände alter Parks durchaus vermitteln können. Im Gegensatz dazu werden aber selbst gut erreichbare öffentliche Grünflächen gemieden, wenn deren Gehölzbestand den Eindruck eines „dunklen Waldes“ vermittelt; solche Areale werden als potenziell gefährlich eingeschätzt. Die Nähe von Wasserflächen wird wiederholt als „wichtig“ erwähnt (und deren Fehlen an anderen Stellen beklagt). Geschätzt wird offenbar, wenn öffentliche Grünanlagen gepflegt und sauber sind. Gartennutzung außerhalb des engeren Umfeldes der Wohnung ist für

einen Teil der Befragten wichtig; besonders die Älteren schätzen die Freizeitbeschäftigung im Garten und nehmen offenbar die jüngsten unter den Befragten hierbei gerne mit. Nur die 26–35-Jährigen machten keine Angaben zu Aufenthalten im Garten.

Hinsichtlich der besonders unbeliebten Orte finden sich bei allen Altersgruppen weitreichende Übereinstimmungen: Es sind Orte, die jene Qualitäten vermissen lassen, die als gut befundene öffentliche Grünflächen aufweisen, wie Ruhe, gute Gerüche, Sicherheit (einschließlich nächtlicher Beleuchtung), schönes Grün und Wasser sowie Entfaltungs- bzw. Entspannungsmöglichkeiten für alle Altersgruppen. Als besonders unbeliebt werden viel befahrene Straßen (Verkehrslärm, Gestank, schwierige Querung) wie etwa die mehrspurige Holländische Straße oder ungepflegte (heruntergekommene Fußwege, Baulücken und Gebäude mit abblätternden Fassaden) und als unsicher empfundene Orte wie etwa der „Stern“ genannt (eine zentral gelegene, viel befahrene Straßenkreuzung mit zahlreichen „Dönerbuden“). Schon der Umstand gereicht zur Nennung von Unwohlsein, dass „alles irgendwie verkommen“ aussieht, Müll herumliegt und es unangenehm riecht (Alkohol, Abfall, Autos). Bestimmte Stellen werden gänzlich gemieden, etwa wo „viele Betrunkene“ oder „die bulgarischen Männer sind“, wo „Stoff gehandelt wird“ oder wo „die Prostituierten immer stehen“. Mehrere der befragten Frauen geben an, Orte wie den „Stern“ zu meiden, „weil sich dort zu viele Migranten aufhalten“; hier wird Bezug genommen auf räumlich sich manifestierende Erscheinungsbilder, die bestimmte „kulturelle Praxen“ besonders betonen.

Abb. 2: Darstellung von Lieblingsorten türkischer Frauen im Verhältnis zu ihrem Wohnort



Quelle: Eigene Darstellung

Tab. 3: Erreichbarkeit von öffentlichen Grünanlagen

Öffentliche Grünanlage	Entfernung vom Stadtzentrum*)	Entfernung von Wohngebieten
Karlsaue mit Orangerie (in der Fuldaaue)	etwa 800 bis 900 m in 5–10 Min. erreichbar	
BUGA-Gelände (in der Fuldaaue)	etwa 2 bis 3 km in 15–20 Min. erreichbar	
Nordstadtpark	knapp 2 km in 15–20 Min. erreichbar	unmittelbar angrenzend in 5 Min. erreichbar
Park Schönhof	knapp 3 km in ca. 20 Min. erreichbar	
Bergpark Wilhelmshöhe Herkules / Habichtswald	etwa 11 km etwa 14 km	

*) Angaben beziehen sich auf fußläufige Erreichbarkeit; alle Parks sind auch mit Tram und Bus gut erschlossen

Quelle: Eigene Darstellung

Ergebnisse der Befragung chinesischstämmiger Personen: Unabhängig von Alter und Geschlecht spielt auch hier vor allem die *Erreichbarkeit* der Freiräume eine große Rolle. Knapp 80 Prozent der Befragten gaben dies insbesondere für Werktage als einen der wesentlichsten Faktoren an. Zu den am häufigsten besuchten Freiräumen zählen innerstädtische Flächen wie der Königs- und Friedrichsplatz, die zum „Shoppen“ genutzt werden oder um sich dort „auszuruhen“ und von Sitzgelegenheiten oder Cafés aus die Szenerie zu genießen. Aber auch sportliche Aktivitäten oder das Spaziergehen sind häufige Nennungen, die sich jedoch stärker auf Grünflächen beziehen; die hierfür speziell benannten Grünflächen nehmen gegenüber innerstädtischen Flächen einen geringeren Stellenwert ein. Sie befinden sich überwiegend in den von den chinesischstämmigen Personen am häufigsten bewohnten Stadtteilen. Karlsaue, Bergpark und BUGA scheinen auch für chinesischstämmige Personen interessante Ausflugsziele unter der Woche zu sein. Längere Strecken werden eher dann zurückgelegt, wenn in der Stadt eingekauft wird oder um vereinzelt einen „ruhigen“ Ort mit „schöner Umgebung“ aufzusuchen. Die Antworten der unterschiedlichen Altersgruppen sind hierbei in ihrer Tendenz sehr ähnlich.

Demgegenüber ist die Reichweite der Aktivitäten am Wochenende größer. Grundsätzlich werden dann vorwiegend Grünanlagen wie Bergpark Wilhelmshöhe, BUGA-Gelände und Karlsaue aufgesucht. Die Innenstadt ist insbesondere für die Jüngeren auch am Wochenende von Bedeutung. Vereinzelt Nennungen von kleineren, dem eigenen Wohnort nahe gelegenen und fußläufig zu erreichenden Parks sind bei der Altersgruppe der 21–30-Jährigen zu finden. Aktivitäten unterscheiden sich altersabhängig. So wollen die jüngeren Personen eher „Picknick [machen], Barbecue [machen oder] chatten“ und dementsprechend Freunde treffen, soziale Kontakte knüpfen oder ihre Freizeit gemeinsam verbringen, wohingegen die älteren Personen deutlich häufiger Erholung in den Parks suchen und die Umgebung genießen wollen. Ähnliche Tendenzen zwischen den

Altersgruppen werden bei sportlichen Aktivitäten wie „Joggen“ oder „Spaziergehen“ sichtbar. Schließlich scheint die Bekanntheit einen Ausschlag beim Besuch eines Freiraumes am Wochenende zu geben; dies gaben knapp über ein Drittel der Befragten an. Ob es um den allgemeinen Bekanntheitsgrad einzelner Anlagen geht (wie insbesondere den auf der UNESCO-Welterbeliste stehenden Bergpark Wilhelmshöhe) oder z.B. darum, dass Anlagen einer Person oder Gruppe besonders bekannt sind, blieb offen.

Der Befragung zufolge ist es bei Lieblingsorten unerheblich, ob der Freiraum in der Nähe des Wohnortes liegt; vielmehr kommt es auf die „schöne Umgebung“, „Ruhe“ und die „Bekanntheit“ der Anlagen an. Dies spiegelt sich vor allem in der Frage zu den beliebtesten Freiräumen wider. Die Innenstadt und kleine Anlagen verlieren darin stark an Gewicht, wohingegen die großen Parks mit ihren Freizeitangeboten am Rande der Stadt im Mittelpunkt stehen. Ein Grund hierfür scheinen die „langweilige“, nicht ansprechende Gestaltung sowie „unsaubere“ Umgebung kleiner Plätze und Anlagen zu sein. Die Sicherheit der Orte ist ein Merkmal, das eher von den älteren Befragten als wichtig empfunden wird und gegenüber der Befragung der türkischstämmigen Personen insgesamt eine deutlich untergeordnete Rolle spielt. In der Betrachtung der unbeliebtesten Orte wird deutlich, dass unabhängig vom Alter insbesondere Freiräume gemieden werden wie beispielsweise der Lutherplatz, der Nordstadtpark oder die Goetheanlage. Der Lutherplatz, der für eine bestimmte Klientel von Drogenkonsumenten und Obdachlosen bekannt ist, wird als besonders unsicher, dreckig und wenig ansprechend eingestuft. Der Nordstadtpark sowie die Goetheanlage hingegen werden als innerstädtische Freiräume vorwiegend „langweilig“ und vereinzelt als „unsauber“ beschrieben. Besonders signifikante Gründe jedoch, wie das kulturspezifische „Tabu“ bestimmter Flächen (z.B. die Friedhofsnähe von Freiräumen), das als Antwortmöglichkeit in der Umfrage aufgeführt wurde, spielen bei den Antworten eine marginale Rolle.

3 Diskussion der Ergebnisse, Folgerungen für Lehre und Forschung

Der den vorgestellten studentischen Arbeiten zugrunde liegende konstruktivistische Ansatz erlaubt es Studierenden, „**kulturelle Praxen**“ in realen und kulturell vielfältigen städtischen Räumen näher kennenzulernen und **für Aufgaben räumlicher Planung nutzbringend** einzusetzen. Diskurse studentischer Gruppen können Berührung mit örtlich sich ausbildenden Diskursen aufnehmen, wenn Kontakte über einmalige Begegnungen hinausgehen. Von den Lernwissenschaften empfohlenes integriertes Arbeiten großer (12 bis 18) und kleiner Gruppen (2 bis 3 Studierende) hat sich bewährt (vgl. Reich 2012 und Siebert 2008). Die Kombination von Projektarbeiten zur Lösung realer Planungsaufgaben mit planungsorientierten Studienarbeiten stellt eine Möglichkeit solcher Integration dar. Informationen über gruppenspezifische Diskurse erlauben Rückschlüsse darauf, welche Elemente räumlicher Umgebung von welchen Gruppen wertgeschätzt werden und welche Landschaften jeweils sozial konstruiert werden. Dieser Lerngewinn wird aus Sicht der Lehrenden für die Ausbildung von Fachleuten räumlicher Planung als hohes Gut angesehen.

Dass bei Kontakten zwischen studentischen Gruppen und den für Planungszwecke aufgesuchten Gruppen im Rahmen von Beobachtungen und Befragungen z.B. durch Anwesenheitseffekte, soziale Erwünschtheit o.ä. qualitative Ergebnisse zustande kommen, die (aus Sicht empirischer Sozialforschung systematische) Fehler enthalten könnten, haben die Studierenden in allen hier dargestellten Fällen im Laufe ihrer Arbeit erkannt. Über längere Zeit aufgebaute Kontakte lassen solche Effekte offenbar sukzessive zurücktreten; sie verschwinden nie ganz. (Zum Beispiel war bei der letzten Projektdis-

kussion über die zu verwirklichende Freiraumanlage für Jugendliche zu spüren, wie die Jugendlichen auf die Planungsvorschläge der Studierenden eher eingingen, anstatt sie kritisch zu diskutieren.) Auch dieser Lerngewinn ist für Studierende von Planungsfachbereichen wichtig, da Planerinnen und Planer regelmäßig Fachinformationen Dritter einzuschätzen in der Lage sein müssen.

Die durch die studentischen Arbeiten generierten Informationen bestätigen vorhandene Erkenntnisse. So können Hinweise auf die **Rolle von Erreichbarkeit und Zugänglichkeit** öffentlicher Freiflächen bekanntermaßen alters- und einkommens-, aber eben auch kulturspezifisch begründet sein. Es bedarf genauer Unterscheidung, ob es Lebensstil- bzw. Einkommensgründe oder tatsächlich Kulturspezifika sind, die zur Bevorzugung etwa zentrumsnaher Freiräume führen – ähnlich wie etwa bei jenem schon klassisch zu nennenden Befund, dass „Black Americans“ überwiegend zentrumsnahe Parkanlagen nutzen, während „White Americans“ fern vom Zentrum entfernte (regionale) Parks präferieren (West 1989). Bezogen auf die in Kassel gewonnenen Informationen kommt die Frage nach der spezifischen Kenntnis bzw. Bekanntheit bestimmter Grünflächen als Variable hinzu, was die Suche nach Antworten nochmals komplexer macht: Könnte es sein, dass neben Einkommen und der Verfügbarkeit geeigneter Verkehrsmittel zusätzlich auch das Wissen um Existenz und Bedeutung einzelner Anlagen den Ausschlag bei der Nennung von Präferenzen gibt, und dass entsprechende Kenntnisse und Wertzuweisungen kulturspezifischer Natur sind? Solche Fragen sind ernst zu nehmen; so ergab sich zum Beispiel in persönlichen Gesprächen mit Personen, die nur in Begleitung anderer Familienmitglieder öffentliche Räume aufsuchen (dürfen), dass solche Personen etwa von der Existenz des Bosphorus in Istanbul oder der Elbe in Hamburg unter bestimmten Umständen selbst dann nichts wissen, wenn sie nur wenige hundert Meter vom Ufer entfernt wohnen. Andererseits scheinen Freiraumpräferenzen teilweise durch die „Berühmtheit“ einzelner Anlagen, wie des von der UNESCO als Welterbe prädikatierten Bergparks, beeinflusst zu sein, für deren Besuch auch weite Anreisen nicht gescheut werden.

Wie in freiraumsoziologischen Arbeiten systematisch untersucht werden konnte (vgl. Spitthöver 2003, 2009), präsentieren sich Freiraumpräferenzen bezogen auf die **Nutzung** einzelner Anlagen als **vorwiegend altersgruppenabhängig**. Anlagen wie zum Beispiel städtische Parks werden offenkundig altersgruppenspezifisch genutzt und es lassen sich entsprechende Vorlieben ausmachen. Dies bedeutet aber keineswegs Segregation der Altersgruppen im Raum: Auffällig ist die Vorliebe älterer Menschen, den Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen zuzuschauen und, wie nicht nur die Befragung türkischer Frauen zeigt, dass Großeltern gerne mit ihren Enkeln zum Spielplatz gehen; nicht nur in China hat sich dies als fester Lebensstil etabliert. Demgegenüber nutzen jüngere Menschen, wie auch die Ergebnisse der Umfrage der chinesischen Studentinnen andeuten, die Freiräume stärker in aktiver Form, um sich zu treffen, zu grillen oder zu spielen. So spielt das gemeinschaftliche Freizeiterlebnis aus der Sicht der befragten türkischstämmigen Frauen insgesamt eine wichtige Rolle; eine öffentliche Grünanlage sollte Geselligkeit ermöglichen und zugleich Angebote für verschiedene Alters- und Interessengruppen bereithalten. Eine ähnliche Sichtweise ist bei den chinesischstämmigen Befragten auszumachen. Kulturell bedingte Ausdifferenzierungen (zeitlich und räumlich) hinsichtlich der oben beschriebenen Vorlieben und sonstiger räumlicher Anforderungen nach Auflösung von Schulklassenverbänden und dann mit zunehmendem Alter wird als „Akkulturation“ diskutiert, also als der Prozess, mit dem Zuwanderer ein neues Umfeld erschließen. Dabei mag eine Rolle spielen, welcher Zuwanderergeneration einzelne Personen jeweils angehören (Stodolska 2000; Deng/Walker/Swinnerton 2005). Dass es solche

Ausdifferenzierungen gibt, lässt sich (besonders an Schönwettertagen) auf beliebten städtischen Grünanlagen beobachten, wobei rasch der Eindruck entsteht, einzelne Gruppen gingen bestimmten kulturell spezifischen Nutzungsgewohnheiten auf längst etablierten Arealen nach. An diese Stelle schließen sich Fragen nach (individueller oder kollektiver) Aneignungen an, die über gewisse Zeiträume hinweg zu Ortsverbundenheit („place attachment“) führen, insbesondere wenn bestimmte Gruppen bestimmte Freiräume mit besonderen Bedeutungen belegen (Johnson 1998; Ehrkamp 2005) oder wenn es zu interkulturellen Interaktionen kommt (Shinew/Glover/Parry 2004).

Ausstattung und Qualität öffentlicher Freiräume spielen bei räumlichen Ausdifferenzierungen offenbar ebenfalls eine Rolle, auch wenn diese sich mit oben genannten Nutzungsgewohnheiten überlagern mögen (welche ihrerseits nicht ohne Berücksichtigung von Antipathien zwischen kulturell verschiedenen Gruppen eingeschätzt werden dürfen). Die Tatsache, dass der Kasseler Park Schönfeld von türkisch- und chinesischstämmigen Menschen aller Altersgruppen so gut wie nicht aufgesucht wird, könnte zum Beispiel teilweise auf dessen vorwiegend dichten Gehölzbewuchs zurückzuführen sein. In der Literatur finden sich Hinweise darauf, dass als „wild“ eingestufte Gebiete von Mitgliedern verschiedener Kulturen als gefährlich wahrgenommen werden (vgl. Buijs/Elands/Langers 2009). Auf der anderen Seite kann auch eine als zu dürrig eingestufte Ausstattung zu geringer Präferenz führen; der Kasseler Nordstadtpark gibt hierfür ein gutes Beispiel ab.

Dass Straßenzüge ungepflegt erscheinen und viel herumliegender Müll als störend empfunden wird, überrascht auf den ersten Blick nicht. Alteingesessene Anwohnerinnen und Anwohner neigen allerdings (zu) rasch dazu, gerade solche Phänomene als Zeichen für das soziale und wirtschaftliche Abgleiten eines Stadtteils oder einer Straße zu deuten und die Schuld dafür bei „den Migranten“ zu suchen. In ihrer Masterarbeit konnte Wöstefeld (2013) zeigen, dass eine Verschmutzung einzelner Freiraumstrukturen durchaus andere Ursachen haben kann. Vielmehr als bestimmte Ethnien sind ihrer Arbeit zufolge die soziale Kontrolle, die Identifikation mit den Flächen sowie die Nutzerstruktur wesentlicher. In den von ihr untersuchten Räumen sind es vor allem Hundebesitzer, Jugendliche und Schüler die den Straßenraum am stärksten mit „Unterwegsprodukten“ verschmutzen. Ist das Umfeld zunehmend durch Verschmutzung geprägt, resultiert daraus eine sehr geringe Hemmschwelle, diesem Muster zu folgen, da mit keiner Reaktion auf das Verhalten gerechnet werden muss (vgl. Schneider 2009). Wenngleich ein hoher Anteil der Schülerinnen und Schüler (fast 50 %) im untersuchten Stadtteil einen Migrationshintergrund aufweist, kann nicht grundlegend davon ausgegangen werden, dass die Verschmutzung vorwiegend durch sie verursacht wird. Die angeführten Faktoren wie insbesondere die fehlende Aneignung und Identifikation mit dem Raum spielen hier eine ebenso große Rolle.

Im Hintergrund der durch studentische Arbeiten gewonnenen Informationen spielen möglicherweise fundamental unterschiedliche Wertvorstellungen nicht nur in Bezug auf Freiraumpräferenzen eine Rolle, sondern auch die in öffentlichen Freiräumen ausgeübten Betätigungen. Genau an dieser Stelle tut sich eine enorme Forschungslücke auf (Gobster 2002), etwa in Bezug auf die in verschiedenen Kulturen offenkundig unterschiedliche Wertschätzung von Freizeit als Konzept und Lebensinhalt (während derer öffentliche Anlagen nach wie vor hauptsächlich aufgesucht werden). Forscherinnen und Forscher haben bisher hauptsächlich nach den Bedeutungen gefragt, die Menschen in ihrer Umgebung und speziell in ihnen verfügbaren Freiräumen wahrnehmen und erkennen; weniger haben sie dagegen nach den Bedeutungen gefragt, die Vertreter verschiedener

Kulturen dort auszuübenden Tätigkeiten zumessen. Erkenntnisse dazu ließen wichtige Rückschlüsse auf die Wertschätzung der Anlagen selbst zu (Deng/Walker/Swinnerton 2005). Beispiele sind einfache Aktivitäten wie „Spaziergehen“, „Joggen“ und „Radfahren“, die in mitteleuropäischen, türkischen und chinesischen Städten in offensichtlich ganz unterschiedlicher Art und Weise ausgeübt und deren Betätigungsgebiete dementsprechend unterschiedlich wertgeschätzt werden. Kulturelle Unterschiede beziehen sich dabei nicht nur darauf, was sich in der Öffentlichkeit zu tun „gehört“, sondern auch auf den Grad der Individualität bzw. Kollektivität. Für kollektivistische Betätigungen müssen Freiräume anders beschaffen sein als für individualistische. Besonders gemeinsame Betätigungen (wie Tanzen in Gruppen) können dazu beitragen, kulturelle Spezifika einschließlich zugehöriger Wertvorstellungen zu festigen.

Wenige der in den studentischen Arbeiten offengebliebenen Fragen werden in der vorliegenden Literatur erhellend beantwortet. Um grundlegende Kenntnisse über kulturell bedingte unterschiedliche Raum- und Umweltwahrnehmung und -wertschätzung zu gewinnen, müssten über die wenigen bisher vorliegenden gesicherten Aussagen über kulturell differenzierte Raumauffassungen und -wertschätzungen hinaus (etwa bei Zube/Pitt 1981; Wypijewski 1999; Makhzoumi 2002; Rishbeth 2004; Dömek/Güleş/Piniek et al. 2006; Özgüner 2011) gezielt weitere Untersuchungen folgen. Hierfür müssten zunächst präzise Fragestellungen formuliert und dann geeignete Forschungsstrategien entwickelt werden.

Literatur

- Buijs, A. E.; Elands, B. H. M.; Langers, F. (2009): No Wilderness for Immigrants: Cultural Differences in Images of Nature and Landscape Preferences. In: *Landscape and Urban Planning* 91 (3), 113-123.
- Deng, J.; Walker, G. J.; Swinnerton, G. (2005): Leisure attitudes: A comparison between Chinese in Canada and Anglo-Canadians. In: *Leisure/Loisir* 29 (2), 239-273.
- Dömek, C.; Güleş, O.; Piniek, S.; Prey, G. (2006): Urban nature – Perception, Evaluation and Adoption by Turkish migrants in the northern Ruhr Area under special Consideration of Urban-Industrial Woodlands. In: Hohn, U.; Keil, A. (Hrsg.): *Kurzbericht zum Projekt Stadtnatur – Wahrnehmung, Bewertung und Aneignung durch türkische MigrantInnen im nördlichen Ruhrgebiet unter besonderer Berücksichtigung von Industriewaldflächen*. Bochum, Dortmund.
- Ehrkamp, P. (2005): Placing identities: Transnational practices and local attachments of Turkish immigrants in Germany. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 31 (2), 345-364.
- Floyd, M. F. (2007): Research on race and ethnicity in leisure: anticipating the fourthwave. In: *Leisure/Loisir* 31 (1), 245-254.
- Gobster, P. H. (2002): Managing Urban Parks for a Racially and Ethnically Diverse Clientele. In: *Leisure Sciences* 24 (3-4), 143-159.
- Gómez, E. (2006): The ethnicity and public recreation participation (EPRP) model: an assessment of unidimensionality and overall fit. In: *Leisure Sciences* 28 (3), 245-266.
- Goossen, M.; Elands, B.; Marwijk, R. v. (Hrsg.) (2010): *Recreation, tourism and nature in a changing world. The Fifth International Conference on Monitoring and Management of Visitor Flows in Recreational and Protected Areas*. Wageningen, The Netherlands, 30 May – 3 June 2010. <http://mmv.boku.ac.at/downloads/mmv5-proceedings.pdf> (07.08.2014).
- Johnson, C. Y. (1998): A consideration of collective memory in African American attachment to wildland recreation places. In: *Human Ecology Review* 5 (1), 5-15.
- Kahila, M. (2006): Possibilities of Web-based softGIS Method in Revealing Residents Evaluation Knowledge of the Living Environment. http://opus.tkk.fi/dokumentit/softgis_03022006_bratlava_use.pdf (10.10.2011).

- Kahila, M.; Kytä, M. (2009): SoftGIS as a Bridge-BUILDER in Collaborative Urban Planning. In: Geertman, S.; Stillwell, J. (Hrsg.): Planning support systems. Best practice and new methods. Dordrecht, 389-411. = The GeoJournal Library 95.
- Kühne, O. (2006): Landschaft und ihre Konstruktion. Theoretische Überlegungen und empirische Befunde. In: Naturschutz und Landschaftsplanung 38 (5), 146-152.
- Müller, C. (2009): Zur Bedeutung von Interkulturellen Gärten für eine nachhaltige Stadtentwicklung. In: Gstach, D.; Hubenthal, H.; Spitthöver, M. (Hrsg.): Gärten als Alltagskultur im internationalen Vergleich. Garden as everyday culture – an international comparison. Kassel, 119-134. = Arbeitsberichte des Fachbereichs Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung 169.
- Müller, C.; Werner, K. (2006): Von der Kultur zur Interkultur – Begriffliche Grundlagen der modernen Migrationsgesellschaft. München. = Skripte zu Migration und Nachhaltigkeit 4.
- Makhzoumi, J. (2002): Landscape in the Middle East: An inquiry. In: Landscape Research 27 (3), 213-228.
- Nordin, K.; Berglund, U. (2010): Children's Maps in GIS: A Tool for Communicating Outdoor Experiences in Urban Planning. In: International Journal of Information Communication Technologies and Human Development 2 (2), 1-16.
- Özgüner, H. (2011): Cultural Differences in Attitudes towards Urban Parks and Green Spaces. In: Landscape Research 36 (5), 599-620.
- Peters, K.; Elands, B.; Buijs, A. (2010): Social interactions in urban parks: Stimulating social cohesion? In: Urban Forestry and Urban Greening 9 (2), 93-100.
- Reich, K. (2012): Konstruktivistische Didaktik: das Lehr- und Studienbuch mit Online-Methodenpool. Weinheim.
- Rishbeth, C. (2004): Ethno-cultural Representation in the Urban Landscape. In: Journal of Urban Design 9 (3), 311-333.
- Rishbeth, C. (2001): Ethnic Minority Groups and the Design of Public Open Space: an inclusive landscape? In: Landscape Research 26 (4), 351-366.
- Schneider, R.U. (2009): Das Experiment. Wehret den Anfängen. In: Neue Zürcher Zeitung, Folio 07/09.
- Shinew, K.J.; Glover, T.D.; Parry, D.C. (2004): Leisure spaces as potential sites for interracial interaction: community gardens in urban areas. In: Journal of Leisure Research 36 (3), 336-355.
- Siebert, H. (2008): Konstruktivistisch Lehren und Lernen. Augsburg.
- Spitthöver, M. (2009): Nutzung und Akzeptanz von Parkanlagen. Untersuchung zu drei öffentlichen Parks im „Vorderen Westen“ Kassels. In: Stadt+Grün 58 (1), 53-60.
- Spitthöver, M. (2003): Integration oder Segregation – öffentliche Freiräume und ihre Besucher in Kassel-Nordstadt. In: Stadt+Grün 52 (2), 24-30.
- Stodolska, M. (2000): Looking beyond the invisible: Can research on leisure of ethnic and racial minorities contribute to leisure theory? In: Journal of Leisure Research 32 (1), 156-160.
- Stodolska, M.; Livengood, J.S. (2006): The influence of religion on the leisure behavior of immigrant Muslims in the United States. In: Journal of Leisure Research 38 (3), 293-320.
- West, P.C. (1989): Urban region parks and black minorities: Subculture, marginality, and interracial relations in park use in the Detroit metropolitan area. In: Leisure Sciences 11 (1), 11-28.
- Wöstefeld, K. (2013): Strategieentwicklung zur Aufwertung von Restflächen am Beispiel ausgewählter Flächen im Stadtteil Nord-Holland in Kassel. Masterarbeit an der Universität Kassel. <https://kobra.bibliothek.uni-kassel.de/bitstream/urn:nbn:de:hebis:34-2013102244255/3/MasterarbeitKatharinaWoestefeld.pdf> (07.08.2014).
- Wypijewski, J. (1999): Painting by numbers. Komar and Melamid's scientific guide to art. Berkeley.
- Zube, E.H.; Pitt, D.G. (1981): Cross-cultural perceptions of scenic and heritage landscapes. In: Landscape Planning 8 (1), 69-87.

Autoren

Prof. Dr. **Diedrich Bruns** (*1952) absolvierte unterschiedliche Stationen der Lehr- und Forschungstätigkeit (u. a. Universitäten von Addis Abeba, UC Berkeley, Minnesota, Stuttgart, Peking), gründete zwei Planungsbüros und leitet seit 1998 das Fachgebiet Landschaftsplanung / Landnutzung an der Universität Kassel. Derzeit sind verschiedene Projekte methodischer Weiterentwicklung öffentlicher Mitwirkung bei räumlicher Planung sowie Publikationen über Planungs- und Forschungsmethoden in Bearbeitung.

Florian Paech (*1984), M.A. Sc. Landschaftsplanung, Universität Kassel (2014). Landschaftsplaner bei IGL Planungsbüro in Kassel.

Anhang Tabellen

Tab. 4: Altersgruppen und Anzahl 2013 durch türkische Studierende in Kassel befragter Frauen türkischer Herkunft

Altersgruppe	Anzahl Befragter	Prozent
17–25	51	60,00 %
26–35	11	12,94 %
36–45	17	20,00 %
46 und älter	6	7,06 %
insgesamt:	85	100,00 %

Quelle: Eigene Darstellung

Tab. 5: Räumliche Vorlieben nach Altersgruppen (Anzahl Befragter vgl. Tab. 4)

Räumliche Vorlieben	Altersgruppen (Jahre)			
	17–25	26–35	36–45	46 u. älter
Königsplatz, Friedrichsplatz	36 %	17 %	6 %	0 %
Orangerie und Umgebung	23 %	25 %	50 %	15 %
Fulda-/Karlsaue Parkanlagen	16 %	17 %	13 %	43 %
Herkules und Wilhelmshöhe	14 %	33 %	19 %	14 %
Kleingarten, Freizeitgarten	7 %	0 %	6 %	14 %
Sonstige	4 %	8 %	6 %	14 %

Quelle: Eigene Darstellung

Tab. 6: Altersgruppen und Anzahl 2013 durch chinesische Studierende in Kassel befragter Personen chinesischer Herkunft

Alter	Anzahl Befragter	Prozent
21-30	46	76,67 %
31-40	13	21,67 %
41-50	1	1,67 %
insgesamt:	60	100,00 %

Quelle: Eigene Darstellung

Tab. 7: Räumliche Vorlieben nach Altersgruppen (Anzahl Befragter vgl. Tab. 5 – Mehrfachnennungen waren möglich)

Räumliche Vorlieben	Altersgruppen (Jahre)		
	21-30	31-40	41-50
Fulda-/Karlsaue	24 %	54 %	0 %
Bergpark Wilhelmshöhe	46 %	38 %	0 %
Park Schönfeld	2 %	0 %	0 %
Habichtswald	0 %	8 %	0 %
BUGA	15 %	0 %	100 %
Goetheanlage	2 %	0 %	0 %
Friedrichsplatz	4 %	0 %	0 %
Königsplatz	22 %	8 %	0 %
Nordstadtpark	2 %	0 %	0 %
Grünanlage an der Fulda	2 %	0 %	0 %
Am Weinberg	2 %	0 %	0 %
Nordstadtstadion	2 %	8 %	0 %

Quelle: Eigene Darstellung

Jan Hilligardt

Daten und Analysen zu den Wohnstandorten der ausländischen Bevölkerung in der Wissenschaftsstadt Darmstadt und deren engerem Umland

Gliederung

- 1 Ausgangssituation, Leitfragen und Gang der Untersuchung
- 2 Wissenschaftsstadt Darmstadt und deren Umland als Untersuchungsgebiet
- 3 Feststellungen zu den Wohnstandorten der ausländischen Bevölkerung
- 4 Ursachen für die heutige Situation im Untersuchungsgebiet
- 5 Daraus ableitbare Chancen und Probleme
- 6 Fazit und Handlungsempfehlungen

Literatur

Kurzfassung

Der vorliegende Beitrag befasst sich im Kontext der Internationalisierung der Gesellschaft und deren Auswirkungen auf die Raumentwicklung mit den Wohnstandorten der ausländischen Bevölkerung. Dargestellt werden die Ergebnisse einer Untersuchung zu den Wohnstandorten in der im Bundesland Hessen gelegenen Wissenschaftsstadt Darmstadt und deren engerem Umland – als Beispiel für einen Stadt-Umland-Bereich mit hoher Entwicklungsdynamik und einer zugleich sehr stark international geprägten Bevölkerung. In diesem Zusammenhang wird ein Überblick über die aktuellen Daten und Analysen zu den Wohnstandorten im Untersuchungsgebiet gegeben, die Ursachen hierfür werden ermittelt sowie daraus ableitbare Chancen und Probleme erörtert. Abschließend stehen Handlungsempfehlungen an Politik und Verwaltung für die künftige Auseinandersetzung mit den Wohnstandorten der ausländischen Bevölkerung in der Region.

Schlüsselwörter

Wohnstandorte – ausländische Bevölkerung – Stadt-Umland – Wissenschaftsstadt Darmstadt

Data and analyses on residential locations of the foreign population in the city of science Darmstadt and its environs

Abstract

This paper examines the residential locations of the foreign population against the background of the internationalisation of society and its effects on spatial development. It presents the findings of an investigation into the situation in Darmstadt and its environs, a city of science in the federal state of Hessen, – as an example of an urban area and envi-

rons with a high rate of development and also a very international population. In this context an overview of current data and analyses on housing in the study area is given, the causes of the situation are investigated, and the resulting opportunities and problems discussed. Finally, recommendations are made for future political and administrative engagement with the residential locations of the foreign population in the region.

Keywords

Residential locations – foreign population – urban area and environs – science city Darmstadt

1 Ausgangssituation, Leitfragen und Gang der Untersuchung

In der Debatte über die Auswirkungen der Internationalisierung der Gesellschaft auf die Raumentwicklung nimmt die Frage nach den Wohnstandorten der ausländischen Bevölkerung einen gewichtigen Stellenwert ein.¹ Eine tiefergehende Betrachtung der bisherigen Entwicklungen und möglichen Perspektiven gerade auch im Stadt-Umland-Kontext erscheint aufgrund der Vielzahl an Herausforderungen und dem noch offenen Forschungsbedarf von besonderem Interesse.

Daher wurde dieser Betrachtungsgegenstand in den Mittelpunkt einer bis Mai 2013 durchgeführten wissenschaftlichen Untersuchung gestellt. Als Untersuchungsgebiet wurde hierbei die im Bundesland Hessen gelegene Stadt Darmstadt und deren engeres Umland – als Beispiel für einen Stadt-Umland-Kontext mit hoher Entwicklungsdynamik und einer zugleich sehr stark international geprägten Bevölkerung – gewählt. Untersuchungsziel war es, einen Überblick über die aktuellen Daten und Analysen zu den Wohnstandorten der ausländischen Bevölkerung im Untersuchungsgebiet sowie Hinweise zu möglichen Ursachen zu erhalten und hieraus erste Handlungsbedarfe abzuleiten.

Richtungsgebend für die Untersuchung dazu waren die folgenden drei Leitfragen:

- Wo wohnt heute die ausländische Bevölkerung in der Stadt Darmstadt und deren engerem Umland?
- Welche Ursachen hat dies und welche Chancen und Probleme ergeben sich hieraus?
- Welche Handlungsbedarfe lassen sich hieraus ableiten?

Zur Beantwortung dieser Fragen ist eine Untersuchungsmethodik bestehend aus drei „Bausteinen“ gewählt worden. So erfolgte eine Analyse der vorhandenen statistischen Daten und Erhebungen; zudem wurden vorhandene Untersuchungen ausgewertet. Grundlage hierfür war eine umfassende Recherche in Literaturlatenbanken, im Internet sowie eine gezielte Anfrage bei in dieser Hinsicht besonders relevanten Institutionen.² Weiter wurde eine Befragung von örtlichen Experten aus den Bereichen „Integration“

¹ Siehe stellvertretend die aktuellen Erhebungen aus dem Jahr 2013 zu den Schwerpunkten von (kommunaler) Integrationspolitik im Bundesland Hessen. Das Thema „Wohnen“ in den Stadtvierteln, in den Städten und Gemeinden sowie auch mit Blick auf den überörtlichen Kontext wird dort explizit als Herausforderung benannt und hier ein besonderer Handlungsbedarf konstatiert (vgl. Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2013: 23 f.).

² Insbesondere sind zu nennen: Das Hessische Statistische Landesamt sowie die Statistikabteilungen der Wissenschaftsstadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg.

und „Statistik“ durchgeführt.³ Eine umfassende Themenrecherche im Online-Archiv der regionalen Tageszeitung „Darmstädter Echo“ hat die Erhebung von vorhandenen Daten und Analysen komplettiert.⁴

Die Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Untersuchung werden nachfolgend in den wesentlichen Kerninhalten zusammenfassend dargestellt.

2 Wissenschaftsstadt Darmstadt und deren Umland als Untersuchungsgebiet

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt liegt im Bundesland Hessen und dort im südlichen Teil des Regierungsbezirkes Darmstadt. Darmstadt ist Oberzentrum und von den Landkreisen Groß-Gerau, Bergstraße, Odenwald, Darmstadt-Dieburg und Offenbach umgeben. Besonderes Kennzeichen ist die Lage zwischen der Agglomeration Rhein-Main (mit den Städten Frankfurt am Main, Wiesbaden und Mainz) und dem Verdichtungsraum Rhein-Neckar (mit den Städten Ludwigshafen, Mannheim und Heidelberg). Die Stadt Darmstadt und deren engeres Umland liegen an der „Schnittstelle“ zwischen den Metropolregionen Rhein-Main und Rhein-Neckar, wirken hier als „Bindeglied“ und sind mit beiden Räumen vielfältig räumlich-funktional verflochten. Die räumliche Einordnung ist aus Abbildung 1 ersichtlich.

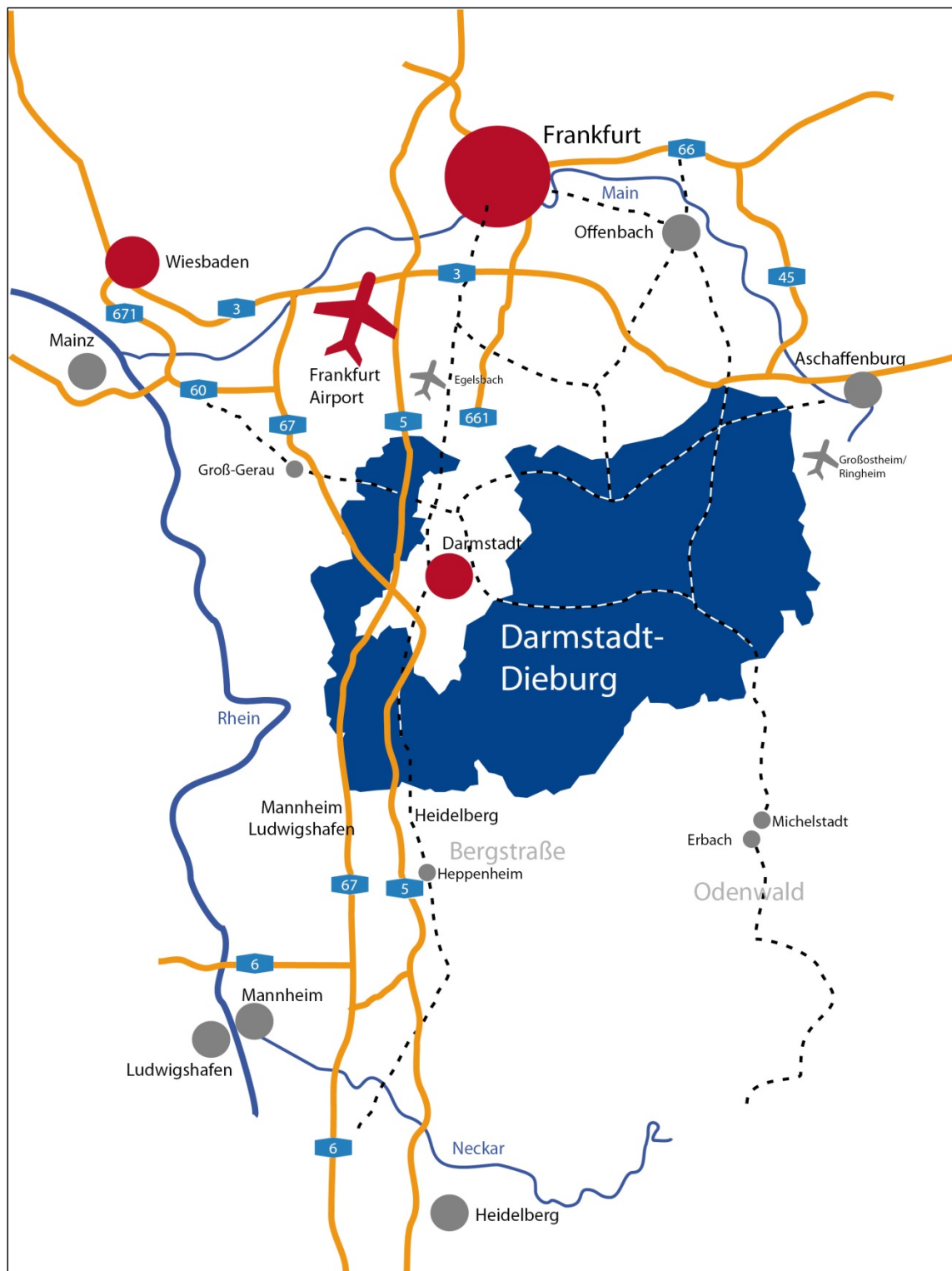
Für die weiteren Betrachtungen im Rahmen der Untersuchung wird auf die Stadt Darmstadt und den Landkreis Darmstadt-Dieburg fokussiert. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg mit seinen 23 kreisangehörigen Städten und Gemeinden umschließt als Umlandkreis Darmstadt nahezu vollständig, sodass hier die engsten räumlichen und funktionalen Verflechtungen gegeben sind. Die wesentlichen Eckdaten der amtlichen Statistik sind in Tabelle 1 zusammengefasst.

Im aktuellen Raumordnungsbericht des Bundes werden die Stadt Darmstadt und der Landkreis Darmstadt-Dieburg im bundesweiten Vergleich der „Wohnungsmarktregionstypen“ der Kategorie „wachsend“ zugeordnet, die nördlich angrenzende Agglomeration Rhein-Main sowie der südlich angrenzende Verdichtungsraum Rhein-Neckar sogar als „stark wachsend“. Der Nachfragedruck auf den Wohn- und Immobilienmärkten ist hier – mit allen Konsequenzen für das Preisniveau – hoch bis sehr hoch (vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2012: 111 ff.).

³ Schriftliche Kurzstellungnahmen zu den jeweiligen persönlichen Einschätzungen hinsichtlich der drei Leitfragen der Untersuchung wurden von Frau Dr. Patricia Latorre (Leiterin des Interkulturellen Büros der Wissenschaftsstadt Darmstadt), Herrn Günther Bachmann (Leiter der Abteilung Statistik und Stadtforschung der Wissenschaftsstadt Darmstadt), Frau Sabine Hahn (Leiterin des Interkulturellen Büros des Landkreises Darmstadt-Dieburg) sowie von Frau Anja Simon (Leiterin der Abteilung Strategische Planung, Kreisentwicklung des Landkreises Darmstadt-Dieburg) im April/Mai 2013 erbeten bzw. eingeholt.

⁴ Über das Online-Archiv (www.echo-online.de) ist ermittelt worden, inwieweit die Wohnsituation der ausländischen Bevölkerung in den Jahren 2012/2013 auch Thema der öffentlichen Debatte war.

Abb. 1: Räumliche Lage der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg (blau)



Quelle: Landkreis Darmstadt-Dieburg 2010

Tab. 1: Eckdaten der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg

	Fläche am 1.1.2011	Bevölkerung am 31.12.2011	Ausländer am 31.12.2011	Arbeits- losenquote
Wissenschaftsstadt Darmstadt	122,09 km ²	149.052	28.161	6,6 (6/2012)
Landkreis Darmstadt-Dieburg	658,65 km ²	290.032	31.112	4,9 (6/2012)

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von: Hessisches Statistisches Landesamt 2012: 14, 22 und 30

3 Feststellungen zu den Wohnstandorten der ausländischen Bevölkerung

Die nähere Auseinandersetzung mit vorhandenen Statistiken, Studien und sonstigen Dokumenten zu den Wohnstandorten der ausländischen Bevölkerung in der Stadt Darmstadt und im Landkreis Darmstadt-Dieburg verdeutlicht, dass bislang weder auf umfassendes regionales Datenmaterial noch auf Ergebnisse breit angelegter Untersuchungen zurückgegriffen werden kann.

Schon der Blick in die für die Region relevanten Dokumente der Raumordnung offenbart, dass eine nach Bevölkerungsgruppen differenzierte Sichtweise hinsichtlich der Wohnsiedlungsentwicklung noch nicht Platz gegriffen hat.

So trifft der Landesentwicklungsplan Hessen 2000 (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung 2000) zur räumlichen Verteilung der ausländischen Bevölkerung insgesamt keine spezifischen Aussagen. Allenfalls ist diese Thematik hier in den allgemeinen Forderungen, soziale Segregation zu verhindern und Daseinsvorsorge für alle Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten, impliziert.

Im Textteil des Regionalplanes Südhessen 2010, der auch für die Stadt Darmstadt und den Landkreis Darmstadt-Dieburg Festlegungen zur weiteren Siedlungsentwicklung trifft, werden die Wohnstandorte der ausländischen Bevölkerung ebenfalls nicht spezifisch thematisiert. Allgemein wird im Leitbild für den Regionalen Flächennutzungsplan und den Regionalplan Südhessen „Frankfurt/Rhein-Main 2020 – die europäische Metropolregion“ als Perspektive formuliert: „Menschen aus aller Welt sind gerne gesehen und werden herzlich aufgenommen. Sie sollen sich für die Region als Arbeits- und Wohnort entscheiden. Gleichzeitig wollen wir auch, dass sich ältere und alte Menschen hier wohl fühlen. Die Region ist multiethnisch und international und will es bleiben“ (Regierungspräsidium Darmstadt; Regionalverband FrankfurtRheinMain 2011: Anhang 176 ff.). Im Textteil des Regionalplanes selbst wird lediglich als Grundsatz der Raumordnung ganz allgemein auch für die Raumkategorie des Ordnungsraumes – in dem die Stadt Darmstadt und die westlich davon gelegenen Landkreisgemeinden sogar als Verdichtungsraum klassifiziert und die östlichen Landkreiskommunen zur Gänze liegen – festgehalten: „Die Siedlungsstruktur soll im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung so gestaltet werden, dass durch Sicherung einer sozial ausgewogenen Bevölkerungsstruktur und Verhinderung von Ghettobildung die Nachhaltigkeit der Siedlungsstruktur gewährleistet wird“ (Regierungspräsidium Darmstadt; Regionalverband FrankfurtRheinMain 2011: 27). Weitergehende Aussagen treffen die Dokumente der Raumordnung nicht.

Allerdings geben aktuelle Erhebungen der Stadt Darmstadt (Wissenschaftsstadt Darmstadt 2012a, 2012b) einige Hinweise zu den Wohnstandorten der ausländischen Bevölkerung – jedoch beschränkt auf das Stadtgebiet:

Demnach leben derzeit Menschen aus mehr als 150 verschiedenen Nationen in Darmstadt. Seit dem Jahr 1995 sind jeweils etwas über 16 Prozent der Gesamtbevölkerung der Gruppe der ausländischen Bevölkerung zuzuordnen; in absoluten Zahlen waren dies jeweils zwischen 20.000 und 30.000 Personen. Die stärkste nationale Gruppe der Ausländer in Darmstadt kommt aus der Türkei, gefolgt von Zuwanderern aus Italien, an dritter Stelle stehen Zuwanderer aus Polen (vgl. Wissenschaftsstadt Darmstadt 2012b: 8 ff.).

Beim differenzierten Blick auf die statistischen Bezirke innerhalb des Stadtgebietes wird schnell deutlich, dass es Bezirke mit einem höheren Anteil an ausländischer Bevölkerung gibt, während in anderen Bezirken dieser Anteil sehr gering ist. Die höchsten Ausländeranteile finden sich in der Innenstadt, im Stadtzentrum, im Bezirk Rheintor/Grafenstraße sowie in Darmstadt-Nord. Interessant ist hierbei, dass die Stadtteile Kranichstein und Kirchtannensiedlung – die zu den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf zählen – nicht die höchsten Ausländeranteile an der Bevölkerung aufweisen. Zu den Bezirken mit weit unter dem städtischen Durchschnitt liegenden Ausländeranteilen zählen Teile von Arheilgen, das Paulusviertel, Teile des östlichen Stadtgebietes, Eberstadt sowie die Ludwigshöhe und die Heimstättensiedlung (vgl. Wissenschaftsstadt Darmstadt 2012b: 8 ff.). Die Verteilung der ausländischen Bevölkerung im Stadtgebiet der Stadt Darmstadt kann Abbildung 2 entnommen werden.

Vergleichbare Darstellungen und kartographische Aufarbeitungen zu den Wohnstandorten der ausländischen Bevölkerung im Landkreis Darmstadt-Dieburg haben sich in den Recherchen nicht gezeigt. Bei den Analysen zu den Wanderungsbewegungen im Landkreis findet sich allerdings die Feststellung, dass die Zuwanderungen aus dem Ausland –wobei rund 80 Prozent dieser Zuwanderer eine ausländische Staatsbürgerschaft haben – in den letzten Jahren zugenommen und im Jahr 2011 über 15 Prozent aller Zuzüge in den Landkreis ausgemacht haben (vgl. Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg 2013: 5 ff.).

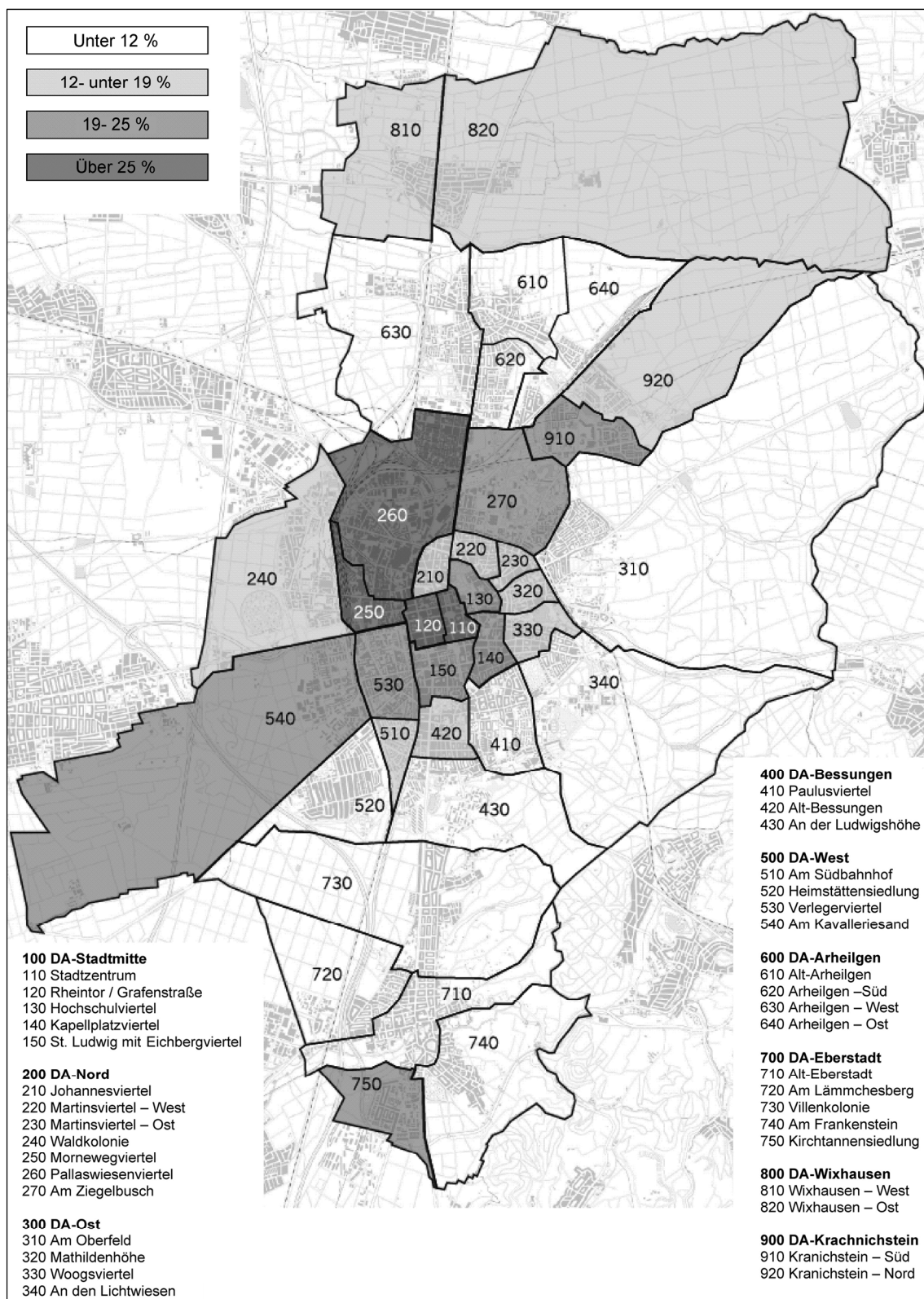
Hinsichtlich der Ausländeranteile an der jeweiligen Gesamtbevölkerung in den 23 Städten und Gemeinden des Landkreises geben die Daten des Hessischen Statistischen Landesamtes, wie in Tabelle 2 zusammengefasst, Auskunft.

Tab. 2: Ausländeranteile in den Städten und Gemeinden des Landkreises Darmstadt-Dieburg (Stand: 31.12.2011)

Anteil Ausländer an der Bevölkerung	Stadt bzw. Gemeinde im Landkreis Darmstadt-Dieburg
unter 5 %	Modautal/Otzberg
über 5 % bis unter 10 %	Alsbach-Hähnlein/Bickenbach/Eppertshausen/Erzhausen/Fischbachtal/Groß-Bieberau/Messel/Mühltal/Ober-Ramstadt/Reinheim/Schaafheim/Seeheim-Jugenheim
über 10 % bis unter 15 %	Babenhausen/Dieburg/Griesheim/Groß-Umstadt/Groß-Zimmern/Münster/Pfungstadt/Roßdorf/Weiterstadt
über 15 %	

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von: Hessisches Statistisches Landesamt 2013

Abb. 2: Ausländeranteil der Bevölkerung der Stadt Darmstadt nach statistischen Bezirken (Stand: 31.12.2011)



Quelle: Wissenschaftsstadt Darmstadt 2012b: 10

Im Landkreis Darmstadt-Dieburg insgesamt lag der Ausländeranteil am 31.12.2011 demnach bei etwas über 10 Prozent; in der Stadt Darmstadt wie bereits dargestellt bei deutlich über 16 Prozent.

4 Ursachen für die heutige Situation im Untersuchungsgebiet

Zur Klärung der Frage nach den Ursachen für die heutige Ausprägung der Wohnstandorte und vor allem nach den Ursachen für die räumliche Verteilung der ausländischen Bevölkerung im Stadtgebiet von Darmstadt sowie in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg konnte insbesondere auf die Ergebnisse der Expertenbefragungen zurückgegriffen werden.

Nach Ansicht der Expertinnen und Experten gibt es für die derzeitige Verteilung im Stadtgebiet folgende Erklärungsmuster:

- Die Stadtbezirke mit überdurchschnittlichen Ausländeranteilen sind tendenziell die weniger beliebten Wohnstandorte mit eher niedrigen Wohnstandards. Sie sind geprägt durch hohe Anteile der Nutzungen „Industrie und Gewerbe“, „Handel“ sowie „Dienstleistungen“. Besonders beliebt sind zudem bei der großen Zahl der ausländischen Studierenden vor allem die innenstadtnahen Lagen mit mehrstöckigen Mehrfamilienhäusern mit älterer Baustruktur sowie die dortigen Wohnheime.
- Die Stadtbezirke mit unterdurchschnittlichen Ausländeranteilen weisen in der Regel Wohn- und Siedlungsstrukturen mit höherem Anteil an Wohneigentum, Ein- und Zweifamilienhäusern sowie Haushalte mit mittlerem bzw. höherem Einkommen und einer hohen Beschäftigungsquote auf.

Die Hauptursachen für eine tendenzielle Konzentration in bestimmten Stadtbezirken bzw. für überdurchschnittliche Ausländeranteile in diesen Bezirken werden insbesondere in den Einkommensverhältnissen und den spezifischen Wohnbedarfen des größeren Teiles der ausländischen Bevölkerung vermutet. Familiengerechte und preiswerte Wohnungen für sozial schwache Familien ausländischer Herkunft – aber auch deutscher Herkunft – finden sich (auch) in Darmstadt eben in den weniger attraktiven Bezirken. Geringverdiener und sozial schwache Haushalte – zu denen ein größerer Teil der ausländischen Bevölkerung zählt – sind oftmals gezwungen in diese Bezirke auszuweichen; sie haben geringere Wahlmöglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt in Darmstadt. Hinzu kommen als spezifische Gruppe die ausländischen Studierenden, für die erschwinglicher Wohnraum bei zugleich kurzen Wegen innerhalb der Stadt eine Fokussierung auf die Innenstadtlagen bedingen.

Für die derzeitige Verteilung der ausländischen Bevölkerung im Landkreis Darmstadt-Dieburg nennen die Expertinnen und Experten folgende Erklärungen:

- Bei den Städten und Gemeinden mit überdurchschnittlichen Ausländeranteilen handelt es sich tendenziell um die einwohnerstärkeren Kommunen im Landkreis, die zugleich größere Gebiete mit sozialem Wohnungsbau bzw. Mietwohnungsbau aufweisen. Die höchsten Ausländeranteile haben hierbei die einwohnerstarken Kommunen, die in unmittelbarer Nähe bzw. günstiger Erreichbarkeit (insbesondere auch mit dem öffentlichen Personennahverkehr) zur Stadt Darmstadt liegen.
- Bei den beiden Gemeinden mit deutlich unterdurchschnittlichen Ausländeranteilen handelt es sich um sehr stark ländlich geprägte Kommunen mit dörflichem Charakter sowie zugleich geringerem Arbeitsplatzangebot.

Deutlich wird, dass keine der Landkreiskommunen einen Ausländeranteil aufweist, der höher als der von Darmstadt ist. Es steht zu vermuten, dass das Wohnen von ausländischen Studierenden außerhalb der Stadt nur von unwesentlicher Bedeutung ist. Auch im Umland der Stadt findet aber eine Konzentration ausländischer Bevölkerung insbesondere orientiert an der Erschwinglichkeit von Wohnraum statt. Städte und Gemeinden mit Wohnraum für Geringverdiener bei gleichzeitiger Erreichbarkeit des Oberzentrums Darmstadt mit seinem Arbeitsplatzangebot sind die bevorzugten Wohngemeinden für die ausländische Bevölkerung im Umfeld der Stadt. Die für die Stadtbezirke der Stadt Darmstadt beschriebenen Verdrängungs- und Ausweichmuster zeichnen sich wohl in das Umland fort.

5 Daraus ableitbare Chancen und Probleme

Aus den dargestellten Entwicklungen einschließlich der vermuteten Ursachen lassen sich verschiedene Chancen, aber auch mögliche Probleme ableiten.

Basierend auf der Befragung der Expertinnen und Experten sowie der Analyse der Thematisierung der Wohnsituation der ausländischen Bevölkerung in der Tageszeitung „Darmstädter Echo“ sind die in Tabelle 3 zusammengefassten Chancen und Probleme als besonders wesentlich anzusehen, da diesen ein breiter Raum eingeräumt wurde.

Tab. 3: Räumliche Verteilung der ausländischen Bevölkerung – Chancen und Probleme

Chancen	Probleme
▪ Keine zu ausgeprägten Problemstadtteile ▪ Kein zu ausgeprägtes Stadt-Umland-Gefälle ▪ Interkulturelle Gesellschaft als Innovation ▪ Zuwanderung mindert Folgen des demographischen Wandels ▪ Internationalität als Beitrag zur Zukunftsfähigkeit	▪ Zunehmende Verknappung von bezahlbarem Wohnraum in Stadt und Landkreis ▪ Gefahr zunehmender Verdrängung ▪ Gefahr einer sich ausprägenden räumlichen Segregation ▪ Gefahr sozialer Folgeprobleme ▪ Rückgang der Attraktivität als Studienort für ausländische Studierende

Quelle: Eigene Darstellung

Zusammenfassend ist festzustellen, dass es derzeit mit Blick auf die räumliche Verteilung der ausländischen Bevölkerung in Darmstadt (bislang) keine zu ausgeprägten Problemstadtteile gibt. Auch der Blick in das Umland ändert nichts an diesem Befund; es ist kein zu ausgeprägtes Stadt-Umland-Gefälle bezüglich der räumlichen Verteilung der ausländischen Bevölkerung gegeben. Viele Vorteile, wie die Innovationsfähigkeit einer interkulturellen Gesellschaft und die Internationalität als Beitrag zur Zukunftsfähigkeit, sind in Darmstadt und Umland spürbar. Zudem mindert der Zuzug aus dem Ausland nachgewiesenermaßen die möglichen negativen Folgen des demographischen Wandels in der Region.

Spürbar wird in der Stadt Darmstadt und im Umland aber auch eine zunehmende Verknappung von bezahlbarem Wohnraum. Damit verbunden zeigt sich die Gefahr einer zunehmenden Verdrängung von Teilen der ausländischen Bevölkerung sowie die einer sich ausprägenden räumlichen Segregation mit allen daraus resultierenden sozialen Folgeproblemen. Fehlender bezahlbarer Wohnraum kann zudem die Attraktivität der Wissenschaftsstadt Darmstadt als Studienort gerade auch bei den ausländischen Studierenden deutlich mindern.

Mit Blick auf die bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Ergebnisse von Studien und Untersuchungen zur räumlichen Verteilung der ausländischen Bevölkerung ist zusammenfassend festzustellen, dass sich die Entwicklungen und deren Folgen in der Stadt Darmstadt und deren Umland sicherlich als „typisch“ für nach wie vor wachsende Ballungsräume bezeichnen lassen. Insofern sind diese Untersuchungsergebnisse nicht überraschend, wenngleich sie auf wichtige Handlungserfordernisse in der Region hinweisen.

6 Fazit und Handlungsempfehlungen

Diese Untersuchung zu den Wohnstandorten der ausländischen Bevölkerung in der Wissenschaftsstadt Darmstadt sowie deren engerem Umland hat verdeutlicht, dass eine intensive Auseinandersetzung hiermit im stadtreionalen Kontext erst in den Anfängen steckt. Durch eine intensivere Betrachtung der derzeitigen Entwicklungen und Perspektiven könnten Politik und Verwaltung die Chancen in diesem Bereich deutlicher erkennen und so auch möglichen Fehlentwicklungen vorgreifen bzw. diese verhindern.

Im Wesentlichen lassen sich als Fazit dieser Untersuchung insgesamt drei Handlungsempfehlungen formulieren:

- Die Auseinandersetzung mit den Perspektiven der räumlichen Verteilung der ausländischen Bevölkerung in der Stadt Darmstadt und deren engerem Umland sollte mehr als bislang in den Mittelpunkt des Handelns von Politik und Verwaltung gestellt werden. Eine regionale Sichtweise ist hierzu unerlässlich. Die Stadt Darmstadt und die Gebietskörperschaften im Umland sollten dazu enger kooperieren als bisher.
- Wichtige Grundlage für eine engere und intensivere regionale Zusammenarbeit ist eine sachgerechte Datenbasis. Die vorhandenen Daten zu den Wohnstandorten der ausländischen Bevölkerung für die Stadt Darmstadt und deren Umland sollten zusammengeführt und ergänzt bzw. komplettiert werden. Eine stabile Datengrundlage ist Grundvoraussetzung für die Ableitung von möglichen und notwendigen Initiativen, Maßnahmen oder Projekten.
- Aufbauend hierauf sollten dann im Schulterschluss von Stadt und Umland gemeinsame Zielvorstellungen und sich darauf beziehende Initiativen, Maßnahmen und Projekte entwickelt werden. Hierbei wird an vielen Stellen nicht „das Rad neu zu erfinden sein“, vielmehr gilt es vor allem die bereits heute anzutreffende Vielzahl an integrations- und wohnungspolitischen Maßnahmen in der Region auch stärker zu vernetzen und transparenter zu gestalten.

Diese Handlungsempfehlungen, die zuvorderst an die Politik und Verwaltung in der Wissenschaftsstadt Darmstadt und im Landkreis Darmstadt-Dieburg gerichtet sind, können Hinweise für eine künftig intensivere Auseinandersetzung mit den Wohnstandorten der ausländischen Bevölkerung in der Region geben. Die Chancen sollten genutzt und (künftige) Probleme minimiert werden.

Eine besondere Verantwortung liegt hierbei aber auch bei den Institutionen der Raumordnung. Vor allem die Regionalplanung kann und muss als wichtiger Akteur mehr als bislang eine nach Bevölkerungsgruppen differenzierte Sichtweise bei der Steuerung bzw. Planung der regionalen Wohn- und Siedlungsentwicklung in den Vordergrund stellen. Die diesbezüglichen Handlungsspielräume sind enorm.

Literatur

- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2012): Raumordnungsbericht 2011. Bonn.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2013): „Integration findet vor Ort statt.“ Befragung der hessischen Kommunen zum Stand ihrer Integrationspolitik. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2010): Integration nach Maß – Der Hessische Integrationsmonitor 2010. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Hrsg.) (2000): Landesentwicklungsplan Hessen 2000. Wiesbaden.
- Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2013): Deutsche und Nichtdeutsche im Landkreis Darmstadt-Dieburg nach Altersgruppen am 31.12.2011. Wiesbaden.
- Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2012): Hessische Kreiszahlen. Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte. Band 2, 2012. Wiesbaden.
- Kreisausschuss des Landkreises Darmstadt-Dieburg (Hrsg.) (2013): Wanderungsbeziehungen Darmstadt-Dieburg 2011. Darmstadt.
- Landkreis Darmstadt-Dieburg (Hrsg.) (2010): Landkreis Darmstadt-Dieburg – Service für Unternehmer, Investoren und Existenzgründer. Darmstadt.
- Regierungspräsidium Darmstadt; Regionalverband FrankfurtRheinMain (Hrsg.) (2011): Regionalplan Südhessen/ Regionaler Flächennutzungsplan 2010. Darmstadt und Frankfurt am Main.
- Wissenschaftsstadt Darmstadt (Hrsg.) (2012a): Weltoffenes Darmstadt leben und gestalten – Bericht zur kommunalen Integrationspolitik und Integrationsarbeit. Darmstadt.
- Wissenschaftsstadt Darmstadt (Hrsg.) (2012b): Statistische Berichte 1. Halbjahr 2012. Sonderbeitrag: Darmstadts ausländische Bevölkerung. Darmstadt.

Autor

Jan Hilligardt (*1970), Priv.-Doz. Dr. habil., Geschäftsführender Direktor des Hessischen Landkreistages in Wiesbaden und Privatdozent für Stadt- und Regionalentwicklung/Raumplanung an der Technischen Universität Darmstadt, Korrespondierendes Mitglied der ARL.

Ursula Roos, Chantal Hermes, Birte Nienaber

Wohnsituation der atypischen Grenzgängerinnen und Grenzgänger an der luxemburgisch-deutschen Grenze

Gliederung

- 1 Einleitung
- 1.1 Atypische Grenzgängerinnen und Grenzgänger
- 1.2 Das Phänomen der Luxemburgerinnen und Luxemburger in Rheinland-Pfalz und im Saarland
- 2 Zuzüge aus dem Großherzogtum Luxemburg in den Trierer Grenzraum – Voraussetzungen für die Verlagerung des Wohnsitzes ins nahe Ausland
 - 2.1 Kurze Definition der Ausgangslage und des Untersuchungsgebietes
 - 2.2 Ursachen für den Wegzug aus Luxemburg
 - 2.3 Ansprüche an die Zielregion
 - 2.3.1 Verfügbarkeit und Lage der Siedlungsflächen
 - 2.3.2 Verkehrsinfrastruktur und Erreichbarkeit der Aktivitätsräume
- 3 Zuzüge aus dem Großherzogtum Luxemburg in den saarländischen Grenzraum – Wohnsituation der Luxemburger in der Gemeinde Perl
 - 3.1 Charakterisierung der Gemeinde Perl und methodische Vorgehensweise
 - 3.2 Soziodemographische Aspekte der Befragten
 - 3.3 Wohnsituation der Luxemburgerinnen und Luxemburger in der Gemeinde Perl
- 4 Fazit
- Literatur

Kurzfassung

Bedingt durch das Schengener Abkommen aus dem Jahr 1992, die Abschaffung der Grenzkontrollen und die Einführung einer einheitlichen Währung hat die grenzüberschreitende Mobilität in der Großregion Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie – Französische und Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens in den vergangenen beiden Jahrzehnten zunehmend an Bedeutung gewonnen. Eine besondere Rolle spielen dabei die atypischen Grenzgängerinnen und Grenzgänger, bei denen der Arbeitsplatz noch in der Herkunftsregion liegt, jedoch der Wohnort ins benachbarte Ausland verlagert wurde. So hat sich beispielsweise die Zahl der atypischen Grenzgängerinnen und Grenzgänger mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit, die regelmäßig aus der Großregion ins Großherzogtum Luxemburg zu ihrem Arbeitsplatz pendelt, seit 1999 verdreifacht. Als Wohnstandorte werden von den atypischen Grenzgängerinnen und Grenzgängern Gemeinden entlang günstiger Verkehrsachsen bevorzugt, die durch eine gut ausgebaute Infra-

struktur entlang der Grenze die täglichen Pendlerbewegungen ermöglichen. Die Zuwanderung führt in den beiden Untersuchungsregionen Rheinland-Pfalz und Saarland zu einem Bevölkerungswachstum, das in Verbindung mit dem hohen Grenzgängeraufkommen zu neuen Herausforderungen im deutsch-luxemburgischen Grenzraum beiträgt. Diese bringen diverse Konsequenzen für die Planung und die zukünftige Entwicklung mit sich.

Schlüsselwörter

Migration – atypische Grenzgängerinnen und Grenzgänger – Luxemburg – Rheinland-Pfalz – Saarland

Living situation of atypical cross-border commuters on the Luxembourg-German border

Abstract

In the course of the Schengen agreement of 1992, the abandonment of border controls and the introduction of a common currency, the significance of cross-border mobility in the Greater Region Saar – Lor – Lux – Rhineland-Palatinate – Wallonia – French-speaking and German-speaking Community of Belgium has increased considerably over the last two decades. In particular, atypical cross-border commuters who still work in their countries of origin but moved their places of residence to nearby foreign countries play an important role. The number of atypical cross-border commuters with Luxembourgian nationality who commute regularly from the Greater Region to the Grand Duchy Luxembourg has trebled since 1999. Atypical cross-border commuters prefer communities as places of residence alongside favourable transport axes, permitting daily commuting because of convenient infrastructure. Immigration causes a population growth in the two case study areas – Rhineland-Palatinate and Saarland – leading, in combination with the increasing number of cross-border commuters, to new challenges in the German-Luxembourgian border area. These entail diverse consequences for planning and future development.

Keywords

Migration – atypical cross-border commuters – Luxembourg – Rhineland-Palatinate – Saarland

1 Einleitung

1.1 Atypische Grenzgängerinnen und Grenzgänger

Die grenzüberschreitende Mobilität spielt in der Großregion Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie – Französische und Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens¹ eine wesentliche Rolle und wurde in besonderem Maße durch das Schengener Abkommen aus dem Jahr 1992, die Einführung einer einheitlichen Währung sowie die Abschaffung der systematischen Zollkontrollen erleichtert (Carpentier 2010: 11). So verzeichnet die Großregion mit einem Viertel aller europäischen Grenzgängerinnen und Grenzgänger die meisten Grenzgängerinnen und Grenzgänger in der Europäischen Union. Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich diese Anzahl weiter erhöht. Aufgrund dieser hohen

¹ Im Folgenden wird stellvertretend für die Großregion Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie – Französische und Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens lediglich die Bezeichnung „Großregion“ verwendet.

grenzüberschreitenden Arbeitnehmermobilität bestehen starke Arbeitsmarktverflechtungen zwischen den einzelnen Regionen der Großregion (Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle 2012: 81).

Im Jahr 1971 wurde erstmals im Zuge des europäischen Einigungsprozesses eine einheitliche Definition des Grenzgängers bzw. der Grenzgängerin festgelegt (Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle 2010: 95). Entsprechend wird ein Grenzgänger oder eine Grenzgängerin nach dem Gemeinschaftsrecht der Europäischen Union als „Arbeitnehmer [oder Arbeitnehmerin definiert], der im Gebiet eines Mitgliedstaats beschäftigt ist und im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats wohnt, in das er in der Regel täglich, mindestens aber einmal wöchentlich zurückkehrt“ (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft, Verordnung (EWG) Nr. 1408/71). Allerdings lässt eine derartige Definition keine Unterscheidung zwischen Grenzgängerinnen und Grenzgängern zu, die in ihrer Heimatregion leben und zum Arbeitsplatz ins benachbarte Ausland pendeln und solchen, bei denen der Arbeitsplatz zwar noch in der Herkunftsregion liegt, jedoch der Wohnort ins benachbarte Ausland verlagert wurde (Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle 2012: 120; Wille o.J.). Aufgrund des zahlenmäßigen Anstiegs der letzteren Personengruppe ist eine sprachliche Differenzierung zwischen typischen und atypischen Grenzgängerinnen und Grenzgängern notwendig, sodass die Grenzgänger-Definition nach dem Gemeinschaftsrecht der Europäischen Union hinsichtlich der „räumlichen Ausrichtung“ (Wille o.J.) der Pendlerströme ergänzt werden muss. Dementsprechend gelten als atypische Grenzgängerinnen und Grenzgänger solche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständige, die im benachbarten Ausland leben, aber noch regelmäßig in das Heimatland pendeln, um dort einer beruflichen Beschäftigung nachzugehen (Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle 2012: 120; Wille o.J.).

1.2 Das Phänomen der Luxemburgerinnen und Luxemburger in Rheinland-Pfalz und im Saarland

Die Zahl der atypischen Grenzgängerinnen und Grenzgänger mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit, die regelmäßig aus der Großregion ins Großherzogtum Luxemburg zu ihrem Arbeitsplatz pendelt, hat sich seit 1999 verdreifacht und lag im Jahr 2011 bei 3.446 Personen (Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle 2012: 127). Diese grenzüberschreitende Wohnortverlagerung gründet im Wesentlichen auf finanziellen, familiären und kulturellen Gegebenheiten, auf die in Kapitel 2.2 näher eingegangen werden soll (Carpentier 2010: 38). Während noch bis Anfang der 2000er Jahre der größte Teil der atypischen Grenzgängerinnen und Grenzgänger aus Luxemburg in Belgien oder Frankreich lebte, gewinnen diesbezüglich in den vergangenen Jahren die beiden deutschen Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland an Bedeutung. Bereits seit 2006 pendeln die meisten atypischen Grenzgängerinnen und Grenzgänger aus Deutschland (2011: 50,2 Prozent), gefolgt von Frankreich (2011: 25,1 Prozent) und Belgien (2011: 24,6 Prozent) in Luxemburg ein (Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle 2012: 127).

So verzeichnete Rheinland-Pfalz eine Verdoppelung des Anteils der Luxemburgerinnen und Luxemburger an der Bevölkerung zwischen 2004 und 2008 von 0,8 Prozent auf 1,6 Prozent. Mit einem positiven Wanderungssaldo von 851 Personen wurde Luxemburg damit zum wichtigsten Nettozuwanderungsland (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz 2009: 108, 113). Die Luxemburger siedelten sich vor allem in den grenznah zu Luxemburg gelegenen Landkreisen Trier-Saarburg (2.190 Personen im Jahr 2010), Bitburg-Prüm (1.754 Personen im Jahr 2010) sowie in der kreisfreien Stadt Trier (538 Personen im Jahr 2010) an. Ein Blick auf den Landkreis Trier-

Saarburg macht deutlich, dass zunächst die Gemeinden in unmittelbarer Nähe zur luxemburgischen Grenze durch Zuwanderung ein besonders hohes Bevölkerungswachstum erfahren haben (Nienaber/Roos 2012a). Erst zu einem späteren Zeitpunkt profitierten die „vermeintlich schlechter zu erreichenden Gemeinden“ (Geyer 2009: 28).

Neben Rheinland-Pfalz profitiert auch das Saarland von den grenzüberschreitenden Wanderungen. Laut Angaben des Statistischen Amtes (2011a: 1) im Saarland erhöhte sich die Zahl der Luxemburgerinnen und Luxemburger im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 10,2 Prozent. Insgesamt hat sich die Anzahl der im Saarland lebenden Luxemburgerinnen und Luxemburger im Zeitraum von 2003 bis 2010 mehr als verdreifacht (Statistisches Amt Saarland 2011b). Ähnlich wie in Rheinland-Pfalz sind es auch hier die Gemeinden und Landkreise in der Nähe zur luxemburgischen Grenze, die aufgrund des neuen Trends des vergangenen Jahrzehnts eine vermehrte Zuwanderung aus Luxemburg verzeichnen. Dies sind vor allem Gemeinden im Landkreis Merzig-Wadern, die entlang von günstigen Verkehrsachsen gelegen sind und dadurch ein tägliches Pendeln nach Luxemburg erleichtern (Ramm 1999: 111; Nienaber/Roos 2012a).

Im Folgenden wird zunächst auf die grundlegenden Ursachen für die Wohnortverlagerung am Beispiel des rheinland-pfälzischen Grenzraums eingegangen. Ebenfalls werden die Ansprüche erläutert, die an den neuen Zielort gestellt werden. Daran schließt sich die Darstellung von Ergebnissen einer Befragung und Kartierung in der saarländischen Gemeinde Perl zur Wohnsituation, zum Wohlbefinden im Wohnumfeld sowie zu Intergruppenkontakten der atypischen Grenzgängerinnen und Grenzgänger aus Luxemburg an.

2 Zuzüge aus dem Großherzogtum Luxemburg in den Trierer Grenzraum – Voraussetzungen für die Verlagerung des Wohnsitzes ins nahe Ausland

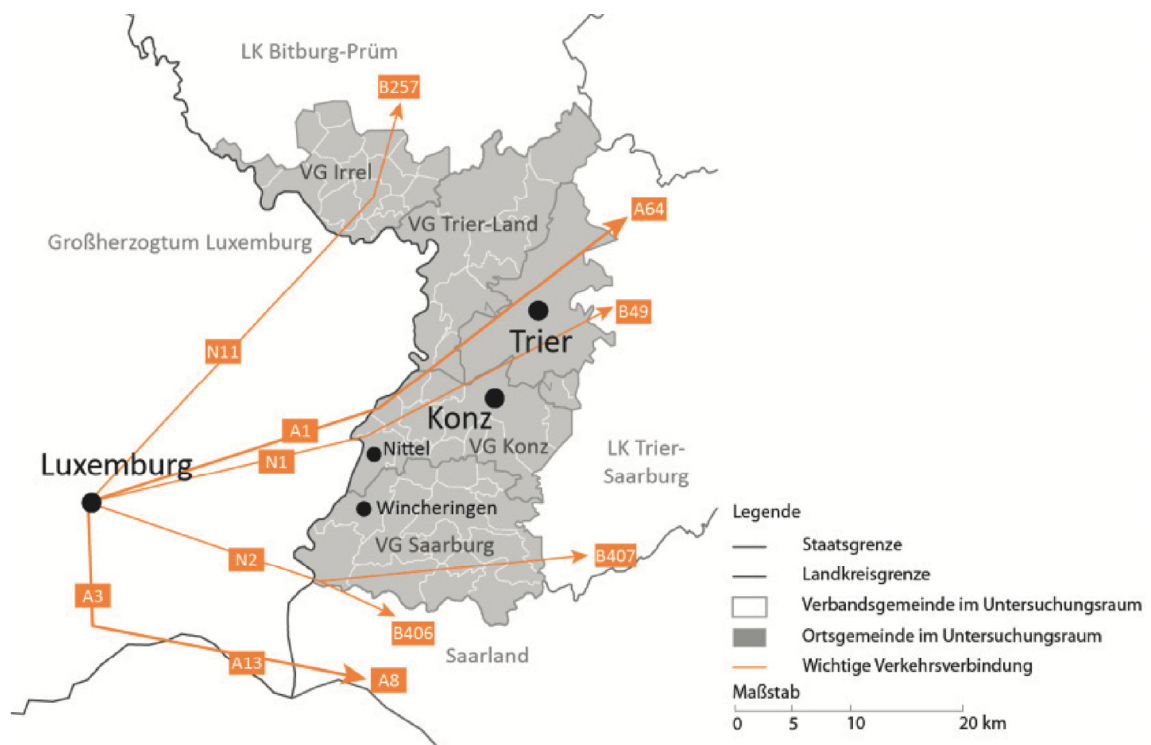
Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit den Gründen für eine Abwanderung aus Luxemburg und den Kriterien für die Auswahl der Zielregion. Da bereits zahlreiche Studien über die Wanderungsbewegungen im deutsch-luxemburgischen Grenzraum durchgeführt wurden, wird hauptsächlich auf deren Erkenntnisse zurückgegriffen, um die Voraussetzungen für eine Wohnsitzverlagerung in den Grenzraum zu ermitteln. Dieser Abschnitt ist somit auch eine kurze Zusammenfassung der bisherigen Erarbeitungen unterschiedlicher Autoren beiderseits der Grenze. Die Ergebnisse der Studien werden durch eine Literatur- und Internetrecherche ergänzt.

2.1 Kurze Definition der Ausgangslage und des Untersuchungsgebietes

Die positive wirtschaftliche Entwicklung Luxemburgs in den vergangenen Jahren zieht bereits über einen längeren Zeitraum Arbeitskräfte aus den umliegenden Grenzgebieten an und führt so zu einem hohen Grenzgängeraufkommen. Gleichzeitig lässt sich beobachten, dass auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem luxemburgischen Inland in die Grenzräume ziehen. Die Region Trier verzeichnete in den Jahren zwischen 2003 und 2007 einen Wanderungssaldo von 2.575 Personen aus dem Großherzogtum Luxemburg. Somit kam etwa ein Drittel des Wanderungsüberschusses, den die Region in diesem Zeitraum verzeichnete, aus Luxemburg. Die Zuwanderinnen und Zuwanderer wählten hauptsächlich Wohnstandorte in den Landkreisen Trier-Saarburg und Bitburg-Prüm, die an das Großherzogtum angrenzen (Ministerium des Inneren und für Sport Rheinland-Pfalz 2009: 28).

Aus diesem Grund umfasst das in Abbildung 1 dargestellte Untersuchungsgebiet die Grenzgemeinden Irrel, Trier-Land, Konz und Saarburg sowie die Stadt Trier. Diese stellen die Hauptzielorte der Zuwanderinnen und Zuwanderer aus Luxemburg dar und sind somit auch am stärksten von den sich daraus ergebenden Konsequenzen betroffen. Da die Migrantinnen und Migranten grenznahe Standorte bevorzugen, kann davon ausgegangen werden, dass sich der Großteil der Zuwanderinnen und Zuwanderer im Untersuchungsraum niedergelassen hat (Planungsgemeinschaft Region Trier 2007: 7). Die Zahl von circa 5.000 Migrantinnen und Migranten erscheint gegenüber der Gesamtbevölkerungszahl von 186.477 im Untersuchungsraum im Jahr 2007 vergleichsweise gering. Allerdings machten die Zuzüglerinnen und Zuzügler aus Luxemburg in den Jahren 2003 bis 2007 den größten Teil des Bevölkerungswachstums in dem Gebiet aus, wobei das natürliche Bevölkerungswachstum in den vergangenen Jahren im Regelfall negativ war (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz o.J.). Bei den Zuwanderinnen und Zuwanderern aus Luxemburg handelt es sich nicht ausschließlich um Luxemburgerinnen und Luxemburger. In den deutschen Grenzraum wandern insbesondere auch Personen aus Luxemburg mit deutscher Staatsbürgerschaft zu (L'observatoire de l'habitat 2010b: 2). Im Folgenden wird der Fokus allerdings auf den Zuzüglern mit luxemburgischer Nationalität liegen.

Abb. 1: Lage des Untersuchungsraumes und wichtige Verkehrsverbindungen



Quelle: Eigene Darstellung

Die nördlich des Analyserraums gelegenen Verbandsgemeinden Arzfeld und Neuerburg, die ebenfalls direkt an Luxemburg grenzen, gehören nicht zum Untersuchungsgebiet. Sie verzeichnen weitaus weniger Einwanderinnen und Einwanderer aus Luxemburg, was vermutlich darauf zurückzuführen ist, dass die Verkehrsanbindung im Untersuchungsraum besser ausgestaltet ist als in diesen Gemeinden.

2.2 Ursachen für den Wegzug aus Luxemburg

Die Gründe für die Abwanderung aus dem Großherzogtum Luxemburg in die umliegenden Grenzräume lassen sich grob in drei Kategorien unterteilen: finanzielle, familiäre und kulturelle Ursachen. In vielen Fällen liegt der Abwanderung auch eine Kombination aus mehreren Ursachenkategorien zugrunde. An dieser Stelle muss auch darauf hingewiesen werden, dass der Großteil der Zuzüglerinnen und Zuzügler in den Grenzraum weiterhin in Luxemburg arbeitet, der Arbeitsplatz stellt somit in den meisten Fällen keinen Wanderungsgrund dar (Carpentier 2010: 38 ff., 82 ff.).

Der Hauptgrund für die Abwanderungen in die Grenzräume, und damit auch in die rheinland-pfälzischen Gemeinden, ist meist finanzieller Natur. Neben den Lebenshaltungskosten sind auch die Baulandpreise in Luxemburg vergleichsweise hoch. Im Jahr 2006 lagen die Baulandpreise in den Verbandsgemeinden durchschnittlich zwischen 38 und 66 €/m² und erreichten Spitzenwerte von über 125 €/m². In Luxemburg betrugen die Preise im ländlichen und suburbanen Raum hingegen durchschnittlich 208 €/m². Aufgrund des hohen Siedlungsdrucks steigen die Bodenpreise weiter an. Diese Entwicklung greift auch auf die Grenzräume über. Hier sind die Bodenpreise im Vergleich zu Luxemburg aber immer noch „günstig“. Das Gleiche gilt für die gängigen Mietpreise (Brügmann/Dinkel/Faber et al. 2008: 83; Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz o.J.). Es macht sich bemerkbar, dass viele Zuzüglerinnen und Zuzügler, die in Luxemburg in Mietwohnungen lebten, im rheinland-pfälzischen Grenzraum hingegen Wohnungs- oder Hauseigentümer werden (L'observatoire de l'habitat 2010b: 5). Die bevorzugte Wohnform stellt in Luxemburg das möglichst neugebaute, eigene freistehende Einfamilienhaus dar. Dieses ist aufgrund der Bodenpreisentwicklungen in den letzten Jahren in den deutschen Grenzräumen erschwinglicher als in Luxemburg. Die Entscheidung zwischen der bevorzugten Wohnregion und der bevorzugten Wohnform fällt im Regelfall zugunsten der Wohnform aus. Ein Großteil der Zuzüglerinnen und Zuzügler würde bevorzugt weiterhin in Luxemburg leben, kann sich den Wunsch einer bestimmten Wohnform dort aber nicht erfüllen. Eine Rückkehr nach Luxemburg ist in den meisten Fällen dennoch nicht vorgesehen (L'observatoire de l'habitat 2010a: 2; 2010b: 6).

Während die finanziellen Motive für alle aus Luxemburg abwandernden Nationalitäten zutreffen, treten die kulturellen und familiären Gründe häufiger bei nicht-luxemburgischen Staatsbürgern auf (L'observatoire de l'habitat 2010b: 3). Darüber hinaus ist anzumerken, dass die von Grenzgängerinnen und Grenzgängern benötigten Infrastrukturen und Informationen schon vorhanden sind, da das Großherzogtum Luxemburg bereits über einen längeren Zeitraum hinweg Arbeitnehmer aus dem nahen Ausland anzieht. Die Luxemburgerinnen und Luxemburger können sich nach dem Schritt über die Grenze nach Deutschland also in bereits bestehende Strukturen einfügen und betreten kein komplettes Neuland (Carpentier 2010: 22).

2.3 Ansprüche an die Zielregion

Im Allgemeinen stellen die niedrigeren Bodenpreise den Hauptabwanderungsgrund in den Grenzraum dar. Bei der genaueren Wohnstandortwahl spielen insbesondere die Nähe des Wohnstandortes zum Herkunftsgebiet, eine grenznahe Lage und eine gute Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes sowie die Verfügbarkeit von Bauland oder Wohnraum eine große Rolle (Planungsgemeinschaft Region Trier 2007: 7, 21; L'observatoire de l'habitat 2010b: 2). Die Abwanderinnen und Abwanderer aus Luxemburg mit deutscher Staatsbürgerschaft ziehen überwiegend in den rheinland-pfälzischen und saarländischen Grenzraum. Hierbei handelt es sich meist um Rückkehrerinnen und Rückkehrer. In vie-

len Fällen ist davon auszugehen, dass diese ursprünglich aus weiter entfernten Regionen nach Luxemburg gezogen sind und nun – unter Beibehaltung ihres Arbeitsplatzes im Großherzogtum – in ihr Heimatland zurückziehen. Dies kann unterschiedliche Ursachen haben, etwa Integrationsschwierigkeiten aufgrund der Mehrsprachigkeit im luxemburgischen Alltag oder des dortigen Bildungssystems (Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle 2012: 10 f.). Mehr als die Hälfte der Abwanderinnen und Abwanderer mit luxemburgischer Nationalität ziehen ebenfalls in die rheinland-pfälzischen und saarländischen Grenzräume (Carpentier 2010: 29 ff.). Dies ist allerdings eine neuere Entwicklung, bis in die 2000er Jahre bevorzugten die luxemburgischen Migrantinnen und Migranten eher Wohnstandorte in Frankreich und Belgien (Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle 2012: 127).

2.3.1 Verfügbarkeit und Lage der Siedlungsflächen

Die Grundvoraussetzung für die Zuwanderung in die betroffenen Gemeinden ist die Verfügbarkeit von Siedlungsflächen. Die meisten Abwanderinnen und Abwanderer aus Luxemburg bevorzugen Siedlungsstandorte mit verfügbaren Grundstücken, die günstiger als im Herkunftsgebiet sind. Auch die Lage der Siedlungsstandorte spielt eine große Rolle, sie sollten möglichst nah am Herkunftsgebiet liegen. Die luxemburgischen Zuwanderinnen und Zuwanderer nach Rheinland-Pfalz stammen somit hauptsächlich aus dem Osten des Großherzogtums.

In Rheinland-Pfalz gehören Städte und Gemeinden mit zentralörtlichen Funktionen, etwa Trier und Konz oder grenznahe Gemeinden wie Nittel und Wincheringen, zu den Hauptzielen der Zuwanderinnen und Zuwanderer. Aber auch die umliegenden Kommunen ohne zentralörtliche Funktion, wie Bollendorf, Echternacherbrück oder Palzem, ziehen aufgrund ihrer guten Verkehrsanbindung viele Zuzüglerinnen und Zuzügler aus Luxemburg an. Die Hälfte der Zuwanderer bevorzugt Standorte in unmittelbarer Grenznahe. Weitere circa 40 Prozent der Zuzüglerinnen und Zuzügler wählen Wohnstandorte in einer Entfernung von bis zu 30 Kilometern zur Grenze (Carpentier 2010: 63, 70 ff.). Die Betrachtung des Bevölkerungswachstums in den Ortsgemeinden im Untersuchungsraum macht deutlich, dass ein Bevölkerungswachstum aufgrund atypischer Grenzgängerinnen und Grenzgänger eher in kleineren Ortsgemeinden als in Zentren stattfindet. Dementsprechend scheinen die Lage einer Gemeinde, die Verfügbarkeit von Siedlungsflächen und die Erreichbarkeit des Arbeitsortes bei der Wohnstandortwahl eine größere Rolle zu spielen als die zentralörtliche Funktion (Planungsgemeinschaft Region Trier 2007: 7, 21).

Parallel zum Bevölkerungswachstum stiegen die Preise für baureifes Land stärker an, als dies für die verzeichneten Zuwanderungsströme zu erwarten wäre. Hieraus lässt sich schließen, dass in den betroffenen Gemeinden nicht ausreichend baureifes Land zur Verfügung steht. Es stellt sich die Frage, ob der bestehende Handlungsbedarf hier bisher nicht erkannt wurde oder ob diese Abweichungen den langen Planungsprozessen geschuldet sind (Arnold 2008: 9). Der Druck auf die Baulandpreise wird durch die verstärkten Investitionen in Immobilien in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise zusätzlich gesteigert (Uken 2011).

2.3.2 Verkehrsinfrastruktur und Erreichbarkeit der Aktivitätsräume

Die Zuwanderinnen und Zuwanderer aus Luxemburg sind überwiegend im erwerbsfähigen Alter (L'observatoire de l'habitat 2010b: 1). Da die atypischen Grenzgängerinnen und Grenzgänger ihren Arbeitsplatz in Luxemburg im Regelfall beibehalten, ist die Anbindung an den Arbeitsstandort von großer Bedeutung. Somit gehört die Verkehrsanbin-

derung der Wohnstandorte zu den Hauptstandortfaktoren, die Zuzüglerinnen und Zuzügler bei der Auswahl ihrer Zielgemeinde berücksichtigen.

Das Straßennetz im Analyseraum ist so ausgebaut, dass die Arbeitsplatzschwerpunkte in Luxemburg grundsätzlich gut erreichbar sind. Hauptverkehrsträger sind Autobahnen und Bundesstraßen. Aufgrund des nur wenig ausgebauten grenzübergreifenden öffentlichen Personennahverkehrs sind viele Pendlerinnen und Pendler gezwungen, auf den motorisierten Individualverkehr zurückzugreifen (Ministère des Transports/Ministère des Travaux Publics/Ministère de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire et al. 2008: 48). Mit der Verlagerung des Wohnsitzes ins Ausland verändert sich aber auch der Aktivitätsraum der Zuzüglerinnen und Zuzügler. Hierbei ist auffällig, dass nur ein Teil der Aktivitäten in die neue Wohnregion verlagert wird, ein anderer Teil hingegen am Arbeitsplatz verbleibt. Die Aktivitätsräume werden also allgemein größer. Dies wirkt sich auch auf das Verkehrsaufkommen aus. Die frei wählbaren Aktivitäten werden in den meisten Fällen zwischen dem Wohn- und dem Arbeitsplatzstandort aufgeteilt, wobei verschiedene Kriterien entscheidend sind. Einkäufe und die Inanspruchnahme verschiedener Dienstleistungen werden beispielsweise meist an den Wohnstandort transferiert, da die räumliche Nähe hier wichtig ist. Arztbesuche werden hingegen oft im Großherzogtum getätigt. In den meisten Fällen wird der Hauptaktivitätsort zum Arbeitsplatz verlagert. Die meisten Zuwanderinnen und Zuwanderer in den deutschen Grenzraum bleiben also hauptsächlich im Großherzogtum aktiv (Carpentier 2010: 91 ff.).

3 Zuzüge aus dem Großherzogtum Luxemburg in den saarländischen Grenzraum – Wohnsituation der Luxemburger in der Gemeinde Perl

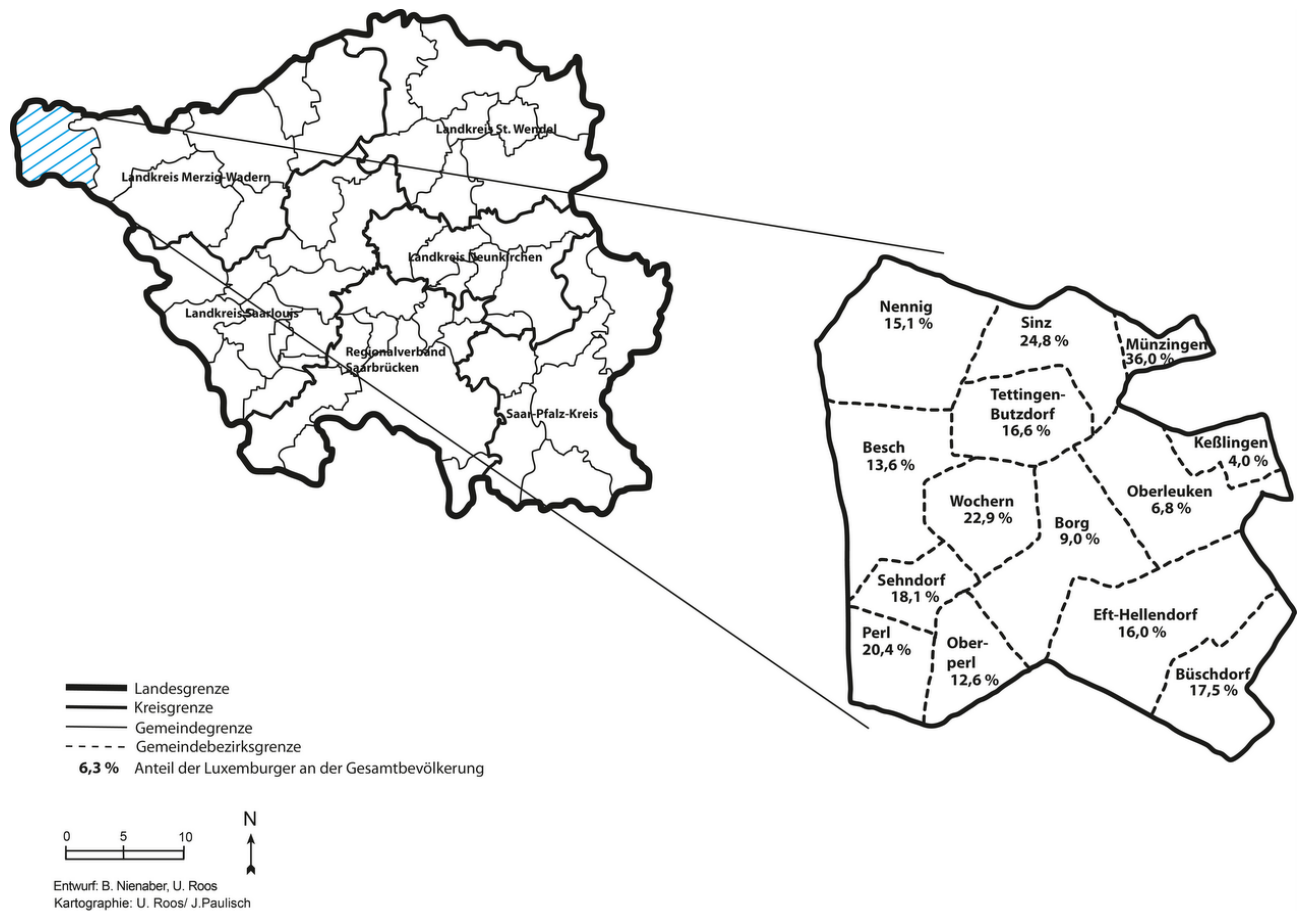
3.1 Charakterisierung der Gemeinde Perl und methodische Vorgehensweise

Die saarländische Gemeinde Perl, die sich aus insgesamt 14 Ortsteilen zusammensetzt, gehört zum Landkreis Merzig-Wadern, der sich im Nordwesten des Saarlandes befindet. Charakteristisch für die Gemeinde ist die Lage des Landkreises Merzig-Wadern im Dreiländereck Deutschland, Frankreich und Luxemburg sowie in der grenzüberschreitenden Großregion. Durch die Grenzlage der Gemeinde Perl, die unter anderem im Westen an die luxemburgische Gemeinde Schengen angrenzt, sowie den direkten Zugang zur Bundesautobahn A 8, die auf luxemburgischer Seite in die A 13 übergeht, ist eine gute Verkehrsanbindung an die 35 Kilometer entfernte Stadt Luxemburg gesichert. Sowohl die Nähe und Anbindung nach Luxemburg als auch die auf deutscher Seite günstigeren Immobilienpreise machen die Gemeinde für Abwanderinnen und Abwanderer aus Luxemburg attraktiv. Während 1990 lediglich 55 Personen mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit in der Gemeinde lebten, erhöhte sich diese Zahl bis zum Jahr 2000 auf 130 und bis 2005 auf 339 Personen. Besonders groß war der Anstieg innerhalb des Zeitraums von 2007 bis 2010, in dem sich die Einwohnerzahl der Luxemburger von 634 auf 1.272 Personen mehr als verdoppelte (Nienaber/Kriszan 2013: 224 f.). Dies spiegelt sich in einem starken Anstieg der Einwohnerzahlen der Gemeinde Perl von 1990 bis 2011 wider. Nach Berechnungen der Bertelsmann Stiftung erhöhte sich allein im Zeitraum von 2003 bis 2012 die Bevölkerung um 22,4 Prozent (Bertelsmann Stiftung o.J.).

Verbunden ist der durch den Zuzug atypischer Grenzgänger hervorgerufene Bevölkerungsanstieg mit einem erhöhten Ausländeranteil in der Gemeinde. So wies die Gemeinde Perl im Jahr 2012 mit 32,7 Prozent einen für ländliche Räume außergewöhnlich

hohen Ausländeranteil auf (Bertelsmann Stiftung o.J.; Nienaber/Roos 2012b: 97). Eine Betrachtung auf Ortsteilebene zeigt jedoch, dass die Ausländeranteile zwischen 36 Prozent in Münzingen und 6,3 Prozent in Keßlingen schwanken. Gleichzeitig variieren auch die Anteile der Luxemburgerinnen und Luxemburger an der Gesamtbevölkerung (s. Abb. 2). So verzeichnen – relativ gesehen – Münzingen, Sinz und Wochern die meisten Luxemburgerinnen und Luxemburger an der Gesamtbevölkerung, während in absoluten Zahlen die höchsten Werte mit 434, 177 und 174 Luxemburgerinnen und Luxemburger in den Ortsteilen Perl, Besch und Nennig erreicht werden (Nienaber/Kriszan 2013: 225).

Abb. 2: Die saarländische Gemeinde Perl mit Ortsteilen, Ausländeranteilen und Anteilen der Luxemburgerinnen und Luxemburger an der Gesamtbevölkerung



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von: Chef der Staatskanzlei o.J.

Mit dem Zuzug der Luxemburgerinnen und Luxemburger ist eine hohe Neubauquote durch Nichtdeutsche verbunden, was eine Besonderheit des atypischen Grenzgängerwesens darstellt. Sie gründet in Preisunterschieden sowie Unterschieden auf dem Wohnungsmarkt. Zur Wahrung der Identität der einzelnen Ortsteile hat die Gemeinde Perl im Jahr 2009 Vergaberichtlinien für die Überlassung von Wohnbaustellen festgelegt, wonach ortsansässige Bewerber um eine Wohnbaustelle vorrangig berücksichtigt werden (Gemeinde Perl 2009: 1). Auch gibt es Preisunterschiede für ortsansässige Käufer (82,50 €/m² im Jahr 2014) und für andere Interessenten (107,50 €/m² im Jahr 2014) (Gemeinde Perl o.J.; Nienaber/Roos 2012b).

Die im Folgenden dargestellten Forschungsergebnisse basieren auf der Durchführung einer postalischen, quantitativen Befragung mithilfe eines standardisierten und anonymisierten Fragebogens aus dem Jahr 2010. Inhaltlich bestand der Fragebogen aus den Bereichen „Soziodemographische Aspekte“, „Wohnsituation und Wohnumfeld“ sowie „Integration und Möglichkeiten zur Integration“, die in Form von geschlossenen, offenen und Hybridfragen abgedeckt wurden. Die Stichprobenziehung erfolgte durch das Einwohnermeldeamt der Gemeinde Perl. Es handelte sich dabei um eine Haushaltsstichprobe von 250 Personen ausländischer Staatsangehörigkeit mit einem Mindestalter von 18 Jahren, verteilt über alle Ortsteile. Bis zum Einsendeschluss wurden insgesamt 58 Fragebögen zurückgesandt, wovon alle 58 auswertbar waren. Dies entspricht einem Rücklauf von 23,2 Prozent. Diese Rücklaufquote ist als sehr gut einzustufen, da nach Reuber und Pfaffenbach (2005: 87) bei schriftlichen Befragungen in der Regel lediglich mit einer Rücklaufquote von unter 15 Prozent zu rechnen ist. Drei Viertel der zurückgesandten Fragebögen wurden von Personen luxemburgischer Staatsangehörigkeit ausgefüllt. Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich lediglich auf diese Personengruppe und umfassen nur den Themenblock „Wohnsituation und Wohnumfeld“ sowie vereinzelte Aspekte aus dem Bereich „Integration und Möglichkeiten zur Integration“.

Zur Vertiefung der Ergebnisse für das Thema „Wohnsituation und Wohnumfeld“ wurde ergänzend 2011 eine Kartierung der 251 von Luxemburgerinnen und Luxemburgern bewohnten Häuser in den beiden Ortsteilen Perl und Besch durchgeführt. Dazu wurden beispielsweise Merkmale wie Alter des Wohngebiets, Straßenlage, Haustyp, Alter des Hauses, Zustand des Hauses, Hausnutzung, Personen je Haushalt sowie soziodemographische Merkmale der Bewohnerinnen und Bewohner operationalisiert. Mit der Festlegung von spezifischen Kategorien konnten die beobachtbaren Merkmale erfasst werden. In Anlehnung an die von Grümer (1974: 43) sowie Schnell, Hill und Esser (1999: 364 f.) formulierten Anforderungen an Kategorien wurde einerseits die Eindimensionalität der Messung und andererseits die Ausschließlichkeit sowie Vollständigkeit und Konkretion berücksichtigt. Ebenso wurde aus praktischen Gründen auf eine Begrenzung der einzelnen Kategorien geachtet (Meier Kruker/Rauh 2005: 87). Informationen zu soziodemographischen Merkmalen konnten aus den Angaben des Einwohnermeldeamtes der Gemeinde Perl entnommen werden.

3.2 Soziodemographische Aspekte der Befragten

Im Folgenden werden ausgewählte soziodemographische Aspekte der im Rahmen der schriftlichen, standardisierten Untersuchung der erfolgreich befragten Personen tabellarisch zusammengefasst. Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich lediglich auf die Personen mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit.

Tab. 1: Soziodemographische Aspekte (Auswahl) der erfolgreich befragten Personen mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit (in Prozent)²

Merkmal	Personen mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit
Geschlecht	N = 42
Männlich	50,0
Weiblich	50,0
Altersgruppen	N = 43
< 20 Jahre	0
20–30 Jahre	18,6
31–40 Jahre	32,6
41–50 Jahre	9,3
51–60 Jahre	18,6
61–70 Jahre	11,6
> 70 Jahre	9,3
Ortsteil	N = 44
Besch	13,6
Borg	6,8
Büschdorf	2,3
Eft-Hellendorf	6,8
Münzingen	4,5
Nennig	18,2
Oberperl	4,5
Perl	22,7
Sinz	4,5
Wochern	15,9
Haushaltsform	N = 44
Ehepartner und Kinder	20,5
Partner und Kinder	9,1
Ehepartner ohne Kinder	31,8
Partner ohne Kinder	20,5
Alleine mit Kindern	4,5
Alleine ohne Kinder	11,4
Sonstiges	2,3

² Die Anzahl der Antwortausfälle hängt von einer jeden Fragestellung ab und kann daher von Frage zu Frage schwanken. Aus diesem Grund variiert N zwischen Werten von 42 und 44.

Höchster Bildungsabschluss	N = 44
Hauptschule	12,8
Realschule	17,9
Fachhochschulreife	5,1
Abitur	7,7
Fachhochschulabschluss	28,2
Hochschulabschluss	7,7
Ohne Abschluss	10,3
Keine Angabe	5,1
Sonstiges	5,1

Quelle: Eigene Erhebung 2010

3.3 Wohnsituation der Luxemburgerinnen und Luxemburger in der Gemeinde Perl

Ein sehr großer Teil der befragten Luxemburgerinnen und Luxemburger besitzt Eigentum in Form eines Wohnhauses oder einer Wohnung, was der sehr hohen Eigentumsquote im Saarland entspricht (59,5 Prozent im Jahr 2008) (BBR o.J.). Wird zwischen den beiden Wohnungsformen differenziert, dominiert mehrheitlich das Einfamilienhaus. Diese hohe Eigenheimquote der Luxemburgerinnen und Luxemburger gründet auf dem Preisunterschied zwischen dem Saarland und dem Großherzogtum, der je nach Wohnsegment zwischen -35 bis -45 Prozent liegt (Gerber/Licheron 2010: 64). Demnach gehen die grenzüberschreitenden Umzüge häufig „mit einer Änderung des Bewohnerstatus (aus Mietern werden Eigentümer) und einer Änderung des Wohnsegments (Wechsel von einer Wohnung zu einem Einfamilienhaus)“ (Gerber/Licheron 2010: 85) einher (Nienaber/Roos 2012b).

Begründet wird die Wohnortwahl in der Gemeinde Perl mit der Attraktivität der Gemeinde, die sich in unterschiedlichen Aspekten widerspiegelt. So schätzt die Untersuchungsgruppe vor allem die Grenznähe und die geringeren Wohnpreise. Ebenso spielt die gute Verkehrsanbindung an das Großherzogtum Luxemburg eine wichtige Rolle, sodass in Verbindung mit der grenznahen Lage ein tägliches Pendeln zum Arbeitsplatz ermöglicht wird. Aber auch die ländliche Umgebung der Gemeinde Perl und des Landkreises Merzig-Wadern werden von den Luxemburgerinnen und Luxemburgern geschätzt (Nienaber/Roos 2012b).

Der grenzüberschreitende Umzug in die saarländische Gemeinde erfolgte bei den meisten Befragten im Zeitraum der Jahre 2005 bis 2008, was mit einer deutlichen Zunahme der Einwohnerzahl und einer verstärkten Ausweisung von Neubaugebieten verbunden war. Für eine Verlagerung des Wohnortes entschieden sich vor allem Ehepartner beziehungsweise in Partnerschaft befindliche Personen mit und ohne eigene Kinder. Die von Zuzüglern aus Luxemburg bewohnten Häuser in den Ortsteilen Perl und Besch sind zu 55,5 Prozent Einfamilienhäuser, gefolgt von Mehrfamilienhäusern (19,7 Prozent) und Doppelhaushälften (16,0 Prozent). Diese befinden sich meist in den Neubaugebieten der beiden Ortsteile und damit in ruhigeren Nebenstraßen. Folglich handelt es sich in 60,9 Prozent der Fälle um neugebaute Objekte, die teilweise speziell von luxemburgischen Baugesellschaften beworben und gebaut werden (s. Abb. 3). Jedoch wurden teilweise auch die bewohnten Altbauten zumindest äußerlich in den vergangenen Jahren saniert. Entsprechend der überwiegenden Lage der Wohnobjekte in Wohngebieten

werden die Häuser nahezu vollständig zu Wohnzwecken genutzt. Lediglich in Einzelfällen umfasst die Hausnutzung neben dem Bereich „Wohnen“ zusätzlich noch gewerbliche Zwecke.

Abb. 3: Werbung einer luxemburgischen Baugesellschaft und ein Neubaugebiet in der Gemeinde Perl



Quelle: Nienaber 2011

In den Häusern wohnen in der Regel mehrere Personen luxemburgischer Nationalität sowie vereinzelt auch Personen mit einer luxemburgischen Doppelstaatsbürgerschaft (u.a. luxemburgisch-deutsch, luxemburgisch-portugiesisch, luxemburgisch-moldawisch und luxemburgisch-kapverdisch) zusammen. Ein Viertel der Luxemburgerinnen und Luxemburger lebt in Perl und Besch in Einpersonenhaushalten. Insgesamt dominieren in den beiden Ortsteilen Zweipersonenhaushalte, gefolgt von Haushalten mit drei Personen. Eine Besonderheit stellt das Seniorenheim Moselpark in Perl sowie das Alten- und Pflegeheim St. Franziskus in Besch dar, wo 152 beziehungsweise 60 Personen zusammenleben. Darunter befinden sich 91 beziehungsweise 11 Bewohnerinnen und Bewohner mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit. Die Altersstruktur der luxemburgischen Hausbewohner in den beiden Ortsteilen wird durch einen hohen Anteil von Personen im Alter von 31 bis 65 Jahren charakterisiert. Es folgen 0- bis 14-Jährige, 22- bis 30-Jährige und Personen mit einem Alter von über 65 Jahren sowie Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 15 bis 21 Jahren.

In den ethnisch-kulturell gemischten Wohngebieten, in denen die Untersuchungspersonen leben, bieten sich im Alltag viele Möglichkeiten für Intergruppenkontakte und Gelegenheiten zum Austausch. Diese Möglichkeiten werden von der Mehrheit der Befragten wahrgenommen, die angeben, dass häufig oder zumindest manchmal Kontakte zwischen ihrem Haushalt und den deutschen Nachbarn bestehen. Dennoch besteht auch die Gefahr der Segregation innerhalb der Gemeinde und möglicherweise der Abschottung, da die atypischen luxemburgischen Grenzgängerinnen und Grenzgänger in der Regel in überwiegend von Luxemburgern bewohnte Neubaugebiete ziehen (Nienaber/Kriszan 2013: 226, 231). Hervorgerufen wird dies einerseits durch deren hohe Neubauquote sowie andererseits durch steigende Immobilien- und Baugrundstückspreise. Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Befragung wider. So beschreiben drei Viertel der Untersuchungsgruppe, dass in ihrem direkten Wohnumfeld viele weitere Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, vermutlich Luxemburger, leben. Auch zu den Nachbarn ausländischer Staatsangehörigkeit existieren Kontakte, wobei diese etwas weniger intensiv sind als zu einheimischen Anwohnern. Die Analyse der Gründe

für interethnische beziehungsweise ethnische Kontakte zeigt, dass in erster Linie Freundschaften, gefolgt von einer gemeinsamen Freizeitgestaltung und Kontakten über die Kinder dominieren (Nienaber/Roos 2012b). Die Begegnung mit sowie der Austausch zwischen deutschen und luxemburgischen Kindern beziehungsweise Jugendlichen wurde in der Gemeinde Perl in besonderem Maße durch die Gründung des deutsch-luxemburgischen Schengen-Lyzeums im Jahr 2006 gefördert. So werden in der grenzüberschreitenden Schule vor allem Schüler aus Deutschland und Luxemburg gemeinsam unterrichtet. Darüber hinaus spielen aber auch organisatorische Verpflichtungen sowie infrastrukturelle Kontakte (z. B. Einkaufsmöglichkeiten) eine Rolle. Jedoch bestehen über das direkte Wohnumfeld hinaus meist nur wenige Kontakte zu Einheimischen, da die luxemburgischen Grenzgängerinnen und Grenzgänger häufig durch ihren Freundeskreis und ihre berufliche Einbindung weiterhin stark mit dem Großherzogtum Luxemburg verbunden sind (Nienaber/Kriszan 2013: 226; Frys/Nienaber 2011: 103). Dies könnte gemeinsam mit einer meist fehlenden Mitgliedschaft in örtlichen Vereinen oder fehlendem ehrenamtlichen Engagement einer sozialen Integration in die Gemeinde entgegenwirken (Nienaber/Roos 2012b).

Unabhängig davon fühlt sich die Mehrheit in ihrer Nachbarschaft wohl oder sehr wohl. Ein Gradmesser für das Gefühl des Wohlbefindens ist das Maß der Akzeptanz und Toleranz innerhalb des Wohnumfeldes. So erleben die befragten Luxemburgerinnen und Luxemburger in ihrem direkten Wohnumfeld überwiegend ein Gefühl der Toleranz und Akzeptanz. Entsprechend plant auch niemand der Befragten, innerhalb der nächsten fünf Jahre seinen Wohnsitz außerhalb der Gemeinde Perl zu verlegen (Nienaber/Roos 2012b).

4 Fazit

Die Zuwanderung in den Grenzraum führt in den Untersuchungsgebieten zu einem Bevölkerungswachstum. Die Zuzüglerinnen und Zuzügler in den deutschen Grenzraum verlagern im Regelfall nur ihren Wohnsitz und behalten ihren Arbeitsplatz in Luxemburg bei. Aus diesem Grund wählen die Zuwanderinnen und Zuwanderer hauptsächlich Wohnstandorte in unmittelbarer Grenznähe, ihr Aktivitätsraum bleibt aber auf das Großherzogtum fokussiert.

Bei den Zuzüglerinnen und Zuzüglern in die Untersuchungsräume handelt es sich hauptsächlich um zurückkehrende Deutsche und abwandernde Luxemburger. Diese ziehen jedoch aus unterschiedlichen Gründen in den Grenzraum. Bei beiden Gruppen lassen sich finanzielle Migrationsgründe feststellen. Hierzu gehören beispielsweise die hohen Bodenpreise in Luxemburg und die damit verbundenen Schwierigkeiten, die bevorzugte Wohnform – das freistehende Einfamilienhaus – umzusetzen. Darüber hinaus sind auch kulturelle und familiäre Ursachen ein häufiger Abwanderungsgrund.

Das durch die Zuwanderung verursachte Bevölkerungswachstum trägt gemeinsam mit dem hohen Grenzgängeraufkommen in den beiden Untersuchungsgebieten zu unterschiedlichen neuen Herausforderungen bei. Diese bringen diverse Konsequenzen für die Planung und die zukünftige Entwicklung mit sich. So erhöht der durch das Bevölkerungswachstum verursachte Siedlungsdruck das Risiko der Zersiedelung der Landschaft. Da die atypischen Grenzgängerinnen und Grenzgänger ihren Aktivitätsraum nur in geringem Maße an ihrem neuen Wohnstandort nutzen, integrieren sie sich im Regelfall nur wenig in die bestehenden Gemeinschaftsstrukturen. Der Verbleib des Arbeitsplatzes in Luxemburg trägt zu einem hohen Grenzgängeraufkommen bei. Das Grenzgängeraufkommen geht aufgrund des nur wenig ausgebauten grenzüberschreitenden ÖPNV mit

einem erhöhten Verkehrsaufkommen einher. Dementsprechend wird im Bereich der (grenzübergreifenden) Verkehrsmobilität großer Handlungsbedarf gesehen. Da die Zuwanderung nicht nur Gemeinden mit zentralörtlichen Funktionen, sondern alle Kommunen mit einer guten Verkehrsanbindung entlang der Grenze betrifft, werden auch die Sicherung der Daseinsvorsorge und das Zentrale-Orte-Konzept mit neuen Handlungserfordernissen konfrontiert. Hieraus ergibt sich das Erfordernis einer grenzübergreifenden räumlichen Planung.

Literatur

- Arnold, K. (2008): Migrationsprozesse im Raum Trier in Abhängigkeit vom lokalen Grundstücksmarkt.
<http://cpe.arubi.uni-kl.de/97ED93AD-EC16-4483-873A1E6C9A955B8A/FinalDownload/DownloadId-A6C2712D45C1419647E6A03D4F0820FB/97ED93AD-EC16-4483-873A-1E6C9A955B8A/MP-Trier/Diplomarbeit.pdf> (13.08.2014).
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (o.J.): Demographiebericht. Ein Baustein des Wegweisers Kommune. Perl.
<https://www.wegweiser-kommune.de/statistik/kommunaledaten+perl+demographischer-wandel+2003-2012+tabelle> (15.04.2013).
- Brüggemann, S.; Dinkel, M.; Faber, A.; Kraft, A.; Obereiner, D. (2008): Wohnstandortkonzeption für ausgewählte rheinland-pfälzische Verbandsgemeinden im Grenzgebiet zu Luxemburg. Unveröffentlichte Studierendenarbeit, WS 2007/2008 an der TU Kaiserslautern.
- BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (o.J.): Wohneigentum.
http://www.bbsr.bund.de/nr_821088/BBR/DE/WohnenImmobilien/Immobilienmarktbeobachtung/ProjekteFachbeitraege/Wohneigentum/01_start.html (18.04.2013).
- Carpentier, S. (Hrsg.) (2010): Die Grenzüberschreitende Wohnmobilität zwischen Luxemburg und seinen Nachbarregionen. Luxemburg. = Schriftenreihe „Forum Europa“ 6.
- Chef der Staatskanzlei (Hrsg.) (o.J.): Verwaltungskarte.
<http://www.saarland.de/9684.htm> (16.09.2014).
- Europäische Union (Hrsg.) (1971): Die Systeme der sozialen Sicherheit und Freizügigkeit: Grundverordnung (EWG), Nr. 1408/71.
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:1971:149:0002:0050:DE:PDF> (13.05.2013).
- Frys, W.; Nienaber, B. (2011): Die Situation der Wohnmigranten im ländlichen Saarland. In: Hege, H.-P.; Knapstein, Y.; Meng, R.; Ruppenthal, K.; Schmitz-Veltin, A.; Zakrzewski, P. (Hrsg.): Schneller, öfter, weiter? Perspektiven der Raumentwicklung in der Mobilitätsgesellschaft. Hannover, 94-104. = Arbeitsberichte der ARL 1.
http://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/ab/ab_001/ab_001_10.pdf (18.04.2013).
- Gemeinde Perl (Hrsg.) (2009): Vergaberichtlinien für die Überlassung von Wohnbaustellen in der Gemeinde Perl vom 12. März 2009.
http://www.perl-mosel.de/fileadmin/user_upload/PDFs/Wirtschaft_Bauen/Version_2_5_Beschluss_GR.pdf (13.08.2014).
- Gemeinde Perl (Hrsg.) (o.J.): Baugebiete in der Gemeinde Perl.
<http://www.perl-mosel.de/wirtschaft/baugebiete-2014/> (11.09.2014).
- Gerber, P.; Licheron, J. (2010): Wohnraum: Größer und preiswerter. In: Carpentier, S. (Hrsg.): Die grenzüberschreitende Wohnmobilität zwischen Luxemburg und seinen Nachbarregionen. Luxemburg, 63-85.

- Geyer, S. (2009): Siedlungsentwicklung im deutsch-luxemburgischen Grenzraum. Arbeitsfelder und Handlungsempfehlungen zur Steuerung am Beispiel des Landkreises Trier-Saarburg. In: Troeger-Weiß, G.; Domhardt, H.-J. (Hrsg.): Arbeitspapiere zur Regionalentwicklung. Kaiserslautern. = Elektronische Schriftenreihe des Lehrstuhls Regionalentwicklung und Raumordnung 2.
- Grüner, K.-W. (1974): Beobachtung. Stuttgart.
- Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (Hrsg.) (2010): Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion. 7. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle an den 12. Gipfel der Exekutive der Großregion. Saarbrücken.
- Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (Hrsg.) (2012): Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion. 8. Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle an den 13. Gipfel der Exekutive der Großregion. Saarbrücken.
- L'observatoire de l'habitat (2010a): La Note de l'observatoire de l'habitat. Préférences et satisfaction résidentielle des habitants du Luxembourg – un aperçu.
www.statistiques.public.lu/fr/publications/autresacteurs/series-ceps/noteobservatoirehabitat/2009/12-2009/12-2009.pdf (11.12.2012).
- L'observatoire de l'habitat (2010b): La Note de l'observatoire de l'habitat. Des actifs résidents devenus frontaliers, Analyse d'un phénomène émergent.
www.statistiques.public.lu/fr/publications/autresacteurs/series-ceps/no4-2010.pdf (11.12.2012).
- Meier Kruker, V.; Rauh, J. (2005): Arbeitsmethoden der Humangeographie. Darmstadt.
- Ministère des Transports; Ministère des Travaux Publics; Ministère de l'Intérieur et de l'Aménagement du Territoire; Ministère de l'Environnement (Ed.) (2008): Plan directeur sectoriel Transports. Projet de Rapport technique. [Vorentwurf des Plan Sectoriel „Transports“].
www.dat.public.lu/publications/documents/avant_projet_plan_sectoriel_transports/av_proj_pst_br.pdf (19.06.2012).
- Ministerium des Inneren und für Sport Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2009): Raumordnungsbericht 2008. Mainz.
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2009): Zuwanderungs- und Integrationsbericht der Landesregierung Rheinland-Pfalz 2007–2008. Mainz.
- Nienaber, B.; Kriszan, A. (2013): Entgrenzte Lebenswelten: Wohn- und Arbeitsmigration als Ausdruck transnationaler Lebensentwürfe im deutsch-luxemburgischen und deutsch-polnischen Grenzraum. In: Raumforschung und Raumordnung 71 (3), 221-232.
- Nienaber, B.; Roos, U. (2012a): Internationale Migranten und Migration. In: GR-Atlas (Atlas der Großregion).
<http://gr-atlas.uni.lu/index.php/de/articles/ge62/mil184> (11.09.2014).
- Nienaber, B.; Roos, U. (2012b): Der demographische Wandel und die Integration von Migranten in den saarländischen Kleinstädten Perl und Schmelz. In: Köppen, B.; Gans, P.; Milewski, N.; Swiaczny, F. (Hrsg.): Internationalisierung: Die unterschätzte Komponente des demographischen Wandels in Deutschland? Norderstedt, 87-116. =Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Demographie 5.
- Planungsgemeinschaft Region Trier (Hrsg.) (2007): Regionaler Raumordnungsbericht der Region Trier 2007. Trier.
- Ramm, M. (1999): Saarländer im grenznahen Lothringen. In Geographische Rundschau 51 (2), 110-115.
- Reuber, P.; Pfaffenbach, C. (2005): Methoden der empirischen Humangeographie. Braunschweig.
- Schnell, R.; Hill, P.; Esser, E. (1999): Methoden der empirischen Sozialforschung. München/Wien.
- Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2011a): Mehr EU-Ausländer im Saarland.
http://www.saarland.de/dokumente/thema_presseportal/PD_025_EU_Auslaender.pdf (28.02.2012).

- Statistisches Amt Saarland (Hrsg.) (2011b): Ausländer im Saarland am 31. Dezember nach Staatsangehörigkeit.
http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/staa_BEVSTAAT%283%29.pdf
(28.02.2012).
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2011): Ausländer in den Kreisen nach Staatsangehörigkeit 2008–2010. Unveröffentlichte Zusammenstellung.
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (o.J.) Mein Dorf, meine Stadt.
www.infothek.statistik.rlp.de/neu/MeineHeimat/meineGemeinde.aspx (08.01.2013).
- Uken, M. (2011): Anleger entdecken das Betongold.
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-09/immobilien-kaufpreise> (31.05.2013).
- Wille, C. (o.J.): Atypische Grenzgänger nach Luxemburg. In: GR-Atlas (Atlas der Großregion).
<http://gr-atlas.uni.lu/index.php/de/articles/ar65/at659?task=view&id=1819> (11.09.2014).

Autorinnen

Ursula Roos (*1985), 1. Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen mit den Fächern Geographie/Chemie, geogr. Migrations- und Integrationsforschung, Geographie ländlicher Räume, Universität Luxemburg, Walferdange/Luxemburg, Mitglied der AG „Internationalisierung der Gesellschaft und die Auswirkungen auf die Raumentwicklung“ der ARL.

Chantal Hermes (*1987), Dipl.-Ing. Raum- und Umweltplanung, Administration communale de la Ville d'Ettelbruck, Ettelbruck (Luxemburg), Mitglied der AG „Internationalisierung der Gesellschaft und die Auswirkungen auf die Raumentwicklung“ der ARL.

Birte Nienaber (*1978), Prof. Dr. phil., Dipl.-Geogr., geogr. Migrationsforschung, Raumentwicklung, Grenzräume, politische Geographie, Universität Luxemburg, Walferdange/Luxemburg, Mitglied der ARL-LAG Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland.

Olaf Kühne, Antje Schönwald

Identität, Heimat sowie In- und Exklusion: Aspekte der sozialen Konstruktion von Eigenem und Fremdem als Herausforderung des Migrationszeitalters

Gliederung

- 1 Einleitung
 - 2 Identität
 - 3 Räumliche Identitätsprozesse
 - 4 Heimat
 - 5 Ambivalenzen der Konstrukte von Identität und Heimat im Kontext der Migration
- Literatur

Kurzfassung

Im Zuge der Globalisierung und der sich in diesem Zusammenhang verstärkenden Sehnsucht nach dem Lokalen gelangen die Konstruktionen von Heimat und regionaler Identität verstärkt in den Fokus wissenschaftlichen Interesses. Während für den Terminus der regionalen Identität fachstrategisch geschickt die Räumlichkeit von Identitätsbildungen konstitutiv ist, entstammt das Wort „Heimat“ einem lebensweltlichen Kontext und bezieht sich stärker auf soziale Bindungen. Da beide Konzepte die Exklusion des Fremden implizieren, sind sie vor dem Kontext globaler Migration und kultureller Hybridisierung nicht unreflektiert positiv zu werten.

Schlüsselwörter

Heimat – Identität – Migration – Konstruktivismus – Inklusion – Exklusion

Identity, home, inclusion and exclusion: aspects of the social construction of selfness and strangeness as a challenge of the age of migration

Abstract

With regard to globalization and the closely related longing for locality, the construction of nativeness and regional identity is more and more under scientific scrutiny. While the term regional identity originates from concepts of space and identity, the word native stems from a life-world context and refers more to social bonds. Since both concepts imply the exclusion of strangers, they should not be interpreted entirely positively against the background of global migration and cultural hybridization.

Keywords

Homeland – identity – migration – constructivism – inclusion – exclusion

1 Einleitung

Im Kontext von sozialen, kulturellen und ökonomischen Globalisierungsprozessen rücken auch Fragen der regionalen und lokalen Erzeugung und Erhaltung von Besonderheiten wieder in den Fokus des öffentlichen wie wissenschaftlichen Interesses. So führt Globalisierung – Anthony Giddens (1995) zufolge – einerseits zu einem dis-embedding, einer Ortslosigkeit des Menschen: „Lebenswelten verlieren durch Globalisierung ihre Zentrierung“ (Luckscheiter 2007: 181). Andererseits seien Menschen bemüht, die Ortslosigkeit dieser globalisierten Welt durch ein re-embedding, eine Rückverortung in das Lokale und Vertraute, zu kompensieren. Migration, in unterschiedlicher Weise mit Globalisierungsprozessen verbunden – sei es als ökonomisch bedingte Wanderung, als Flucht vor Armut oder als Suche nach Karrierechancen bei Hochqualifizierten, sei sie dauerhaft oder zirkulär – ist auch verbunden mit Konfrontation und Austausch sowie mit Hybridisierung von Bekanntem und Neuem und stellt entsprechend eine Herausforderung für den Prozess der Wiedereinbettung in das Lokale dar. Im Kontext der Bemühung um Wiederverortung verweisen Hauser und Kamleithner (2005: 173) auf ein bemerkenswertes Phänomen: Konservative Kulturkritik wie auch „linker“ Fortschrittsglaube setzten in ähnlicher Weise auf die „positive Kraft des Lokalen“. Die Hoffnungen, die damit verbunden wären, seien allerdings deutlich unterschiedlich: In konservativer Lesart wird mit dem Bedeutungsgewinn des Lokalen eine Wiederverheimatung im Gemeinschaftlichen verbunden, während die sozialistische Lesart eine die globale kapitalistische Raumproduktion unterlaufende Emanzipation des Lokalen erhofft.

In diesem Artikel gilt es, die Frage nach Erzeugung und Funktion von Identität, insbesondere in ihrer räumlichen Perspektive, und Heimat im Kontext von Migrationsprozessen zu behandeln und Hinweise zu liefern, in welcher Form eine Wiederverortung in das Lokale nicht mit der Konstituierung einer handlungsleitenden Differenz von Eigenem und Fremdem verbunden werden muss.

2 Identität

Identität ist ein vielfältiger Begriff, in den Geistes- und Sozialwissenschaften findet sich „eine kaum noch zu überblickende Vielzahl miteinander verwobener philosophischer, sozialpsychologischer, soziologischer, politikwissenschaftlicher und anderer sozialwissenschaftlicher Theorien, Ansätze und Herangehensweisen an den Identitätsbegriff“ (Marxhausen 2010: 43). Im Anschluss an die Forschungen von George Herbert Mead (z.B. 1968), einem Pionier der Identitätsforschung, wird Identität bis heute allerdings nicht statisch als von gesellschaftlichen Alternationen losgelöster und stabiler Zustand aufgefasst. Vielmehr wird Identität als ein von sozialen Interaktionen beeinflusster Prozess verstanden. Zentral für den Umgang mit der Definition von und dem Umgang mit Fremden ist die Entstehung von sozialer Identität. Nach Henri Tajfel und John Turner (1986) entsteht diese erst durch die Zugehörigkeit einer Person zu einer Gruppe, deren soziale Kategorien zur maßgeblichen Wahrnehmungs- und Handlungsgrundlage der Person werden, diese also einen bedeutsamen Einfluss auf das Handeln der Person erlangen und Aspekte der personalen Identität in den Hintergrund rücken. Die Akteure konstruieren in diesem Kontext eine In- und eine Outgroup und präferieren üblicherweise ihre Ingroup gegenüber den Outgroups, selbst „wenn es den Eigeninteressen widerspricht“ (Zick 2002: 410). Häufig streben die Akteure sogar danach, die Differenz zwischen ihrer Ingroup gegenüber der Outgroup als besonders groß zu konstruieren, um die eigene positiv besetzte soziale Identität zumindest zu erhalten oder gar auszubauen. Das Aushandeln einer positiven sozialen Identität und ihre Konturierung nach außen

stellt demnach ein zentrales Motiv sozialer Konflikte dar. Diese Konflikte lassen sich auch stets als Konflikte zwischen Gruppen verstehen (Zick 2002). Die Konfliktbereitschaft lässt sich als umso größer feststellen, je stärker sich die handelnde Person mit ihrer Ingroup identifiziert und je drängender sie eine Gefährdung ihrer sozialen Identität befürchtet.

Galt es als normatives Ziel moderner Identitätskonstruktion, eine möglichst widerspruchsfreie personale und soziale Identität zu entwickeln, hat diese Norm in den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten unter dem Einfluss der Postmoderndiskussion an Verbindlichkeit verloren. War der Moderne das Bemühen nach Abgrenzung von Divergentem und das Streben nach Eindeutigkeit inhärent, ist die Postmoderne hingegen darum bemüht, einerseits Widersprüche und Mehrdeutigkeiten anzuerkennen und andererseits das Andersartige als Bereicherung zu beschreiben (Kühne 2008). Postmoderne Identitätsverständnisse stellen – wie moderne auch – den Prozesscharakter heraus, „Patchwork-Identitäten“ (Keupp 1992: 176) sind in der Postmoderne die Regel. Doch auch postmoderne Identitätsbildung ist nicht willkürlich, „aufgrund der sozio-kulturellen Milieuzugehörigkeiten und der jeweiligen Ressourcen der Subjekte“ (Reckinger/Schulz/Wille 2010: 297) ist sie immer auch gewissen Grenzen unterworfen. Für Zygmunt Bauman liegen diese Grenzen in den in bestimmten gesellschaftlichen Kontexten definierten Wahlmöglichkeiten der handelnden Person. Wahlmöglichkeiten sowie die zur Wahl notwendigen zur Verfügung stehenden Ressourcen fallen für die Beteiligten im postmodernen Konsumkapitalismus sehr unterschiedlich aus (Bauman 1999: 348). Doch die Möglichkeiten des Wählens beinhalten nicht nur das Recht zur Wahl, sondern auch die Pflicht dazu. In diesem Wahlzwang greifen Menschen „nicht nur begierig nach neuen standardisierten Modellen des ‚richtigen Lebens‘, die in einer überbordenden Fülle von den Medien und Erlebnisindustrien angeboten werden. Sie reagieren teilweise auch mit der Wiederbelebung alter und der Produktion neuer Feindbilder, die Eigenes von Fremdem eindeutig und endgültig abgrenzen sollen“ (Keupp 1994: 348). Die postmoderne Abkehr vom Streben nach Eindeutigkeit ist deshalb für die Menschen schwierig, denen wichtige Ressourcen fehlen, um die Wahlmöglichkeit als Freiheit und nicht als Zwang zu erleben.

3 Räumliche Identitätsprozesse

Infolge der Prozesse von Globalisierung, Transnationalisierung und Kosmopolitisierung lassen sich kulturelle Identitäten in abnehmender Weise an nationale Bezüge anschließen (Ahrens 2001). Auch Beziehungen werden immer stärker über nationalstaatliche Grenzen hinweg organisiert, entweder weil Menschen zunehmend in Migrationsprozesse involviert sind oder weil mit der Bildungsexpansion Sprach- und interkulturelle Kompetenzen zugenommen haben. Auf der anderen Seite steigt – wie einleitend festgestellt – das Bedürfnis nach Entkomplexisierung der komplexen Verhältnisse einer auf globaler Bezugsebene organisierten Welt, es „wird immer stärker das Bedürfnis nach eigener kultureller Identität und deren Bewahrung deutlich“ (Buß 2002: 21). Die Entwicklung regionaler Identität beinhalte dabei beides, „eine klare spezifische Kernidee und zugleich spezifische Amalgamierung mit überregionalen oder transnationalen Wert- und Lebensstilansprüchen [...]“ (Buß 2002: 31). Ähnliche Überlegungen finden sich bereits bei Robertson (1995), der in seiner Theorie der Glokalisierung anführt, lokale und globale Prozesse müssten einander nicht ausschließen, da sie vielmehr in einem gegenseitigen Bedingungs- und Beeinflussungsverhältnis stünden. Durch ein globales Bewusstsein wird hier eine neue Perspektive auf das Lokale eröffnet, das Lokale lässt sich neu erfinden und global – z. B. via Internet – inszenieren (vgl. Ahrens 2001). Die aktuelle Mobilisierung ei-

ner lokalen Kultur lässt sich auch in einer befürchteten Beeinflussung durch globale Prozesse interpretieren, denn „[k]ulturelle Globalisierung [...] zeigt sich zuallererst im Kontext von Heimat“ (Johler 2008: 126).

Ob und inwiefern „Raum“ als eine „identitätsstiftende Kategorie“ (Naglo 2007: 70) gelten kann, wird gegenwärtig in der Wissenschaft kontrovers diskutiert. So nimmt Weichhart an, „dass die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse territoriale Bindungen und Identifikationen keineswegs verhindern oder gar ausschließen, sondern [...] sogar ausdrücklich fördern und intensivieren“ (Weichhart 1990: 29). Der Historiker Detlef Briesen (1994: 45) unterstreicht die anhaltende Bedeutung des Raumes für seine Bewohner: „Regionalbewusstsein ermöglicht es [...] Menschen, einen bestimmten Aspekt ihrer Umwelt zu verstehen, sich in diese Umwelt einzuordnen, sich selbst und sich anderen Menschen verständlich zu machen, auf Differenzen zu anderen Menschen zu verweisen, mit anderen Menschen zu kommunizieren und in einer bestimmten Umwelt zu handeln.“ Auch müssten regionale Identitäten nicht notwendig auf einer ausgeprägten gemeinsamen Kultur beruhen, denn eine symbolische Gemeinschaft und die individuelle Überzeugung, „etwas mit anderen Menschen gemeinsam zu haben“ (Briesen 1994: 46) hätten einen höheren Stellenwert als kulturelle Gemeinsamkeiten (Briesen 1994). Dieser Eindruck findet sich auch in einer Studie zu Identitäten in der grenzüberschreitenden Region „Großregion“ (Saarland, Lothringen, Luxemburg, Rheinland-Pfalz, Wallonien mit der Französischen und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens) bestätigt. Akteure unterschiedlicher Bereiche (z. B. Bildung, Politik, Kultur) aus den verschiedenen Teilregionen der Großregion wurden in den Jahren 2009 und 2010 in qualitativen Interviews unter anderem zum Thema „Großregionale Identitäten“ befragt. Die Analyse zeigt, dass, auch wenn die Region „Großregion“ – insbesondere aufgrund der mehrfachen räumlichen Erweiterung im Laufe ihrer Geschichte – von vielen Befragten als willkürliches Konstrukt wahrgenommen wird, individuelle Überzeugungen zum Sinn und Mehrwert der grenzüberschreitenden Verflechtungen jedoch trotz allem großregionale Identitäten ermöglichen (Schönwald 2012).

Trotz dieser Bekenntnisse zum „Raum“ als identitätsstiftender Dimension muss seine gesellschaftliche Erzeugung ins Kalkül gezogen werden, schließlich basiert die Konstruktion einer regionalen bzw. nationalen Identität auf der Vorstellung einer gemeinsamen, zumeist auch politisch organisierten Solidargemeinschaft. Damit sich eine solche Solidargemeinschaft „ihrer selbst bewusst werden und bleiben kann, muss Identitätsbildung betrieben werden“, bei der ihren Angehörigen „klar gemacht werden muss, dass sie Teil eines Kollektivs sind, das im Wandel der Zeit ein und dasselbe geblieben ist, auch wenn es mehrere Namen gehabt haben sollte (numerische Identität)“ und zudem muss den Angehörigen dieser Solidargemeinschaft verdeutlicht werden, „worin sie sich gleichen (qualitative Identität)“ (Gostmann/Wagner 2007: 69). Sollte eine gemeinsame politische Einheit fehlen, „dann muss auf kulturelle, ethnische oder soziale Gemeinsamkeiten verwiesen werden“ (Gostmann/Wagner 2007: 69), was auf staatlicher Ebene „die Nation zur Kulturnation, ethnischen Nation oder Klassennation macht“ (Gostmann/Wagner 2007: 69).

4 Heimat

Zielt der im wissenschaftlichen Kontext definierte und mittlerweile gesellschaftlich diffundierte Terminus der regionalen Identität konstitutiv darauf ab, die Verbindung von Menschen zu Räumen (so sozial konstruiert sie auch sein mögen) zu beschreiben, ist der Begriff der Heimat ein „sehr schillerndes, ein sehr gefühlsbetontes kulturelles Phänomen, das Bedeutungsschichten aus vielen Jahrhunderten transportiert“ (Kazal 2005: 61). Insbesondere im Rückblick auf das 20. Jahrhundert hat sich Heimat keinesfalls als ein harmloses Konzept erwiesen (vgl. Hüppauf 2007). Der Soziologe Rainer Paris beschreibt die Entwicklung von Heimat als einen Teil einer gelungenen Sozialintegration, die er als Bezug auf die „einheitsstiftenden, kollektive Zugehörigkeitsgefühle verbürgenden Wirkungen kultureller Traditionen, Werte und Gemeinschaftserfahrungen“ (Paris 2005: 161 f.) umreißt. Die Entwicklung von Heimat kann also einen wesentlichen Beitrag zur Integration des Menschen in einen bestimmten sozialen Kontext darstellen. In ihrer Studie zur Bedeutung von Heimat im Kontext von Globalisierung und Flexibilisierung am Beispiel des Saarlandes ermitteln Kühne und Spellerberg (2010) die folgenden sieben Bedeutungskomplexe des Begriffs:

1. Die Dimension des Sozialen stellt die konstitutive Ebene von Heimat dar. Sie bezieht sich einerseits auf Personen, die in die persönliche Heimat inkludiert sind (wie Familie, Freunde, Verwandte, Bekannte, Kameraden etc.), andererseits verweist sie auf eine Heimat definierende und exkludierende Bedeutung: Im sozialen Kontext wird ausgehandelt, wer sich in welchem Kontext ohne Anerkennungsverlust als Teil einer lokalen oder regionalen Einheit bezeichnen darf.
2. Die Dimension des Wohlbefindens ist auf die Dimension des Sozialen bezogen: Heimat ist ein sozialer Kontext, in dem sich Menschen geborgen fühlen, in den sie lebensweltlich eingebettet sind.
3. Die Dimension der geistigen Heimat ist ebenfalls sozial geprägt: Sie bezieht sich auf ein bestimmtes, unhinterfragt akzeptiertes Set von Rollen-, Wert- und Normvorstellungen sowie von Sprachverständnissen als allgemein verfügbar angesehenem Wissen. Dieses Set kann in unterschiedlichen Milieus sehr unterschiedlich ausgeprägt sein – was wiederum auf seine soziale Bedingtheit verweist.
4. Die Dimension der Zeit ist mehrfach konnotiert: Erstens entwickeln sich soziale Bindungen, aber auch heimatliche Ortsbindungen, im zeitlichen Kontext; zweitens bildet die Dimension der Zeit die vielfach romantisierende Rückbesinnung auf die eigene Vergangenheit; drittens stellt Zeit auch den Kontext des Vergleichs von früher und heute dar, der vielfach eine Grundlage für die Konturierung von Heimat darstellt.
5. Die Dimension der Ab- und Ausgrenzung stellt eine zumeist räumlich symbolisierte soziale Definition dar, Heimat generiert sich hier durch Prozesse der Inklusion und der Exklusion als einer extremen Form der Definition einer In- und Outgroup. Räumlich wird diese Abgrenzung lokal (Ort), regional (z.B. Bundesland), national (Staat) dargestellt. Sie verweist aber häufig auch auf milieu- oder kulturspezifische Interpretationen (insbesondere in der Dimension der geistigen Heimat). Für die ausgegrenzten Personen gestaltet sich der Prozess der Aus- und Eingrenzung häufig als emotional belastend, wodurch vielfach Gegenstrategien (siehe nächster Abschnitt) ausgelöst werden.

6. Die Dimension des Ortes bzw. der Landschaft bezieht sich auf die symbolische und emotionale Besetzung von Objekten als Heimat. Raum – als Nebenfolge sozialen Handelns – bietet Anknüpfungsmöglichkeiten für die fünf bislang dargestellten Dimensionen von Heimat.
7. Die Dimension der Entkomplexisierung von Welt durch Heimat durchzieht die anderen Dimensionen. Infolge der Selektion von Personen, physischen Objekten, Zeitpunkten und -abschnitten wie auch bestimmten Kenntnissen und emotionalen Zugängen wird Welt durch Einschluss und Ausschluss einem Prozess der Komplexitätsminderung unterworfen. Eine solche Komplexitätsminderung beinhaltet die Schaffung bzw. Perpetuierung der Stereotypisierung des Heimatlichen und des Fremden. Diese werden nur selten hinterfragt, sondern vielmehr durch rekursive Prozesse der Selbst- und Fremdvergewisserung aktualisiert und gefestigt (z. B. durch immer dieselben Konfigurationen in Witzen, wie cleverer Saarländer versus tumber Pfälzer).

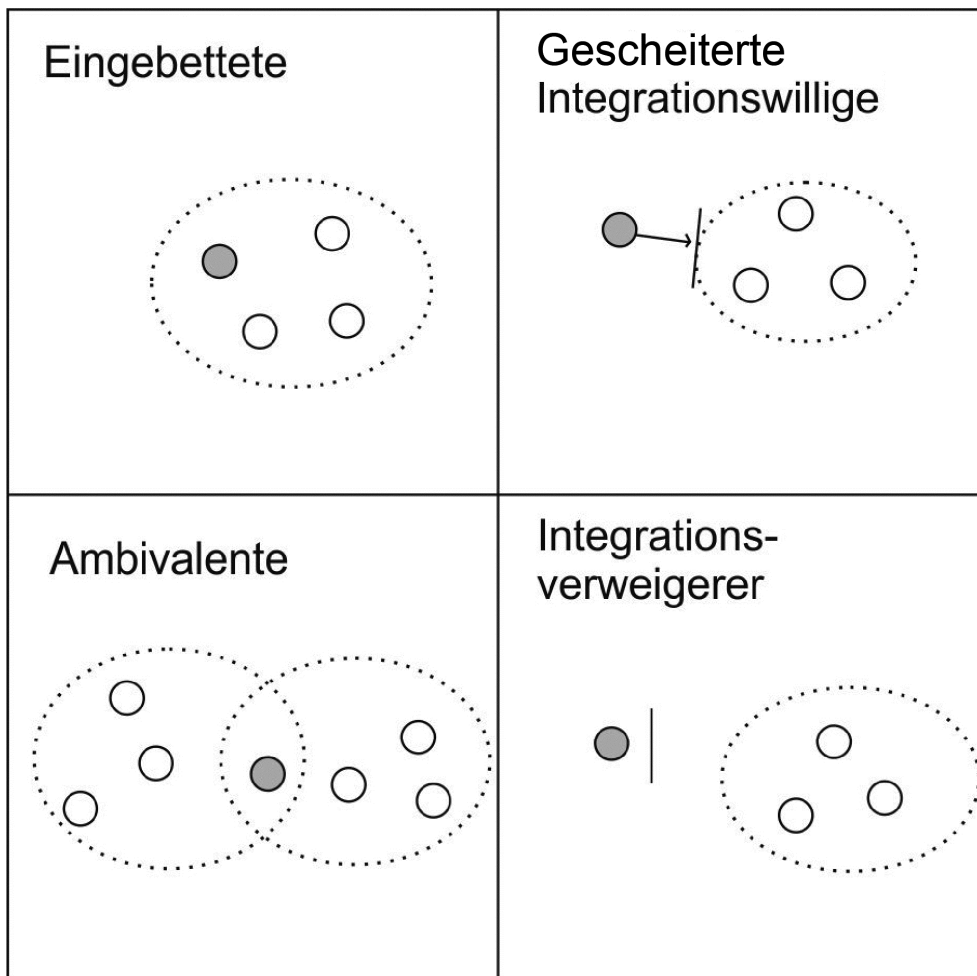
5 Ambivalenzen der Konstrukte von Identität und Heimat im Kontext der Migration

Die soziale Konstruktion von Heimat (oder ihrer akademischen Spezialform regionaler Identität) ist als soziales Phänomen stets mit ungleicher Verteilung von Macht verbunden. Die vielfach enge Kopplung von Heimat an das Konstrukt der Kultur verdeutlicht die Abhängigkeit von Machtbeziehungen, schließlich ist „in jeder Hinsicht [...] Kultur Ergebnis eines Kampfes. Das versteht sich von selbst, weil mit der Idee der Kultur immer die menschliche Würde auf dem Spiel steht“ (Bourdieu 2005 [1977]: 26). Kultur ist damit ein Medium der Definition von In- und Exklusion, die Armin Nassehi (1999: 219) als einen „Geburtsfehler der Kultur“ beschreibt, der entstehe, weil Systeme kultureller Zugehörigkeit und Identität automatisch vergleichende Perspektiven hervorbrächten. Damit werde „kulturelle Nicht-Zugehörigkeit (von anderen, Fremden) und Differenz (zu anderen, Fremden) fast schon zur epistemologischen Möglichkeitsbedingung des Beobachtungsschemas Kultur“ (Nassehi 1999: 219). Dieses Beobachtungsschema basiert auch auf Eindeutigkeit, das insbesondere keine Hybriderscheinungen als gleichwertig anerkennt. Die Normativität der Eindeutigkeit wird dabei durch eine territoriale Bindung sozial-kulturell-ethnischer Konstrukte gesteigert und machtvoll verfestigt, wie Rommelspacher (2005 [1992]: 208) am Beispiel der Deutschen verdeutlicht: „Deutsch sind [...] die, die in Deutschland die Macht haben“. Das Streben nach Eindeutigkeit und der Machterhaltung von Alteingesessenen lässt sich auch anhand der „Matrix des stereotyp Heimatlichen“ (Kühne/Spellerberg 2010) formulieren: Der „richtige“ Dialekt, die „richtige“ ethnische Zugehörigkeit (dokumentiert durch Ortansässigkeit der Vorfahren), Heterosexualität, die „richtige“ Religion sowie die Praxis lokaler und regionaler Traditionen (nicht das kognitive Wissen darüber!) definieren die Grenze zwischen In- und Outgroup. Somit dient die Entwicklung heimatlicher Zugehörigkeit mit der Höherschätzung des Autochthonen gegenüber dem Allochthonen zur Befriedigung des Distinktionsbedarfs: Die Überhöhung der eigenen Tradition, verbunden mit der Ignoranz gegenüber fremden Traditionen, die höchstens von einem touristischen Voyeurismus unterbrochen wird, birgt auch die Gefahr einer sozialen Sklerosierung (Gebhard/Geisler/Schröter 2007). Im Prozess der sich in Abhängigkeit von dem konstruierten Grad der Abweichung zur „Matrix des stereotyp Heimatlichen“ zumeist über Jahrzehnte, häufig über Generationen vollziehenden, zumeist normativ einseitig verstandenen, Integration werden von Fremden erhebliche Vorleistungen erwartet, die Integrationsbereitschaft symbolisieren (sollen). Einen klassischen und häufig rezipierten Ansatz der deutschsprachigen Migrations- und Integrationstheo-

rien stellt Hartmut Essers (2001) Integrationstheorie dar. Er stützt sich dabei auf die Unterscheidung zwischen Systemintegration und Sozialintegration, wobei die Systemintegration „die Integration eines sozialen Systems ‚über die Köpfe‘ der Akteure hinweg [...]“ (Esser 2001: 4), beschreibt, während sich die soziale Integration „auf Unterschiede zwischen den *individuellen* Akteuren im Ausmaß der Beziehungen, die sie unterhalten und im Grad der dadurch jeweils unterschiedlich hohen sozialen Einbettung der *individuellen* Akteure“ (Esser 2001: 5, Hervorh. i. O.) bezieht. Beide Integrationsformen können Esser (2001: 6) zufolge in Grenzen unabhängig voneinander bestehen. Interessant in unserem Kontext von Identität und Heimat ist insbesondere die Sozialintegration, bei der Esser (2001: 8) vier Varianten unterscheidet: Kulturation, Plazierung, Interaktion und Identifikation. Kulturation beinhaltet demnach Wissen (wie etwa Sprachkenntnisse) und Kompetenzen (wie etwa kulturelle Kompetenzen) und lässt sich somit als „Teil der kognitiven Sozialisation“ (Esser 2001: 9) bezeichnen. Plazierung meint die Besetzung einer gesellschaftlichen Position innerhalb eines bereits bestehenden Sozialsystems, diesem Teil der Sozialintegration schreibt Esser (2001: 10) die „Schlüsselrolle“ zu. Interaktionen, die dritte essersche Sozialintegrationsvariante, zeichnen sich dadurch aus, dass „sich die Akteure wechselseitig über Wissen und Symbole aneinander orientieren und so, und über ihre Orientierungen und ihr Handeln, Relationen miteinander bilden“ (Esser 2001: 10). Die vierte Variante der sozialen Integration nach Esser (2001: 12) ist „die Identifikation eines Akteurs mit einem sozialen System“, darunter versteht Esser „jene besondere Einstellung eines Akteurs, in der er sich und das soziale Gebilde als eine Einheit sieht und mit ihm ‚identisch‘ wird“ (Esser 2001: 12). Eine Sozialintegration in die Aufnahmegesellschaft ist Esser (2001: 20 f.) zufolge nur in den seltensten Fällen als Mehrfachintegration – also eine gleichzeitige Integration in Aufnahme- und Herkunftsgesellschaft – möglich, stattdessen gelingt eine Sozialintegration in die Aufnahmegesellschaft nach Esser (2001: 21) fast ausschließlich durch Assimilation, wobei die Integration in die Herkunftsgesellschaft wegfällt. Essers Assimilationsbegriff lässt soziale Ungleichheiten zwar weiterhin zu, „aber diese Ungleichheiten dürfen sich zwischen den ethnischen Gruppen nicht unterscheiden; Einheimische und Migranten partizipieren im Gruppenvergleich in gleicher Weise an den Rechten und Ressourcen einer Gesellschaft“ (Esser 2001: 22). Diese These Essers, nach der Sozialintegration Assimilation bedarf, bleibt in der Wissenschaft nicht unkritisiert. Fincke (2008: 26) bemängelt, Esser missachte, „dass kulturelle Kompetenzen synergetisch wirken können und dass die Herkunftskulturen der MigrantInnen kaum völlig gegensätzlich zur Kultur der Mehrheitsgesellschaft im Aufnahmeland sein wird. [...] Die Ablehnung bikultureller Kompetenz ist mit dem Verständnis einer homogenen Kultur der Mehrheitsgesellschaft verbunden: Esser postuliert eine kohärente Mehrheitskultur, die von allen Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft gelebt und beherrscht wird.“

Ein weiterer Ansatz der Integrationsforschung, der Aufschluss über das Verhältnis von Migranten und Alteingesessenen gibt, ist die Etablierten-Außenseiter-Figuration von Elias und Scotson (1993). Sie untersuchten in einer englischen Kleinstadt das Verhältnis zwischen Alteingesessenen und Hinzugezogenen und berücksichtigten dabei sehr stark den sozialen Prozess der Machtgewinnung (Hormel 2007; Treibel 2008). Seitens der „Etablierten“ (Alteingesessenen) wurde versucht, den „Fremden“ (Neuhinzugezogenen) Macht vorzuenthalten – Esser würde dies vermutlich als eine Verhinderung der „Plazierung“ der Migranten bezeichnen. Denjenigen der Etablierten, die vor der Ankunft der Fremden eine eher geringere Ausstattung symbolischen Kapitals – im Sinne Bourdieus (1987) – aufwiesen, gelang durch die Abgrenzung zu den Fremden die Aufwertung ihrer eigenen Position, von den Fremden wurde die Negativbewertung akzeptiert und als „Gruppenschande“ sogar verinnerlicht und handlungsleitend.

Abb. 1: Vier Typen der Anerkennung des Prinzips des Heimatlichen nach Kühne und Spellerberg



Quelle: Kühne/Spellerberg 2010

Hinsichtlich der Integration in einen heimatlich definierten sozialen Kontext bilden Kühne und Spellerberg (2010) vier Typen der Anerkennung der Prinzipien des Heimatlichen auf Grundlage qualitativer Interviews (Abb. 1):

1. Bei den Eingebetteten handelt es sich um Personen, die den ihnen zugewiesenen Status gemäß der Anerkennungsprinzipien völlig (oder zumindest größtenteils) billigen und dieses Anerkennungsprinzip als gültiges Muster der Zuweisung von Anerkennung akzeptieren. Hier dominieren die heimatlichen Dimensionen des Sozialen, des Wohlbefindens, des Ortes und der geistigen Heimat. Die zumeist in Form einer politischen Einheit definierte Heimat wird auf Grundlage des Konstruktes einer unhinterfragten Einheit von regionaler Kultur (z. T. auch Ethnie) und politischem Territorium nahezu als Selbstzweck idealisiert.
2. Die Integrationsgeschichte der gescheiterten Integrationswilligen verlief aus eigener Sicht nicht erfolgreich. Die zentrale Dimension des Heimatlichen ist für die gescheiterten Integrationswilligen jene der Ab- und Ausgrenzung. Deren Konsequenzen werden umso schmerzlicher erfahren, weil (zunächst) die Bereitschaft bestand, sich den Prinzipien des Heimatlichen unterzuordnen.

3. Die Ambivalenten neigen dazu, aufgrund kognitiver Befassungen mit sozialen und/oder räumlich gebundenen sozialen Phänomenen eine Unterordnung unter das Prinzip des stereotyp Heimatlichen nicht kritikfrei anzuerkennen. Hierbei handelt es sich häufig um hochgebildete Personen, die zwar auch lokal und regional Sozialkontakte pflegen wollen, aber im Zweifel auf nicht lokal verortetes Sozialkapital zurückgreifen können.
4. Bei den Integrationsverweigerern handelt es sich um Personen, die die Prinzipien der Statuszuweisung ablehnen oder aus anderen Gründen eine Einbettung in den lokalen Sozialkontext ablehnen. Es handelt sich dabei häufig um Personen, die eine zirkuläre Migrationsstrategie verfolgen (bzw. ihren Lebensmittelpunkt nicht an dem temporär aufgesuchten Arbeitsort sehen), sodass der Aufbau von lokalem Sozialkapital zu mühsam erscheint.

Die vier Typen der Anerkennung der Prinzipien des Heimatlichen stellen eine qualitative Interpretation individueller Sichtweisen auf Heimat und Integration in eine potenziell neue Heimat dar. Anders als klassische Integrationsansätze wie die exemplarisch genannten von Esser sowie Elias und Scotson beschreiben Kühne und Spellerberg mit ihrer Typisierung kein verallgemeinerbares Integrationsmodell von Migranten in neue, möglicherweise ethnisch sehr fremdartige, Gesellschaftsformen. Vielmehr bietet die Studie einen Erklärungsansatz, wie vielfältig Heimat – sowohl von Zugezogenen als auch von Alteingesessenen – erlebt und definiert wird und fokussiert dabei anders als viele klassische Integrationsansätze auch „Migranten“, die möglicherweise nur aus einem Nachbarort zugezogen sind und bei denen sich somit beispielsweise, um bei Essers Terminologie zu bleiben, die Sozialintegrationsformen der Kulturation und Plazierung auf einer anderen Ebene abspielen als beispielsweise bei Migranten aus anderen Nationalstaaten. Trotzdem, oder deshalb, können aus den vier Anerkennungsformen der Eingebetteten, der gescheiterten Integrationswilligen, der Ambivalenten und der Integrationsverweigerer interessante Denkansätze für die Raumentwicklung abgeleitet werden. Denn neben dem der „Matrix des stereotyp Heimatlichen“ inhärenten Potenzial der Verweigerung an (lokal verorteter) sozialer Teilhabe bietet das Prinzip Heimat (bzw. regionale Identität) auch Potenziale für die Raumentwicklung. So sieht Pankoke (1993: 763) zwischen regionaler Identität und persönlichem Engagement eine enge Verbindung: „Wer sich mit einem Raum persönlich identifiziert, wird eher interessiert sein, sich hier produktiv einzubringen“. So werde sich der sich positiv mit einem Raum Identifizierende „vielleicht auch engagieren: nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im kulturellen und öffentlichen Leben. Wir können die damit unterstellte Relation auch dahin wenden: Wer sich in seiner Identität kulturell angesprochen sieht, könnte eher bereit sein, auch in anderen Bereichen, etwa wirtschaftlichen, aktiv zu werden“. Diese Potenziale heimatlicher Bindung wären jedoch einfacher zu mobilisieren, wenn die Anerkennungs- und Ausschlussprinzipien auf Grundlage des Strebens nach Reinheit und Eindeutigkeit bei gleichzeitiger Höherschätzung des Autochthonen gegenüber dem Allochthonen und Hybriden kritisch hinterfragt und zugunsten eines inklusivistischen Heimatbegriffs überwunden würden, der durch eine postmoderne Anerkennung und Wertschätzung vielfältiger Differenzen geprägt wäre.

Literatur

- Ahrens, D. (2001): Grenzen der Enträumlichung. Weltstädte, Cyberspace und transnationale Räume in der globalisierten Moderne. Opladen.
- Bauman, Z. (1999): Unbehagen in der Postmoderne. Hamburg.
- Briesen, D. (1994): "Historische Ausprägung und historischer Wandel von regionaler Identität in ausgewählten Montanregionen". Einleitung zu einem Abschlußbericht. In: Briesen, D.; Gans, R.; Flender, A. (Hrsg.): Regionalbewußtsein in Montanregionen im 19. und 20. Jahrhundert. Saarland – Siegerland – Ruhrgebiet. Bochum, 7-47.
- Bourdieu, P. (2005 [1977]): Politik, Bildung und Sprache. In: Bourdieu, P. (Hrsg.): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hamburg, 13-30.
- Bourdieu, P. (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main.
- Buß, E. (2002): Regionale Identitätsbildung. Münster.
- Elias, N.; Scotson, J. L. (1993): Etablierte und Außenseiter. Frankfurt am Main.
- Esser, H. (2001): Integration und ethnische Schichtung. = Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung: Arbeitspapiere 40.
<http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-40.pdf> (03.04.2014).
- Fincke, G. (2008): Abgehängt, chancenlos, unwillig? Eine empirische Reorientierung von Integrationstheorien zu MigrantInnen der zweiten Generation in Deutschland.
http://www.diss.fu-berlin.de/diss/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDISS_derivate_000000004733/Dissertation_Gunilla_Fincke_081124.pdf?hosts= (14.08.2014).
- Gebhard, G.; Geisler, O.; Schröter, S. (2007): Heimatdenken: Konjunkturen und Konturen. Statt einer Einleitung. In: Gebhard, G.; Geisler, O.; Schröter, S. (Hrsg.): Heimat. Konturen und Konjunkturen eines umstrittenen Konzepts. Bielefeld, 9-56.
- Giddens, A. (1995): Konsequenzen der Moderne. Frankfurt am Main.
- Gostmann, P.; Wagner, G. (2007): Die Macht der Ehre – eine Theorie und Methode zur Messung von Nationalprestige. In: Gostmann, P.; Merz-Benz, P.-U. (Hrsg.): Macht und Herrschaft. Zur Revision zweier soziologischer Grundbegriffe. Wiesbaden, 63-80.
- Hauser, S.; Kamleithner, C. (2005): Ästhetik der Agglomeration. Wuppertal.
- Hormel, U. (2007): Diskriminierung in der Einwanderungsgesellschaft. Begründungsprobleme pädagogischer Strategien und Konzepte. Wiesbaden.
- Hüppauf, B. (2007): Heimat – die Wiederkehr eines verpönten Wortes. Ein Populärmythos im Zeitalter der Globalisierung. In: Gebhard, G.; Geisler, O.; Schröter, S. (Hrsg.): Heimat. Konturen und Konjunkturen eines umstrittenen Konzepts. Bielefeld, 109-140.
- Johler, R. (2008): Glokalisierung. Ein Konzept für die kulturwissenschaftliche Zukunft? Mainz, 124-138. = Volkskunde in Rheinland-Pfalz 23.
- Kazal, I. (2005): „Sozialistische Heimat DDR“. Landschaft, Nation und Klasse in der Heimatdebatte der 50er Jahre. In: Kazal, I.; Voigt, A.; Weil, A.; Zutz, A. (Hrsg.): Kulturen der Landschaft. Ideen von Kulturlandschaft zwischen Tradition und Modernisierung. Berlin, 59-80.
- Keupp, H. (1992): Verunsicherungen. Risiken und Chancen des Subjekts in der Postmoderne. In: Rauschenbach, T.; Gängler, H. (Hrsg.): Soziale Arbeit und Erziehung in der Risikogesellschaft. Neuwied, 165-183.
- Keupp, H. (1994): Ambivalenzen postmoderner Identität. In: Beck, U.; Beck-Gernsheim, E. (Hrsg.): Riskante Freiheiten. Individualisierung und moderne Gesellschaften. Frankfurt am Main, 336-350.
- Kühne, O. (2008): Distinktion – Macht – Landschaft. Zur sozialen Definition von Landschaft. Wiesbaden.
- Kühne, O.; Spellerberg, A. (2010): Heimat und Heimatbewusstsein in Zeiten erhöhter Flexibilitätsanforderungen. Empirische Untersuchungen im Saarland. Wiesbaden.

- Luckscheiter, C. (2007): Formen des Beheimatens in der Heimatlosigkeit. Peter Handkes Erzählwelt und Heimat „um 2000“. In: Gebhard, G.; Geisler, O.; Schröter, S. (Hrsg.): Heimat. Konturen und Konjunkturen eines umstrittenen Konzepts. Bielefeld, 179-195.
- Marxhausen, C. (2010): Identität – Repräsentation – Diskurs. Eine handlungsorientierte linguistische Diskursanalyse zur Erfassung raumbezogener Identitätsangebote. Stuttgart.
- Mead, G. H. (1968): Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus. Frankfurt am Main.
- Naglo, K. (2007): Rolle von Sprache in Identitätsbildungsprozessen multilingualer Gesellschaften in Europa. Frankfurt am Main.
- Nassehi, A. (1999): Die funktional differenzierte Gesellschaft. „Das bürgerliche Privileg der Fremdheit“. In: Pongs, A. (Hrsg.): In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich. Band 1. München, 169-196.
- Pankoke, E. (1993): Regionalkultur? Muster und Werte regionaler Identität im Ruhrgebiet. In: Informationen zur Raumentwicklung 1996 (11), 759-768.
- Paris, R. (2005): Normale Macht. Soziologische Essays. Konstanz.
- Reckinger, R.; Schulz, C.; Wille, C. (2010): Identitätskonstruktionen in Luxemburg. In: Politiques, Sociétés, Espaces IPSE – Identités (Hrsg.): Doing Identity in Luxemburg. Bielefeld, 295-298.
- Robertson, R. (1995): Glocalization: Time-Space and Homogeneity-Heterogeneity. In: Featherstone, M.; Lash, S.; Robertson, R. (eds.): Global Modernities. London, 22-44.
- Rommelspacher, B. (2005 [1992]): Zur Frage des Deutsch-Seins. Nationale Identität und Größenwahn. In: Rommelspacher, B. (Hrsg.): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin, 189-208.
- Schönwald, A. (2012): Identitäten und Stereotype in grenzüberschreitenden Verflechtungsräumen. Das Beispiel der Großregion. Wiesbaden.
- Tajfel, H.; Turner, J. (1986): The Social Identity. Theory of Intergroup Behavior. In: Williams, A.; Worchel, S. (eds.): Psychology of Intergroup Relations. Chicago, 7-24.
- Treibel, A. (2008): Die Soziologie von Norbert Elias. Eine Einführung in ihre Geschichte, Systematik, Perspektiven. Wiesbaden.
- Weichhart, P. (1990): Raumbezogene Identität. Bausteine zu einer Theorie räumlich-sozialer Kognition und Identifikation. Stuttgart.
- Zick, A. (2002): Die Konflikttheorie der Theorie sozialer Identitäten. In: Bonacker, T. (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Opladen, 409-426.

Autoren

Dr. phil. habil. Dr. rer. soc. **Olaf Kühne** ist Professor für Ländliche Räume/Regionalmanagement an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf und apl. Professor für Geographie an der Universität des Saarlandes.

Dr. phil. **Antje Schönwald** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Geographie an der Universität des Saarlandes.

Bernhard Köppen

Identität und Selbstzuschreibung von (Spät-)Aussiedlern in Rheinland-Pfalz

Gliederung

- 1 Einleitung
- 2 Das Identitätskonzept
- 3 Vorgehensweise
- 4 Ausgewählte Ergebnisse
- 5 Fazit

Literatur

Kurzfassung

Aussiedler und Spätaussiedler aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion stellen eine der bedeutendsten Zuwanderergruppen in die Bundesrepublik Deutschland dar. Als Deutsche gemäß Art. 116 GG wurde ihnen ex ante ein hohes Integrationspotenzial unterstellt. Nachdem die auffälligen Zuwanderungswellen insbesondere der frühen und mittleren 1990er Jahre abgeebbt sind, sind insbesondere Fragen der Selbstzuordnung und sozialer Integration interessant. Des-Integration oder Isolation können letztlich auch relevante Konsequenzen für die Belange räumlicher Planung haben. Eine standardisierte Befragung zu ethnischer Selbstidentifikation, kulturellen Gewohnheiten sowie Sprachkenntnissen und Sprachverhalten von Spätaussiedlern in Rheinland-Pfalz wurde durch qualitative Intensivinterviews flankiert und zeigt, dass sich eine hybride, „russlanddeutsche“, Identität etabliert hat. Unklar bleibt, ob diese hybride Identität auch zukünftig ein stabiles Muster der Selbstidentifikation darstellen wird oder sich letztlich auflösen dürfte.

Schlüsselwörter

Spätaussiedler – Aussiedler – Integration – Identität – Selbstzuschreibung

Concepts of identity and self-attribution of repatriates from former USSR in Rhineland-Palatinate

Abstract

Repatriates (so called Aussiedler and Spätaussiedler) from former USSR are one of the most important migrant-communities in Germany. As they are ethnic Germans, they had been considered to integrate rather fast into German society. Since the highest influx of these migrants took place in the mid- and early 1990ies, it seems interesting to prove their current respective, individual state of social integration and self-attribution. Societal isolation or non-integration may have an impact on core issues of spatial planning. A questionnaire campaign and individual interviews have been carried out on this behalf. It occurs that these migrants have developed some kind of “hybrid” identity. Yet, it remains

unclear whether this hybrid identity will prove a persistent pattern of self-attribution or is just a step on the way to complete assimilation.

Keywords

Repatriates – Spätaussiedler – Aussiedler – integration – identity – self-attribution

1 Einleitung

Zuwanderer¹ aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion zählen zu den bedeutendsten Zuwanderergruppen in der Bundesrepublik Deutschland; ihr Anteil beträgt heute beinahe 15 Prozent der knapp 16 Millionen in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund (eigene Berechnung, Statistisches Bundesamt).

Im Gegensatz zu den meisten Migranten verfügten die in einem gewissen Umfang auch schon vor dem Ende der Blockkonfrontation zugezogenen Aussiedler bzw. Spätaussiedler² über einen grundlegenden Vorteil: Auf Basis des reformierten Bundesvertriebenengesetzes sind Aussiedler/Spätaussiedler Deutsche gem. Art. 116 GG. Zudem erhalten nichtdeutsche Ehegatten oder Abkömmlingen von Spätaussiedlern, die in den Aufnahmebescheid einbezogen sind, in der Regel die deutsche Staatsbürgerschaft.

Darüber hinaus wurden den Spätaussiedlern gezielte (kostenlose) Integrations- und Eingliederungshilfen zuteil und dies, obwohl ihnen aufgrund der ethnischen (Selbst-) Zuordnung als „deutsch“ und den seit 1997 strenger zu prüfenden Deutschkenntnissen bereits von vornherein ein tendenziell hohes Integrationspotenzial zugeschrieben wurde. Die Gewährung sehr umfassender, institutioneller, aussiedlerspezifischer Unterstützung erscheint insofern paradox, als es sich hier nach offiziellem Verständnis ja bereits um Deutsche handelt. Den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden „De-jure-Ausländern“, mit anfangs meist nur befristeten Aufenthaltstiteln, hingegen wurden über die Jahrzehnte ausgesprochen volatiler deutscher Zuwanderungspolitik (oder was als solche bezeichnet wurde) keine auch nur annähernd vergleichbare Integrationshilfen gewährt, da deren Aufenthalt – ungeachtet der tatsächlichen Verhältnisse – stets als temporär angesehen wurde und gemäß dieser Logik gesonderte Maßnahmen zur Integration oder gar Assimilation unnötig und letztendlich ineffizient erscheinen mussten.

Seit 1950 sind etwa 4,5 Millionen (Spät-)Aussiedler einschließlich Familienangehörigen in die Bundesrepublik Deutschland zugewandert, davon über 2,5 Millionen in den 1990er Jahren. Somit stellen Spätaussiedler und Aussiedler seit der Jahrtausendwende die zweitgrößte Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund (Ingenhoven 2003), und Russisch ist zu einer der am meisten gesprochenen Fremdsprachen geworden (siehe auch Schneider 2005).

¹ Hinweis betreffend Verwendung der männlichen Form: Die in diesem Text zugunsten der leichten Lesbarkeit verwendeten „männlichen“ Formen schließen die weiblichen Formen mit ein.

² Migranten, die als deutsche Staatsangehörige in den ehemals deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie geboren wurden und zunächst nach 1945 dort verblieben sind sowie deren Abkömmlinge, die nach Deutschland übersiedelt sind, oder die als deutsche Volkszugehörige (Nachfahren deutscher Auswanderer, die sich vor dem 20. Jahrhundert in Osteuropa niederließen) im Rahmen eines Aufnahmeverfahrens in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland oder der DDR übersiedelt sind sowie die Angehörigen, die sie bei der Aussiedlung begleitet haben, wurden bis 1992 nach dem Bundesvertriebenengesetz als Aussiedler bezeichnet. Seit dem 01.01.1993 werden diese Menschen im amtlichen Sprachgebrauch Spätaussiedler genannt. Im vorliegenden Text wird der Begriff „Aussiedler“ auch für Spätaussiedler verwendet, zumal die Aussiedler/Spätaussiedler eine solche – amtssprachliche – Unterscheidung nicht verinnerlicht haben und sich selbst in der Regel als „Aussiedler“ (Переселенец) bezeichnen.

Inzwischen ist der Zustrom abgeebbt, das Potenzial ethnisch deutscher Migranten in den Herkunftsgebieten hat sich weitgehend erschöpft, 2009 etwa registrierte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nur mehr 3.360 Personen.

Wie einleitend erwähnt, galten die formalen wie kulturellen Voraussetzungen der Aussiedler für Integration und Assimilation in Deutschland als günstig. Die aus heutiger Sicht teilweise zu optimistischen Annahmen zur schnellen Integration haben sich trotz erheblicher staatlicher Hilfestellungen nicht immer bestätigt, wenngleich sie vergleichsweise schneller und deutlich besser zu gelingen scheint als bei anderen, oftmals sogar länger ansässigen Migranten. Die Situation der Aussiedler bietet demnach ein ambivalentes Bild mit gleichermaßen Beispielen für erstaunlich gute und schnelle Eingliederung in die Mehrheitsgesellschaft (Woellert/Kröhnert/Sippel et al. 2009) als auch kritischeren Befunden (z. B. Göler/Lautenbacher 2010).

Für die räumliche Planung wie auch Sozialplanung ist hierbei relevant, dass Aussiedler und Spätaussiedler als „Deutsche“ eingeordnet werden. Aus dieser Tatsache allein lässt sich nicht ableiten, ob etwa eine verringerte (wenn überhaupt!) Aufmerksamkeit bezüglich möglicher migrations- und integrationsbedingter Probleme vonnöten ist. Auf jeden Fall aber stellen sie eine der quantitativ signifikantesten Gruppen von Bürgern mit „Migrationshintergrund“ (und dabei auch oft primärer Migrationserfahrung) dar.

Insbesondere Fragen zu Persistenz und Wandel der Selbstzuschreibung/Identität und des Verlaufs gesellschaftlicher Integration sind in Hinblick auf Spätaussiedler noch gewichtig, denn für viele dieser Zuwanderer – im allgemeinen Sprachgebrauch bisweilen „Russlanddeutsche“³ genannt – ergeben sich trotz deutscher Staatsbürgerschaft ganz ähnliche Schwierigkeiten wie für andere Zuwanderer.

Vor diesem Hintergrund wurde zunächst der Versuch unternommen, mit einer standardisierten, schriftlichen Befragung von 188 Spätaussiedlern in Rheinland-Pfalz Erkenntnisse zu Integration und (ethnischer) Selbstidentifikation anhand kultureller Gewohnheiten sowie anhand der Sprachkenntnisse und des Sprachverhaltens abzuleiten (Köppen/Müller 2012). Ausgewählten, zentralen Erkenntnissen dieser Studie, auf welcher der vorgelegte Beitrag basiert, wiederum wurden qualitative Interviews mit Aussiedlerinnen und Aussiedlern sowie Experten gegenübergestellt und kritisch diskutiert.

Hierbei gilt es ein methodisches Problem zu berücksichtigen: Die quantitative Untersuchung (Köppen/Müller 2012) wurde mit zweisprachigen Fragebögen (Deutsch/Russisch) durch eine russische Forscherin durchgeführt, während die Interviewführung der qualitativen Befragung ein deutscher Befrager (mit markantem lokalem Dialekt) vorgenommen hat.⁴ Somit bleibt insbesondere bei starken Abweichungen der Antworten im Vergleich beider Erhebungen stets auch zu hinterfragen, inwiefern das Antwortverhalten durch die ethnische Zuschreibung des Befragers/der Befragerin etwa im Sinne sozial erwünschten Verhaltens oder besonderen Vertrauens beeinflusst sein könnte.

³ Wenngleich die Aussiedler aus allen Teilen der ehemaligen Sowjetunion stammen können, so sind neben der heutigen Russländischen Föderation (Sibirien) insbesondere die Republik Kasachstan, aber auch Kirgistan häufige Quellgebiete. Trotzdem erfolgt die Selbstidentifikation oftmals über das Schlagwort „Russlanddeutsch“, zumal die Beherrschung der russischen Sprache den Aussiedlern gemein ist, auch wenn diese etwa im engeren Sinne aus Kasachstan stammen.

⁴ Die empirischen Erhebungen wurden im Rahmen von vom Verfasser betreuten Abschlussarbeiten an der Universität Koblenz-Landau durchgeführt. Die hier analysierten qualitativen Interviews waren Bestandteil der von Pascal Werner (2012) vorgelegten Arbeit „Integration von Spätaussiedlern in der Westpfalz“. Der standardisierte Datensatz wurde von Maria Müller für ihre Studie „Russlanddeutsch? Russisch? Deutsch?“ erhoben.

2 Das Identitätskonzept

Die handlungstheoretische Migrationstheorie nach Esser (2001) nennt vier Hauptformen der Sozialintegration: Identifikation, Interaktion, Kulturation und Platzierung. Für die Betrachtung der Spätaussiedler in Rheinland-Pfalz wird auf Basis dieses Konzepts den Feldern Identifikation sowie Kulturation besonderes Gewicht beigemessen.

Als Grundlage für die empirischen Erhebungen wiederum dient die handlungstheoretische Identitätstheorie in Anlehnung an Hill und Schnell (1990), deren Fragestellungen zu kultureller und ethnischer Identität von Arbeitsmigranten dem hier bearbeiteten Thema sehr ähnlich sind.

Die handlungstheoretische Identitätstheorie leitet sich von der allgemeinen Handlungstheorie (auch Wert-Erwartungs-Theorie) ab. Demnach ist das Handeln von Individuen als Ergebnis einer nach Nutzen-Kosten-Überlegungen erfolgten Entscheidung zwischen Handlungsalternativen anzusehen. Zweckerational handelnde Individuen wählen zur Erreichung gesetzter Ziele dabei die jeweils als passend erscheinende Handlungsalternative. Diese intentionalistische Herangehensweise erweist sich auch für die Erklärung und Definition ethnischer Identität als praktikabel.

Es wird angenommen, dass Individuen auf Umweltreize reagieren und in der Folge (in einem immer und immer wieder durchgeführten Lernprozess) wiederholte Sequenzen von Handlungen entweder als erfolgreich oder als eben nicht bzw. weniger erfolgreich erleben (je nachdem, wie die Reaktionen anderer ausfallen). Dies geschieht in der Regel unbewusst. Im Laufe der Zeit wird demnach quasi ein (beschränkter) „Katalog“ von Anreiz-Reaktions-Ketten angelegt (Hill/Schnell 1990: 35), weshalb jedes Individuum über ein breites Repertoire von „fertigen“ Handlungsmustern (auch als Skripts bezeichnet) verfügt, welche sich in „Standardsituationen“ über typische, kaum (oder sogar nicht mehr) reflektierte Aktivitätenabfolgen manifestieren. Diese Skripts entstehen und festigen sich im Laufe des Lebens als Ergebnis von Kosten-Nutzen-Überlegungen in bestimmten – wiederkehrenden – Situationen. Empirische Untersuchungen deuten darauf hin, und dies ist im Kontext dieser Studie relevant, dass Angehörige derselben Kultur in der Regel gleiche bzw. sehr ähnliche Skripts und Vorstellungen (Mietzel 1998: 212) besitzen.

Somit ist davon auszugehen, dass der Wechsel in einen anderen Kulturkreis zu nennenswerten Brüchen führen kann, wenn die typischen Reaktionsketten der Aufnahmegesellschaft und die der Zugewanderten stark unterschiedlich sind. Für Migranten bedeutet dies, dass viele der bisher angeeigneten Skripts nur mehr bedingt oder auch gar nicht mehr zum gewünschten Erfolg führen. Vertraute Handlungsmuster werden im neuen Umfeld nicht mehr belohnt und müssen sukzessive durch neue, noch zu erlernende bzw. auszutestende Skripte getauscht werden, um in der Mehrheitsgesellschaft Anerkennung zu finden.

Neben der Ausführung von bestimmten Handlungsketten neigen Individuen außerdem dazu, eigene und fremde Reaktionsmuster zu kategorisieren. Bei diesen von den Akteuren kategorisierten Reaktionsmustern handelt es sich um Identitäten. Eine wiederholte Beobachtung der eigenen Reaktionsmuster in Differenz zu denen anderer führt zur Ausbildung von Hypothesen über das „Selbst“, die in das „Selbstkonzept“ münden und – flankiert durch eigene ethnische Maßstäbe – zur Herausbildung des „Selbstwertgefühls“ führen (Hill/Schnell 1990: 37 f.).

Die Entwicklung solch reflexiven Bewusstseins erlaubt es wiederum, komplexere Hypothesen über die Reaktionen anderer zu entwickeln und auf eigene Reaktionen und Handlungen zu übertragen. Längere „Handlungsketten“ als Handlungsoptionen werden möglich, zumal systematische Tests der vermuteten Auswirkungen eigener Handlungen stets erfolgen (Hill/Schnell 1990: 38). Erfolgreich getestete, bewährte Skripte werden zu festen Handlungsstrategien im Reaktionsrepertoire und als vollständig kalkulierte „Handlungsvektoren“ verstanden. Wenig komplexen Situationen wird mit quasi „automatisch“ durchgeführten „Alltagshandlungen“ begegnet.

Wechsel oder Beibehalt von bislang erfolgreichen Handlungsstrategien unterliegen dabei einer Aufwand-Nutzen-Überlegung. Wird der Aufwand neuer Handlungskalkulationen zu hoch eingeschätzt, etwa wegen eingeschränktem intellektuellem Vermögen oder Undurchschaubarkeit der konkreten Situation, wird auch die bisher verwendete Handlungsstrategie (zunächst) beibehalten, um überhaupt noch Handlungen durchführen zu können (Hill/Schnell 1990: 39). Auf diese Weise ließen sich beispielsweise die Persistenz traditioneller, aber aus westlicher Sicht überkommener Vorstellungen zur Geschlechterrollenverteilung bei der Elterngeneration von Spätaussiedlern plausibel erklären. Aber auch alltägliche interkulturelle Missverständnisse bzw. „Fauxpas“ durch unterschiedliche verbale wie nonverbale Kommunikationsstile basieren auf diesem (nachvollziehbaren) Verhalten.

Die Reflexion der eigenen Reaktionsmuster erfolgt meist unbewusst. Wenn sich allerdings ein Großteil bisheriger Reaktionsmuster unter neuen Rahmenbedingungen als nicht mehr anwendbar erweist, werden bewusst neue Handlungsvektoren ermittelt und auf Tauglichkeit getestet, wobei diese (zunächst) möglichst wenig den bestehenden Grundsätzen widersprechen sollten. Bestimmte, sehr starke Situationsanmutungen können dabei durchaus den Austausch kompletter Wertesysteme fordern.

„Durch das Erleben von Krisen der Nichtanwendbarkeit bewahrter Reaktionsmuster“ (Hill/Schnell 1990: 40) entwickelt sich Identitätsbewusstsein als kognitive Repräsentation der Abfolge alter Reaktionsmuster. Unter der Annahme, dass die Erinnerung an überkommene Strategien dennoch stets erhalten bleibt, wäre zu vermuten, dass die ältere, in der Sowjetunion sozialisierte Generation der Aussiedler eher schlechte Voraussetzungen für die erfolgreiche Integration haben dürfte. Jugendliche hingegen müssten „leichter“ und besser integriert sein.

Identitäten werden hier als kategorisierte Reaktionsmuster angesehen. Die Kategorisierung kann im Einzelnen auch nach ethnischen Klassifikationskriterien erfolgen, wobei hier die vom Individuum selbst als „ethnisch“ klassifizierten Reaktionsmuster als „ethnische Identitäten“ aufgefasst werden. Es handelt sich um einen mehrdimensional gefassten Begriff. Für die empirische Untersuchung von Integration und ethnischer Identität wurden

- die ethnische Selbstidentifikation,
- kulturelle Gewohnheiten
- sowie Sprachkenntnisse und das Sprachverhalten

ausgewählt (in Anlehnung an Schnell 1990: 50 f.).

Die handlungstheoretische Migrationstheorie bietet im Vergleich zu anderen, ebenfalls interessanten, neueren Ansätzen den Vorteil, dass sie den Aspekt der „Integration“ betont.

Aufgrund der oft engen Beziehungen und des Austausches mit Verwandten und Freunden im Herkunftsland könnte auch das Konzept der Transmigration (Pries 1996, 1998) als theoretisches Fundament geeignet erscheinen. Im Falle der Spätaussiedler jedoch bliebe zu hinterfragen, ob deren konstruierte, spezifisch transnationalen soziale Räume so stark ausgeprägt sind wie es für „klassische“ Transmigranten konstatiert bzw. vorausgesetzt wird. Zudem wird der Transmigration eine gewisse Volatilität zugesprochen: Die Migration ist nicht (unbedingt) endgültig. Bei den Spätaussiedlern gibt es allerdings keine Anzeichen für massive Rückkehr- oder weitergehende Migrationstendenzen (ob junge Spätaussiedler im weiteren Leben aber tendenziell mobiler sind als andere Bevölkerungsgruppen, könnte sicher ein interessantes, zukünftiges Forschungsthema sein).

Ähnliches gilt für den Migrationssystem-Ansatz (z.B. Fawcett 1989; Bös 1997; Massey/Arango/Hugo 1993), welcher insbesondere strukturelle Bedingungen und die Bedeutung sozialer Netzwerke als Bindeglied zu den handelnden Individuen berücksichtigt, und auch für die pfadabhängige Betrachtung, etwa im Sinne der kumulativen Verursachung von Migration (Portes 1995; Haug 2000). Letztlich stehen bei diesen Theorien aber eher Migrationsentscheidung sowie Migrationserfahrung und weniger Fragen der (späteren) Integration im Vordergrund.

3 Vorgehensweise

Die vorliegenden Ausführungen zu Identität und Selbstzuschreibung von (Spät-)Aussiedlern in Rheinland-Pfalz basieren auf der schriftlichen Befragung von 188 Aussiedlern und Spätaussiedlern (vgl. auch Köppen/Müller 2012) sowie auf neun qualitativen, leitfadengestützten Interviews (davon vier Gespräche mit Integrationsbeauftragten bzw. in der Spätaussiedlerbetreuung engagierten Akteuren, die aber jeweils selbst auch Aussiedler sind) in Germersheim, Hochspeyer, Enkenbach und Kaiserslautern. Die befragten Personen waren – mit einer Ausnahme – allesamt Aussiedler/Spätaussiedler mit mehr als 15 Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik zum Zeitpunkt des Interviews. Aus der quantitativen Befragung wurden 172 Fälle in die weitere Untersuchung mit einbezogen, da in 16 Fällen die Frage nach dem Alter offenblieb, dieses Merkmal aber bei der Auswertung einen wichtigen Faktor darstellte (Köppen/Müller 2012).

Zum Zeitpunkt der ersten Erhebung war das „Merkmal“ Aussiedler/Spätaussiedler in der amtlichen Statistik (einschl. Mikrozensus) nicht erfasst. Demnach war auch die exakte Grundgesamtheit der hier im Fokus der Betrachtung stehenden Personen (Aussiedler und Spätaussiedler aus der ehemaligen UdSSR mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz) unbekannt bzw. nicht zuverlässig ermittelbar. Die diskutierten Erkenntnisse sind demnach entsprechend vorsichtig zu behandeln, wenngleich sich – insbesondere durch den Gleichklang mit ähnlichen Untersuchungen (z.B. Göler/Lautenbacher 2010) – durchaus ein verlässlicher Trend ablesen lässt.

In Rheinland-Pfalz wird von etwa 120.000 Aussiedlern mit regionalen Ansiedlungsschwerpunkten in Andernach, im Rhein-Hunsrück-Kreis, im Westerwaldkreis, in den Kreisen Bitburg-Prüm, Daun, Kusel und Kirchheim-Boland sowie in den Städten Kaiserslautern, Speyer und Germersheim ausgegangen (vgl. etwa Landesjugendausschuss des Landes Rheinland-Pfalz vom 28.10.2002).

Die befragten Probanden wurden in einem bewussten Auswahlverfahren über soziale Netzwerke und von dort per Schneeball-Verfahren gewonnen. Da die Aussiedler relativ gleichartige Voraussetzungen zur Integration hatten sowie ähnliche biographische Hin-

tergründe aufweisen – wie etwa das Herkunftsland, Gründe für das Verlassen der Heimat, Deutschkenntnisse und demographische wie ökonomische Merkmale (Noyes 2004: 29) – wurde zunächst davon ausgegangen, dass Unterschiede im Integrationsverlauf und in der Identitätsbildung in Deutschland stark generationsabhängig sind und in etwas geringerem Maße durch die unterschiedlichen sozialen, ökonomischen und biographischen Hintergründe der Zuwanderer bedingt werden (zumal bei Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion). Somit wurde das Hauptaugenmerk auf mögliche Unterschiede des Identitätskonstrukts zwischen verschiedenen Generationen gelegt.

In Anlehnung an das handlungstheoretische Identitätskonzept lässt sich die Migration der Aussiedler als eine Krise einschätzen, die eine Umstellung gewohnter Handlungsvektoren erzwingt. Demnach wäre zu vermuten, dass es älteren Generationen, die über ein breites Spektrum an geprüften Handlungsvektoren verfügen, schwerer gefallen sein dürfte, sich in der Aufnahmegesellschaft einzufinden und sich letztendlich mit ihr zu identifizieren als jüngeren Migranten, insbesondere Kindern und Kleinkindern (Köppen/Müller 2012). Je weniger Handlungsvektoren sowjetischer/postsowjetischer Prägung vorhanden waren und je mehr Handlungen bereits am neuen Wohnort ausgetestet wurden, desto leichter und selbstverständlicher müsste die Identifikation mit der neuen (ethnischen) Umgebung sein.

Sicherlich kann die oben skizzierte Herangehensweise nur grobe Anhaltspunkte liefern, da die Voraussetzungen insgesamt deutlich komplexer sind und Integration zudem nicht allein eine Frage von Anpassung und Integrationswillen der Zugewanderten ist. Externalitäten, wie Ausgrenzung und Ablehnung der Aufnahmegesellschaft, spielen hier eine sehr wichtige Rolle. Auch sagt die grundsätzliche Fähigkeit zur schnellen Annahme neuer Skripts sicherlich nicht zwingend etwas über die tatsächliche Integration aus.

Während die Leitfadeninterviews generell die Selbst- bzw. Fremdeinschätzung bezüglich der Integration sowie Sprachfertigkeit und berufliche Situation erfassten, stellte der Vergleich verschiedener Altersgruppen in der standardisierten Befragung ein zentrales Element dar (Köppen/Müller 2012). Hierzu wurden vier Altersgruppen gebildet. Die jüngste Kohorte setzt sich aus Personen zusammen, die im Kindesalter (0 bis 13 Jahre) mit ihren Eltern ausgesiedelt sind. Eine weitere Gruppe bilden diejenigen, die zum Zeitpunkt der Abwanderung Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren waren. Die Elterngeneration dieser Kinder und Jugendlichen wird in eine Alterskohorte von 19 bis 45 Jahren zum Zeitpunkt der Ausreise zusammengefasst. Die Altersgrenze 45 wurde gewählt, da davon ausgegangen werden kann, dass diejenigen Personen, die bei der Ausreise (im Zeitraum 1989 bis 2000) maximal 45 Jahre alt waren, frühestens 1945, also zu Kriegsende und in der unmittelbaren Nachkriegszeit geboren wurden. Die letzte Gruppe bilden demzufolge diejenigen Aussiedler, die im Alter von 46 Jahren und älter ausgewandert sind und somit wiederum im Prinzip die Elterngeneration der vorher beschriebenen Altersgruppe darstellt.

4 Ausgewählte Ergebnisse

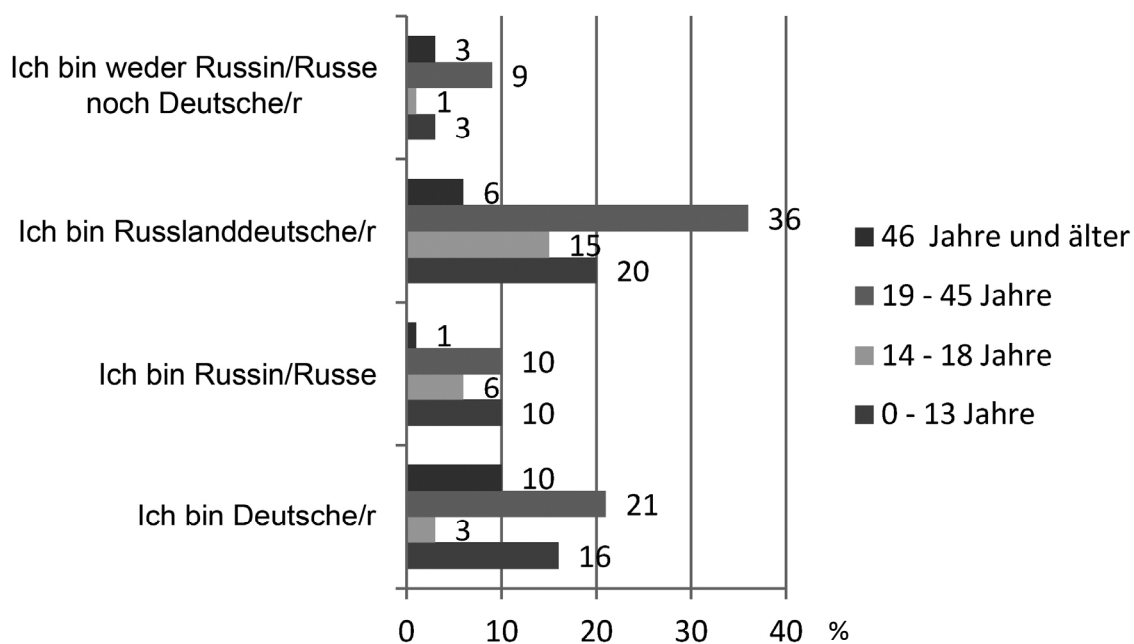
Zur Erfassung der bewussten, vordergründigen Identifikation mit einer national definierten Gruppe wurden die Probanden befragt, ob sie sich eher als Deutsche, Russlanddeutsche und Russen empfinden oder keinem dieser Völker zugehörig fühlen. Es zeigte sich, dass sowohl in der qualitativen als auch in der standardisierten Befragung annähernd die Hälfte angab, sich als „russlanddeutsch“ zu empfinden. Bemerkenswert bei der ersten Untersuchung war wiederum, dass sich auch die jüngsten Befragten mehrheitlich als Russlanddeutsche bezeichnen würden, ein Drittel als Deutsche sowie (immerhin) zehn

Befragte als russisch (Abb. 1). Dies stünde der Hypothese einer besonders schnellen Assimilation insbesondere der jüngeren Generation entgegen. Auch in den mittleren Alterskohorten dominiert hier die russlanddeutsche Selbstzuschreibung, während nur die älteste Generation die deutsche Identität in den Vordergrund stellt.

Diese Tendenz bestätigte sich auch in den qualitativen Befragungen, allerdings mit dem Unterschied, dass sich dort die jeweils jüngsten und ältesten Familienmitglieder häufiger als „deutsch“ bezeichneten.

Mit Blick auf die jüngste Aussiedlergruppe, die sich entgegen der Erwartung nicht immer als „deutsch“ einordnet – bzw. weniger eindeutig, als vermutet –, ist eine genauere Betrachtung interessant. So stellte sich heraus, dass selbst diejenigen Befragten, die zum Zeitpunkt der Aussiedlung im Vorschulalter und jünger waren (0 bis 7 Jahre), sich zu etwa gleichen Teilen als entweder russlanddeutsch (39%), deutsch (38%) oder russisch (23%) bezeichnen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Göler und Lautenbacher (2010: 45), die anmerken, dass sich die von ihnen in Leitfadeninterviews befragten jugendlichen Aussiedler in Bamberg entweder als Deutsche, Russen oder als Mischform, jedoch nie als Spätaussiedler bezeichneten.

Abb. 1: Selbstidentifikation der Befragten – Fragebogen



Quelle: Eigene Darstellung nach Köppen/Müller 2012: 129

Es bliebe zu vermuten, dass sich ein nennenswerter Teil derjenigen, die eigentlich im Kleinkindalter ausgesiedelt sind, vor allem deshalb zum „Russischsein“ bekennt, weil die ethnische Identität im familiären Alltag geprägt wird; so etwa schon beim Spracherwerb gemäß der Logik: „Ich kann Russisch, also bin ich Russin/Russe“. Es erscheint lohnenswert, in einer Folgestudie mit höheren Fallzahlen zu untersuchen, inwiefern eine belastbare Korrelation zwischen Selbstidentifikation der Eltern und Kindergeneration in einem Haushalt besteht.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass eine geteilte ethnische Selbstwahrnehmung, welche mit „russlanddeutsch“ sehr allgemein die empfundene Zwitterstellung zwischen Herkunfts- und Aufnahmegesellschaft beschreibt, zehn bis fünfzehn Jahre nach der Auswanderung eigentlich nicht wirklich überrascht oder gar ungewöhnlich wäre.

Vielmehr zeigt sich, dass fast alle Probandinnen und Probanden der Leitfadeninterviews sich zwar oftmals als „Russlanddeutsche“ bezeichnen bzw. empfinden, allerdings mit dem Hinweis, keinesfalls „Russin/Russe“ zu sein, sondern eben „deutsch“. Die besondere Stellung und spezifische Geschichte wird bewusst reflektiert, als gegeben angenommen und (wenngleich auch mit „Seufzen“ in Bezug auf Diskriminierungserfahrungen) akzeptiert.

Eng an die ethnische Selbstzuschreibung gekoppelt ist die subjektiv empfundene „emotionale“ Bindung an das Herkunftsland und die Bundesrepublik Deutschland. Dabei wäre zu berücksichtigen, dass die Zuwanderung in die Bundesrepublik unter besonderen Voraussetzungen erfolgte, wie bereits einleitend ausführlich erwähnt. So erlaubte der ethnische Status „deutsch“ eine im Vergleich zu anderen Migranten privilegierte Übersiedlung in die Bundesrepublik, während in der Heimat enorme politische, ökonomische und soziale Umbrüche vorstättengingen: Ergo entsprach die Migrationsentscheidung im Einzelfall sicherlich nicht immer vorrangig dem unbedingten Wunsch nach Übersiedlung in die Titularnation, sondern war ganz konkreten Zukunftsängsten und gravierenden Push-Faktoren in der Heimat geschuldet. Ein weiterer Aspekt in Bezug zur emotionalen Verbundenheit mit „alter“ und „neuer“ Heimat ist die Erfahrung der älteren Generation mit jahrzehntelanger Ausgrenzung sowie Ungleichbehandlung bis hin zur Schikane und massiver Unterdrückung in der Sowjetunion.

So bezeichnet sich ein der alten Kohorte zuzurechnender Interviewpartner aus Gernersheim, der 1991 übergesiedelt ist, als „[...] anerkannt und integriert! Zu Hause und sehr wohl, hier ist [...] Heimat, alle Verwandten sind hier und [meine] Kinder sind hier geboren“ (Interview 4, Mann, Gernersheim). Im Interview wird dabei explizit auf negative Erfahrungen in der Sowjetunion Bezug genommen, etwa, dass es ihm wehtat in der alten Heimat als ethnischer Deutscher nicht akzeptiert gewesen zu sein und dass die – für die deutsche Minderheit sehr wichtige – Religionsausübung nur versteckt erfolgen konnte (so verweist er auf seine geheime Taufe). Mit der Übersiedlung in die Bundesrepublik, dies wird im Gespräch betont, war ein ganz expliziter Wille zur Integration verbunden, was insofern auch dadurch begünstigt wurde, dass sein Berufsabschluss bzw. Studium anerkannt wurde, wenngleich er keine Beschäftigung auf ähnlich hohem Niveau wie vorher fand. Als positiv wird von ihm auch das Beispiel einer Cousine genannt, der als Ärztin ein sechsmonatiges Praktikum auferlegt wurde, sie danach aber in ihrem alten Beruf arbeiten konnte.

Die quantitative Untersuchung wiederum ergab, dass sich ein Drittel der Befragten sowohl mit der Bundesrepublik Deutschland als auch mit dem Herkunftsland sehr eng bis weitestgehend verbunden fühlen (Tab. 1). Mehr als die Hälfte allerdings nannte in diesem Zusammenhang nur ein Land. Genau ein Drittel der Befragten bezog sich hierbei auf die Bundesrepublik Deutschland, während sich knapp 20 Prozent als mit dem Herkunftsland verbunden bezeichneten. Die meisten Befragten fühlen sich letztlich mehreren kulturellen Räumen zugehörig, bekennen sich dabei jedoch zu keinem spezifischen Staat oder Land besonders.

Dies ergeben auch die Intensivinterviews, wobei dort die gesamte Einschätzung etwas positiver ausfällt als in der standardisierten Befragung. Hier bliebe zu hinterfragen inwiefern die Probanden gegenüber einem deutschen Interviewer tendenziell eine sozial er-

wünschte Antwort gegeben haben, anstatt die tatsächliche (ggf. kritischere) persönliche Einstellung zu offenbaren. Andererseits handelte es sich bei diesen Befragten ausnahmslos um Personen, die in den frühen neunziger Jahren zugewandert waren und in der Regel betonten, die deutsche Kultur auch in der Sowjetunion gepflegt zu haben. Auch besitzen Religion wie Arbeit (so wird betont, dass alle erwachsenen Familienmitglieder arbeiten) einen ausgesprochen hohen Stellenwert.

Tab. 1: Emotionale Verbundenheit der Befragten mit BRD und dem Herkunftsland

Verbundenheit mit Herkunftsland Verbundenheit mit BRD	sehr eng verbunden	weitestgehend verbunden	nicht sehr verbunden	überhaupt nicht verbunden	gesamt
sehr eng verbunden	2 (1%)	6 (4%)	8 (5%)	8 (5%)	24 (14%)
weitestgehend verbunden	12 (7%)	39 (23%)	35 (21%)	6 (4%)	92 (54%)
nicht sehr verbunden	4 (2%)	22 (13%)	17 (10%)	1 (1%)	44 (26%)
überhaupt nicht verbunden	5 (3%)	2 (1%)	2 (1%)	0	9 (5%)
gesamt	23 (14%)	69 (41%)	62 (37%)	15 (9%)	169 (100%)

Quelle: Eigene Darstellung nach Köppen/Müller 2012: 129

Ungeachtet der formalen Regelung, dass die Hürden für den Zuzug von Aussiedlern und deren Familienangehörigen eigentlich sukzessive angehoben wurden (insbes. Nachweis von soliden Sprachkenntnissen, die über das Niveau von Kursen hinausgehen), betonte eine Befragte aus Germersheim, dass Integrationsprobleme eher auf später zugewanderte Personen zutreffen würden. Diese seien eher russisch denn deutsch: „Vor 30 Jahren waren es Deutsche, heutzutage eher Russen“ (Interview 5, Frau, Germersheim). Interessant ist, dass diese Probandin ihre eigene Integration zu Beginn des Interviews zunächst als „Naja, es ist so lala“ bezeichnet und auch auf ihren russischen Akzent als eine Art „Akzeptanzhindernis“ als „echte“ Deutsche vonseiten der Mehrheitsgesellschaft hinweist, um im weiteren Verlauf aber ein (durchaus glaubhaftes) Bild sehr gelungener Integration der gesamten Familie zu vermitteln.

Die Integrationsprobleme werden letztlich durchgehend den später ausgesiedelten Migranten sowie nicht-ethnisch deutschen, mitgereisten Familienangehörigen zugeschrieben. Auch wird auf die hohe Bedeutung des Integrationswillens und insbesondere der Arbeit/des Arbeitsplatzes als zentraler „Integrationsmaschine“ hingewiesen. „Das ist

eben so, damit müssen wir leben. Wir haben eine gute Arbeitsstelle und sind mit dem zufrieden, was wir haben und wie es uns geht. Natürlich gibt es auch welche, die nicht arbeiten oder Deutsch lernen wollen, aber die gibt es leider überall. [...] Man muss sich integrieren!“ (Interview 2, Mann, Hochspeyer). Sprache und deutsche Freunde bzw. Kollegen werden wiederholt als Schlüsselemente benannt. Denjenigen, denen es auf diesem Feld nicht gelingt sich zu etablieren, droht demnach zwangsläufig Ausgrenzung und Misserfolg: „Sie können [...] kaum Deutsch sprechen, weil sie es nie richtig lernen, werden somit verspottet oder beschimpft und haben zudem keine rosige Aussicht auf eine schöne Zukunft mit einer guten Arbeitsstelle. Es fehlt hier beispielsweise der soziale Halt durch deutsche Freunde. Im schlimmsten Fall geraten sie auf die schiefe Bahn, werden kriminell, finden keine Arbeit und werden somit schnell zum sozialen Fall und sind auf Sozialhilfe angewiesen“ (Interview 9, Frau, Germersheim).

Auf die Problematik einer ablehnenden Aufnahmegesellschaft weist ein Befragter aus Hochspeyer hin: „Wir fühlen uns hier heimisch, können uns es nicht mehr anders vorstellen und fühlen uns nicht fremd; aber die Familie hat oft das Gefühl, dass man eher unerwünscht hier ist und [...] Vorurteile gegen sie hat.“ (Interview 2, Mann, Hochspeyer). An dieser Stelle merkt der Befragte an, dass sie – im Gegensatz zu ihren Kindern – auch leicht als Aussiedler zu identifizieren seien, da sie einen markanten russischen Akzent hätten. Diese Aussage wurde getätigt, obwohl sich die Familie insgesamt als gut integriert einschätzt und explizit betont, viele deutsche Freunde zu haben. Die Erfahrung mangelnder Akzeptanz oder latenter Diskriminierung tritt auch in weiteren Interviews zutage. Im Grundtenor wird diese Situation meist als unerfreulich, aber eigentlich irrelevant abgetan. So irrelevant kann es aber nicht sein, wenn sechs von neun Interviewpartner unabhängig voneinander auf das „Problem“ ihres russischen Akzents hinweisen oder sehr verletzend Alltagserfahrungen schildern. „Wir gingen damals in einen Schulbuchladen und wollten die Schulbücher für das Gymnasium abholen. Wir fragten, ob für uns die Schulbücher schon da wären und bekamen direkt von der Verkäuferin zur Antwort, dass die Bücher für die Hauptschule gekommen sind. Daraufhin sagte ich, dass dies schön sei, aber wir Bücher für das Gymnasium abholen wollten. Naja, so ist das eben manchmal noch mit solchen Vorurteilen, damit müssen wir eben leben“ (Interview 2, Mann, Hochspeyer).

Die Sprache ist nicht nur im offiziellen Diskurs ein besonders wichtiges Element, sondern auch bei den reflektierten Betroffenen selbst, weshalb die Bedeutung der Sprachbeherrschung stets betont wird und andererseits – wie bereits beschrieben – der eigene, nur sehr schwer abzulegende slawische Akzent als großes Manko gilt und als Akzeptanzhindernis empfunden wird. „Es gibt noch einige Situationen, wo man sich fremd fühlt. Es ist schade, dass einem auch immer Vorurteile entgegengebracht werden wie zum Beispiel: Wir können kein Deutsch! Aber wir können es! Nach Russland möchten wir aber nicht mehr zurück“ (Interview 7, Frau, Germersheim).

Die Erfahrung von Ausgrenzung sowohl im Herkunftsland als auch in der Bundesrepublik ist ein bekanntes Problem, das in den qualitativen Interviews deutlich artikuliert wird. So wurde die bereits erwähnte Diskriminierung der deutschen Minderheit in der Sowjetunion sehr oft thematisiert, wenngleich der Interviewleitfaden gar keine explizite Frage dazu enthielt. Neben persönlichen Erfahrungen, wie beispielsweise die Zuteilung in eine sog. „Faschistenklasse“, die der Interviewpartner 2 aus Hochspeyer als etwa 10-jähriger erleben musste, wird insbesondere das Leid der Eltern oder von „Opa oder Oma“ (welche die Ausreise deshalb trotz zum Teil fortgeschrittenem Alter und aller Beschwerden im deutschen Alltag als großes Glück empfinden) reflektiert. Selbst eine

Probandin, die im Alter von drei Jahren mit ihren Eltern in die Bundesrepublik gekommen ist, trifft die Aussage: „Wir waren in Russland nie in die Gesellschaft integriert und wurden auch oft aus der Gemeinschaft ausgeschlossen oder sogar im schlimmsten Fall beschimpft. Daraufhin wollten wir nur noch zurück in unser Heimatland Deutschland“ (Interview 6, Germersheim).

Nach ihrer emotionalen Verbundenheit mit dem Herkunftsland und der Bundesrepublik im allgemeinen Sinne gefragt, betonen viele der Befragten, eine „doppelte Heimat“ zu haben – etwa ein Drittel in der quantitativen Umfrage – während ein weiteres Drittel Deutschland als Heimat betrachtet und der Rest entweder angibt, keinen Staat zu haben, den sie als Heimat bezeichnen würden, oder ihr Herkunftsland als Heimat benennen.

Als sehr aufschlussreich hat sich ein freier Kommentar in einem Fragebogen der standardisierten Befragung ergeben, der die Verwendung des Begriffs „Heimat“ als Synonym für „Herkunftsland“ im vorgelegten Fragebogen (zu Recht) kritisch hinterfragt. Hier zeigte sich bei der Auswertung, dass bei der Erhebung eine präziser formulierte Frage nach Heimat und Heimatgefühl der Aussiedler sinnvoll und interessant gewesen wäre, zumal der Heimatbegriff emotionale Beziehungen zu einem spezifischen Raumabschnitt wiedergibt (Meyer 2005: 21). Dies ist insofern bedeutend, als der russische Heimatbegriff „Родина“ (Rodina = Heimat und Mutterland/Vaterland) eine sehr viel stärkere emotionale Komponente als die Entsprechung „Heimat“ im Deutschen enthält. Es erscheint lohnenswert, diese Thematik in einer Folgestudie gezielt aufzugreifen.

In Bezug auf die mit der „alten Heimat“ stärker verbundene Gruppe wäre genauer zu untersuchen, welcher Art die emotionale Bindung ist und welches Heimatbild individuell konstruiert wird. Letzteres dürfte stark an einen Raum und eine Umwelt gebunden sein, die es so, wie sie verlassen wurden, auf Grund gravierender politischer, ökonomischen und sozialer Veränderungen dort längst nicht mehr gibt. Diese Heimat wäre demnach eine fiktive Heimat in der Erinnerung, deren Hauptcharakteristika zu erfahren sehr aufschlussreich sein könnte. So konstatieren Göler und Lautenbacher (2010) für jugendliche Spätaussiedler ein zwar grundsätzlich sehr differenziertes Bild von Deutschland und der alten Heimat, wobei aber meist ein – aus Kindheitserinnerungen und durch Erzählungen der Eltern gespeistes – idealisiertes Bild des Herkunftslandes dominiert.

Diese Situation ist den Aussiedlern durchaus bewusst, wie sich in einem der Interviews zeigt. So merkt die Befragte an, dass „Russland Vergangenheit ist. Hört man ein Lied auf Russisch, so wird man auch mal nostalgisch. So wird sich auch ein Deutscher fühlen, wenn er etwas aus der Vergangenheit wiedererlebt. So freut man sich auch beispielsweise als Eltern, wenn sein Kind dieselben Interessen zeigt wie man selbst früher. Russische Volkstänze zum Beispiel“ (Interview 8, Frau, Germersheim). Bemerkenswert an diesem Interview ist auch, dass die Probandin einerseits (unbewusst?) ganz offensichtlich zwischen ihrer Gruppe und den Deutschen „an sich“ differenziert und andererseits betont, dass in ihrer Familie die deutsche Sprache und Kultur besonders gepflegt würden. An dieser Stelle sei erneut darauf hingewiesen, dass es in der Gesamtschau nicht immer ganz eindeutig ist, inwiefern diese Betonung der Pflege deutscher Kultur nicht zu einem gewissen Teil der Interviewsituation mit einem Vertreter der „lupenreinen“ deutschen Mehrheitsgesellschaft geschuldet ist.

Als weiterer möglicher Hinweis auf eine mehr oder weniger starke Bindung an das Herkunftsland wurden Mediennutzung sowie die Inanspruchnahme spezieller, „russischer“, Dienstleistungen betrachtet. Sie können ebenfalls eine mehr oder weniger starke

Bindung an das Herkunftsland aufdecken. In beiden Untersuchungen zeigte sich, dass fast allen Befragten solche Angebote in Anspruch nahmen; selbst wenn dies teilweise wenig präzise artikuliert wurde.

Ein „klassisches“ Beispiel sind sicherlich spezialisierte, „russische“ Lebensmittelläden. Auch größere Einzelhandelsketten haben längst die potenzielle Nachfrage dieser großen Bevölkerungsgruppe erkannt und bieten entsprechende Produkte an. Aber auch „Aussiedler- bzw. Russendiskotheken“, Friseure, Ärzte oder Reisebüros fokussieren auf diese Zielgruppe. Dass dabei Diskotheken eher von Jüngeren frequentiert werden, während Arzt- und Friseurbesuche von mittleren und älteren Altersgruppen öfter genannt wurden, liegt auf der Hand.

Wie bereits erwähnt, sind „russische“ Lebensmittelläden dabei die am häufigsten genutzten Dienstleister. Hier steht der Kauf spezieller Lebensmittel im Vordergrund, wohingegen Gespräche über die alte Heimat, aber auch die Pflege von Heimatgefühl unter Gleichgesinnten bzw. „Das Gefühl, in der alten Heimat zu sein“ nicht zwangsläufig die Hauptmotivation zu sein scheint, russischsprachige Dienstleister in Anspruch zu nehmen bzw. dort einzukaufen. Allerdings war für einige Probanden (ganz erwartungsgemäß) die mangelnde oder schlechte Kenntnis des Deutschen der zentrale Aspekt, russischsprachige Angebote wahrzunehmen (insbesondere Ärzte).

Die Besitzerin eines „russischen Ladens“ in Germersheim kauft selbst in „allen möglichen Supermärkten ein“ und „ab und zu auch mal in russischen Lädchen für Spezialitäten“. Sie merkt an: „Ich habe vor zwei Jahren ein russisches Lädchen eröffnet. Circa 70 Prozent der Kunden sind Deutsche!“ (Interview 7, Frau, Germersheim). Diese Interviewpartnerin weist ebenfalls auf die tatsächliche oder gefühlte Isolation von der Mehrheitsgesellschaft – der sie pro forma eigentlich angehört – hin und schätzt, dass etwa 85 Prozent ihrer Familie sich eher isoliert in Deutschland fühlen würden. Dies führt sie auf insgesamt wenige Kontakte zur heimischen Bevölkerung zurück, aber auch auf segregierte Wohnsituationen. Die Interpretation des „Shopping“ im eigenethnischen Laden als Ausdruck einer nostalgischen Grundhaltung oder gar schlechter Integration wurde von allem Befragten der Intensivgespräche ostentativ zurückgewiesen.

Als durchaus bedeutend zeigt sich die Nutzung russischsprachiger Massenmedien, die in der standardisierten Umfrage von knapp über 40 Prozent der Probanden regelmäßig in Anspruch genommen werden. Hier wurde betont, dass dies nicht zwangsläufig auf mangelnde Deutschkenntnisse zurückzuführen, sondern dem Wunsch nach aktuellen Informationen über das Herkunftsland geschuldet ist, welche in dieser Form und Detailliertheit in den deutschen Medien nicht geboten werden.

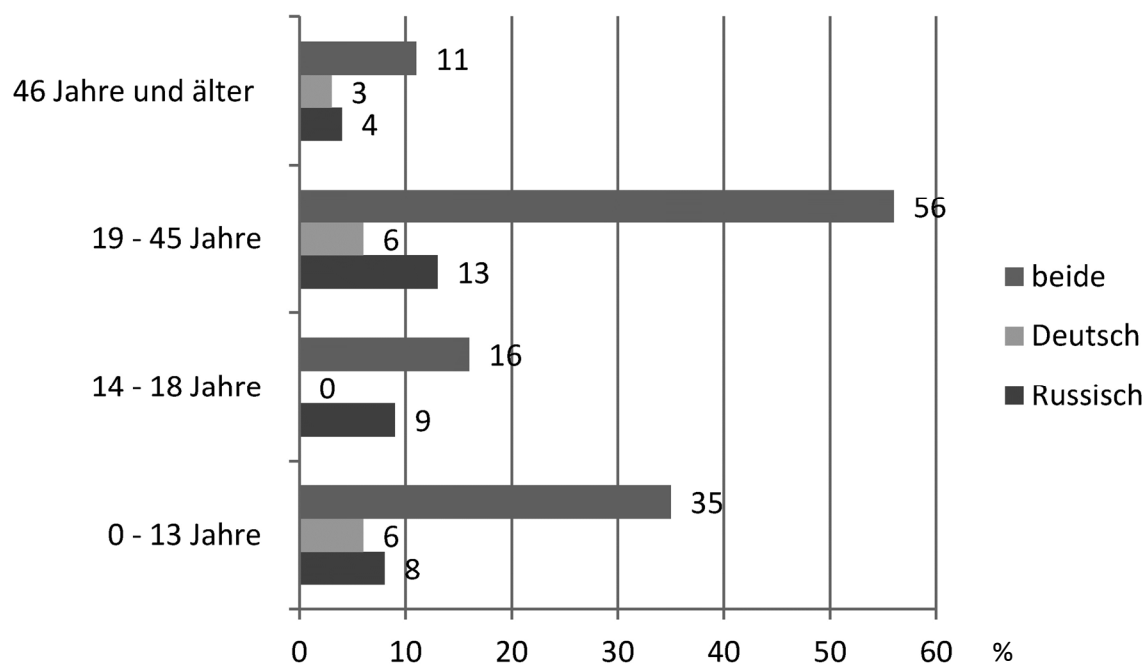
Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass aus dem kompletten russischsprachigen Angebotsspektrum vor allem die Lebensmittelläden und Massenmedien altersgruppenübergreifend in etwa gleichem Maße in Anspruch genommen werden. Da sowohl Güter als auch Medienkonsum eine identitätsprägende Wirkung aufweisen, kann trotz anderslautender Beteuerungen durchaus auf eine gewisse Persistenz „russischer“ Identität bei allen Aussiedlergenerationen geschlossen werden. Alleine durch das Konsumverhalten – unabhängig von der Selbstidentifikation – trotz jahrelangem Aufenthalt in Deutschland, wird de facto ein Stück „russisch“ konnotierter Gewohnheiten und somit „russisch“ geprägter Identität zum Ausdruck gebracht.

Auch die auf ihr „Deutschsein“ sehr bedachten Probanden der Intensivgespräche erwähnten letztlich stets, dass bei geselligen Anlässen, Essen und Trinken meist „russische“ Elemente – einschließlich Musik und Tanz – dominieren bzw. bewusst gepflegt würden.

Die deutsche Alternative ist im Vergleich eben eher modest. So erwähnt eine Probandin, dass religiöse Feiertage wie in Deutschland gefeiert würden, Hochzeiten wie in Russland als große Feste in angemieteten Hallen mit russischen „Zeremonien“ (Tanz, Musik, Geselligkeit). „Wir feiern die Feste in großem Stil, da ich ungefähr 60 Cousins und Cousinen hier in Deutschland habe“ (Interview 9, Frau, Germersheim). In diesem Kontext könnte vielleicht sogar von der Herausbildung einer aussiedlerspezifischen Kultur gesprochen werden, die positive und sinnvolle Elemente mehrerer Gesellschaften integriert. „Die Beziehungen mit allen Verwandten werden erhalten; es wird immer gemeinsam gefeiert und getrauert; wird viel gesungen und getanzt. Viele Generationen wohnen zusammen, statt ins Altersheim zu gehen“ (Interview 4, Mann, Germersheim).

Mindestens ausreichende Sprachkenntnisse des Deutschen als elementare Grundlage erfolgreicher sozialer wie beruflicher Integration wurden bereits mehrmals erwähnt. Spracherwerb und Praxis sind selbstverständlich von höchster Bedeutung. Dass nicht nur die Interviewpartner der qualitativen Studie, sondern auch annähernd alle Probanden (97%) der standardisierten Befragung angaben, über gute bis ausreichende Deutschkenntnisse zu verfügen (Abb. 2), ist sicherlich positiv, sollte aber auch nicht erstaunen. Denn deren Nachweis ist eine Voraussetzung für die Anerkennung als Aussiedler. Wichtiger ist es zu betrachten, welchen Stellenwert das Deutsche im Alltag tatsächlich hat.

Abb. 2: Sprachen, die von Probanden zu Hause gesprochen werden



Quelle: Eigene Darstellung nach Köppen/Müller 2012: 133

Es zeigt sich, dass im familiären Umfeld vom überwiegenden Teil der Befragten Russisch oder beide Sprachen gesprochen werden, wobei der Anteil des Russischen in der Regel gemäß quantitativer Umfrage größer ist. Seltener wird ausschließlich Deutsch verwendet. Fast entgegengesetzt verhält es sich bei den Intensivinterviews. Mit einer Ausnahme (diese Probandin war als Kleinkind ausgesiedelt) wurde von einem „Mix“ bzw. „Mischmasch“ mit Dominanz des Deutschen im Alltag berichtet (wobei hiermit der situationsabhängige Gebrauch von Deutsch oder Russisch gemeint ist). Die Betonung des Deutschen als „Hauptsprache“ entspricht freilich der vermeintlich erwünschten Praxis

aus Sicht der Mehrheitsgesellschaft und demonstriert zudem nicht nur Integrations-, sondern sogar Assimilationswillen. Mehrere Probanden benennen die Dimensionen „Innen“ und „Außen“. „Wir sprechen in der Öffentlichkeit Deutsch, auch wenn die Sprachkenntnisse nicht so gut sind. Die erste Generation spricht zu Hause russisch, wenn die Familie zusammenkommt, meist aber einen Mix. Die zweite Generation spricht zu Hause Deutsch“ (Interview 1, Mann, Enkenbach).

Immer wieder werden die Vorteile von Zweisprachigkeit genannt: „Wir legen viel Wert auf die Zweisprachigkeit. So kann man sich auch leichter verständigen, wenn im Beruf russischsprachige Personen kommen, die das Deutsche nicht verstehen“ (Interview 9, Frau Germersheim). Als Ideal gilt die jeweils perfekte, akzentfreie Beherrschung beider Sprachen; eine Fähigkeit, die potenziell der Generation der Kinder zugeschrieben wird. Wenn es perfekt zweisprachige (meist jüngere) Familienmitglieder gibt, werden diese mit Stolz in den Gesprächen erwähnt.

Eine latente Furcht vor nicht näher artikulierten möglichen Gefahren durch den „schlampigen“ Umgang mit Sprache klingt in vielen Interviews durch. „[Meine] ukrainische Frau, sie würde gerne mehr russisch sprechen, Tochter spricht nur Deutsch. Ich will Mix vermeiden, wir reden entweder auf Deutsch oder auf Russisch! Aber viele reden den Mix“ (Interview 3, Mann, Germersheim).

Die deutsche Sprache ist also auch nach vielen Jahren in Deutschland nicht das primäre Kommunikationsmedium in vielen Aussiedlerfamilien. Eine ausgeprägte Zweisprachigkeit bestimmt demnach den Alltag. Dies belegen auch Göler und Lautenbacher (2010) in Hinblick auf jugendliche Spätaussiedler in Bamberg.

Diese Feststellung als mangelnde Fähigkeit oder Willen zur Integration zu interpretieren, würde der Komplexität des Sachverhalts nicht gerecht werden. Vielmehr stellt sie eine Ressource und Besonderheit eines Individuums dar, welche die Möglichkeit bietet, sich als Teil zweier Kulturen zu begreifen (vgl. z.B. Gogolin 2003: 69). Und auch eine etwaige Zerrissenheit der Identität durch Mehrsprachigkeit ist keine zwingende Entwicklung, wenn dies überhaupt eine nachweisbare bzw. tatsächliche Folge sein kann. Das Festhalten an der russischen Sprache beziehungsweise ihr gezielter, situationsabhängiger Einsatz ist darüber hinaus sinnvoll, wenn ihre Spezifika berücksichtigt werden: So bietet Russisch im Vergleich zum Deutschen eine viel breitere Palette an Ausdrucksmöglichkeiten für Gefühlsschattierungen, weshalb Aussiedler vor allem im emotionalen Bereich immer wieder auf das Russische zurückgreifen (Kossolapow zit. n. Frik 2005: 148).

Wenngleich der überwiegende Teil der Befragten über gute Deutschkenntnisse verfügt, ist dennoch die Bindung an die russische Sprache bei allen Generationen sehr stark ausgeprägt, was letztendlich auf eine bikulturelle Orientierung hinweist.

Allerdings war durch die gewählte Befragungsmethode nicht feststellbar, wie gut die Deutschkenntnisse der Probanden tatsächlich sind (und inwiefern insbesondere die Jüngeren „gutes“ Russisch sprechen). Die enorme Bedeutung der Sprachbeherrschung als „Schlüssel zur Integration“ (Michalowski et al. zit. n. Göler/Lautenbacher 2010) dürfte unbestritten sein und „echte“ Zweisprachigkeit als wertvolle Ressource, wenn geschickt zur Platzierung genutzt, kann greifbare Vorteile bieten. Dass hier aber bei jüngeren Spätaussiedlern de facto Defizite bestehen, lässt sich beispielsweise aus der Bamberger Studie erschließen, in welcher festgestellt wurde, dass die Probanden zwar Russisch im Alltag sprachen und russische Medien konsumierten (Fernsehen), allerdings nicht in der Lage waren, die kyrillische Schrift zu lesen (Göler/Lautenbacher 2010: 46).

5 Fazit

Die Zusammenschau der Befragungsergebnisse beider Studien stützt letztlich die Erkenntnisse, die bereits durch die Auswertung der standardisierten Interviews gewonnen wurden (Köppen/Müller 2012). Die Mehrheit der befragten Aussiedler in Rheinland-Pfalz, mit Ausnahme der ältesten Generation, besitzt eine latent „gemischte“ ethnische Identität. Diese setzt sich erwartungsgemäß aus Elementen russisch/(post-)sowjetischer und deutscher Kultur zusammen. Die vorhandene bikulturelle Kompetenz bietet dabei grundsätzlich die Möglichkeit, sich im Alltag situationsabhängig sowohl für den deutschen als auch den russisch-(post-)sowjetischen Kulturraum typischer Handlungsmuster bzw. Skripts zu bedienen, um optimalen Nutzen zu erzielen. Ein Beispiel hierfür ist sicherlich auch die besondere Betonung des „Deutschtums“ gegenüber dem deutschen Interviewer, wenngleich das Gesamtbild der jeweils geführten Gespräche ganz klar auf eine kulturell vielfältigere Alltagspraxis hinweist, welches eher den Interpretationen aus der quantitativen Studie entspricht.

Eine vorrangig deutsche Selbstidentifikation zeigten insbesondere die Befragten der älteren Generation und diejenigen Personen, welche auf eine längere Verweildauer in der Bundesrepublik zurückblicken. Letzteres ist im Prinzip sicher keine überraschende Erkenntnis. Der älteren Generation aber wurden in der Ausgangshypothese aufgrund ihrer sowjetischen Sozialisation und des größtenteils in der Sowjetunion verbrachten Lebens am ehesten Schwierigkeiten mit der Anpassung in Deutschland unterstellt. Hier wiederum bliebe zu bedenken, dass diese Selbstzuschreibung nicht zwangsläufig den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen muss, sondern ein grundsätzliches Statement sein kann, ungeachtet der Frage, wie gut die Integration tatsächlich verläuft oder inwiefern Details im individuellen Alltag russisch-sowjetisch geprägte Handlungsmuster erkennbar sind. So handelt es sich bei diesen Befragten auch um diejenige Generation, welche in der Sowjetunion (zum Teil extreme) Benachteiligung und Diskriminierung als ethnisch-deutsche Bürger erfahren mussten (bis hin zur Deportierung, Tötung und Herabwürdigung deren Elterngeneration im Zuge des zweiten Weltkrieges) und deshalb eine lebenslange emotionale Distanz, zumindest gegenüber dem Staatswesen der alten Heimat, haben könnten. Eine generelle Ablehnung der Sowjetunion und ihrer Nachfolgestaaten, die in den 1990er Jahren darüber hinaus mit unübersehbaren politischen und ökonomischen Problemen konfrontiert waren, war zudem für viele Aussiedler und Spätaussiedler ein nennenswerter Push-Faktor zur Emigration in die Bundesrepublik Deutschland. Letztlich dürfte die Betonung der Familie als (einzig) zuverlässiger, unbedingt gepflegter Verband auch eine Strategie der Selbstvergewisserung und der Absicherung in einer latent schwierigen, unberechenbaren und bisweilen ablehnenden (bzw. so empfundenen) Umwelt sein.

Eine Anfang der 1990er Jahre im Vorfeld der starken Zuwanderung von Spätaussiedlern bisweilen geäußerte Annahme, dass diese schon nach wenigen Jahren in die deutsche Gesellschaft integriert sein würden, hat sich nicht bestätigt. Vielmehr kristallisiert sich eine hybride Identität als charakteristisch heraus. Die meisten Aussiedler sind in den seltensten Fällen assimiliert. Sie scheinen aber deutlich besser – und vor allem viel schneller – integriert zu sein als Angehörige anderer bedeutender Migrantengruppen, insbesondere der Türken, wenn man den Ausführungen des Berliner Instituts für Bevölkerung und Entwicklung folgt, welche die deutschen (Spät-)Aussiedler als integrationsfreudige Herkunftsgruppe klassifizieren (Woellert/Kröhnert/Sippel/et al. 2009).

Dass die hybride Identität auch bei Teilen der jüngeren Aussiedlergeneration häufig nachweisbar und stabil zu sein scheint, ist zunächst erstaunlich, da diese Probanden zum Zeitpunkt der Emigration im Kindes- oder Kleinkindalter waren und demnach die außerfamiliäre Sozialisation in der Bundesrepublik Deutschland stattfand, was Integration oder gar Assimilation eigentlich begünstigen sollte. Tatsächlich aber deckt sich die Beobachtung der betonten „Andersartigkeit“ mit den Erkenntnissen mehrerer Studien zur Integration jugendlicher Aussiedler, in welchen neben genereller Aus- wie Abgrenzung (Göler/Lautenbacher 2010; Vogelgesang 2008) meist auf soziale Isolation und nennenswerte Probleme beim Einstieg in den Arbeitsmarkt (Strobl/Kühnel 2000) hingewiesen wird.

Andererseits zeigen sich klare Parallelen zu Annahmen bezüglich kultureller Orientierung jugendlicher Spätaussiedler aus Russland zum Zeitpunkt der Abwanderung. So waren diese vor der Ausreise im Lebensumfeld ihrer Herkunftsländer im Allgemeinen integriert. „Von der deutschen und russischen Kultur sehen sich viele in gleicher Weise beeinflusst, wie 45 Prozent einer Stichprobe Jugendlicher anlässlich einer Befragung der Universität Nowosibirsk betonten. 26 Prozent sahen sich hauptsächlich durch die deutsche Kultur beeinflusst, 20 Prozent hauptsächlich durch die russische Kultur. 35 Prozent erachteten ihre kulturellen Besonderheiten auch nach der Ausreise für bewahrenswert. 46 Prozent stimmten dem teilweise zu“ (Heinen 2000: 41).

„Die schnelle Erteilung der deutschen Staatsbürgerschaft und Integrationsprogramme helfen sicherlich enorm beim ersten Zurechtfinden in der deutschen Gesellschaft, bewirken per se aber natürlich kaum die Eigenwahrnehmung als „Deutsch“, zumal diese Anerkennung seitens der Mehrheitsgesellschaft meist verweigert wird. Somit besteht bei der jüngeren Aussiedlergeneration (noch?) eine gewisse Parallele zur ebenfalls latent hybriden Selbstwahrnehmung junger Ausländer – wie etwa Türken – in Deutschland, welche im Gegensatz zu ethnisch deutschen Zuwanderern zwar keine deutsche Staatsbürgerschaft haben, allerdings in Deutschland geboren und sozialisiert wurden. Zwar sind sie in der deutschen Gesellschaft aufgewachsen und sind mit deren Normen und Werten durchaus vertraut, weisen jedoch häufig eine gesplante Identität auf, die zum Teil auf den starken Einfluss der Familie und die durch sie vermittelte Traditionen und Werte zurückgeführt werden sowie auf die Tatsache, dass Seitens der deutschen Politik und Gesellschaft eine als ablehnend empfundene Haltung besteht“ (Köppen/Müller 2012: 136).

Hier besteht auch der Ansatzpunkt für Raum-, Sozial- und Quartiersplanung. Aussiedler sind letztlich als Migrantengruppe mit einem sehr stark ausgeprägten „aktiven Integrationswillen“ anzusehen (siehe auch Dörries 2014). Die positive Anerkennung dieser Bemühungen wie auch Kenntnis und Respekt der spezifischen Geschichte und kulturellen Besonderheiten besitzen einen hohen Stellenwert. Nicht minder bedeutsam scheint ein gewisser Wunsch nach Unauffälligkeit zu sein, was quasi zwangsläufig an den erwähnten Integrationswillen gebunden ist. Nichtsdestotrotz bestehen auch hier die für Migranten typischen Schwierigkeiten und Probleme in der Mehrheitsgesellschaft. Allerdings ist es leicht möglich, dass die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen der Aussiedler nicht immer angemessen erkannt werden, da einerseits – aufgrund der bereits erklärten Sonderstellung als ethnische Deutsche – die Existenz migrations- und integrationsbedingter Problemlagen sozusagen per Definition negiert werden sowie andererseits die Neigung der Betroffenen sich zu artikulieren nicht zwangsläufig stark ausgeprägt ist, da Unauffälligkeit und Anerkennung als untrennbar verbunden erachtet werden.

Das „Innen“, welches ganz erhebliche Bedeutung für die Identitätsbildung besitzt, wurde nur am Rande erfasst und nicht näher untersucht. Dies könnte der Ansatz einer Folgestudie sein, welche erörtert, in welchem Maße Familie, sozialer Status und gesellschaftlicher Alltag (einschließlich Praktiken der Ausgrenzung durch die Aufnahmegesellschaft) zur Herausbildung hybrider Identität beitragen. Dass die soziale Distanz zwischen Deutschen und Spätaussiedlern auch eine Folge mehr oder weniger bewusster Abgrenzung und des Rückzugs in die eigenethnische Gruppe ist (selbst lange nach dem Zeitpunkt der Auswanderung), wurde bei den qualitativen Interviews teilweise angesprochen und in bestehenden Studien zur Problematik bereits diskutiert (vgl. auch Göler/Lautenbacher 2010). Sehr interessant wäre es außerdem, genauer zu studieren, ob von einer prototypischen russlanddeutschen Kultur gesprochen werden kann, und zu welchen Anteilen originär (post-)sowjetische, imaginäre Landschaften und Praktiken sowie bundesrepublikanische Prägungen charakteristisch für die heutige russischdeutsche Identität sind.

Ob die hybride Identität ein persistentes Muster der Selbstidentifikation bleibt oder ob sie lediglich die derzeitige Stellung im Integrationsprozess widerspiegelt und sich letztlich auflöst, wird sich zeigen.

Inwiefern die Herausbildung einer „neuen“, aus sowjetischen/post-sowjetischen und bundesdeutschen Erfahrungen sowie Erzählungen und tradierten Handlungsmustern gespeisten, bipolaren (oder gar tripolaren?) kulturellen/ethnischen Identität eine Strategie im Umgang mit Schwierigkeiten oder gar Ablehnung in der bundesdeutschen Gesellschaft darstellt, bietet zusätzliche Ansatzpunkte für weiterführende differenzierte Untersuchungen.

Dass die Beachtung von Bikulturalität oder „Zweiheimischkeit“ als innovative Integrationsstrategie (Badawia 2006) im Sinne einer aktiven Gesellschaftspolitik, welche Mentalitätsprobleme wie Identitätsfragen nicht ausblendet, durchaus lohnenswert ist, dürfte sich als Erkenntnis zunehmend durchsetzen. „Integration ist ein langfristiger, nicht selten generationenübergreifender Sozial- und Kulturprozess, der auf das Hinzutreten neuer Gruppen und vieler anderer Wechselbezüge nicht nur regulativ, sondern auch eigendynamisch antwortet“ (Bade/Oltmer 2004: 136). Vor diesem Hintergrund ist die derzeit konstatierte hybride Identität der Aussiedler weder überraschend noch bedenklich, sondern auch eine Ressource.

Literatur

- Bade, K.; Oltmer, J. (2004): Normalfall Migration. Bonn.
- Badawia, T. (2006): »Zweiheimisch«, eine innovative Integrationsformel. In: Spohn, C. (Hrsg.): zweiheimisch: Bikulturell leben in Deutschland. Bonn, 181-191.
- Bös, M. (1997): Migration als Problem offener Gesellschaften. Opladen.
- Dörries, B. (2014): Heimatkunde. In: Süddeutsche Zeitung, 10.09.2014, 3.
- Esser, H. (2001): Integration und ethnische Schichtung. Mannheim. = Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung: Arbeitspapiere 40.
- Fawcett, J.-T. (1989): Networks, Linkages and Migration Systems. In: International Migration Review 23 (3), 671-680.
- Frik, O. (2005): Integration zu welchem Preis? In: Datta, A. (Hrsg.): Transkulturalität und Identität. Bildungsprozesse zwischen Exklusion und Inklusion. Frankfurt am Main, 139-152.

- Gogolin, I. (2003): „Das ist doch kein gutes Deutsch“ – Über Vorstellungen von ‚guter‘ Sprache und ihren Einfluss auf Mehrsprachigkeit. In: Florio-Hansen, I. D.; Hu, A. (Hrsg.): Plurilingualität und Identität. Zur Selbst- und Fremdwahrnehmung mehrsprachiger Menschen. Tübingen, 59-71.
- Göler, D.; Lautenbacher, R. (2010): Halb Deutscher, halb Russe. Integration und Segregation jugendlicher Aussiedler – Eine exemplarische Untersuchung des Bamberger Malerviertels. In: Mitteilungen der Fränkischen Geographischen Gesellschaft 2010 (57), 31-50.
- Haug, S. (2000): Klassische und neuere Theorien der Migration. Mannheim. = Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung: Arbeitspapiere 30.
- Heinen, U. (2000): Zuwanderung und Integration in der Bundesrepublik Deutschland. In: Informationen zur politischen Bildung 2000 (267), 36-49.
- Hill, P. B.; Schnell, R. (1990): Was ist „Identität“? In: Esser, H.; Friedrichs, J. (Hrsg.): Generation und Identität: theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie. Opladen, 25-42. = Studien zur Sozialwissenschaft 97.
- Ingenhoven, K. (2003): „Ghetto“ oder gelungene Integration? Untersuchung sozialräumlicher Entwicklungsprozesse in der bedeutendsten Siedlungskonzentration von Aussiedlern aus Rumänien, der Siebenbürger-Sachsen-Siedlung in Wiehl-Drabenderhöhe (NRW). Münster. = Reihe Geographie 13.
- Landesjugendhilfeausschuss Rheinland Pfalz (2002): Integration junger Aussiedlerinnen und Aussiedler. Herausforderung für die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit.
http://www.lsjv.rlp.de/fileadmin/ljsjv/downloads/Kinder_Jugend_und_Familie/Landesjugendamt/aussiedler_integration.pdf (22.10.2014).
- Massey, D.-S.; Arango, J.; Hugo, G.; Kouaouci, A.; Pellegrino, A.; Taylor J. E. (1993): Theories of International Migration: A Review and Appraisal. In: Population and Development Review 19 (3), 431-466.
- Meyer, F. (2005): Die Städte der vier Kulturen. Eine Geographie der Zugehörigkeit und Ausgrenzung am Beispiel von Ceuta und Melilla (Spanien/Nordafrika). Stuttgart. = Erdkundliches Wissen. Schriftenreihe für Forschung und Praxis (EW) 139.
- Köppen, B.; Müller, M. (2012): Russisch? Deutsch? Russlanddeutsch? Empirische Erkenntnisse zur Integration und Identität von Spätaussiedlern in Rheinland-Pfalz. In: Köppen, B.; Gans, P.; Milewski, N.; Swiaczny, F. (Hrsg.): Internationalisierung. Die unterschätzte Komponente des demographischen Wandels in Deutschland. Norderstedt, 119-141. = Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Demographie 5.
- Mietzel, G. (1998): Pädagogische Psychologie des Lernens und Lehrens. Göttingen u. a.
- Noyes, N. (2004): Die Integration der Spätaussiedler in den alten und neuen Bundesländern. Ein Vergleich der Städte Garbsen und Strausberg. In: Swiaczny, F.; Haug, S. (Hrsg.): Bevölkerungsgeographische Forschung zur Migration und Integration. Wiesbaden, 27-52. = Materialien zur Bevölkerungswissenschaft 112.
- Portes, A. (1995): Economic Sociology and the Sociology of Immigration. A Conceptual overview. In: Portes, A. (ed.): The Economic Sociology of Immigration: Essays on Networks, Ethnicity and Entrepreneurship. New York, 1-41.
- Pries, L. (1996): Transnationale Soziale Räume. Theoretisch-empirische Skizze am Beispiel der Arbeitswanderungen Mexiko-USA. In: Zeitschrift für Soziologie 25 (6), 456-472.
- Pries, L. (1998): „Transmigranten“ als ein Typ von Arbeitswanderern in pluri-lokalen sozialen Räumen. In: Soziale Welt 49 (2), 135-150.
- Schneider, J. (2005): Aussiedler.
<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56394/aussiedler>
(14.08.2014).
- Schnell, R. (1990): Dimensionen ethnischer Identität. In: Esser, H.; Friedrichs, J. (Hrsg.): Generation und Identität: theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie. Opladen, 43-72. = Studien zur Sozialwissenschaft 97.

- Strobl, R.; Kühnel, W. (2000): Dazugehörig und ausgegrenzt. Analysen zu Integrationschancen junger Aussiedler. Weinheim/München.
- Vogelgesang, W. (2008): Jugendliche Aussiedler. Weinheim u. a.
- Werner, P. (2012): Integration von Spätaussiedlern in der Westpfalz, unveröffentlichte Abschlussarbeit, Universität Koblenz-Landau.
- Woellert, F.; Kröhnert, S.; Sippel, L.; Klingholz, R. (2009): Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Berlin.
http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Zuwanderung/Integration_RZ_online.pdf (19.08.2014).

Autor

Bernhard Köppen (*1971), Chargé de Recherche am Luxembourg Institute of Socio-Economic Research, Département Développement Urbain et Mobilité, Luxembourg. Bernhard Köppen studierte Geographie an den Universitäten Erlangen-Nürnberg, Bamberg und Grenoble. Nach maîtrise géographie (Institut de Géographie Alpine, Grenoble) und Diplom (Bamberg) war er wissenschaftlicher Mitarbeiter (Sozial- und Wirtschaftsgeographie) an der TU Chemnitz (dort Promotion im Fach Geographie) sowie Juniorprofessor für Demographieforschung und Anthropogeographie an der Universität Koblenz-Landau. Bernhard Köppen ist apl. Professor an der Universität Koblenz-Landau und Mitglied des wissenschaftlichen Beirates „DemographiepPolitik“ der Landesregierung Rheinland-Pfalz. Arbeitsschwerpunkte sind angewandt geographische Fragestellungen, das Spannungsfeld Regional- und Stadtentwicklung, Regionalpolitik und Raumplanung, Urbanistik, Bevölkerungsgeographie sowie Fragen grenzüberschreitender Kooperation und Multilevel Territorial Governance.

Martina Hülz, Olaf Kühne

Handlungsbedarfe und -empfehlungen an die räumliche Planung vor dem Hintergrund einer zunehmenden Internationalisierung der Gesellschaft

Need for action and recommendations to spatial planners against the background of an increasingly international society

Die ARL-Arbeitsgruppe „Internationalisierung der Gesellschaft und ihre Auswirkungen auf die Raumentwicklung“ der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland hat sich in den Jahren 2012 bis 2013 mit Erklärungsansätzen zur Wahrnehmung von Raum durch Migranten, zu Bedürfnissen und Anforderungen von Migranten an Raum sowie zu Potenzialen der Internationalisierung der Gesellschaft für die Raumentwicklung beschäftigt. Ziel dieser Arbeitsgruppe war es, neben dem inter- und transdisziplinären Diskurs Handlungsbedarfe für die räumlichen Planungen (insbesondere für das LAG-Gebiet) zu ermitteln und Handlungsempfehlungen zu formulieren. Räumlich haben sich die Gruppe und damit auch die Beiträge dieses Bandes auf regionale und lokale Fallstudien städtischer und ländlicher Räume sowie Landschaften in den drei Bundesländern konzentriert. Die Raumrelevanz des Themas für die Raumentwicklung wurde in den Beiträgen dieses Arbeitsberichtes immer wieder beleuchtet. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe wurden in der Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft am 11. November 2013 vorgestellt und vor dem Hintergrund folgender Fragen diskutiert:

- Welche Bedeutung das Thema „Migration“ in der räumlichen Planung tatsächlich hat?
- Und welche Handlungsmöglichkeiten ergeben sich daraus für die Planung?

Aus den Fallbeispielen der verschiedenen Beiträge wie auch aus den Ergebnissen der LAG-Sitzung lässt sich ableiten, dass es derzeit keine strategische Verknüpfung von räumlicher Planung und Migration gibt, d. h. Migration ist gegenwärtig kein Thema, das sich in verbindlichen Strategien, Konzepten oder gar Instrumenten räumlicher Planungen wiederfindet. Vielmehr setzt es zunächst an der Schaffung eines Bewusstseins an, dass es sich um eine planungsrelevante Frage handelt. Erst in einem darauf aufbauenden Schritt können strategische, raumplanerische Ansätze entwickelt und verfolgt werden. Dies ist sicherlich keine LAG-eigene Situation. Das deutsche Planungssystem hält nur randlich ein migrationsspezifisches Instrumentarium vor; eher im Kontext der „weichen“ Planungsinstrumente, insbesondere in städtischen Räumen, wurden planerische Modelle und Routinen entwickelt, die sich in sozialräumlichen Kontexten mit Migranten befassen (z. B. im Handlungsfeld Integration im Programm „Soziale Stadt“). Daraus, dass der Aktivitätsgrad von Planung zu diesem Thema eher unterdurchschnittlich ausgeprägt war, ergibt sich ein politischer und planerischer Handlungsbedarf in Hinblick auf eine migrantenfreundliche räumliche Planung.

Doch warum spielt das Thema Migration in einer, schon seit Langem von Zuwanderung geprägten, internationalisierten Gesellschaft keine Rolle in den räumlichen Planungen – obwohl die Raumrelevanz in verschiedenen Politik-, Verwaltungs- oder auch Gesellschaftsbereichen unstrittig akzeptiert wird?

Ein Pol dieses Spannungsfeldes, der die Antwort auf die vorangestellte Frage liefert, lässt sich wie folgt beschreiben:

1. Versteht man die Internationalisierung der Gesellschaft als Integration von Migranten im Sinne einer Assimilation, ergibt sich daraus, dass eine spezifische Planung nicht notwendig ist. Die Integrationslasten werden allein den Zuwandernden überantwortet. Dieses Assimilationsmodell wird jedoch in Wissenschaft und Praxis zunehmend kritisch hinterfragt.

Die Arbeitsgruppe dieses Bandes, wie auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Novembersitzung der Landesarbeitsgemeinschaft Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland, verfolgen auch einen zur normativen Assimilation kritischen Ansatz:

2. Versteht man die Internationalisierung der Gesellschaft als Integration von Migranten im Sinne einer Steigerung der kulturellen Vielfalt und Transkulturalität, die sich auch im Orts- und Landschaftsbild niederschlägt, ergeben sich daraus weitreichende Herausforderungen für die räumliche Planung: Sie muss sich nicht nur mit den Raumbedürfnissen von Menschen anderer kultureller Prägungen befassen, sondern auch mit Hybridisierungserscheinungen zwischen unterschiedlichen Kulturen.

Vor diesem Hintergrund lassen sich die folgenden Handlungsempfehlungen ableiten:

Der kulturellen und habituellen Diversität hinsichtlich der Polarität von Migranten und Einheimischen sind durch die gezielte Berücksichtigung in Studieninhalten sowie durch die Integration von Migranten in Planungsstudiengängen und -berufen zu begegnen. Auch die Zusammenarbeit mit internationalen Studiengängen bzw. das Einbeziehen von ausländischen Volontären sowie internationale Vergleiche können beim Verstehen fremder Kulturen helfen und fördern das Zusammenwachsen dieser. Dieses Verstehen stellt die Grundlage für die Umsetzung von erfolgreicher räumlicher Planung in einer internationalisierten Gesellschaft dar.

Nicht nur in der Erstausbildung sind neue, an sich verändernde Lebensbedingungen angepasste Angebote gefragt. Auch erfahrene Planerinnen und Planer können Migrationsprozesse nur dann nachhaltig mitgestalten, wenn sie sich geschult und vorbereitet den neuen Aufgaben der Stadt- und Regionalplanung zuwenden. Bislang haben nur Wenige Expertise und Antworten auf Fragen wie: Welche besonderen planerischen Anforderungen gibt es in Stadtteilen mit hohem Zuwandereranteil? Wie kann der Bau eines Minaretts so gestaltet werden, dass er allseits akzeptiert wird? Oder: Welche Wohnquartiere und -formen bevorzugen Migranten verschiedener Herkunftsländer?

Auch raumplanerische Institutionen sowie Gremien – wie beispielsweise die ARL und hier insbesondere die Landesarbeitsgemeinschaften – können einen Beitrag zu einer stärkeren Berücksichtigung der Internationalisierung der Gesellschaft leisten, indem sie zukünftig Migranten stärker auch in die LAG-Arbeit einbinden.

Neben den Städten, in denen bereits Integrations- und Zuwanderungsstrategien existieren, müssen auch kleinere Kommunen Integrationsangebote schaffen. Durch Vernetzung und das gezielte publik machen von erfolgreichen Beispielen, gerade auch auf kleinräumiger Ebene, lassen sich Toleranz und auch Akzeptanz erhöhen. Auch die Einbindung in das gemeinschaftliche Leben, z. B. innerhalb von Vereinstätigkeiten, trägt zur Entstehung einer Willkommenskultur bei.

Die Erreichbarkeit von Migranten, im Sinne der Einbeziehung und Partizipation in raumrelevante Beteiligungsverfahren, ist bislang kaum gegeben. Nicht zuletzt das „typisch deutsche“ Vertrauen in die Planbarkeit von Prozessen diverser Lebensbereiche

erzeugt bei anderen Kulturen Befremden und Missverständnis. Auch vor diesem Hintergrund sind Projekte und Vorhaben auf kleinräumiger Ebene von besonderer Bedeutung. Aus den hier gewonnenen positiven (aber auch negativen) Erfahrungen lässt sich ein, wenn auch langsamer, Prozess zu wechselseitigem Verständnis und wechselseitiger Akzeptanz kultureller Spezifika im Sinne einer gesellschaftlichen Ressource beginnen. Fallstudien und Projekte eignen sich dazu insofern, als es die globale Lösung für eine erfolgreiche Integrationspolitik nicht gibt. Räumliche Planung wird so zum Teil eines öffentlichen *Diversity Managements*.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass die entsprechenden (städtischen) Integrations- und Zuwanderungsstellen wie Ausländerbeiräte häufig wenig für raumplanerische Fragestellungen sensibilisiert sind. Daher ist es wichtig, Planung und jene mit Zuwanderung befassten Politikbereiche zusammenzubringen und Möglichkeiten und Grenzen räumlicher Planung transparent zu machen.

Planerinnen und Planer sind auch in der Stadtentwicklungspolitik, der oberen Bauplanung und vielen weiteren Ausschüssen und Gremien vertreten, in denen sie gestalterisch und steuernd agieren können. Diese Möglichkeit wird bislang zu wenig erkannt und sollte aus der Berufspraxis eines jeden Einzelnen heraus stärker genutzt werden. Internationalität ist in Deutschland nicht nur ein Faktum, sie ist auch eine soziale, kulturelle und ökonomische Ressource, die bei der räumlichen Organisation der Gesellschaften durch die Experten dieser räumlichen Organisation, nämlich die Planerinnen und Planer, offensiv als solche vertreten werden sollte.

Aufgaben der Planungspraxis müssen über moderierende und konfliktbegleitende Tätigkeiten hinausgehen. Bislang finden sich migrationsspezifische Fragestellungen lediglich in informellen Konzepten und nicht in den verbindlichen Festlegungen wieder. Eine Legitimation seitens der Gesetzgebung würde helfen, Planer nicht in die Rolle einer moralischen Instanz zu stecken.

Migration, Integration und Partizipation sind wichtige Elemente einer positiv besetzten Internationalisierung unserer Gesellschaft. Ihre Auswirkungen auf die Raumentwicklung und deren geringe Steuerungsmöglichkeiten durch die räumlichen Planungen wurden in dem vorliegenden Band betont und Forderungen zu einem Wandel dieser Situation formuliert. Abschließend soll noch einmal auf die Chancen, die mit der Internationalisierung der Gesellschaft in Verbindung stehen, hingewiesen werden. Der demographische Wandel und der damit einhergehende Fachkräftemangel machen eine erfolgreiche Zuwanderung – auch aus Perspektive der aufnehmenden Gesellschaft (die wiederum bereits Internationalisierungstendenzen aufweist) – notwendig. Gerade die prosperierenden Regionen Deutschlands sind Ziel von Migranten unterschiedlicher kultureller Herkunft. Daher müssen Städte und Regionen zukünftig stärker denn je darauf reagieren. Damit wird das Thema der Internationalisierung auch eines der Planung werden müssen. Denn Zuwanderung und Integration kann nicht eine reine politische Aufgabe sein, sondern bedarf landes- und regionalplanerischer Unterstützung. Es gibt schon heute verschiedene Wege – das haben die Beiträge und Handlungsempfehlungen des vorliegenden Bandes gezeigt –, in denen Planerinnen und Planer mitgestaltenden Einfluss auf einen raumordnerischen Prozess, auch außerhalb der klassischen räumlichen Planungen bzw. ohne rechtsverbindliche Instrumente, haben. Ein Verweis auf einen Mangel an rechtlich verankerten Instrumenten, um sich damit aus der Verantwortung zur Gestaltung der räumlichen Bedürfnisse einer internationalisierten Gesellschaft zu ziehen, sollte nicht zur vorherrschenden Haltung bei Planerinnen und Planern werden. Damit verbinden sich durchaus auch strategische Möglichkeiten: Eine Raumplanung, die sich den großen

Herausforderungen der Gegenwart stellt – und die Internationalisierung der Gesellschaft ist zweifelsohne eine solche Herausforderung –, beweist ihre Problemregelungskompetenz in einer komplexer werdenden Gesellschaft. Wenn Diversität als normale und alltägliche gesellschaftliche Realität angesehen werden soll, braucht es als ersten Schritt auch ein *Diversity Management*, das auf allen Ebenen der räumlichen Planung seinen Niederschlag finden sollte. Die neuen Leitbilder der Raumentwicklung haben erst jüngst gezeigt, dass Migration auch ein Thema der Planung ist und damit deren Relevanz im planerischen Kontext unterstrichen.

Zentral für die planerische Berücksichtigung von Personen mit Migrationshintergrund ist die Feststellung, dass es sich nicht um einen homogenen Bevölkerungsteil handelt. Kulturelle Herkunft divergieren ebenso deutlich wie die Lebenslagen und die Raumanprüche. So sind die räumlichen, also auch jene auf der materiellen Ebene, Wirksamkeiten von Spätaussiedlern, luxemburgischen Grenzgängern, Angehörigen der US-Streitkräfte und Nachkommen von türkischen oder italienischen Gastarbeitern durchaus unterschiedlich – und auch in sich je nach sozialem Status, Bildungsgrad etc. differenziert. Der Zuzug von Migrantinnen und Migranten sollte langfristig als kommunales Entwicklungspotenzial genutzt werden, womit insbesondere in Gebieten mit einer rückläufigen Bevölkerungszahl dazu beigetragen werden kann, die Auswirkungen des demographischen Wandels abzufedern und die Daseinsvorsorge zu sichern. Diese Chancen sollten durch die betroffenen Kommunen und die dort lebenden Bürgerinnen und Bürger genutzt werden. Ihre zukunftsfähige Entwicklung kann somit gesichert und ein wichtiger Beitrag zur Integration geleistet werden. Um die lokal und regional spezifischen Potenziale der Internationalisierung besser nutzen zu können, erscheint es nötig, Entwicklungskonzepte aufzustellen, die sich mit der lokalen bzw. regionalen Ausprägung der Internationalisierung befassen, Entwicklungsmöglichkeiten daraus ableiten und Handlungsfelder definieren. So kann kulturelle Diversität stärker zur Ressource lokaler Entwicklung werden. Dies bedeutet auch eine stärkere kommunikative Ausrichtung räumlicher Planung: Es geht in einer auch kulturell diversen Gesellschaft nicht allein darum, das als „fremd“ Klassifizierte zu tolerieren, solange es nicht sensorisch präsent ist, sondern seine physischen Manifestationen zu akzeptieren. Dies wird besonders am Bau von islamischen Gebetshäusern, insbesondere mit Minaretten, deutlich. Hier erhält die kommunikative Begleitung des Planungsprozesses eine zentrale Bedeutung, während die formale Herstellung von Baurecht einen zumeist weniger komplexen Vorgang darstellt.

Die planerische Zuwendung zum Thema „Migration“ sollte sich nicht auf solche öffentlichkeitswirksamen Phänomene wie Moscheebauten beschränken, sondern auch die räumliche Ausprägung der Lebenswelten von Personen differenzierter soziokultureller Hintergründe, wie der Wohnsituation, wird zunehmend bedeutsamer für die räumliche Planung. Hier wird es zunehmend wichtig, die zur Verfügung stehende Datenbasis zu verdichten, um so in adäquaterer Weise Entwicklungspotenziale begründen zu können. Auch im Kontext der Internationalisierung erscheint die verstärkte Ausrichtung auf eine überlokale, regionale Bezugsebene wesentlich: Die Lebenswelten von Personen differenzierter soziokultureller Herkunft orientieren sich nur wenig an lokalen Verwaltungsgrenzen, sondern in regionalen Handlungsräumen. Insofern bedarf es eines Aufbruchs der Logik von (lokalen) Gebietskörperschaften, allein den eigenen Zuständigkeitsraum zu betrachten. Diese regionale Perspektive erscheint auch für Regionen mit besonderem Entwicklungspotenzial nötig, das sich infolge nationalstaatlich-volkswirtschaftlicher Grenzen entwickelt hat, wie im Untersuchungsraum an der Grenze der Bundesrepublik zu Luxemburg: Das hohe ökonomische Potenzial Luxemburgs bei gleichzeitig hohen Immobilienpreisen und der raschen Erreichbarkeit von Luxemburg-Stadt als ökonomi-

sches Zentrum von den Nachbarstaaten aus lässt es rational erscheinen, den Wohnstandort in diese zu verlagern. Hier sollte der Strom der Zuwanderung auf Orte mit zentralörtlichen Funktionen gelenkt werden, um eine weitere Belastung der Verkehrsinfrastruktur zu verringern, und – wo möglich – sollte das Prinzip der Innen- vor Außenentwicklung umgesetzt werden, um weitere Flächeninanspruchnahmen zu vermeiden. Das Ziel der Schaffung kompakter Siedlungsstrukturen erleichtert auch die Errichtung bzw. den Ausbau eines grenzüberschreitenden öffentlichen Personenverkehrs.

Eine besondere Verantwortung liegt hierbei aber auch bei den Institutionen der Raumordnung. Vor allem die Regionalplanung kann und muss als wichtiger Akteur mehr als bislang eine nach Bevölkerungsgruppen differenzierte Sichtweise bei der Steuerung bzw. Planung der regionalen Wohn- und Siedlungsentwicklung in den Vordergrund stellen. Die diesbezüglichen Handlungsspielräume sind enorm. Vor diesem Hintergrund müssen aber auch tradierte planerische Deutungs- und Handlungsmuster hinterfragt werden. Dies gilt sowohl für die Ortsüblichkeit, die angesichts des Wunsches nach Religionsausübung nicht-christlicher Religionsgemeinschaften einer von Anerkennung von Diversität geprägten Auslegung unterliegen sollte wie auch für die Frage der Erhaltungsnorm, die mit dem Konstrukt der „historisch gewachsenen Kulturlandschaft“ verbunden wird. Die Sehnsucht nach landschaftlicher Stabilität darf hier nicht per se über die Bedürfnisse von Zugezogenen gestellt werden, ihre Bedürfnisse im materiellen Raum einzuschreiben.

Autoren

Dr. **Martina Hülz**, Doctorat en Géographie an der Universität Luxemburg, leitet das Referat für Wirtschaft, Technik, Infrastruktur an der Akademie für Raumforschung und Landesplanung.

Dr. phil. habil. Dr. rer. soc. **Olaf Kühne** ist Professor für Ländliche Räume/Regionalmanagement an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf und apl. Professor für Geographie an der Universität des Saarlandes.

Kurzfassung / Abstract

Internationalisierung der Gesellschaft und die Auswirkungen auf die Raumentwicklung – Beispiele aus Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland

Die Internationalisierung der Gesellschaft gewinnt im Zuge der Globalisierung sowie des demographischen Wandels zunehmend an Bedeutung, weshalb der vorliegende Sammelband für dieses Thema sensibilisieren möchte. So wird in einem ersten Teil der Themenbereich „Raumkonstruktionen durch Migrantinnen und Migranten“ behandelt, der sich auf theoretischer Ebene mit der kulturell differenzierten Konstruktion von Räumen und Landschaften auseinandersetzt. Aus gesellschaftlicher Sicht sind vor allem Verschiebungen solcher Bedarfe/Anforderungen und Werte von Interesse, die Menschen an verschiedene Teile ihrer räumlichen Umgebung knüpfen. So unterliegen Identitätskonstrukte beispielsweise vor dem Hintergrund der Globalisierung einem zunehmenden Erosionsprozess, der auch die Verständnisse von Raum und Landschaft, aber auch deren Aneignung betrifft. Auf diese Weise werden die unterschiedlichen Ebenen der räumlichen Planung mit weiter differenzierten Ansprüchen an Raum und Landschaft konfrontiert, was sie vor große Herausforderungen stellt. An die theoretische Betrachtung schließt sich der zweite Themenbereich „Migration und spezifische Räume“ an, der anhand von unterschiedlichen Fallstudien den Raumanpruch von Migrantinnen und Migranten sowie die Potenziale der Internationalisierung aufzeigt. Die ausgewählten Fallbeispiele beschäftigen sich vor allem mit den ländlichen Räumen sowie der Internationalisierung in bisher weniger im Fokus der Wissenschaft stehenden Städten. Dabei werden zunächst Raumaneignung und Raumanprüche US-amerikanischer, muslimischer und türkischer Migrantinnen und Migranten untersucht. Danach steht die Wohnsituation der Migrantinnen und Migranten im Zentrum, wobei auch auf die Grenzgänger im deutsch-luxemburgischen Grenzraum eingegangen wird. Der folgende Teil widmet sich den Potenzialen, die mit der zunehmenden Internationalisierung der Gesellschaft einhergehen können. Dies geschieht zum einen theoretisch am Beispiel von Identität, Heimat sowie In- und Exklusion. Zum anderen werden beispielhaft Identitäten und Selbstzuschreibungen von (Spät-)Aussiedlern in Rheinland-Pfalz thematisiert. Abschließend werden aus den einzelnen Beiträgen Handlungsempfehlungen abgeleitet und diskutiert, die sich im Zuge der Internationalisierung der Gesellschaft für die zukünftige Raumentwicklung ergeben.

Die Beiträge des Sammelbandes stammen von: Julia Anslinger, Diedrich Bruns, Chantal Hermes, Jan Hilligardt, Martina Hülz, Bernhard Köppen, Olaf Kühne, Birte Nienaber, Florian Paech, Alexandra Reich, Ursula Roos und Antje Schönwald.

Schlüsselwörter

Internationalisierung – Raumentwicklung – Hessen – Rheinland-Pfalz – Saarland

Internationalisation of society and the impact on spatial development – Examples from Hesse, Rhineland-Palatinate and Saarland

In the context of globalisation and demographic change, the internationalisation of society is becoming increasingly important. In this anthology, awareness is raised for this topic. Its first part deals with the “spatial construction through migrants”, focusing on the culturally differentiated construction of spaces and landscapes from a theoretical point of view. From a social perspective, the shifts in such needs/requirements and values that people tie to different parts of their spatial environment are of particular interest. For example, identity constructions underlie a growing erosion process due to globalisation processes, as regards the understanding of space and landscape as well as their acquisition. Thus, the different levels of spatial planning are confronted with further differentiated demands in terms of space and landscape, implying major challenges for planners. Based on different case studies, the anthology's second part “migration and specific spaces” follows these theoretical considerations and reflects spatial demands of migrants and their potential of internationalisation. The selected case studies mainly deal with rural areas as well as the internationalisation in those cities which has not attracted academic attention until now. At first, the focus is on the investigation of spatial acquisitions and demands of US-American, Muslim and Turkish migrants. Then, the housing situation of migrants is analysed, including the cross-border commuters at the German-Luxembourgish border. The following part is devoted to the potential which can be generated by the increasing internationalisation of the society. This is done on the one hand with a theoretical example of identity, home as well as inclusion and exclusion. On the other hand identities and self-attributions of repatriates from former Soviet Union in Rhineland-Palatinate are discussed. The conclusion, based on the different articles of this volume, discusses recommendations for the future spatial development that arise in the course of internationalisation of society.

The contributions of the anthology are made by: Julia Anslinger, Diedrich Bruns, Chantal Hermes, Jan Hilligardt, Martina Hülz, Bernhard Köppen, Olaf Kühne, Birte Nienaber, Florian Paech, Alexandra Reich, Ursula Roos and Antje Schönwald.

Keywords

Internationalisation – spatial development – Hesse – Rhineland-Palatinate – Saarland

ISBN 978-3-88838-395-3
(PDF-Version)

ISBN 978-3-88838-396-0
(Print-Version)



www.arl-net.de